GEHEIME GESCHICHTE DER RASTADTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN IN VERBINDUNG MIT DEN STAATSHÄNDELN DIESER ZEIT: NEBST DEN WICHTIGSTEN URKUNDEN.

2

Carl Ludwig von Haller







<36626721570019

Geheime Geschichte
der
Rastadter Friedensverhandlungen
in Verbindung
mit den Staatshändeln dieser Zeit.

Von
einem Schweizer.

Nebst den wichtigsten Urkunden.

Zweiter Theil.

Germanien 1799.


BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Verzeichnis
sämtlicher Aktenstücke und Urkunden.

Erster Abschnitt.

Aktenstücke,
die vorläufige Einleitung der Reichsfriedens-Unterhandlungen, und die Vollmachten der Deputation betreffend.

Zweyter Abschnitt.

Aktenstücke, die Formalien des Congresses betreffend.

Dritter Abschnitt.

Aktenstücke, die Besitznehmung der Festung Mainz, und andere kriegerische Unfälle, mitten im Waffenstillstand mit Frankreich betreffend.

Vierter Abschnitt.

Aktenstücke, betreffend die in den Ländern auf der rechten Seite des Rheins angestifteten unruhigen Bewegungen.

Erster Abschnitt.

Aktenstücke, die vorläufige Einleitung der Reichsfriedens-Unterhandlungen, und die Vollmachten der Deputation betreffend.

I.

Kaiserl. Commissionsdekret an die allgemeine Reichs-Versammlung, die Reichs-Kriegs-Materie, besonders auch die Einleitung zu einem annehmlichen Frieden betreffend. Regensb. den 10. Febr. 1795.

Die mancherley Kränkungen, welche sich die französische National-Versammlung, durch die im Monate August des Jahres 1789 erlassenen berüchtigten Dekrete und deren uneingeschränkte Erstreckung auf die deutschen Reichsstände und Angehörigen, gegen dieselben und das deutsche Reich erlaubet hat, gaben bekanntlich den ersten Anlaß zu dem noch fortwährenden leidigen Reichskriege. Jener Friedensschluswidrige Vorgang, und der eben so wichtige als bedenkliche Zusammenhang der Umstände, welche diesen Vorgang begleiteten, machte auf die, wegen der Kaiserwahl im Jahre 1790 zu Frankfurt versammelten Kurfürsten einen so tiefen Eindruck, daß sie sich zur Pflicht aufgefordert erachteten, dieserhalben ein eigenes Kur-Collegial-Schreiben an das neu erwählte Reichsoberhaupt zu erlassen, und darinnen mit dem dringendsten Anliegen zur Erzielung einer vollständigen Abhülfe der vorliegenden Beschwerden, den Allerhöchsten Kaiserlichen Schuz und Beystand zum Besten des gesammten Reichs, ehrerbietigst anzurufen, wodurch Allerhöchst Dieselbe zum unausbleiblichen Glanze Ihrer Kaiser

lichen Regierung und zu Ihrem eigenen unsterblichen Ruhme zugleich die angelegensten Wünsche und Erwartungen des gesammten Deutschen Vaterlandes erfüllen würden. Gleichermaßen war es nur eine Stimme aller nothleidenden Stände und Reichsangehörigen, den Kaiserlichen Schuz angelegentlichst anzuflehen. Es wurden hierauf nach fruchtlos eingetretener Reichsoberhauptlicher Verwendung zur Abstellung der gedachten Neuerungen in einem besondern Reichsschluße, die Grundsäze und Maßnehmungen näher bestimmt, welche forthin bey dieser für das deutsche Reich so wichtigen Angelegenheit gegen Frankreich zu beobachten seyen: Dann aber ward nach abermaliger fruchtloser Verwendung, auch bald hierauf erfolgtem feindlichen Ueberfalle des deutschen Reichs-Gebiets, Gewalt mit Gewalt abzuwenden beschlossen, und zu Folge dessen in dem, über das am 7. September 1792 zur öffentlichen Diktatur gelangte kaiserliche Hofdekret am 23. November erstatteten, und am 22. Dezember des nämlichen Jahres genehmigten allerunterthänigsten Reichsgutachten, der einstweilige Antrag dahin gemacht, daß zur schleunigen Befreyung und Rettung der auf so mancherley Art bedrängten Reichskreise und Stände, so wie zur Defension der noch ferners bedrohten Reichslande, und überhaupt zur völligen Sicherheit des gesammten Reichs, und seiner Gränzen, in Gemäsheit des bestehenden allgemeinen Reichsverbands, das Triplum des Reichs- und Kreismilitairs auf das unverzüglichste von allen Reichskreisen und Ständen hergestellt, und an Kaiserliche Majestät, und das Reichs-General-Commando angewiesen werde, um alle diese Reichs- und Kreistruppen, ohne Aufenthalt und Ausnahme nach erheischender Nothdurft und Sicherheit des deutschen Vaterlandes, an zu bestimmende Orte und

Ende anziehen zu lassen. Endlich sah sich das unter seinem Reichsoberhaupte versammelte deutsche Reich durch den Druck der Umstände und Verhältnisse in die traurige Lage versezt, diese zur Sicherheit des gesammten Reichs abgedrungene Nothwehre vermittelst eines weiteren Reichsschlußes, und Kraft der darinnen angeführten Beweggründe, zur Behauptung seiner Ehre, zum Schuze und zur künftigen Sicherung seiner Rechte und Gränzen, und zur Erlangung einer gebührenden und vollständigen Genugthuung, für einen allgemeinen Reichskrieg zu erklären. Weder lassen sich die jenseitigen Friedensschluswidrigen und nachherigen feindseligen Handlungen von einander trennen, wenn man über das diesseitige Benehmen in Rüksicht auf den völkerrechtlichen und reichsschlußmäßigen Endzwek des erklärten Reichskriegs ein zuverläßiges Urtheil fällen will, der, wie ohne weit gesuchte Beweise erhellet, auf National-Interesse, Maximen der Klugheit und Principien der Gerechtigkeit gestüzt ist, nach welchen gekränkte und feindselig beleidigte Nationen bey einem zur Vertheidigung des Ihrigen abgedrungenen Kriege im richtigen Gefühle für ihre Würde und Selbsterhaltung stets gehandelt haben, und zu handeln die natürliche Pflicht haben. Wenn aber Se. Römisch Kaiserl. Majestät zur Bestätigung und nähern Auseinandersezung dieser möglichst kurzen Darstellung über die Entstehung und Fortschritte der wider das Reich unternommenen Friedensschluswidrigen und nachherigen feindlichen Handlungen, über die Ursachen, und den Reichsschlusmässigen Endzwek des erklärten Reichskriegs sich noch ausdrüklich auf den Inhalt des gedachten Kurkollegialschreibens, auf das allerhöchste kaiserliche Commissionsdekret vom 26. April 1791, das hierauf erfolgte Reichsgutachten vom 6. August 1791, das aller-

gnädigste Commissions-Ratifikations-Dekret vom 10. December des nämlichen Jahres, das kaiserliche Hofdekret vom 1. September 1792, und das ratifizirte Reichsgutachten vom 18. Hornung und vom 22. Merz 1793, und das hierauf am 30. April erfolgte Hof-Ratifikations-Dekret beziehen: so erachten Allerhöchstdieselbe solches um so sachdienlicher, da Se. römisch kaiserliche Majestät manche Bemerkungen in den einzelnen Abstimmungen zum Reichstagsprotokolle, und selbst in dem neuesten Reichsgutachten einige Züge wahrgenommen haben, welche Allerhöchst Sie mit dem, den bisherigen öffentlichen Verhandlungen getreuen, Hergange der Sache nicht wohl vereinigen können.

Uebrigens, so viele unverkennbare Beweise beynahe unglaublicher Tapferkeit und deutscher Kriegserfahrenheit auch die Geschichte des gegenwärtigen Kriegs zum Ruhme der deutschen Heere aufzuweisen hat: so war dennoch das Kriegsglük in den leztern Monaten des vorjährigen Feldzugs so ungünstig, daß dadurch die Sehnsucht nach Friede lauter als jemalen ward, und selbst **Anträge auf einen, dem noch fortdauernden Reichskriege mit Frankreich ein Ende machenden Reichsfrieden,** bey der allgemeinen Reichsversammlung in die thätigste Bewegung, sodann in öffentlichen Vortrag gebracht wurden, die bekanntlich nach darüber gepflogener ordentlichen Berathschlagung ein eigenes allerunterthänigstes Gutachten des folgenden Inhalts veranlaßten:

1) Daß der Lage der Dinge, den Verhältnissen des deutschen Reichs, und dem Wohl des Ganzen angemessen erachtet werde, während dem man unermüdet fortfahre, sich zu einem künftigen Feldzuge reichsschlußmässig zu rüsten, auch zur thunlichen Erreichung einer desto baldigern Endschaft dieses so blutigen, als beyspiellosen Krie-

ges, die ernstliche Einleitung zu einem billigen und anständigen Frieden mit Angehung des den Weg dazu bahnenden Mittels, eines Waffenstillstandes, zu machen.

2) Daß man zwar hoffen, und die Zuversicht hegen wolle, daß selbst auch die französische Nation zur Ehre der leidenden Menschheit, und in der Beherzigung des von ihr zu diesem leidigen Kriege gegebenen Anlasses, und dessen kundbaren Zweks, welcher an Seiten des deutschen Reichs nur verbandsmäßige Vertheidigung der Verfassung des deutschen Reichs — nur ungetheilte Erhaltung seiner Integrität und Wiedererlangung der entzogenen geist- und weltlichen reichsständischen Rechte und Besitzungen so vieler Reichsangehörigen, nicht aber Einmischung in sonstige innere Verhältnisse Frankreichs — noch Absicht auf Eroberung sey, nun endlich nach einer schon so viele Jahre lang ausdauernden Zerstöhrung geneigt seyn würde, gleichmässig zur Beendigung dieses abgenöthigten Reichskrieges mittelst eines gerechten, anständigen und annehmlichen Friedens die Hand zu bieten.

3) Daß jedoch nichtsdestoweniger räthlich und nothwendig bleibe, sich von Seiten des deutschen Reichs auf jeden widrigen Fall, wo gegen besseres Wünschen und Hoffen ein undurchdringliches Schiksal, oder Frankreichs beharrliche Weigerung, oder Ueberspannung und Unannehmlichkeit der Friedensbedingnisse die Möglichkeit der Aussöhnung vereiteln, und die noch fernere Fortsetzung des Kriegs durchaus unvermeidlich machen sollte, mit einem möglichst verstärkten gemeinsamen Reichs-Wehrstande gefaßt zu halten, und in dieser Beziehung schleunigst und mit Anwendung ausgiebiger thunlicher Maaßregeln alles dasjenige eifrigst zu leisten, was für einen künftigen Feldzug die schon bestehenden Reichsschlüsse, und die zunehmende Gefahr des Vaterlandes erfordern.

4) Daß unter diesen Voraussetzungen Kaiserliche Majestät allerunterthänigst und angelegentlichst zu ersuchen seyen, nach Allerhöchst Dero tiefesten Weisheit, und bisher so unverkennbaren bewiesenen dankwürdigsten Sorgfalt für die Entfernung der drohendsten Gefahren, und für die allgemeine Wohlfarth, sich auch dermalen mit fernerem Zuthun des Reichs für die Erzielung eines der Reichs-Fundamental-Constitution, und besonders dem Zwecke des Westphälischen Friedens entsprechenden billigen und annehmlichen Friedens mit Frankreich, unter baldiger Angehung des den Weg dazu vorbereitenden Mittels, eines Waffenstillstandes, nachdruksamst zu verwenden, und durch gefällige Rüksprache mit Allerhöchst Dero hohen Alliirten, des Königs in Preussen Majestät, auch Höchstdieselbe zu vermögen, daß so wie Höchstsie gleich Anfangs des gegenwärtigen Krieges sich der bedrängten Reichsstände angenommen, auch nun noch zu dessen Beendigung und zugleich zur Beförderung der deswegen beabsichteten friedlichen Endzweke, nach Höchstihro ohnehin schon im Voraus geäusserten bereitwilligsten Gesinnungen, alles Behufige mit beyzutragen geruhen mögen.

Ob die Wiederherstellung der Ruhe des Vaterlandes durch einen baldigen Frieden zu wünschen sey? — Diese Frage ist gar bald entschieden, wenn man sich blos einer lebhaften Betrachtung der großen Drangsale dieses auch in seiner Verfahrungsart beyspiellosen Krieges und den süssen Empfindungen des Friedensgenusses überläßt. Wer noch dazu die von Sr. Römisch-Kaiserl. Majestät mit größter Anstrengung Ihrer Hauskräfte an Mannschaft und Millionen Geldes gemachten gewißlich ganz ausserordentlichen Aufopferungen erwägt, welche schon seit drey Jahren Allerhöchstdieselbe in der unzweydeutigsten Uebereinstimmung Ihrer Gesinnungen und

Handlungen zur Vertheidigung des deutschen Reichs gewidmet haben, wird auch wohl an der reichsväterlichen Geneigtheit Sr. Kaiserl. Majestät nicht zweifeln, diesen von der allgemeinen Reichsversammlung danknehmigst anerkannten Wohlthaten auch noch die beglückende Wohlthat der baldigsten Herstellung des Friedens hinzuzufügen: Allein noch so manche Bedenklichkeiten äussern sich, wenn man in alle die Schwierigkeiten näher einzugehn trachtet, welche mit der wirklichen Erzielung des so sehr gewünschten Friedens verbunden sind, und die man sich, wie es das Ansehen hat, mehr aus dem Gesichte gerükt, als nach ihrem ganzen Umfange erwogen hat. Wenigstens würde es bey der dermaligen kritischen Lage der Verhältniße für Se. Römisch Kaiserliche Majestät, Allerhöchstihrer reichsväterlichen Zuneigung und Liebe für die nothleidenden Stände und Reichsangehörige, und Allerhöchstihrer reichsoberhauptlichen Obsorge für die Sicherheit und Wohlfarth des deutschen Vaterlandes die größte Beruhigung gewesen seyn, wenn die allgemeine Reichs-Versammlung zugleich die Punkte genau artikulirt hätte, aus welchen der künftige billige, gerechte, anständige und annehmliche Friede bestehen soll, besonders nachdem Kurfürsten, Fürsten und Stände es der Lage der Dinge, den Verhältnißen des deutschen Reichs und dem Wohle des Ganzen angemessen erachtet haben, die Friedensmaterie durch den Gang der reichstäglichen Verhandlungen zur öffentlichen Sprache zu bringen, mithin diese Behandlungsart zugleich als die vorzüglichere bey dem in Anregung gebrachten Friedensgeschäft angesehen haben; jedoch sind Se. Kaiserl. Majestät sehr entfernt, durch diese Betrachtung, so wichtig selbige auch nach Ihrem Ermessen ist, die so laut gewünschte Friedenseinleitung gegen die Absicht

der allgemeinen Reichsversammlung zu erschweren, oder bis zu einer bestimmten Artikulirung aufzuschieben; da vielmehr Allerhöchstdieselbe alle Geneigtheit haben, die in dem Reichsgutachten an Hand gegebene Basin zur Beförderung eines künftigen Friedensschlußes, auch in der Art, wie solche von Kurfürsten, Fürsten und Ständen Sr. Kaiserl. Majestät allerunterthänigst vorgelegt ist, mit der weiteren reichsoberhauptlichen Zusicherung allergnädigst zu genehmigen, daß Se. Kaiserl. Majest. zu seiner Zeit die allgemeine Reichsversammlung nicht nur über den Erfolg der zu treffenden Einleitung unterrichten werden, sondern, daß es auch Allerhöchstihnen bey dem ausdrüklichen reichstäglichen Vorbehalte des fernern Zuthuns noch zur besonders tröstlichen Erleichterung Ihres schwerbürdigen Kaiserlichen Amtes gereiche, durch diese fernere Mitwürkung einen, wie Allerhöchstsie, als das Reichs Oberhaupt, erwarten, desto wirksamern Beystand zu erhalten, je theilnehmender und offenherziger in dieser schweren Angelegenheit Deutschlands jederzeit das reichsväterliche Benehmen seyn wird.

Den in dem erstatteten allerunterthänigsten Reichsgutachten in Anregung gebrachten Waffenstillstand betreffend; so kann dieser, nach der reifsten von Sr. Majest. der Wichtigkeit dieses Gegenstandes gewidmeten Erwägung, in mancher Rüksicht nur dann von Sr. Majestät nach Allerhöchstihrem reichsoberhauptlichen Dafürhalten, als eine Wohlthat für das deutsche Reich angesehn werden, wenn mit diesem in allerunterthänigsten Antrag gebrachten Annäherungsmittel zur Erzielung des Friedens, als des eigentlichen Zweks dieses Antrags, sich zugleich eine wahrscheinliche Aussicht zur Erzielung eines billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Friedens eröfnet; unter welcher Aeußerung und Voraussezung, wobey jedoch Allerhöchstdieselbe im

Grunde, des Endzweks wegen, die gutachtliche Gesinnung der allgemeinen Reichsversammlung von der Ihrigen reichsväterlichen Willenserklärung nicht abweichend halten, Se. Römischkaiserl. Majestät bey Ihrer unermüdeten Obsorge für das Beste des deutschen Vaterlandes, auch diesem Theile des allerunterthänigsten Gutachtens Allerhöchstihre reichsoberhauptliche Genehmigung, nebst der weitern reichsväterlichen Bereitwilligkeit verleihn, nunmehr unverweilt — zugleich mit Beobachtung der in dem Reichsgutachten gedachten Rüksprache mit des Königs in Preussen Majestät — die reichsoberhauptliche ernstliche Einleitung dazu — zu einem sowohl, als zu dem andern zu machen.

Ob aber mitten im Laufe des dem Feinde günstigen Kriegsglüks derselbe zur Ehre der Menschheit, und in der Beherzigung des von ihm zu diesem leidigen Reichskriege gegebenen Anlasses, in einen billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Frieden auch eben so willig, als man vorauszusetzen und zu hoffen geneigt scheint, eingehen werde, bleibt, so sehr es auch aus Liebe zur leidenden Menschheit zu wünschen ist, und so sehr es in den menschenfreundlichen Wünschen Sr. Kaiserl. Majestät liegt — in vieler Rüksicht noch sehr zweifelhaft. Desto dringender ist es, wo gegen besseres Wünschen und Hoffen ein undurchdringliches Schiksal, oder Frankreichs beharrliche Weigerung, oder Ueberspannung und Unannehmlichkeit der Friedensbedingnisse die Möglichkeit der Aussöhnung so leicht vereiteln kann, daß nach der eigenen reichspatriotischen Aeußerung der allgemeinen Reichsversammlung zur gleichen Zeit die reichsschlußmässige Rüstung zum nächsten Feldzuge mit dem thätigsten Eifer ohne Unterlas betrieben werde. Se. Römisch Kaiserl. Majestät halten sich zu dieser reichsoberhauptlichen Aufforderung um so mehr berechtiget, da Aller-

höchstdieselbe über die pflichtmäßige Erfüllung des am 28. October des vorigen Jahrs, mit dem unter dem nämlichen Datum ausgefertigten Hof-Ratifikations-Dekrete an die Kreise ergangenen Kaiserlichen Rescripts, worinnen unter andern der erste Februarius des laufenden Jahrs als die späteste Frist zum Einrücken der erhöheten Armatur bey der unter dem Reichs-Commando vereinigten Reichs-Armee bestimmt war, noch nicht vollständig durch die Kreisausschreibende Fürsten unterrichtet sind, und es ferner das gegründete Ansehen hat, daß die in Bewegung gesezten Friedenswünsche selbst den Eifer mancher Reichsstände erkaltet haben, so wenig auch solches in der Absicht des Kurhofes lag, welcher zuerst bey der Reichsversammlung diese Friedensanträge in öffentlichen Vortrag gebracht hat.

Se. kaiserl. Majestät beschwören daher noch einmal vor Gott, und dem lieben Vaterlande alle und jede Reichsstände, sich nicht selbsten durch noch entfernte Hofnungen einzuschläfern, und diejenigen Pflichten in ihrem ganzen Umfange deutschbiedermännisch zu erfüllen, welche Reichsverband und Geseze, Vaterland und Selbsterhaltung erfodern; noch insbesondere aber patriotisch zu erwägen, wie nach dem von Sr. Kaiserl. Majestät in dem am 14. Junius erlassenen Hof-Ratifikations-Dekrete schon gemachten Antrage, den in verschiedenen vorliegenden Landen und Kreisen vorgekehrten ruhmwürdigen Anstalten zur Bewafnung der Unterthanen, oder noch zwekmässiger zur Aufstellung einer verhältnismässigen Landmiliz, noch mehr Wirksamkeit, Consistenz und Zusammenhang auf die gezwungene Fortdauer des gegenwärtigen Krieges gegeben werden könne; und wobey schon vieles gewonnen wäre, wenn nach der Abstimmung einiger patriotischen Reichsfürsten die vorliegenden so sehr bedrängten Reichskreise von den rükliegenden bisher durch diese Vormauer geschüz-

ten Kreisen, besonders durch Artillerie, Gewehr, Munition und andere Kriegsbedürfnisse unterstüzt würden. Ja! Se. Kaiserl. Majestät beschwören sämmtliche Reichsstände, und unter Rükerinnerung des nicht zu bezweifelnden Grundsazes: daß ausserordentliche Umstände auch ausserordentliche Maaßregeln erheischen, und daß ein Staat bey steigender Gefahr, zu seiner Vertheidigung, Sicherheit und Erhaltung, selbst das Aeusserste wagen müsse, schon zum voraus auf jeden widrigen Fall diesen ausserordentlichen Rettungsmitteln nachzudenken, da Deutschlands innere Kräfte noch nicht erschöpft sind, auch gewißlich der Feind nicht durch einen sinkenden Muth bekämpfet, und zu billigen und gerechten, anständigen und annehmlichen Bedingnissen bewogen werden kann — also auf jeden widrigen Fall eher alle Kräfte aufzubieten, als die Schande Deutschlands, und den Umsturz der deutschen Verfassung in einem Friedensschluße zu unterzeichnen.]

II.

Friedens-Traktat zwischen Frankreich und Preussen, geschlossen zu Basel den 5. April 1795.

La Republique Française et sa Majesté le Roi de Prusse, également animés du desir de mettre fin à la guerre, qui les divise, par une paix solide entre les deux nations, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

La République Française,

Le citoyen François Barthelemy, son ambassadeur en Suisse,

Et le Roi de Prusse,

Son Ministre d'état, de guerre et du cabinet, Charles Auguste Baron de Hardenberg, chevalier de l'ordre de l'Aigle rouge, de l'Aigle blanc et de Saint-Stanislas;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, ont arrèté les articles suivans:

Art. I. Il y aura paix, amitié et bonne intelligence entre la République Française et le Roi de Prusse, tant considéré comme tel, qu'en qualité d'électeur de Brandebourg et de coEtat de l'Empire germanique.

Art. II. En consequence, toutes hostilités entre les deux puissances contractantes cesseront à compter de la ratification du présent traité; et aucune d'elles ne pourra, à compter de la même epoque, fournir contre l'autre, en quelque qualité et à quelque titre que ce soit, aucun secours ni contingent, soit en hommes, en chevaux, vivres, argent, munitions de guerre, ou autrement.

Art. III. L'une des puissances contractantes ne pourra accorder passage sur son territoire à des troupes ennemies de l'autre.

Art. IV. Les troupes de la République Française évacueront dans les quinze jours qui suivront la ratification du présent traité, les parties des Etats prussiens qu'elles pourraient occuper sur la rive droite du Rhin.

Les contributions, livraisons, fournitures et prestations de guerre cesseront entièrement à compter de quinze jours après la signature de ce traité.

Tous les arrérages dus à cette époque, de même que les billets et promesses données ou faites à cet égard, seront de nul effet. Ce qui aura été pris ou perçu après

l'époque susdite, sera d'abord rendu gratuitement, ou payé en argent comptant.

Art. V. Les troupes de la République Française continueront d'occuper la partie des Etats du roi de Prusse située sur la rive gauche du Rhin. Tout arrangement definitif à l'égard de ces provinces sera renvoyé jusqu'à la pacification generale entre la France et l'Empire germanique.

Art. VI. En attendant qu'il ait été fait un traité de commerce entre les deux puissances contractantes, toutes les communications et relations commerciales sont retablies entre la France et les Etats prussiens sur le pied ou elles etaient avant la guerre actuelle.

Art. VII. Les dispositions de l'article sixième ne pouvant avoir leur plein effet qu'autant que la liberté du commerce sera rétablie pour tout le nord de l'Allemagne, les deux puissances contractantes prendront des mesures pour en éloigner le théatre de la guerre.

Art. VIII. Il sera accordé respectivement aux individus des deux Nations la main-levée des effets, revenus ou biens, de quelque genre quils soient, détenus, saisis ou confisqués à cause de la guerre qui a eu lieu entre la France et la Prusse, de même qu'une prompte justice à l'égard des créances quelsconques que ces individus pourraient avoir dans les Etats des deux puissances contractantes.

Art. IX. Tous les prisonniers faits respectivement depuis le commencement de la guerre, sans égard à la différence du nombre et du grade, y compris les marins et matelots prussiens pris sur des vaisseaux, soit prussiens, soit d'autres nations, ainsi qu'en général tous ceux déténus de part et d'autre pour cause de la guerre, seront rendus dans l'espace de deux mois, au

plus tard, après l'échange des ratifications du présent traité, sans répetition quelconque, en payant toutes fois les dettes particulières qu'ils pourraient avoir contractées pendant leur captivité. L'on en usera de même à l'égard des malades et blessés, d'abord après leur guerison.

Il sera incessament nommé des commissaires de part et d'autre, pour proceder à l'execution du présent article.

Art. X. Les prisonniers des corps saxons, mayençais, palatins et hessois, tant de Hesse-Cassel que de Darmstadt, qui ont servi avec l'armée du roi de Prusse, seront également compris dans l'échange susmentionné.

Art. XI. La République française accueillera les bons offices de sa majesté le Roi de Prusse en faveur des princes et Etats de l'Empire germanique, qui desireront entrer directement en negociation avec elle, et qui, pour cet effet, ont deja réclamé ou réclameront encore l'intervention du roi.

La République française, pour donner au roi de Prusse une prémière preuve de son desir de concourir au rétablissement des anciens liens d'amitié qui ont subsisté entre les deux Nations, consent à ne pas traiter comme pays ennemis, pendant l'espace de trois mois après la ratification du présent traité, ceux des Princes et Etats du dit empire, qui sont situés sur la rive droite du Rhin, en faveur desquels le roi s'interessera.

Art. XII. Le présent traité n'aura son effet qu'après avoir été ratifié par les parties contractantes; et les ratifications seront échangées en cette ville de Bâle, dans le terme d'un mois, ou plutôt s'il est possible, à compter de ce jour.

En foi de quoi, nous soussignés ministres plénipotentiaires de la République française et de sa majesté le Roi de Prusse, en vertu de nos pleins-pouvoirs, avons signé le présent traité de paix et d'amitié, et y avons fait apposer nos sceaux respectifs.

Fait à Bâle, le seizième du mois de germinal de l'an troisième de la République française. (5. Avril 1795.)

Signé: François Barthelemy
et
Charles Auguste, Baron de Hardenberg.

III.

Erklärung Sr. Königlich. Majest. von Preussen ꝛc. an Ihre Höchst- und Hohen Reichsmitstände, in Betref des am 5. April 1795 mit der französischen Republik geschlossenen Friedenstraktats.

Seine königl. Majest. von Preussen ꝛc. sehen sich jezt in dem angenehmen Falle, Ihren höchst- und hohen Reichs-Mitständen eine Begebenheit anzukündigen, deren frohe und glükliche Folgen das gesammte deutsche Vaterland sehr nahe mit angehen. Der verhängnisvolle Krieg, welcher lange genug für die leidende Menschheit, Tod und Verheerung in so weitem Umfang verbreitete, hat nun von höchst Ihrer Seite sein Ziel gefunden. Ein glüklicher Friedensschluß ist zwischen Sr. Majestät und der französischen Republik am 5. April 1795 zu Basel unterzeichnet, und nachher beyderseits ratifizirt worden. Der-

selbe gewährt den preussischen Staaten wieder Ruhe und ungestöhrtes Wohlergehen; eröfnet aber auch zugleich allen Reichsständen einen gebahnten Weg, um gleichfalls zur Wohlthat des Friedens zu gelangen, und giebt schon augenblicklich einem grossen Theil Deutschlands Schuz und Sicherheit gegen die Leiden und Zerstöhrungen des Kriegs. Mit gerechtem Vertrauen auf die Zustimmung und den Beyfall des gesammten deutschen Reichs, verweilen daher des Königs Majestät nicht, Ihre Beweggründe, Ihre Gesinnungen und Wünsche bey diesem Friedensschlusse mit Offenheit darzulegen.

Höchst Sie sind sichs mit reinem Gefühle bewußt, daß wenn Ihre Beweggründe hauptsächlich durch den Drang gebietender Umstände bestimmt worden, auch dabey, so wie bey dem bisherigen Gange der grossen Angelegenheiten, welche Europa beschäftigen, Ihre Gesinnungen immer lauter, Ihre Absichten wohlgemeint gewesen sind. Sie können es den beobachtenden Zeitgenossen und der richtenden Nachwelt, zu würdigen mit Beruhigung überlassen, daß Ihr Interesse bey diesem ganzen Kriege kein unmittelbares, kein eigenes war, daß Sie an demselben, ohne Rüksicht auf Ihren Vortheil und Nuzen, nur aus reinem Patriotismus für die Sicherstellung und Vertheidigung des bedrängten deutschen Vaterlandes, nur aus reinem Eifer für das Wohl allgemeiner Angelegenheiten Theil genommen haben konnten.

Zu diesem so großmüthigen gemeinnüzigen Endzwek haben in Wahrheit Seine Majestät nicht blos Ihre Verbindungen als Bundsgenosse und als Reichsstand, treulichst und vollständigst erfüllt; sondern weit über die Gränzen hinaus mit einer beyspiellosen Anstrengung alle Aufopferungen dargebracht, welche nur die preussischen Staatskräfte vermochten. Sie haben drey blutige Jahre hindurch,

durch, mit einem auserlesenen großen Kriegsheere, zum Theil in weiter Entfernung von den preußischen Staaten, auf fremdem, meist ausgezehrtem Boden, unter der übertriebensten Theurung aller Bedürfnisse, unter den hinderlichsten Erschwerungen aller Art, und einem unermeßlichen Geldausflusse aus Ihren Ländern, gegen einen durch Macht und Kriegsglük so furchtbaren Feind gekämpft; Sie haben, um den reissenden Strom seiner Unternehmungen von Deutschlands Boden möglichst abzuwehren, alles was von höchst Ihnen abhieng, gethan und erschöpft, und alle Ihre Macht angewendet, um des schwere Verdienst zu erringen, in den gefahrvollsten Krisen, Deutschlands Beschüzer und Retter geworden zu seyn. Dankbar wird es noch die deutsche Nachwelt sich sagen, daß vornämlich die preußischen Kriegsheere es waren, welche das Reich gegen jenen ersten Einbruch, womit der General Custine dasselbe unvorbereitet, vor der Reichskriegserklärung und vor allen Kriegszurüstungen, furchtbar bis in sein Innerstes überraschte, mit Eile und mit Nachdruk retteten; welche diesen mit Uebermacht vorgedrungenen Feind aus den vorderen Reichslanden zurückdrängten, Mainz und Frankfurt von ihm zurükeroberten, und das schon zerrissene Teutschland wieder vereinigten und sicherten; daß diese Kriegsheere, während aller drey Feldzüge, den größten Theil des Rheinstroms vertheidigten, und als links und rechts, Unglük auf Unglük die Waffen der Allirten traf, auch die vereinigten Niederlande verloren giengen, und der unvertheidigte Norden des Reichs dem Sieger offen stand, hierhin eilten, wo die Gefahr am furchtbarsten drohete; und mit den westphälischen Provinzen des Königes, auch den ganzen dortigen Kreis und alle hinterliegende Länder retteten und bewahrten.

Und zu diesem Dienst des gemeinsamen Vaterlandes ward

des preußischen Blutes so viel vergossen, und wurden dem preussischen Staate so unerschwingliche Geldsummen entzogen, zu einer Zeit, wo der König zum Theil noch in andere Kriegsverwickelung verflochten, und die entgegengesezte Provinzen seiner Monarchie gegen Insurrection und Streifereyen der angränzenden Polen mit seiner übrigen Heeresmacht zu vertheidigen genöthiget ward.

Es war aber jedem Beobachter der statistischen Kräfte und Verhältniße der Staaten einleuchtend, daß schon jener mit so gespannter Tapferkeit auf beyden Seiten geführte, jener so entvölkernde, zerstöhrende, so äusserst kostbare und auf jede Weise so traurige Krieg, zumal bey seiner weiten Entfernung von den preussischen Staaten, in der Dauer deren Kräfte äusserst angreifen, und für dieselbe die Fortsezung einer auswärtigen Kriegesführung von dieser Art endlich unmöglich werden mußte.

Seine königliche Majestät haben dieß verschiedentlich Ihren hohen Bundesgenossen und Reichsmitständen unumwunden zu erkennen gegeben. Insbesondere geschah solches im Anfange des vorigen Jahres, wo Sie dem deutschen Reiche zu eröfnen gedrungen waren, daß es höchst Ihnen ganz unmöglich sey, die Bürde eines bis dahin blos aus eigenen Mitteln geführten Krieges ohne Unterstüzung und Erleichterung ferner zu tragen; und daß woferne nicht der gröste Theil Ihrer Truppen aus dem Felde zurükgehen, und das Reich sich selbst seiner Vertheidigung und seinem Schiksal überlassen sollte, dasselbe die Verpflegung dieser Truppen übernehmen müßte. Die hieher abzweckenden Anträge fanden aber fast alle im Reiche, Kaltsinn, Abneigung und Misbelieben; eine Aufnahme die in Wahrheit den wohlgemeinten Absichten des Königs, und seinem dem Reiche so wichtigen Schuze sehr wenig entsprach; und

die daher Seine Majestät zu dem Entschluße bestimmen mußten, jener Erklärung schon damals Folge zu geben.

In demselben Zeitpunkte geschahen indeß Sr. Majestät von dem Königl. Großbrittannischen Hofe Subsidien-Anträge, welche die Ursache dieses Entschlußes heben, und Höchst Ihnen die Mittel zur Fortsezung des Krieges darreichen sollten. Ihre bisherige Theilnehmung an diesem war zu sehr das uneigennüzige Resultat einer treuen Sorgfalt für alle Ihre Verhältnisse und Verbindungen, und eines redlichen Eifers, den um sich greifenden Zerstörungen der damals noch in Frankreich wüthenden Faktionen, und ihren bis zum höchsten Gipfel gestiegenen Gräueln, möglichst entgegen zu arbeiten; zu sehr das reine Werk einer innigen patriotischen Anhänglichkeit an das gemeinsame deutsche Vaterland, und eine tief empfundene Sehnsucht, seiner erschütterten Verfassung, seinem hinsinkenden Wohl nach allen Kräften aufzuhelfen; — Seine Majest. gaben den Grosbrittannischen Anträgen Gehör, und das bedrängte Reich genoß fortdauernd den Schuz der preußischen Waffen.

Die Subsidien, welche jedoch nur als eine sehr eingeschränkte Beyhülfe angesehen werden konnten, waren aber nicht lange im Gange, als sie schon aufhörten entrichtet zu werden; und die ganze Bürde des Krieges fiel wieder auf die alleinige eigene Mittel des Königs zurük.

Hätten in diesem Zeitpunkt Seine Majestät, vermöge Ihrer vorigen Erklärungen das Reich, sich und seinen schwachen Vertheidigungskräften überlassen wollen, so wäre sein Loos vielleicht schon trauervoll entschieden worden; in diesem Zeitpunkte wo noch keine Morgenröthe des Friedens schimmerte, wo nur überall auf den deutschen Gränzen und in den vordern deutschen Ländern Unglük stürmte; überall eine bange Ahndung das nahe Verhängnis ankün-

digte, daß, nach dem traurigen Vorgange aller Reichsländer jenseits des Rheins, das Schiksal der mit äusserstem Nachdruk vertheidigten, und dennoch überwältigten Kaiserlich Königlichen, und der schon damals immer gefahrvoller bedrohten vereinigten Niederlande, auch das Schiksal des wehrloseren größern Theils von Deutschland werden würde.

Der König indeß war noch der Vertheidiger des deutschen Reichs in dessen höchsten Krise geblieben; sein Heer gieng bald nach dem bedrohtesten Theile, dem offnen Norden von Deutschland; und rettete auch diesen gegen den mit Uebermacht und gewohntem Siegesglücke vordringenden Reichsfeind.

Aber dieß daurende Opfer, diesen Hinzug einer zahlreichen Armee nach Westphahlen, und das so erschwerte kostbare Bedürfnis ihrer Verpflegung auf theils so getraidearmem theils so aufgezehrtem Boden, war die lezte möglichste Anstrengung der preußischen Staatskräfte für diesen Krieg. Nach dreyjährigen immer fortgehenden, fast unermeßlichen Geldausflüssen aus den preußischen Staaten; nach dreyjähriger rastloser Kriegführung, Schwächung und Minderung der Truppen; nachdem die preußische Provinzen jenseits des Rheins dem Feinde in die Hände gefallen, und nach dem empfindlichen Einflusse dieser Umstände auf die Bevölkerung, den Nahrungsstand und das Wohlergehen der übrigen Provinzen, war nun eine Fortsezung des Krieges, aus ihren Kräften allein, ganz unbedingte Unmöglichkeit.

Und von welcher andern Seite boten sich wohl Sr. Majestät noch Hülfsmittel und Erleichterung dar, wenn selbst von dem Reiche die Verpflegung der für seine Rettung kämpfenden Preußischen Truppen nicht einmahl hatte übernommen werden wollen? Noch izt, wo diese

Truppen in dem erschöpften Westphalen Gefahr liefen, mit dem furchtbarsten Feinde, mit Mangel zu kämpfen, unterdes nach ihrem Schuz und Schirm sich alle benachbarte und hinterliegende, zum Theil sehe beträchtliche Staaten sehnten, haben sich keinesweges alle von diesen nur zur Gestattung einer ungehinderten Ausfuhr für die Armee, geschweige zu eigenen Magazin-Anlegungen für dieselbe, verstehen mögen. — Es sind ja selbst die ausserordentlichen und ungeheuren Lasten des Königs bey der Wiedereroberung von Mainz*) und bey ähnlichen besondern Unternehmungen, wo die Preussische Armee das, was nur einer Reichsarmee oblag, mit Nachdruk und Erfolg ausrichtete, nicht wieder erstattet werden; obgleich nur allein zum Behuf solcher Kosten die Reichskriegsoperationskasse besteht, und so ansehnliche wiederholte Römer-monatliche Beyträge von den Reichsständen bewilliget worden; obgleich seine Majestät Ihre unbestrittene Forderung, wovon Sie willig die auf Ihre Reichslande fallende Römermonate abrechnen lassen, nun schon so oft inständigst angeregt haben.

Und auf was für eine Mit-Kriegführung von Seiten anderer, durften des Königs Majestät für die Zukunft wohl rechnen, besonders nachdem durch den Abgang der vereinigten Niederlande die Masse der den Reichsfeind bestreitenden Kräfte so ausnehmend veringert, und diesem gerade die schwächste Seite Deutschlands geöfnet worden, um in dessen Innerstes zu dringen? Ueberall zeigte sich ja die traurige Spur eines anhaltenden Mißgeschiks der alliirten Waffen, die auch für das künftige keine heitere Hof-

*) Diese Wiedereroberungskosten betragen, laut einer nach den mäßigsten Datis angefertigten, und schon allen Behörden vorgelegten Berechnung die Summe von 2,083,961 Rthlr. 11 Gr. 2 Pf.

nung erwecken konnte. Ueberall und von allen Seiten zeigte sich die tiefste Erschöpfung, als natürliche Folge so ausserordentlicher Anstrengungen. Selbst Seine Kaiserl. Majestät, auf Höchstwelcher, bey einem mehrfachen, dringenden und unmittelbaren Intresse, und bey der leichtern Anwendung einer grossen Macht, die Hauptkriegsführung beruhte, hatten schon in der Mitte des vorigen Jahres es dem deutschen Reiche nicht weiter verhehlt, daß Sie dasselbe ohne unverweilte hinlängliche Unterstützung mit Mannschaft und Geld nicht zu retten vermöchten: Und was blieb nun von dem Reiche selbst zu erwarten, das hiernach bey steigender Krise immer mehr sich selbst und der Schwäche seiner abnehmenden Vertheidigungsmittel überlassen ward, das zwar diese sogar bis auf das Fünffache der Reichsarmatur zu erhöhen beschloß, hiervon aber nicht wirksamern Erfolg als bis dahin von der dreyfachen Armatur hoffen durfte, da so viele Reichsländer durch die Gewalt der französischen Waffen aller Mitwürkung entzogen worden; da die meisten Reichsstände theils durch die Unfälle und den Aufwand des Krieges erschöpft, theils an sich zu ohnmächtig waren, und da überhaupt schon durch den bisherigen, so wie jeden ehemaligen deutschen Reichskrieg, die immer wiederkehrende Erfahrung nur zu sehr bestätiget worden, daß die Reichskriegsverfassung so manche Schwächen eines aus vielfachen Theilen componirten Ganzen an sich trage, und ohne den Beystand anderer Mächte nicht überall wirksam genug sey.

Gewiß wurden alle Rüksichten auf diese und andere Verhältnisse um so dringender und auffordernder, als bey dem Ausgang des lezten mißlichen Feldzugs auf der einen Seite die Krisis den gefahrvollsten Punkt zu erreichen drohte; auf der andern aber in Frankreich aus den Trümmern des gestürzten Schreckensystems ein festeres Regiment von Mä-

ßigung und Milde, und ein weises Gefühl für das eigene Bedürfniß des Friedens hervorzugehen begann. Izt konnte auch in Deutschland nur Ein Wunsch und Eine Sehnsucht erwachen.

Wenn nach drey blutigen Jahren voll Tod und Verwüstung, die Kriegs-Ressourcen völlig erschöpft, und alle Aussichten zu weiterm Erfolg verschwunden sind; wenn es nachdruksvoll zu Tage liegt, daß die allgewaltige Hand der Vorsehung dem reissend n Strohme der feindlichen Kriegsunternehmungen einmal eine so entscheidende Richtung gegeben, und fernere Versuche dagegen fruchtlos seyn würden; wenn der Feind selbst nicht abgeneigt ist, die Hand zum Frieden zu reichen, und alle Hofnung erscheint, durch diesen mehr, als durch hartnäckige Kriegsfortsezung zu erlangen: — blieb auch dann noch eine Wahl? konnte dann noch ein weiser, menschenfreundlicher Regent, die Schreknißе des Kriegs immer weiter ohne Maaß und Ziel verbreitet sehen wollen? waren die schon mit Jammer gefüllte Provinzen noch nicht genug verheert? war die so leidende Menschheit noch nicht genug darnieder gebeugt?

Des Königs Majestät öfneten daher dem so gerechten Wunsche Ihr ganzes Herz, daß bald Ruhe und Friede den Preussischen Staaten, und wo möglich auch dem Deutschen Reiche wieder gegeben werde. Auch dieses empfand und äusserte fast allgemein denselben Wunsch, und begann schon über die Mittel zu einem so wichtigen Endzwecke eine förmliche Reichstagsberathschlagung. Es wandten sich zugleich an Se. Majest. ganze Reichskreise und mehrere der ersten deutschen Fürsten mit dem Anliegen, in Gemeinschaft mit Sr. Königl. Majestät, den Reichswaffenstillstand, und demnächst Frieden vermitteln zu helfen. Durch den patriotischen Eifer mehrerer für ihr und des Reichs gemeines Wohl sorgenvoll bedachten Stände, er-

folgte bald das Reichsgutachten, in welchem das Reich seinen Wunsch nach Frieden, mit Würde und Angemessenheit erklärte; und bey dem Allerhöchsten Reichsoberhaupte eine Einleitung zum Friedensversuche, und eine Rüksprache mit des Königs Majestät, wegen Dero Mitwirkung, nachsuchte

Diese Einleitung Sr. Kaiserl. Majestät, als die Haupteinwirkung, der die des Königes sich nur beyordnen konnte, ist indessen so wenig als eine eigentliche Rüksprache mit Sr. Königl. Majestät erfolgt. Dagegen sind alle Vorschritte geschehen, damit sämmtliche hohe Stände nur ihren Beytrag zur Reichsarmatur, so schwach und hoffnungslos dieser auch ferner seyn mag, noch für den dießjährigen Feldzug leisten; und es hat immer mehr das traurige Ansehen gewonnen, als solle das Reich, ungeachtet seiner so feyerlich erklärten Friedensneigung, noch fortdaurend in dem unglükseligen Krieg verflochten bleiben.

Se. Königl. Majestät aber, höchstwelche im dreyjährigen Kampfe für das Reich schon die äussersten Anstrengungen, die unermeßlichsten Aufopferungen gethan, können hiezu nicht noch Unmöglichkeiten gesellen. Sie können Sich nicht ganz aufopfern, und Ihren eignen Staat nicht ganz der Zerrüttung Preis geben, um nur an einem fernern Kriegsversuche Theil zu nehmen, dessen möglichst günstiger Erfolg immer dem Resultat einer jezigen Friedensunterhandlung nachstehen würde. Alle Rüksichten auf äussere und innere Verhältniße, alle heilige Verpflichtungen, welche Seine Majestät dem Wohlergehen Ihrer nach Ruhe und Frieden sich sehnenden Provinzen und Unterthanen, dem eigenen Glücke Ihres Königlichen Herzens schuldig sind, fordern Sie dringend auf, nunmehr einem Kriege zu entsagen, dessen Ausgang weiter hin nur unheilbares Verderben werden müßte.

Seine Majestät haben daher die Gelegenheit nicht ungenuzt gelaßen, daß zwischen Ihnen und einem Französischen Bevollmächtigten in der Stadt Basel Friedensunterhandlungen angeknüpft und betrieben werden konnten. Ihre wohlgemeinten Absichten sind mit einem glüklichen Erfolge gesegnet worden; und Seine Majestät können sich nun die landesväterlichen Freude gewähren, durch den mit der Französischen Republik geschlossenen Friedenstraktat Ihren Staaten Ruhe und neues ungestöhrtes Wohlergehen gegeben zu haben.

Aber auch dem deutschen Reiche haben Se. Königl. Majestät bey dieser wichtigen Ereignis Ihre ganze patriotische Aufmerksamkeit und die möglichste Fürsorge zu Theil werden laßen. Zwar waren Höchstdieselben keinesweges in dem Falle, auch ihm schon sogleich einen förmlichen wirklichen Frieden verschaffen zu können. Denn hiezu ermangelte Höchst-Ihnen bey nicht erfolgter Haupteinleitung und Rükspräche des Allerhöchsten Reichsoberhauptes, eine directe und bestimmte Autorisation von Seiten des Reichs, eine in den Augen der französischen Regierung hinreichende Legitimation, so wie eine nähere Kenntnis der überall gewünschten und überall anwendbaren speciellen Friedensbedingungen. Indessen haben Se. Majestät in Ihrer innigen Beherzigung der so bedauerlichen Lage des Reichs, und nach den in diesem Zeitpunkte an Sie abermals gelangten Gesuchen mehrerer erhabenen Stände, alles gethan, was von Höchst-Ihnen abhangen konnte, um den Weg möglichst zu bahnen, auf welchem das gesammte Reich und alle einzelne Stände bis zum Ziel einer so gerechten Sehnsucht gelangen könnten.

Zu diesem Endzwecke ist in Friedensschluße mit der Französischen Republik ausdrüklich auch für alle diejenigen Reichsstände eine günstige Bestimmung enthalten,

welche binnen drey Monaten der Republik Frankreich Friedens-Anträge thun, und für welche Se. Majestät Sich dieserhalb verwenden werden. Zugleich ist, nach einem besondern Abkommen, schon sofort für das ganze nördliche Deutschland eine gewiße Neutralitätslinie festgesezt worden, welche den allerseitigen Kriegsunternehmungen eine Gränze seyn; und welche den dahinter gelegenen sowohl Königl. Provinzen, als auch andern Reichsländern, unter dem Beding der Enthaltung aller directen und indirecten Feindseligkeiten vollkommene Sicherheit und Ruhe gewähren soll. Imgleichen ist auch die Herausgabe aller Französischer Seits gemachten Kriegsgefangenen verschiedener reichsständischer Truppen, welche mit der Königlichen Armee im Felde gestanden, bedungen worden.

Dieses sind die Vortheile, welche Se. Königl. Majestät Ihren hohen Reichsmitständen gegenwärtig darbieten können. Höchst Sie schmeicheln Sich, daß bey ihnen sämmtlich, besonders die allgemeine Wichtigkeit jenes ersten Punkts ihren Eindruk nicht verfehlen werde. Ihnen Allen wird darin die Hand zum Frieden und zur Aussöhnung geboten: und werden sie dieselbe unversucht verschmähen wollen?

Des Königs Majestät ertheilen hiemit die feierliche Zusage, daß Sie mit aufrichtiger herzlicher Willigkeit allen denjenigen, welche sich mit Friedenswünschen unmittelbar an Frankreich wenden, und dabey Höchst Ihre Unterstüzung verlangen wollen, diese auf das kräftigste angedeihen zu lassen, und überall die Französische Republik in ihrer günstigen Friedensstimmung bestens zu bestärken, Sich das patriotische Geschäft machen werden.

Sehr glüklich werden Se. Königl. Majestät sich fühlen, Ihre heissesten Wünsche werden erfüllt, und Ihren vielfachen bisherigen Opfern für das gemeine Wohl, wird

der schönste Lohn zu Theil werden, wenn es diesen Bemühungen und diesem Vorgange nicht mißlingen sollte, den Seegen des Friedens bald weiter zu verbreiten; wenn bald von dem ganzen vaterländischen Boden die Schrekniße und Zerstöhrungen eines so leidenvollen Krieges völlig entfernt, und dem guten deutschen Bürger Ruhe und Sicherheit zur glüklichen Uebung seiner friedlichen Pflichten wiedergegeben würde; wenn selbst auch die übrigen Nationen Europens auf so blutige Entzweyungen bald Versöhnungen folgen liessen, um in der Ruhe und der Wohlfahrt ihrer Bürger, den großen, einzigen Zweck aller Staaten wieder völlig erreichen zu können.

Welchen Gang aber auch diese großen Angelegenheiten nehmen mögen; und wenn selbst ein unglükliches Schiksal dem Reiche noch ferner Krieg beschieden haben sollte: so können Se. Königl. Majestät Ihrer Seits nur immer das Einzige hiemit bestimmt und ausdrüklich erklären, daß Sie durch Ihren Friedensschlus sich verbunden sehen, aller weitern Theilnehmung an dem Krieg, und aller Mitwirkung durch Stellung eines Contingents und Entrichtung von Römermonaten, gänzlich zu entsagen, und Sich zu der genausten und pünktlichsten Neutralität zu halten. Höchst Sie haben zu gewis durch unermeßliche Aufopferungen in den bisherigen drey Feldzügen, Ihre Reichsständische Obliegenheiten, die Sie nie verkennen, und denen Sie Sich nie entziehen werden, im völligsten Maasse erfüllt, und ungleich mehr gethan, als solche von vielen und noch von folgenden mehreren Jahren betragen würden, und als in der That von allen hohen Reichsständen geleistet worden; so daß Sie auch von dieser Seite Sich über Besorgniße eines Vorwurfs mit reiner Ueberzeugung erhaben wissen.

Ueberhaupt aber bleibt Sr. Königl. Majestät das beruhigende und belohnende Bewußtseyn, zur Wohl-

fahrt des deutschen Vaterlandes, zur Aufrechthaltung und Sicherung seiner Verfassung und Ruhe, sowohl in einer dreyjährigen nachdruksvollen Kriegesführung alles Ihrige, in Wahrheit bis auf den Grad der physischen Unmöglichkeit beygetragen, als nun auch den Weg des Friedens mit patriotischer Sorgfalt gebahnt zu haben. Auf diesem Wege das Ziel des Kampfes, Ruhe und Sicherheit zu erreichen, hiezu die eröfneten günstigen Aussichten, die dargebothene Unterstüzung des Königs, und die gemässigte, billige Gegsinnungen und Grundsäze der Französischen Republik zu benutzen, — dieses müssen Se. Majestät dem eigenen erleuchteten Gutbefinden Ihrer Höchst- und Hohen Reichsmitstände vertrauensvoll überlassen.

Berlin den 1. May 1795.

IV.

Convention über die Neutralitäts-Demarkations-Linie für das nördliche Deutschland, zwischen Preussen und Frankreich geschlossen zu Basel den 17. May 1795.

La République Française et sa Majesté le Roi de Prusse, ayant stipulé, dans le traité de paix et d'amitié conclu entre elles, le 16. germinal dernier (5. Avril 1795.) des clauses secrettes qui se rapportent à l'article VII. du dit traité, et qui établirent une ligne de démarcation et de neutralisation, dont le but est d'éloigner le théatre de la guerre de tout le nord de l'Allemagne, ont jugé convenable d'en expliquer et d'en arrêter définitivement les conditions par une convention particulière.

A cet effet les plénipotentiaires respectifs des deux hautes puissances contractantes, savoir :

De la part de la République Française, le citoyen François Barthelemy, son Ambassadeur en Suisse; et de la part du Roi de Prusse, son ministre d'Etat, de guerre et du cabinet, Charles August Baron de Hardenberg, chevalier de l'aigle blanc et de St. Stanislas etc. ont arrêtés les articles suivans:

Art. I. Afin d'éloigner le théâtre de la guerre des frontières des états de sa Majesté le Roi de Prusse, de conserver le repos du nord de l'Allemagne, et de retablir la liberté entière du commerce entre cette partie de l'Empire et la France, comme avant la guerre; la République Française consent à ne pas pousser les operations de la guerre, ni faire entrer ses troupes, soit par terre, soit par mer, dans les pays et Etats situés au dela de la ligne de démarcation suivante:

Cette ligne comprendra l'Ost-Frise, et descendra le long de l'Ems, et de l'Aa ou l'Alpha jusqu'à Munster; prenant ensuite sa direction sur Coesfeld, Bockhold jusqu'à la frontière du duché de Cleves près d'Isselbourg; suivant cette frontière à Magenport et sur la nouvelle Issel, et remontant le Rhin jusqu'à Duisbourg; de là longeant la frontière du comté de la Mark, sur Werden, Gémarke et le long de la Wipper à Hombourg, Altenkirchen, Limbourg sur la Lahn; le long de cette rivière et de celle qui vient de Idstein, sur cette ville, Epstein, et Höchst sur le Mein; delà sur Rauenheim, le long du Landgraben, sur Dornheim; puis, en suivant le ruisseau qui traverse cet endroit, jusqu'à la frontière du Palatinat; de là celle du pays de

Darmstadt et du cercle de Franconie, que la ligne enclavera en entier, à Ebersbach sur le Neckar, continuant le cours de ce fleuve jusqu'à Wimpfen, ville libre de l'Empire, et prenant de là sur Loewenstein, Murhard, Hohenstadt, Noerdlingen, ville libre de l'Empire, et Holzkirch sur la Werniz, renfermant le comté de Pappenheim et tout le cercle de Franconie et de la Haute-Saxe; le long de la Baviere, du Haut-Palatinat et jusqu'aux frontières de la Silesie.

Art. II. La République Française regardera comme pays et Etats neutres tous ceux, qui sont situés derrière cette ligne, à condition qu'ils observent de leur côté une stricte neutralité, dont le premier point sera de rappeler leurs contingens et de ne contracter aucun nouvel engagement qui pût les autoriser à fournir des troupes aux puissances en guerre avec la France.

Ceux qui ne rempliront pas cette condition (à laquelle le Roi tachera de les engager) seront exclus du bénéfice de la neutralité.

Art. III. Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à faire observer cette neutralité à tous les Etats qui sont situés sur la rive droite du Mein, et compris dans la ligne de démarcation sus mentionnée.

Le Roi se charge de la garantie (en tant que la ligne de démarcation sus-mentionnée est sur la rive droite du Mein) qu'aucunes troupes ennemies de la France ne passent cette partie de la ligne, ou ne sortent des pays qui y sont compris, pour combattre les armées françaises; et à cet effet, les deux parties contractantes entretiendront sur les points essentiels, après s'etre concertées entre elles, des corps d'observation suffisans pour faire respecter cette neutralité.

Art. IV. Le passage des troupes, soit de la République Française, soitde l'Empire ou Autrichiennes, restera toute fois libre par les routes conduisant sur la rive droite du Mein, par Francfort:

1) Sur Koenigstein et Limbourg, vers Cologne:
2) Sur Friedberg, Wezlar et Siegen, vers Cologne:
3) Sur Hadersheim, Wisbaden et Nassau, à Coblenz:
4) Enfin, sur Hadersheim à Mayence, et vice versa:

De même que dans les pays situés sur la rive gauche de cette riviere et dans tout le cercle de Franconie, sans toutefois porter le moindre préjudice à la neutralité de tous les Etats et pays renfermés dans la ligne de démarcation.

Art. V. Le Comté de Sayn-Altenkirchen sur le Westerwald, y compris le petit district de Bendorff, au dessous de Coblenz, étant dans la possession de sa Majesté le Roi de Prusse, jouira des mêmes suretés et avantages que ses autres Etats situés sur la rive droite du Rhin.

Art. VI. La presente convention devra être ratifiée par les parties contractantes, et les ratifications seront echangées en cette ville de Bâle dans le terme d'un mois, ou plutôt, s'il est possible, à compter de ce jour.

En foi de quoi, nous soussignés plénipotentiaires de la République Française et de sa Majesté le Roi de Prusse, en vertu de nos plein-pouvoirs, avons signé la presente convention particulière et y avons fait apposer nos sceaux respectifs.

Fait à Bâle, le 28. Floréal, an 3. de la République Française. (17. Mai 1795.)

(L. S.) Signé, François Barthelemy.
(L. S.) Signé, Charles Auguste Baron de Hardenberg.

V.

Kaiserliches Hofdekret, die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden betreffend. Wien den 19. May 1795.

Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß zu Basel ein besonderer Friedens- und Freundschaftstraktat zwischen der Französischen Nation und des Königs von Preussen Majestät, als König, Kurfürst von Brandenburg und Mitstand des teutschen Reichs abgeschlossen, und am 5ten des vorigen Monats von den beyderseits, Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Seitdem ist auch die im 12ten Artikel des gedachten Friedens- und Freundschafts-Traktats noch vorbehaltene Ratification von den beyden contrahirenden Theilen wirklich erfolgt. Noch nie schien es Sr. Kaiserl. Majestät dringender, als dermalen, Sich gegen Kurfürsten, Fürsten und Stände, und vor dem gesammten Teutschen Publikum mit möglichst gerader Offenheit zu erklären, theils manche Zweifel und Besorgnisse wegzuräumen, die etwa aus Unkunde der eigentlichen Lage der Sache, aus Mißverstand, oder durch andere Richtungen des menschlichen Verstandes und Herzens, über die aufrichtigsten und reinsten Absichten Sr. Kaiserl. Majestät verbreitet, und zufällig oder geflissentlich genährt worden sind, theils aber und vorzüglich in der reichsväterlichen Absicht, sich mit Kurfürsten, Fürsten und Ständen, in vollkommenem Kaiserl. Zutrauen auf ihren teutschen Patriotismus, über die Maaßregeln reichsverfassungsmäßig zu vereinigen, welche bey der gegenwärtig wichtigsten Comitialangelegenheit die Rechte der deutschen Grundverfassung, das System der reichsständischen Freyheit, die Würde und Selbstständigkeit des teutschen Staatskörpers erheischen mögen.

Se.

Sr. Kaiserl. Majestät glauben nicht, Ihre treue Anhänglichkeit an die teutsche Constitution, und deren Aufrechthaltung, Ihr seegenvolles Bestreben zur Befestigung und Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt des lieben teutschen Vaterlandes, durch einzelne Thatsachen verbürgen zu müßen, da bey partheiloser Erwägung Allerhöchst Ihrer Reichsregierung von Anbeginn derselben die höchste Beruhigung hierüber, und einen fortwährenden, selbst durch die ausserordentlichsten Aufopferungen des Erzhauses bestens verbürgten Beweis liefert. Auch diese konstitutionellen Gesinnungen und aufrichtigste reichsoberhauptliche Theilnahme leiteten Se. Kaiserl. Majestät, als Allerhöchstdieselbe die im allerunterthänigsten Reichsgutachten vom 22. Decemb. an Hand gegebene Grundlage zur Beförderung eines künftigen billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Friedensschlusses reichsväterlichst genehmigten; als Allerhöchstdieselbe Ihre Kaiserliche Geneigtwilligkeit erklärten, die in Antrag gebrachte einstweilige Einleitung — zugleich mit Beobachtung der in dem Reichsgutachten gedachten Rükſprache mit des Königs in Preussen Majestät — zu dem so sehr gewünschten Frieden zu machen, und als Se. Kaiserl. Majestät unter verfassungsmäßiger Rücksicht auf die Natur dieses Komitialgeschäfts die reichsoberhauptliche Zusicherung gaben, die allgemeine Reichsversammlung zu seiner Zeit nicht nur über den Erfolg der zu treffenden Einrichtung und Einleitung genau zu unterrichten, sondern daß es auch Allerhöchst Ihnen bey dem ausdrücklichen reichstäglichen Vorbehalte des fernern Zuthuns noch zur besonders tröstlichen Erleichterung Ihres schwerbürdigen Kaiserlichen Amtes gereiche, durch diese fernere Mitwirkung einen desto wirksamern Beystand zu erhalten, je theilnehmender und offenherzi-

ger in dieser schweren Angelegenheit Teutschlands jederzeit das reichsväterliche Benehmen seyn werde.

Weder unterließen Se. Kaiserl. Majestät in Folge der geäusserten Bereitwilligkeit zur ernstlichen Einleitung des so sehnlich gewünschten Friedens alsbald den ersten zu Erzielung dieser heilsamen Absicht vorbereitenden Schritt zu machen, da Allerhöchstdieselbe bereits am 14. Hornung des laufenden Jahres — am Tage, als das über die Reichskriegs- und Friedensmaterie erlassene Kommissionsdekret in Regensburg zur Diktatur kam — die Weisung an Ihren zu Berlin akkreditirten Kaiserl. Minister ertheilten, anliegende Note dem Königl. Preußischen Ministerium unverzüglich zu übergeben. In selber, wenn die Note in ihrem ganzen Zusammenhange und in Verbindung der Beylage erwogen wird, liegt nicht allein die im Reichsschlusse genehmigte Rücksprache, und reichsväterlichst ratificirte Friedensbsias zum Grunde, sondern Se. Kaiserl. Majestät gaben überdies das so sehr dringende Anliegen zu erkennen, in der Beyhülfe des Königs Majestät jene Erleichterung und reichsväterliche Beruhigung zu finden, welche mittelst der in dem erstatteten Reichsgutachten an Hand gegebenen, und von Allerhöchstdenselben genehmigten Grundlage des künftigen Friedensschlusses den friedlichen Endzweck befördern könne; besonders nachdem des Königs Majestät bereits im Voraus bey der allgemeinen Reichsversammlung erklären liessen, alles anzuwenden, um dem Reiche den so sehnlichst gewünschten Frieden und Ruhestand zu verschaffen, und laut des sich allgemein verbreiteten Rufes, schon Einleitungen zum Versuche des Friedensgeschäftes getroffen hatten.

Anlag. I.

Die auf die vorgedachte Kaiserl. Ministerial-Erklärung von dem Königl. Preußischen Ministerium mitgetheilte, und

vom 26. Februar datirte schriftliche Antwort langte den 14. Anlag. II. März am Kaiserl. Hoflager an. Wenn einerseits in derselben der im Reichsgutachten an Se. Kaiserl. Majestät gebrachte, und von dem Reichsoberhaupte genehmigte Ausdruck einer allgemeinen Sehnsucht der Reichsstände nach einem der Reichsfundamentalkonstitution, und besonders dem Zweck des westphälischen Friedens entsprechenden, billigen und annehmlichen, nach einem gerechten und anständigen Frieden, blos als der Ausdruck der allgemeinen Sehnsucht nach einem leidlichen Frieden dargestellt wird, so konnten zugleich anderer Seits Se. Kaiserl. Majestät bey einer ruhigen Ueberlegung in dem übrigen Inhalte der Antwort, jene behülfliche Erleichterung und reichsväterliche Beruhigung nicht wahrnehmen, welche Allerhöchstdieselbe zur Beförderung des friedlichen Endzwecks so sehr gewünscht und gehoft hatten; da indessen der Preußische Staatsminister von Hardenberg wenige Tage hernach, als die Königl. Preußische Ministerialnote unterzeichnet war, mit einer neuen am 28. Febr. datirten Vollmacht, in der Eigenschaft eines bevollmächten Ministers zur Fortsetzung und Vollendung der Friedensunterhandlungen von Berlin nach Basel abreisete, welche der verstorbene Königl. Preußische Generalmajor und bevollmächtigte Minister Graf von Golz, vermöge einer Königl. Vollmacht vom 8. December des vorigen Jahrs mit dem Bevollmächtigten der französischen Regierung angefangen hatte, und von welchen Friedensunterhandlungen das Resultat nunmehr allgemein bekannt ist.

Bey der durch eben diesen Separatfrieden in mancher Rücksicht sehr geänderten Lage der vorherigen Verhältnisse ist es nun die wohlmeynende Ueberzeugung Sr. Kaiserlichen Majestät, und zugleich nach Allerhöchst Ihrem Er-

achten dringendes Bedürfniß, daß Churfürsten, Fürsten und Stände ungesäumt selbst zur Beförderung und Beschleunigung des allgemein gewünschten Reichsfriedens, in Folge des Ihnen durch den westphälischen Friedensschluß und die Wahlkapitulation gesicherten Mitwirkungsrechts, über die Ernennung einer, jedoch in so geringer Anzahl, als thunlich, zum künftigen Friedenskongreß abzuschikenden Reichsdeputation, über die den Reichsdeputirten zu ertheilende General-Reichsvollmacht, über die Spezialvollmacht für dererselben Subdelegirte, und endlich über die für die Reichsdeputirte auszufertigende reichsherkömmliche, das materiale pacis sowohl, als den modum tractandi vollständig erschöpfende Instruktion, in patriotischer Eintracht, und mit kluger Beseitigung aller besondern Streitigkeiten, die reichstägliche Berathschlagung antreten, sofort über alldieses zum Besten des teutschen Vaterlandes ein allerunterthänigstes Gutachten an Se. Kaiserl. Majestät erstatten, wozu der Stof in den ältern Reichstagsakten schon grossentheils vorbereitet ist.

Inden Se. Kaiserl. Majestät die schleunigste Erstattung dieses Reichsgutachtens, auf welches Allerhöchstdieselbe hiemit reichsväterlichst antragen, mit reichsoberhauptlicher Sehnsucht erwarten: so bleibt es dennoch selbst Kraft eines neuen Zusatzes zur Leopoldinischen Wahlkapitulation von 1790. Churfürsten, Fürsten und Ständen unbenommen, nebst der zu ernennenden Reichsdeputation, wegen ihrer besondern in die Friedenshandlung Einfluß habenden Angelegenheiten ihre eigenen Gesandten abzuschicken, welche jedoch — wie sich Sr. Kaiserl. Majestät Vorfahrer am Reiche, Joseph I. glorwürdigsten Andenkens in einem an die allgemeine Reichsversammlung am 18. Jul. 1709. erlassenen kaiserl. Kommißionsdekret über diesen Fall, der teutschen Konstitution gemäß, bereits sehr rich-

tig erklärет haben, — „von Ihrer Kaiserl. Majestät und „des Reichs wegen nothwendig zu ermahnen sind, solchenfalls die etwan mitgebenden Vollmachten nicht wiederum (maassen wohl von einigen zu Zeiten geschehen „seyn mag) also einzurichten, als wenn weder Sie Reichsstände, noch ihre besitzende Lande, warum, oder um „deren Gerechtigkeiten es zu thun, Reichslande wären; „sondern dergestalten, damit auch daraus sowohl, als aus „allem übrigem Ihrem, und der Ihrigen Verfahren, die „Verknüpfung mit Ihrer Kaiserl. Majestät und dem Römischen Reiche, worauf Ihre wahre Hoheit und Heil beruhet, erkennet werden möge„.

Deutschlands politisches Ansehen und Gewicht gründet sich auf glükliche Uebereinstimmung des deutschen Gesammtwillens der mit ihrem Oberhaupte gesezlich vereinigten Kurfürsten, Fürsten und Stände, und dessen dauerhaftes Wohl auf die Achtung für die Unverlezlichkeit seiner Grundsätze und Reichsschlüsse. Selbst Se. Kaiserl. Majestät sind den Gesetzen unterwürfig; aber auch in Folge und als gesezlicher Handhaber derselben hegen Allerhöchst Sie schließlich zu Churfürsten, Fürsten und Ständen das verfassungsmäßige reichsoberhauptliche Zutrauen, daß von ihnen in der höchstwichtigen Komitialangelegenheit des Reichsfriedens gegen den Inhalt des 8ten Artikels des westphälischen Friedensschlusses nicht einseitig gehandelt, der Reichsschluß vom 30. April 1793. nach seinem ganzen Inhalte, insonderheit Nro. 8. beherziget, anbey aber nach den eigenen reichsständischen Erklärungen, und selbst nach Anweisung des erstatteten Reichsgutachtens über die Reichskriegs- und Friedensmaterie, bey noch fortwährendem Reichskriege, mit Erfüllung aller reichsschlußmäßigen Obliegenheiten, so lange fortgefahren werde, bis Deutschland wieder von den Leiden eines beyspiellosen

Krieges befreyet, und der so sehnlichst gewünschte billige, gerechte, anständige und annehmliche Reichsfriede im Ganze der Konstitution hergestellet seyn wird.

Anlage I.

Abschrift der von dem Hrn. Fürsten von Reuß dem Berliner Ministerium übergebenen ministeriellen Note.

Der Inhalt des an Se. Kaiserl. Majestät von der allgemeinen Reichsversammlung erstatteten allerunterthänigsten Reichsgutachtens, worinnen dieselbe ihre angelegentlichste Wünsche für einen billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Frieden an das Reichsoberhaupt gelangen ließ, kann einem Königl. Preußischen Ministerio nicht unbekannt geblieben seyn.

Seine Römisch Kaiserl. Majest. glauben bey Allerhöchst Ihrer von Anbeginn Ihrer Kaiserl. Regierung stets bewiesenen unermüdeten, durch die ausserordentlichen Aufopferungen Ihrer Hauskräfte thätigst unterstützten, und von Kurfürsten, Fürsten und Ständen danknehmigst anerkannten Sorgfalt für die Sicherheit und Wohlfarth des deutschen Vaterlandes Allerhöchst Ihre fortwährende reichsväterliche Obsorge auch in Beziehung auf die dermalige kritische Lage des deutschen Reichs nicht offenherziger und vertraulicher bezeugen zu können, als solches in dem jüngsthin an Kurfürsten, Fürsten und Stände erlassenen, hier in Abschrift beygeschlossenen allergnädigsten Kommißionsdekrete geschehen ist, und woraus zugleich des Königs Majestät die reichsoberhauptliche Gesinnung über die an Seine Kaiserl. Majestät von der allgemeinen Reichsversammlung gebrachte höchst wichtige Angelegenheit Deutschlands mit mehrerem zu ersehen geruhen werden.

So aufrichtig indessen die reichsväterliche Geneigtwilligkeit Sr. Kaiserl. Majestät ist, die ernstliche reichsober-

hauptliche Einleitung zur Erzielung eines den Wünschen des Reichs entsprechenden Friedens zu treffen; so können doch hiebey der tiefen Weisheit zugleich die mancherley grossen Schwierigkeiten nicht entgehen, die bey den gegenwärtigen Verhältnissen der Dinge mit der wirklichen Erzielung des so sehr gewünschten Friedens verbunden sind. Desto dringender ist das Anliegen Sr. Kaiserl. Majestät, durch die in dem erwähnten Reichsgutachten und Kaiserl. Kommißionsdekrete gedachte, mit des Königs Majestät über die einzuleitende Friedenswege zu eröfnende Rücksprache, jene behülfliche Erleichterung und reichsväterliche Beruhigung zu finden, welche, mittelst der in dem erstatteten Reichsgutachten festgesezten und von Sr. Kaiserlich. Majestät allergnädigst ratifizirten Friedensbasis, den friedlichen Endzwek befördern kann; besonders, nachdem des Königs Majestät bereits zum voraus bey der allgemeinen Reichsversammlung erklären liessen: „Alles anzuwenden, „um dem Reiche den so sehnlichst gewünschten Frieden „und Ruhestand zu verschaffen„; — und nachdem Ihro Majestät laut des sich verbreiteten allgemeinen Rufs schon einige Einleitungen zum Versuche des Friedensgeschäfts getroffen haben sollen, deren nähere Kenntniß die reichsoberhauptliche Verwendung zu Beförderung der Friedensabsicht vielleicht erleichtern dürfte.

Anlage II.

Antwort des Berliner-Ministerii.

Wir bezeugen dem allhier anwesenden Kaiserl. Königl. ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Fürsten Reuß Unsere Dankbarkeit für die Uns unter dem 21ten dieses gegebene freundschaftliche Mittheilung des auf das neuerliche Reichsgutachten, wegen anzugehenden Friedensunterhandlungen nunmehr erfolgten Kaiserl. Ratifikationsdekrets, und remittiren dessen Abschrift hiebey ergebenst. Des Königs Unsers allergnädig-

sten Herrn Majestät, Höchstwelchen wir seinen Inhalt sofort vorgelegt, ersehen daraus mit Vergnügen den abermaligen von dem gesammten Reich dankbarlich zu verehrenden Beweis reichsväterlich patriotischer Sorgfalt, indem Se. Kaiserl. Majestät dem an Höchst Sie gebrachten Ausdruk einer allgemeinen Sehnsucht der Reichsstände nach einem baldigen Waffenstillstand und leidlichen Frieden, Ihre reichsoberhauptliche Zustimmung und Genehmigung ertheilen, und sich allergnädigst bereit erklären, die Einleitungen zu diesem heilsamen Endzweke zu treffen, der wirklich für das deutsche Vaterland, nach dem Erfolg seines eben so gerechten, als mit ungleichen Kräften und völlig unglüklich geführten Kriegs, immer mehr das einzige, das sicherste Rettungsmittel wird.

Auf die bey obiger Mittheilung zugleich geschehene Anfrage des wohlgedachten Herrn Gesandten, verfehlen Wir nicht zu erwiedern, wie des Königs Majestät allerdings dem General Major, Grafen von der Golz, als Allerhöchstdieselben ihn in der Auswechselungsangelegenheit vor einiger Zeit nach Basel gesendet, auch aufgetragen hatten, die Gesinnungen der französischen Nation in Absicht des Friedens und der Mittel, ihn zu erzielen, zu erforschen. Seine Krankheit und sein Absterben haben indes die weitern Aeusserungen gehemmt. In Ansehung des deutschen Reichs ist aber hiebey nichts geschehen, und konnte es auch nicht, da des Königs Majestät die vorgedachte Allerhöchste Ratifikation des den Friedensantrag enthaltenden Reichsgutachtens, und die gefälligen Eröfnungen Sr. Kaiserl. Majestät abzuwarten hatten.

Berlin den 26. Februar 1795.

Finkenstein. Alvensleben. Haugwitz.

VI.

Reichsgutachten die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden betreffend. Den 3. July 1795.

Nachdem man in allen drey Reichskollegien das Kaiserliche allergnädigste Hofdekret vom 19. des verwichenen May in Vortrag und Umfrage gestellet; so ist bey der darüber gepflogenen ordentlichen Berathschlagung dafürgehalten und geschlossen worden, daß es:

1) vordersamst als ein neuer Beweis der redlichsten sich immer gleichen Fürsorge für das Beste des Reichs dankbarzu erkennen sey, daß Ihre Römisch Kaiserliche Majestät die allgemeine Reichsversammlung von dem Vollzuge des allergnädigst genehmigten Reichsgutachtens vom 22. December vorigen Jahrs genau zu unterrichten, die nähere Bestimmung, wie das besonders vorbehaltene Zuthun des Reichs, und dessen Concurrenz zu den Friedensunterhandlungen in Wirklichkeit und Ausübung gebracht werden solle, frühzeitig zu verlangen, und zu Eröfnung aller Mittel und Wege, welche man zu Erreichung des großen Zweckes eines dauerhaften und anständigen Friedens beförderlich erachtet, die Veranlassung durch das höchstverehrliche Hofdekret vom 19. May der allgemeinen Reichsversammlung zu geben geruhet haben; daß sofort

2) Der beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution, und durch denselben Wiederherstellung der Integritát seines Gebiets, und Sicherheit seiner Verfassung je

eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten; daß zu diesem Ende

3) In der dermaligen Lage der Sachen die Geneigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zur Eröfnung der Friedensunterhandlungen zwischen beyderseitigen Bevollmächtigten an Frankreich zu erklären, und sich über die Zeit und den Ort der wechselseitigen Zusammenkunft vor allem zu vereinbaren seyn werde; daß

4) Diese erste Einleitung lediglich Ihrer Römisch Kaiserlichen Majestät auf eine Art, wie es Allerhöchst Ihrer Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheim zu lassen, jedoch das Ersuchen beyzufügen sey, selbige in Allerhöchst Ihrem und des Reichs Nahmen zu machen, sie nach Möglichkeit zu beschleunigen, zu dem Orte des Congresses die Reichsstadt Frankfurth, wenn dabey kein besonderes Bedenken obwalte, sonst aber eine andere gut gelegene Stadt in Vorschlag zu bringen, für die gänzliche Sicherheit des Kongresses die versorgliche Uebereinkunft zu treffen, und zugleich den Bedacht darauf zu nehmen, daß (wo es ohne Nachtheil für die Friedensunterhandlungen geschehen kann) wo nicht ein Waffenstillstand, wenigstens die einsweilige Einstellung aller Requisitionen, Lieferungen und Verheerungen erzielet werden möge, und wie alles dieses erreicht worden, der Reichsversammlung die Nachricht zugehen zu lassen; daß

5) Zur gewisseren Erreichung dieses Zweckes Ihrer Majestät dem Könige in Preussen das zuversichtliche Vertrauen und der Antrag des Reichs zu erkennen zu geben sey, daß Höchstdieselbe zur Erreichung eines allgemeinen, die Integrität und die Verfassung des Reichs sichernden Friedens, nach Ihren öftern freywilligen trostvollen Versicherungen, Ihre beyhülfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten zu lassen geruhen werden; daß

6) Während Ihre Kaiserl. Majestät die erste Einleitung in vorstehender Maasse zu treffen beschäftiget seyn werden, die Berathschlagung über die übrigen Punkte des Allerhöchsten Hofdekrets fortgesezt, und baldmöglichst über dieselbe der weitere Schlus befördert werden solle. Welches alles denn

7) An Ihre Römisch Kaiserl. Majestät mittelst eines zu erstattenden allerunterthänigsten Reichsgutachtens zur vordersamen allerhöchsten Genehmigung (wie hiemit geschieht) allergehorsamst zu bringen sey.

VII.

Kaiserl. Hof-Ratifikations-Dekret die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden betreffend. Wien den 29. Jul. 1795.

Seine Römisch Kaiserliche Majestät haben sich das an Allerhöchstsie über die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden am 3. Julius des laufenden Jahres erstattete allerunterthänigste Reichsgutachten eherbietigst vorlegen lassen, und aus demselben ersehen, daß es

1) Vordersamst als ein neuer Beweis der redlichsten sich immer gleichen Fürsorge für das Beste des Reichs dankbar zu erkennen sey, daß Ihre Römisch Kaiserliche Majestät die allgemeine Reichsversammlung von dem Vollzuge des Allergnädigst genehmigten Reichsgutachtens vom 22. Dezember vorigen Jahrs genau zu unterrichten, die nähere Bestimmung, wie das besonders vorbehaltene Zuthun des Reichs, und dessen Konkurrenz zu den Friedensunterhandlungen, in Wirklichkeit und Ausübung gebracht werden solle, frühzeitig zu verlangen, und zu Eröffnung

aller Mittel und Wege, welche man zu Erreichung des grossen Zwecks eines dauerhaften und anständigen Friedens beförderlich erachtet, die Veranlassung durch das Höchstverehrliche Hofdekret vom 19. May der allgemeinen Reichsversammlung zu geben, geruhet haben; daß sofort

2) Der beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichs-Oberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Constitution, und durch denselben Wiederherstellung der Integrität seines Gebietes, und Sicherheit seiner Verfassung je eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten; daß zu diesem Ende

3) In der dermaligen Lage der Sachen die Geneigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zur Eröfnung der Friedensunterhandlungen zwischen beyderseitigen Bevollmächtigten an Frankreich zu erklären, und sich über die Zeit und den Ort der wechselseitigen Zusammenkunft vor allem zu vereinbaren seyn werde; daß

4) Diese erste Einleitung lediglich Ihrer Römisch Kaiserlichen Majestät auf eine Art, wie es Allerhöchst Ihro Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheim zu lassen, jedoch das Ersuchen beyzufügen sey, selbige in Allerhöchst Ihrem und des Reichs Nahmen zu machen, sie nach Möglichkeit zu beschleunigen, zu dem Ort des Kongresses die Reichsstadt Frankfurt, wenn dabey kein besonderes Bedenken obwalte, sonst aber eine andere gut gelegene Stadt in Vorschlag zu bringen, für die gänzliche Sicherheit des Kongresses die versorgliche Uebereinkunft zu treffen, und zugleich den Bedacht darauf zu nehmen, daß, (wo es ohne Nachtheil für die Friedensunterhandlungen geschehen kann) wo nicht ein Waf-

fenstillstand, wenigstens die einstweilige Einstellung aller Requisitionen, Lieferungen und Verheerungen erzielet werden möge, und, wie alles dieses erreichet worden, der Reichsversammlung die Nachricht zugehen zu lassen; daß

5) Zur gewissern Erreichung dieses Zweckes Ihrer Majestät dem Könige in Preussen das zuversichtliche Vertrauen und der Antrag des Reichs zu erkennen zu geben sey, daß Höchstdieselbe zur Erreichung eines allgemeinen, die Integrität, und die Verfassung des Reichs sichernden Friedens nach Ihren öftern freywilligen trostvollen Versicherungen Ihre beyhülfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten zu lassen, geruhen werden; daß

6) Während Ihre Kaiserliche Majestät die erste Einleitung in vorstehender Maasse zu treffen, beschäftiget seyn werden, die Berathschlagung über die übrigen Punkte des Allerhöchsten Hofdekrets fortgesezt, und baldmöglichst über dieselbe der weitere Schluß befördert werden solle. Welches alles denn

7) An Ihre Römisch Kaiserl. Majestät zur vordersamen allerhöchsten Genehmigung zu bringen sey.

Vor allem erwiedern Se. Kaiserl. Majestät den lebhaften Ausdruck des Danks, welchen Kurfürsten, Fürsten und Stände Allerhöchst Ihnen in Ansehung Ihrer aufs neue an Tag gelegten redlichsten sich immer gleichen Fürsorge für das Beste des Reichs zu erkennen geben, mit der reinsten Empfindung erkenntlicher Zufriedenheit.

Insonderheit gereichte Allerhöchstdenselben der in dem zweyten Absaze des erstatteten Gutachtens erklärte beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs zur besondern reichsoberhauptlichen Beruhigung; nämlich in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution,

und durch denselben Wiederherstellung der Integrität seines Gebietes, und Sicherheit seiner Verfassung, je eher je besser, auf eine dauerhafte Art zu erhalten, mit welcher Friedens=Basi die bereits im Reichsgutachten vom 22. December vorigen Jahres angenommene, von Sr. Kaiserl. Majestät genehmigte, und auf die Erzielung eines billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Friedens gerichtete Grundlage nach ihrem wesentlichen Innhalte und Sinne genau übereinstimmt. Dieser beharrliche Wunsch und Entschluß — da nach dem Inhalte der deutschen Grundgeseze bey dem Komitial=Geschäfte eines Reichsfriedens, wie bey Beschliessung eines Reichskrieges, weder das Oberhaupt von den Ständen, noch das Reich von dem Oberhaupte getrennt werden kann — ist der ächte und rühmliche Ausdruck ganz verfassungsmäßiger, standhafter und edler gemeinvaterländischer Gesinnungen; und Deutschlands Konstitution kann forthin noch eine glükliche Dauer geniessen, wenn Kurfürsten, Fürsten und Stände im rechtlichen und moralischen Gefühl für ihre Pflichten, und beseelt durch einen Gemeinsinn, diesen feyerlich erklärten Gesinnungen mit patriotischer Beharrlichkeit getreu verbleiben: Se. Kaiserl. Majestät aber würden Sich selbsten bey Ihrer so vielfältig erprobten, und durch das am 19. May erlassene Hofdekret neuerdings bestätigten treusten Anhänglichkeit an die deutsche Verfassung und deren Aufrechthaltung in allen ihren Theilen, Gliedern und Rechten, einem unerklärbaren Widerspruche mit ihren eigenen Erklärungen und Handlungen aussezen, wenn Allerhöchstsie nicht willfährigst geneigt wären, dem mit Ihren reichsväterlichen Gesinnungen und oberhauptlichen Pflichten vollkommen übereinstimmenden Inhalt des vorgedachten Absatzes ausdrückliche kaiserliche Genehmigung zu ertheilen.

Ferner bezeigen Se. Kaiserliche Majestät Ihre Geneigt-

willigkeit, die Allerhöchst Ihnen im ehrerbietigsten Vertrauen übertragene Friedenseinleitung zu übernehmen, welche in Ansehung der Auswahl des Orts zum Kongresse, der nähern eigenen Beurtheilung Se. Kaiserl. Majestät anheimgestellet ist. Um es an der von der allgemeinen Reichsversammlung gewünschten Beschleunigung des Reichsfriedens nicht ermangeln zu lassen, haben auch bereits Se. Kaiserliche Majestät, in der Eigenschaft als Reichsoberhaupt, die dießfalsige Anordnung getroffen, von deren Erfolg Allerhöchstdieselbe dem versammelten Reiche zu seiner Zeit die weitere Nachricht ertheilen werden; wovon anbey die unverzügliche Absendung des Kaiserlichen Bevollmächtigten nebst der Reichsdeputation an den Ort der Friedensunterhandlungen abhangen wird. Ob aber ohne Nachtheil der künftigen Friedensunterhandlungen ein Waffenstillstand bewirkt werden könne, wird wohl erst alsdann mit einer zuversichtlichen Beruhigung zu beurtheilen seyn, wenn diese zwischen den beyderseitigen Bevollmächtigten wirklich eröfnet sind, und sich demnächst, nach dem Inhalte des auf dem Reichsgutachten vom 22. December des vorigen Jahrs erfolgten Allergnädigsten Kommißionsdekrets, eine wahrscheinliche Aussicht zur Erzielung eines billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Friedens darstellt, woraus zugleich — ja, auf jeden möglichen Fall, die harte Nothwendigkeit entsteht, daß Kurfürsten, Fürsten und Stände von der Verbands- und Reichsschlusmäßigen Gegenwehre, nebst der Erfüllung aller übrigen gesezlichen Verbindlichkeiten, selbst in Folge ihrer eigenen vielfältigen Zusicherungen, nicht eher ablassen, bis Deutschland wieder auf dem Wege der deutschen Verfassung das Glück und den Segen eines allgemeinen Reichsfriedens erhalten wird. Jedoch kann sich hiebey die allgemeine Reichsversammlung von der reichs-

väterlichen Fürsorge Sr. Kaiserl. Majestät versichert halten, daß, wenn inzwischen bey den jezt wieder zu gemässigtern Gesinnungen zurückgekehrten französischen Gewalthabern, aus Gründen der leidenden Menschheit eine Mässigung oder die einstweilige Einstellung der feindlichen Requisitionen und Verheerungen zu erzielen seyn sollte, Allerhöchst Sie es dießfalls an zweckmäßigen Anträgen nicht werden fehlen lassen.

Uebrigens halten Se. Kaiserl. Majestät dafür, daß solche dringende politische Verhältnisse noch nicht eingetreten seyen, welche geradezu die Annahme eines mit den erforderlichen Eigenschaften der Geschicklichkeit, Klugheit, Redlichkeit und Unpartheylichkeit zwischen den streitenden Theilen ausgezeichneten **Vermittlers** (Mediateur) weder die besondere Verwendung (bons offices) eines Dritten nothwendig, oder aus überwiegenden Gründen vorzüglich räthlich machen; da das deutsche Reich, das erste im Range, mächtig und kraftvoll in seinem Oberhaupte, und seinen Gliedern, wenn diese mit deutschem Gemeingeiste zu einem grossen Zwecke vereiniget sind, Ansehen und Macht genug besizt, durch sich selbst einen billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Frieden zu erwirken. Nachdem aber die allgemeine Reichsversammlung nach der Mehrheit der Stimmen in einer mitwirkenden Verwendung des Königs in Preussen Majestät eine besondere Beruhigung suchet; so wollen Se. Kaiserliche Majestät auch dießfalls, — jedoch, sowohl den unmittelbaren Friedensunterhandlungen zwischen dem Reichsoberhaupte mit Zuthun der deputirten Stände, und den Bevollmächtigten Frankreichs, als der reichsverfassungsmäßigen Behandlungsart in allen andern Punkten unhinderlich — dem Wunsche der Reichsstände gern Statt geben, und bey dieser Voraussezung mit Ihrer reichsoberhauptlichen Geneh-

nehmigung nicht entstehen, wenn des Königs in Preussen Majestät sich auch Ihrerseits bey Frankreich nach ihren öftern freywilligen Versicherungen auf die von dem Reiche bedingte und bestimmte Basis verwenden, und auf solche Art in Folge des von den Reichsständen geäusserten zuversichtlichen Vertrauens, zu Erreichung eines allgemeinen die Integrität und Verfassung des Reichs sichernden Friedens für sich beyhülflich mitwirken werden.

Schließlich wiederholen Se. Kaiserl. Majestät Allerhöchst Ihre im Kaiserl. Hofdekrete vom 19. May bereits geschehene Aeusserung, da sie nach Ihrem reichsväterlichem Erachten nicht zu oft wiederhohlt werden kann: Deutschlands politisches Ansehen und Gewicht gründet sich auf glükliche Uebereinstimmung des deutschen Gesammtwillens der mit ihrem Oberhaupte gesezlich vereinigten Kurfürsten, Fürsten und Stände, und dessen dauerhaftes Wohl auf die Achtung für die Unverlezlichkeit seiner Grundgesetze, und Reichsschlüsse. Die Geseze gebieten dem Haupte und den Gliedern — allen und jeden, Mindermächtigen oder Mächtigern ohne Ausnahme — und untersagen jede Willkühr und Eigenmacht. Allerhöchstdenselben, welchen noch insonderheit, sowohl kraft Ihres kaiserlichen Amtes, als durch die mit dem Reichsoberhaupte von den Kurfürsten für sich und sämtliche Fürsten und Stände des Heiligen Römischen Reichs in Form des feyerlichsten Vertrags verglichene Wahlkapitulation, die Handhabung der Geseze auferlegt ist, liegt es daher auch ob, durch eine gerade und pflichtmäßige Offenheit die Rechte der Konstitution wider alle Handlungen zu verwahren, die mit derselben nicht vereinbarlich sind, da sonsten selbst für die Zukunft aus Beyspielen eine stillschweigende Abänderung in den zu Deutschlands Sicherheit und Wohlfarth bestehenden wichtigsten Grundgesezen gefolgert werden könnte.

Indem Se. Römisch Kaiserliche Majestät mit reichsväterlicher Erwartung, der weitern Erledigung der noch rükständigen Punkte des Kaiserl. Hofdekrets vom 19. May entgegen sehen, verbleiben zugleich Allerhöchst Sie den des Heiligen Römischen Reichs Kurfürsten, Fürsten und Stände fürtreflichsten Räthen, Bothschaftern und Gesandten mit Kaiserlichen Gnaden wohl und gewogen.

VIII.

Reichsgutachten, die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden, und insbesondere die deswegen vorläufig zu erneunende Reichsdeputation betreffend. Den 21. August 1795.

Nachdem man in weiterm Verfolg des Kaiserl. allerhöchsten Hofdekrets vom 19. May abhin, insbesonders auch den Punkt der Konkurrenz des Reichs zu den künftigen Friedensunterhandlungen mit Frankreich in Erwägung gezogen hat; so ist in allen drey Reichskollegien dafürgehalten und geschlossen worden:

Daß, um diese Friedensunterhandlungen desto unaufhaltlicher angehen zu können, wenn von Ihro Römisch-Kaiserlichen Majestät die bald erwünschliche Eröfnung über den entsprechenden Erfolg der dazu beförderlich getroffenen allerhöchsten Einleitung an die Stände des Reichs gebracht werde, dermalen zu diesem Ende schon vorläufig eine ausserordentliche Reichsdeputation von höchstens zehn Ständen, aus allen dreyen Reichskollegien, in der Gleichheit der Religion, zu bestimmen, und hiezu dießmal

Aus dem kurfürstlichen Kollegium:

Kurmainz und Kursachsen;

Aus dem Fürstlichen:

Katholischer Seits:	A. C. verwandter Seits:
Oesterreich,	Bremen,
Baiern,	Hessen-Darmstadt,
Würzburg,	Baaden,

und aus dem Reichsstädtischen:

Katholischer Seits:	A. C. verwandter Seits:
Augsburg,	Frankfurt am Mayn,

doch einem jeden, wer der auch sey, und insbesondere auch den Prälaten- und Grafen-Curien an den zustehenden ordinären Deputations-Rechten ohne allen Nachtheil, zu erkiesen und zu ernennen seyen, so wie diese Deputation dann auch also ernennt worden ist.

Als welches somit an Ihro Römische Kaiserliche Majestät anderweit (wie hiemit geschieht) allerunterthänigst mit dem Anhange zu bringen wäre, daß man nicht unterlassen würde, über die noch rückständigen übrigen Punkte des Kaiserlichen allerhöchsten Hofdekrets die Berathschlagung ohne Aufenthalt fortzusezen.

IX.

Anlagen des Reichsgutachtens vom 7. Oktober 1795.

I.

Reichsinstruktion für die zum Friedenskongreß ernannten Reichsdeputirten.

Das teutsche Reich sieht sich leider! schon seit dem Verlauf mehrerer Jahre in einem beyspiellosen Kriege mit Frankreich verwickelt:

Ihm kann nur dieses dabey noch zur Beruhigung gereichen, daß es sich nicht den Vorwurf zu machen habe, dazu irgend einen gegründeten Anlas gegeben zu haben.

Sr. Kaiserl. Majestät und auch den Churfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs war stets nichts so sehr angelegen, als die nachbarliche Ruhe mit Frankreich ungestört — und die mit demselben eingegangenen feyerlichen Friedensschlüsse, besonders aber den zu Münster errichteten Frieden unverbrüchlich zu erhalten.

Kundbar aber ist es, daß Frankreich, dieser feyerlichen Friedensschlüße unangesehen, seine im August 1789 abgefaßten Dekrete auch in der Erstreckung auf die teutschen Reichsstände und Angehörigen ohne Unterschied in den Vollzug gesezt — denselben in Elsaß, Lothringen und sonsten auf solche Art ihre vorhin ruhig genoßenen geist- und weltlichen Rechte, Einkünfte und Besitzungen auf einmal entzogen, und hierdurch selbst auch die Oberherrschaft und oberste Lehnsherlichkeit des deutschen Reichs zu beeinträchtigen sich erlaubt habe.

Der auf eine so mannigfaltige Art hierdurch beschwerten Reichsstände sich anzunehmen, war Folge des verfassungsmäßigen Reichsverbands.

Nichts desto weniger ist aus den öffentlichen Reichstagsverhandlungen bekannt, daß man von Seiten des teutschen Reichs auch hierbey nur mit der äussersten Mäßigung, mittelst friedlicher Vorstellungen unter Beziehung auf Besizstand und Friedensschlüsse, so lange zu Werke gieng, bis man endlich nach erfolgten unzulänglichen Französischen Rükäusserungen auf einmal zahlreiche Armeen an die teutschen Gränzen anrücken — Sr. Kaiserl. Majestät, damals noch als Könige von Ungarn und Böhmen, auch wegen ihrer Theilnahme an dem Schiksale der deutschen Reichsstände den Krieg ankündigen — den Burgundischen Reichs-

kreis feindlich überfallen, bald darauf noch einen Theil des Oberrheinischen Kreises ohne alle Kriegserklärung mit feindlicher Gewalt überziehen — und auf solche Art sich endlich unausweichlich gezwungen sahe, wider seine bis dahin immer noch bewiesene friedliche Neigung die Waffen zur gerechten Vertheidigung zu ergreifen.

So sehr auch in jedem Betracht die Gerechtigkeit diesem nachher auch noch förmlich erklärten Reichskriege zur Seite steht, so war das deutsche Reich dennoch dasjenige, welches bey dem ersten Anscheine mehr gemässigter französischer Grundsäze auch schon wieder das erste Augenmerk auf die Zurükführung der friedlichen Ruhe zu richten anfieng.

Man gieng hiebey aus der Voraussezung aus, daß auch Frankreich in Beherzigung der Veranlaßung und des Zweks dieses Reichskrieges, welcher auf der Seite des teutschen Reichs nur abgenöthigte Vertheidigung seiner Verfassung — nur ungetheilte Erhaltung seiner Integrität, und Wiedererlangung der entzogenen geistlichen und weltlichen Rechte und Besizungen war, auch seines Orts geneigt seyn würde, zu einem billigen und annehmlichen Frieden gleichfalls die Hände zu bieten.

So geschahen, und so erfolgten denn nun die bekannten Anträge, dieses heilsame Geschäft würklich einzuleiten, und friedliche Traktaten mit Frankreich zu veranlaßen.

In eben dieser Absicht ist von der allhiesigen Reichsversammlung vorläufig auch schon weiters beschloßen, und von Ihro Kaiserl. Majestät allergnädigst genehmigt worden, eine ausserordentliche Reichsdeputation an den Ort des Friedenscongresses abzuordnen, welche bey dem Fortgange dieses Geschäftes sowohl das allgemeine Interesse des Reichs, als das besondere der dabey betroffenen Stände und Reichsangehörigen mitbeobachten helfen solle.

Nachdem nun auch dem Reiche zur Ehre, diese Reichs-

deputation, von den in dem Deputationsschema (unnachtheilig eines jeden Rechten und Vorrangs, und ohne Folge für die Zukunft) auf die nachstehende Art verzeichneten Ständen — und zwar namentlich aus dem Churfürstlichen Kollegium von Churmainz und Chursachsen, aus dem Fürstlichen, Catholischer Seits von Oesterreich, Bayern und Würzburg, und A. C. verwandter Seits von Bremen Hessen=Darmstadt und Baaden, so dann von den beyden Reichsstädten, Augsburg und Frankfurt, übernommen und sich bereitwillig erklärt worden, zu den Friedenstraktaten jemand von ihren verpflichteten Räthen mit gehöriger Vollmacht abzuschicken; so hegt man zwar zu dieser ernannten Reichsdeputation überhaupt das feste Zutrauen, daß sie auch von selbsten schon bey den künftigen Friedenstraktaten an allem demjenigen nichts werde ermangeln lassen, was bey einem so wichtigen Geschäfte zu des Reichs Besten und Wohlfarth nur immer gereichen könne.

Indessen wird jedoch zu mehrerer Vorbereitung, Beförderung und Erleichterung der Deputationshandlungen nicht undienlich erachtet, auch deswegen noch insbesondere einige nähere Bestimmungen hiedurch zu ertheilen.

Hauptsächlich kömmt es bey dem ganzen Geschäft auf zwey Punkte an:

1.) Auf das dabey zu beobachtende Formale, und die ganze Verhandlungsart, und

2.) Auf das Materiale der Friedenshandlungen.

ad 1.

Wird ohnehin als ungezweifelt vorausgesezt, daß die deputirten Stände sich

a) Mit der Abschickung ihrer Bevollmächtigten also insgesammt gefaßt halten, daß diese, so bald Zeit und Ort des Friedenscongresses einmal bekannt gemacht sind, sich ohne Aufenthalt alda einfinden, und alsdann der angehenden

Friedenshandlung nebst den gewöhnlich sich auch dazu zu legitimiren habenden Kaiserl. Plenipotentiarien insgesammt beywohnen können.

Vordersamst aber haben dieselben,

b) So wie es überhaupt mit den allerseitigen Legitimationen nach den Vorgängen von den Jahren 1 82 und 1697 gehalten wird, auch in dessen Gefolg und nach der Analogie des reichstäglichen Herkommens, sich bey dem Churmainzischen Direktorio, nach vorläufig auch von diesem vollbrachter und notifizirter eigener Legitimation, zu legitimiren.

c) Die Anstände, die sich in dem Jahre 1697 über die Art der Uebergebung ihrer Vollmachten ereignet haben, sind ohnehin schon durch die Analogie der gegenwärtigen Reichstagsobservanz im Voraus gehoben, und dießmal mit Zuversicht nicht zu besorgen.

d) Die Vollmachten werden alle nach dem einmal gutgefundenen und hier beygehenden Formulare gleichförmig ausgefertiget.

e) Ohne alle Folge für künftige Fälle wird auch dießmal keinem Bevollmächtigten der deputirten Stände ein Bothschafterscharakter aufgetragen.

f) Wenn wider Vermuthen in den Specialvollmachten sich etwas einschleicht, was mit dem verglichenen Formular nicht übereinstimmt, so wird es als nicht bestehend geachtet, und alles von selbst als formularmäßig ausgefertiget und geändert angesehen.

g) Da man bey der dermaligen so wichtigen Angelegenheit das Hauptaugenmerk dahin richten muß, durch Nebendinge die Hauptsache nicht aufzuhalten; so werden sämmtliche Bevollmächtigte den allgemeinen Wünschen und Absichten des Reichs entsprechen, wenn sie durch eine allerseitige freundschaftliche Uebereinkunft alles auch sonst unter sich hergebrachte Ceremoniel mit förmlichen Visiten,

Revisiten, Empfang und Begleitung für diesmal, unverfänglich und ohne Folge für andere Fälle, möglichst unter sich aufheben, oder ausgesezt seyn lassen.

h) Sobald die Legitimationen vollbracht sind, werden von der Deputation theils für sich selbst, theils, nach Gestalt der Sachen, auch auf Anhandgebung der Kaiserl. Gesandschaft, sogleich die Berathschlagungen über die zum Friedensgeschäft mit Frankreich eigentlich gehörigen Materien (maassen andere Dinge, welche die Stände des Reichs unter sich, oder mit andern haben, dazu unter keinem Scheine gezogen werden sollen) sogleich angefangen, und von den Bevollmächtigten mit einander in Corpore ununterbrochen fortgesezt.

i) So lange die Zahl der Bevollmächtigten nicht unter zwey Drittheile der ganzen Deputation herunter sinkt, können von denselben über alle einschlagende Sachen, ohne Ausnahme und Unterschied, Schlüsse gemacht werden.

k) Ueber die proponirten Materien wird dem herkömmliche Reichsstyl gemäß deliberirt.

l) Die Sizungen nimmt die Deputation nach Anleitung des hiebeygehenden und nach dem Typo vom Jahr 1697 eingerichteten Schematis.

m) Alle gemachten Deputationsschlüsse werden durch das Chur-Mainzische Directorium, oder per Subdeputationem an die Höchstansehnliche Kaiserl. Gesandschaft überbracht; und so wird sich mit derselben einer einmüthigen Meynung verglichen, damit hierdurch das gemeinsam für gut Befundene von Ihro Kaiserl. Majest. Gesandschaft an die französischen Abgesandten gebracht werde. Geschehen von dieser Seite darauf Gegenerklärungen, so werden diese der Deputation von der Kaiserl. Gesandschaft abermals mitgetheilt, und auf solche Art communicato consilio die Sache immer behandelt.

n) Nebst dem, daß Kaiserl. Majest. allermildest geruhen, nach Maaß der vordern Hergänge die allerhöchste Anordnung erneuern zu lassen, daß auch bey den dermaligen Friedensunterhandlungen von den Kaiserl. Königl. Plenipotentiarien, Nahmens des Römischen Reichs überhaupt nichts traktiret, noch beschlossen werden solle, es sey denn vorher mit der Reichsdeputation überlegt, und was zu handeln oder zu thun, und worauf endlich zu bestehen, mit beyderseitigem Vorwissen und Einwilligung anbeliebt worden — so hat es auch bey demjenigen sein Bewenden, was in Absicht auf die unverweigerliche Beyziehung der Reichsdeputirten bey den unmittelbaren Friedensverhandlungen mit den auswärtigen Gesandten der Art. IV. §. 11. der neuesten Kaiserl. Wahlkapitulation deutlich und näher annoch bestimmt.

o) In Rüksicht eben dieser förmlichen Conferenzen und Unterhandlungen mit den Kaiserl. und Französischen Plenipotentiarien, wird ein Schema Sessionis ungefähr nach dem Muster, wie es der Hergang von dem Jahre 1682 an Handen giebt, zu vergleichen seyn.

p) Alles, was auf die vorangeführte gesezliche Weise zum förmlichen Abschlusse gebracht worden, wird auch von der Reichsdeputation mitgefertigt und unterschrieben.

q) Bey den bevorstehenden Friedensunterhandlungen mit Frankreich ist nicht weniger auf das in dergleichen Fällen übliche Idioma und dessen Beobachtung die gehörige Aufmerksamkeit mit Hinsicht auf dasjenige, was darüber im Jahr 1682 umständlich dahier am Reichstage verhandelt worden ist, zu richten.

r) Die Art und Weise der wechselseitigen Correspondenzpflege zwischen der Reichsdeputation und der hiesigen Reichsversammlung, und das Maaß ihres allerseitigen Benehmens dabey, bleibt auch dießmal so, wie eins

und das andere in der Reichsinstrukzion vom Jahr 1697. schon hinlänglich und vollständig festgesezt ist.

s) Ergeben sich über das Formale in dem weitern Fortgang des Geschäftes doch annoch Anstände, welchen durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Instrukzion nicht zum Voraus schon abgeholfen wäre, so dient für solche Fälle erstlich das, was das leztemal im Jahr 1697. geschehen ist, und, wenn dieses nicht entscheidet, alsdann zweytens dasjenige, was vorher im Jahr 1682. ohne Widerspruch beobachtet worden, in Ermanglung alles dessen hingegen drittens die Analogie der reichstäglichen Observanz zur Richtschnur. Zu noch mehrerer Abschneidung aller dem Geschäfte nachtheiligen Hindernisse wird dabey zugleich festgesezt, daß alles, was dießmal die Deputation zur Hebung dergleichen Formalitätsanstände unter sich verabrede, zumahlen bey der kundbaren Zerstreuung mancher Archive, als eine zu allen Zeiten unverfängliche Auskunft, die man nie zu einer prejudicirlichen Folge anziehen könne, angesehen werden solle.

t) Da vermöge der Kaiserl. Wahlkapitulation, und des darauf sich beziehenden Kaiserl. Allerhöchsten Hofdekrets vom 19. May dieses Jahrs einem jeden bey dem Friedensgeschäfte besonders intereßirten Stande, auch wenn er sich nicht unter der Zahl der Reichsdeputirten befindet, unbenommen und vorbehalten bleibt, den Friedenscongres mit eigenen Partikularabgeordneten zu beschicken, so hat es zwar dabey auch unabänderlich sein Bewenden; es haben sich aber

1) Dergleichen ständische Partikularabgeordnete allemal bey dem Chur-Mainzischen Reichsdirektorium auf die bey der Reichsversammlung übliche Art zu legitimiren; und hegt man ohnehin

2) Die Zuversicht, daß auch die Vollmachten selbst so

eingerichtet seyn werden, daß daraus sowohl, als aus dem übrigen Benehmen derselben, die Verbindung ihrer Principalen mit Kaiserl. Majestät und dem Reiche erkannt werden möge.

3) Haben dieselben ihre Vorstellungen und Anträge an die Reichsdeputation schriftlich zu bringen.

4) Benehmen sie sich mit derselben vertraulich über alle vorhabende oder zu machende entscheidende Schritte.

5) Zu Ertheilung öfters nöthiger mundlicher Aufklärungen, lassen dieselben sich bereitwillig finden, auf Verlangen und Ansinnen der Reichsdeputation, auch bey den Sizungen selbst sich einzufinden.

6) Zur Abschneidung aller sonst leicht zu besorgenden Anstände und Schwierigkeiten wollen sich sämmtliche Stände gefallen lassen, daß ihre Partikularabgeordneten, ohne Unterschied des aufgetragenen oder begleitenden Charakters, bey allen öffentlichen Geschäftsunterhandlungen, den Bevollmächtigten der Reichsdeputation, von welchem Stande diese auch immer abgeordnet seyn, doch im übrigen den Rechten und Vorgängen eines jeden unpräjudicirlich, ohne Widerspruch nachsizen, oder nachgehen; dagegen werden aber auch

7) Die Reichsdeputirten das Interesse der Höfe dieser Partikularabgeordneten bestens besorgen, und keine Angelegenheit, welche dieselbigen betrift, ohne vorherige Kommunikation und Rükſprache mit ihnen zur Deliberation bringen; wie denn die Reichsdeputation überhaupt allschon verbunden ist, auch selbst die Angelegenheiten der übrigen Reichsangehörigen, welche keinen eigenen Bevollmächtigten zum Congresse schicken, und doch sich mit ihrem Anliegen an Kaiserl. Majestät und das Reich entweder allschon gewendet haben, oder noch wenden, auf alle den Umständen nach thunliche Art bestens zu unterstüzen.

Ad. 2.

Wenn bey diesem Punkte aus dem Grundsaz ausgegangen wird, daß bey dem gegenwärtigen Kriege das teutsche Reich nur der angegriffene Theil sey, so sollte man schon um deswillen hoffen können, nach einem so langwierigen Kampfe, zu einem gerechten, anständigen und sichern Frieden mit Frankreich zu gelangen, in so ferne je noch Gründe der Gerechtigkeit, verbunden mit einem Rükblik auf wechselseitiges Interesse, auf die aufgestellten eigenen Französischen Grundsäze, und auf so viele öffentliche Aeusserungen aller Entfernung von Eroberungsabsichten, Eindrücke machen.

Wird aber diese Friedensunterhandlung so, wie darauf der Antrag zu machen ist, auch noch dazu auf die Grundlage der mit Frankreich eingegangenen ältern Friedensschlüsse gebaut, so wird es als ein noch gemäßigtes Verlangen angesehen werden müssen, wenn dermalen auf die Herstellung des Status, wie er vor dem Ausbruch der französichen Mishelligkeiten bestanden hat, und auf eine billige Entschädigung der Antrag der Deputation gerichtet werde. In eben diesem Maaße wäre daher bey Eröfnung der Friedensunterhandlungen das materiale pacis von der Deputation auszudrücken, und hierauf die weitern Unterhandlungen bis zum Abschlusse, (vorbehaltlich der Ratification Kaiserl. Majestät und des Reichs) fortzusezen, damit den bedrängten Reichsständen und Angehörigen (die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen) mit sorgfältiger Hinsicht auf die vorhergehenden Reichsfriedensschlüsse, zur Restitution und billigen Genugthuung, so wie insbesondere auch den in Französischer Gefangenschaft als Geisseln noch befindlichen Ständen und Reichsangehörigen zu ihrer Befreyung verholfen, und überhaupt ein die Erhaltung der ungetheilten Integrität und Verfassung des

Deutschen Reichs sichernder annehmlicher Friede möglichst erwirkt werde.

Wie nach und nach die Sachen in dem einen und dem andern sich anlassen, wird die Deputation an die hiesige Reichsversammlung von Zeit zu Zeit umständlich berichten, und hierin, so wie im übrigen, die fernere Nothdurft selbst zu beobachten wißen. Sollte sich jedoch nach Beschaffenheit der eintretenden Umstände ergeben, daß nöthig sey, die Reichsdeputation während dem weitern Fortgange der Verhandlungen mit einer neuen Instruktion zu versehen, oder die ertheilte zu erläutern, so ist solches jedesmal auf vorgängige Kommunikation mit der Kaiserl. Gesandschaft, und respect. hier mit der Kaiserl. Kommission, auch, im Fall darüber bey der Reichsversammlung ein Schluß zu fassen wäre, auf Ihro Kaiserlichen Majestät allerhöchste Genehmhaltung zu bewerkstelligen. Gleichwie der Deputation dann auch zu seiner Zeit die erforderliche Ratification annoch von Reichs wegen zugefertiget und überschikt werden solle, ohne daß jedoch dieser modus zu einer Konsequenz für das künftige gezogen werden möge.

Signatum Regensburg.

II.

Generalreichsvollmacht für die zu den Friedenstraktaten ernannte Reichsdeputation.

Nachdem des Heiligen Römischen Reichs Churfürsten, Fürsten und Stände für rathsam befunden, aus Dero Mittel diejenigen zu wählen, welche den, zwischen Ihro Kaiserl. Majestät, unserm allergnädigsten Herren, und dem deutschen Reiche eines, und mit Frankreich andern Theils, zu Wie-

derherstellung eines billigen, annehmlichen und allgemeinen Reichsfriedens veranlaßten gütlichen Traktaten, von Reichs wegen, beyzuwohnen, und dessen Intresse mit zu beobachten haben, und hierzu aus dem Churfürstlichen Kollegio Churmaynz und Chursachsen, aus dem Fürstlichen, Katholischer Seits, Oestreich, Bayern, Würzburg, so dann A. C. Verwandter Seits, Bremen, Hessen-Darmstadt und Baaden, und endlich aus dem Reichsstädtischen Kollegio, Katholischer Seits, Augsburg und A. C. verwandter Seits Frankfurth am Mayn, erwählt und benannt worden:

Als wird denselben von gesammten Reichs wegen, zu obgedachtem Ende, Kraft dieses, vollkommene Gewalt ertheilt, daß sie die Ihrigen mit genugsamer Vollmacht unverweilt an den bestimmten Ort des Friedenscongresses abordnen, um daselbst mit und neben den höchst ansehnlichen Kaiserlichen Herren Plenipotentiarien zu erscheinen, und nach Ausweis der ihnen diesfalls ertheilten Instrukzion, dasjenige berathschlagen, und dem Reichsstylo gemäs traktiren und verrichten zu helfen, was zur Wiederherbeybringung eines ehrbaren, sichern und allgemeinen Reichsfriedens dienen, und zur Beförderung der Befreyung und Restitution, auch billigen Satisfaktion und Entschädigung der beschwerten und theils in Gefangenschaft gerathenen Reichsstände und Glieder, und überhaupt zu gemeiner Wohlfarth und Beruhigung des Vaterlandes gereichen mag.

Was nun durch Sie Reichsdeputirte insgesammt, oder in ein und des andern Abwesenheit, Krankheit oder Nichterscheinen, durch die übrigen (jedoch daß die Stimme des Abgehenden, zu Beybehaltung der Religionsgleichheit, seinem Religionsverwandten Theile immittelst accresciren soll) nebst der höchst gedachten Kaiserlichen Gesandschaft, nach

berührter Reichsinstrukzion also gehandelt, verrichtet und geschlossen werden wird, solches soll von der Deputirten Principalen, in der zu bestimmenden zulänglichen Zeit, angenommen, ratifizirt und unverbrüchlich gehalten, auch die deputirten Stände dieserwegen, wie es sich in dergleichen Fällen gebührt, jedesmal kräftig vertreten werden.

Signatum. Regensburg u. s. w.

III.

Specialvollmacht für die subdelegirten Räthe der zu den Friedensverhandlungen ernannten Reichsdeputirten.

Wir von Gottes Gnaden N. N. bekennen hiemit: Demnach Wir nebst andern Herren Churfürsten, Fürsten und Ständen, zu den, zwischen der Röm. Kaiserl. Majestät, Unserm Allergnädigsten Herren, und dem Heil. Römischen Reich eines, und Frankreich andern Theils, zu Wiederhervorbringung eines ehrbaren, sichern und allgemeinen Reichsfriedens veranlaßten Traktaten, verordnet worden, Wir auch Uns, dem Reiche zu Ehren, darzu willfährig erklärt und erboten haben, jemand von Unsern verpflichteten Räthen, die in Unserm Nahmen und an Unserer Statt diesen Friedensunterhandlungen mit beyzuwohnen haben, auf den Friedenscongreß abzusenden; als geben Wir denen N. N. sammt und sonders hierdurch vollkommene Gewalt, daß dieselben von Unsertwegen bey gedachten Friedenstraktaten erscheinen, und mit und neben andern Bevollmächtigten, nach Vorschrift der ertheilten und ihnen zugestellten Reichsinstrukzion, dem herkömmlichen Reichsstyle gemäs traktiren, handeln und schliessen helfen sollen, was zu der bedrängten Reichsstände und

Glieder Restitution, auch recht und billigen Satisfaktion, und überhaupt zur Erlangung und Erwirkung eines allgemeinen und beständigen Friedens, und des Reichs Ruhestand und Wohlfarth gereichen kann.

Was nun diese Unsre Bevollmächtigte also thun und handeln, dieß versprechen Wir in allem genehm zu halten, getreulich und ohne Gefährde. Dessen zu wahrer Urkund u. s. w.

IV.

Schema Sessionis.

Kurmainz o — o Kursachsen

Direktorial-Tisch.

Oesterreich o — o Baiern

Würzburg o — o Bremen

o Hessen Darmstadt

o Baaden

Für die Partikular-Abgeordnete o o o

Salva alternatione o o o

Augsburg o — o Frankfurth.

Die

Die Bevollmächtigte der Reichsdeputirten Stände, sollen alle auf gleichen Sesseln, ohne daß in der Mitte des Versammlungssaals ein Tisch aufgestellt wird, sitzen. Oben an sitzen die Kurfürstlichen, und an beyden Seiten hinunter die Geistliche und Weltliche parallel gegen einander; unten sitzen die Reichsstädtischen. Werden von einem deputirten Stand mehrere Bevollmächtigte abgeordnet: so sitzen dieselben in gleicher Linie alle neben einander. Der Direktorial-Tisch ist zwischen den Kurfürstlichen und geistlichen Fürstlichen Sitzen also zu stellen, daß das Ende des Direktorial-Tisches mit dem Sitz der geistlichen Fürsten in Einer Linie zu stehen kömmt und bey dem Direktorial-Tisch, sowohl oben gegen die Kurfürstliche zu, als unten gegen die Fürstliche ein Platz ohngefähr so breit als ein Sessel ist, gelassen wird. Im Fall die Reichsständische Partikular-Abgeordnete zu den Berathschlagungen beygezogen werden, so nehmen diese auf denen, an beyden Seiten hinter den Reichsdeputirten angemerkten Stühlen, ihren Sitz.

X.

Kaiserliches Hof-Ratifikations-Dekret, die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden, und insbesondere auch die der ernannten Reichs-Deputation zu ertheilende Instruktion, Vollmacht, u. s. w. betreffend. Wien den 19. November.

Die im Monate August des Jahres 1789. von der Französischen Nationalversammlung erlassenen berüchtigten Dekrete, und deren uneingeschränkte Erstrekung auf die Deutschen Reichsstände und Angehörigen, gaben bekanntlich den ersten Anlaß zu dem noch fortwährenden abgenöthigten

leidigen Reichskriege. Behauptung der Ehre des Deutschen Reichs; Schuz und künftige Sicherung seiner Ruhe, Rechte und Grenzen, und Erlangung einer gebührenden vollständigen Genugthuung, waren dessen im ratifizirten Reichsgutachten vom 22. März 1793. ausdrüklich erklärter Endzweck. Die **Entstehung** und **Fortschritte** der von Frankreich wider das Deutsche Reich unternommenen **Friedensschluß widrigen**, und darauf erfolgten **feindseligen** Handlungen, die vielfachen **völkerrechtlichen Ursachen** und der **Reichsschlußmässige Endzweck** des abgedrungenen Reichskriegs sind übrigens so kundbare, und durch die bisherigen öffentlichen Verhandlungen so unwidersprechlich bewährte historische Thatsachen, daß Seine Kaiserliche Majestät sich dieserhalben lediglich auf die Notorietät derselben und den Inhalt des im Jahre 1790. über die französische Angelegenheit abgefaßten und dem neu erwählten Reichsoberhaupte zugestellten Kurkollegial-Schreibens, auf den Inhalt des allerhöchsten Kaiserl. Kommissionsdekrets vom 26. April 1791, das hierauf erfolgte Reichsgutachten vom 6. August 1791, das allergnädigste Kommissions-Ratifikations Dekret vom 10. Dezember des nehmlichen Jahrs, das Kaiserliche Hofdekret vom 1. September 1792, und das ratifizirte Reichsgutachten vom 23. November 1792, dann auf die allerunterthänigsten Reichsgutachten vom 18. Hornung und vom 22. März 1793, und das hierauf am 30. April erfolgte Hof-Ratifikationsdekret beziehen können.

Nur stufenweise — nach erschöpften Versuchen jeder Art von Mässigung — — schritt das unter seinem Reichsoberhaupte vereinigte Reich zu dem lezten, einer jeden in ihrer Gliedern und Rechten gekränkten und feindselig beleidigten Nation zuständigen Zwangsmittel — in Folge und Kraft des gemeinsamen Reichsverbandes zu der Erklärung

eines allgemeinen Reichskrieges. Und so gerecht auch in allen Betrachte, besonders in Rüksicht auf die zerstöhrenden Entwürfe einer von dem Nationalkonvente über andere Staaten sich angemaaßten ganz unerhörten und zügellosen Revolutionsgewalt, dieser Entschluß des erklärten Reichskriegs war, so richtete doch selbst das gekränkte und auf das empfindlichste beleidigte Deutsche Reich, auch schon bey dem ersten Anscheine mehr gemässigter französischer Grundsäze, wieder sein Augenmerk auf die Zurückführung der Ruhe und Herstellung des Friedens, da im ratifizirten Reichsgutachten vom 22. Dezember des vorigen Jahre festgesezt wurde, daß während dem man unermüdet fortfahre, sich zu einem künftigen Feldzuge reichsschlussmässig zu rüsten, auch zu desto baldigern Beendigung dieses so blutigen als beyspiellosen Krieges die ernstliche Einleitung zur Erzielung eines billigen und annehmlichen, der Reichsfundamental Constitution, vornämlich dem Zweck des westphälischen Friedens entsprechenden und des Reichs ungetheilte Integrität sicherstellenden Friedens getroffen werde, und daß man zwar hoffen und die Zuversicht hegen wolle, daß auch die Französische Nation zur Ehre der leidenden Menschheit, und in der Beherzigung des von ihr zu diesem leidigen Reichskriege gegebenen Anlasses nach einer schon so lange andauernden Zerstöhrung geneigt seyn werde, gleichmässig zur Beendigung dieses abgenöthigten Reichskriegs mittels eines gerechten, anständigen und annehmlichen Friedens die Hände zu bieten; daß jedoch nicht desto weniger räthlich und nothwendig bleibe, sich von Seiten des teutschen Reichs auf jeden widrigen Fall, wo gegen besseres Wünschen und Hoffen ein undurchdringliches Schicksal, oder Frankreichs beharrliche Weigerung, oder Ueberspannung, und Unannehmlichkeit der Friedensbedingnisse die Möglichkeit der Aussöhnung vereiteln, und

die noch fernere Fortsetzung des Krieges durchaus unvermeidlich gemacht werde, mit einem möglichst verstärkten gemeinsamen Reichswehrstande gefaßt zu halten, und in dieser Beziehung schleunigst und mit Anwendung ausgiebiger Maaßregeln alles dasjenige zu leisten, was für einen künftigen Feldzug die schon bestehenden Reichsschlüsse, und die zunehmende Gefahr des Vaterlandes erfordern.

Dringende Verhältnisse und unerwartete Ereignisse bewogen hierauf Se. Kaiserliche Majestät ein eigenes allergnädigstes Hofdekret an die allgemeine Reichsversammlung am 19. May des laufenden Jahres zu erlassen, worinnen Allerhöchst Sie Kurfürsten, Fürsten und Stände nicht nur über die neue Lage der Sache genau unterrichteten, sondern auch zur Eröfnung aller Mittel und Wege zu Erreichung des grossen Zweks eines dauerhaften, und anständigen allgemeinen Reichsfriedens, insonderheit zur schleunigsten Erstattung eines allerunterthänigsten Reichsgutachtens über den höchstwichtigen Gegenstand der Conkurrenz des Reichs zu den künftigen Friedensunterhandlungen die reichsoberhauptliche Veranlassung gaben.

Das am 3. Julius erstattete allerunterthänigste Reichsgutachten war die erste Wirkung dieser reichsväterlichen Fürsorge. In demselben gab die allgemeine Reichsversammlung, unter andern, zu erkennen, daß der beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution, und durch denselben Wiederherstellung der Intregrität seines Gebiets und Sicherheit seiner Verfassung je eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten, mit welcher Friedens-Basis die bereits in dem erwähnten Reichsgutachten vom 22. Dezember des vorigen Jahrs angenommene und

von Sr. Kaiserlichen Majestät genehmigte Grundlage zur Beförderung eines künftigen annehmlichen Friedensschlusses nach ihrem wesentlichen Innhalte und Sinne genau übereinstimmt: — Daß zu diesem Ende in der dermahligen Lage der Sachen die Geneigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zur Eröfnung der Friedensunterhandlungen zwischen beyderseitigen Bevollmächtigten an Frankreich zu erklären, und sich über die Zeit und den Ort der wechselseitigen Zusammenkunft vor allem zu vereinbaren; daß ferner diese erste in Kaiserlichen und des Reichs Namen zu machende Einleitung lediglich Ihrer Römisch Kaiserlichen Majestät auf eine Art, wie es Allerhöchst Ihrer Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheimzustellen, zugleich aber, während Ihre Kaiserliche Majestät die erste Einleitung nach dem Innhalte des angeführten Reichsgutachtens zu treffen beschäftigt seyn würden, die Berathschlagung über die übrigen Punkte des Allerhöchsten Hofdekrets fortzusezen sey.

Auch werden Kurfürsten, Fürsten und Stände aus den unten vorgelegten Beylagen sich überzeugen, mit welcher bestgeneigten Bereitwilligkeit Seine Kaiserl. Majestät die Allerhöchst Ihnen in ehrerbietigstem Vertrauen übertragene erste Friedenseinleitung übernommen haben, da unterdessen Se. Kaiserl. Majestät mit reichsväterlicher Erwartung der weitern Erledigung der noch rükständigen Gegenstände des Kaiserl. Hofdekrets vom 19. May entgegen sahen, womit seitdem die allgemeine Reichsversammlung beschäftigt war, so, daß nunmehr der Innhalt des vorgedachten Hofdekrets durch das am 21. August erstattete und am 9. September allergnädigst ratifizirte Gutachten, und schlieslich durch das am 7. Octobr. an Se. Kaiserl. Majestät über die den deputirten Reichsständen zu ertheilende General- und für ihre Subdelegirte auszufertigende Spe-

zial-Vollmacht, weiter über die der ernannten Reichsdeputation zu ertheilende Instruktion und das Schema Sessionis erstattete allerunterthänigste Reichsgutachten als erlediget anzusehen ist.

Das Reich wünschte zwar schon seit einer geraumen Zeit sehnlichst die Rükkehr des Friedens; jedoch im patriotischen und edeln Selbstgefühle seiner Ehre, Würde und Selbstständigkeit nur die Rückkehr eines billigen, gerechten, anständigen, und annehmlichen Reichsfriedens, dessen dauerhafte Grundlage die Erhaltung seiner ungetheilten Integrität und Verfassung mit Rücksicht auf die ältern Friedensschlüsse seyn müsse; denn nur ein solcher Friede entspricht der reichsverbandsmäßigen wechselseitigen Garantie der Besizungen, wider Angrif und Verlust; der Würde einer mächtigen, fürwahr noch nicht besiegten, noch nicht entkräfteten Nation, dem teutschen National-Intresse, und der Gerechtigkeit der Sache eines in seinem Gebiete, seinen Gliedern und Hoheitsrechten aufs empfindlichste beleidigten und für seine abgedrungene Vertheidigung und Rettung zur Ergreifung der Waffen genöthigten Staatskörpers. Auf gleich verfassungsmässigen, gemeinvaterländischen, der Gerechtigkeit und dem Staatsintresse angemessenen Gesinnungen und Grundsäzen ruhet die mittelst des jüngstens Reichsgutachtens zur Allerhöchsten Genehmigung unter Ziffer 1 und 2 gebrachte General-Reichs- und Subdelegations-Vollmacht, nebst der unter Ziffer 3. beygelegten Reichs-Instruktion für die zum Friedenskongresse ernannten Reichsdeputirten, deren Hauptinhalt auf die Wiederherstellung eines billigen, ehrbaren, annehmlichen, sichern, beständigen, und allgemeinen Reichsfriedens, insonderheit auf die Erhaltung des Zustandes des Reichs vor dem Ausbruche der Französischen Mishelligkeiten mit sorgfältiger Hinsicht auf die vorhergehenden

Reichsfriedensschlüsse, die Erzielung einer billigen Genugthuung, und die Befreyung der in Französischer Gefangenschaft als Geisseln noch befindlichen Stände und Reichsangehörigen gerichtet ist. Se. Kaiserl. Majestät finden in diesem das Materiale des künftigen Friedensschlusses nach seinen Grundzügen bezeichnenden Innhalte, eine eigene reichsväterliche Beruhigung, und in dieser Grundbestimmung eine so genaue Uebereinstimmung mit Allerhöchst Ihren Begriffen, in Ansehung Ihrer Reichsoberhauptlichen durch die Wahlkapitulation übernommenen Verbindlichkeiten, daß Allerhöchst Sie, und zur abermaligen Bestätigung ihrer treuesten Anhänglichkeit an die teutsche Reichsverfassung und deren Aufrechthaltung reichsväterlich geneigt sind, vorgedachtem das Materiale Pacis betreffenden Gegenstande Ihre Allerhöchste Kaiserliche Genehmigung zu ertheilen. Auch sind Se. Kaiserl. Majestät, unter ausdrücklichem Vorbehalte der Allerhöchst Ihnen und den Kaiserl. Plenipotentiarien bey einem Reichsfriedenskongresse nach den Gesezen, dem Herkommen, der Analogie, und dem Völkerrecht zustehenden Prärogativen und Befugnissen willfährigst geneigt, den weitern Inhalt der in dem erstatteten Reichsgutachten angeführten Anlagen, besonders in Beziehung auf das bey dem künftigen Friedensgeschäfte zu beobachtende Formale, und die ganze Verhandlungsart, sammt dem Schemate Sessionis, mit dem verfassungsmässigen Zusaze allergnädigst zu genehmigen, daß es nach dem bisherigen Reichsstyle kein Bedenken haben könne, der unmittelbar freyen Reichsritterschaft in der General-Reichs und Subdelegations-Vollmacht auf eben die Art ausdrücklich zu erwähnen, wie solches in dem zweiten Absatze der Reichsinstruktion geschehen ist.

Ob aber Frankreich gleiche Geneigtheit und Bereitwilligkeit habe, zur Beendigung des abgedrungenen Reichs-

kriegs, mitteist eines billigen, gerechten, annehmlichen, sichern und beständigen Reichsfriedens die Hände zu bieten, läßt sich nicht zuverläßiger, als aus Thatsachen und Handlungen beurtheilen; und es könnte für die Erhaltung der Reichsverfassung und das Interesse des teutschen Staatskörpers höchst gefährlich werden, wenn man hieben zu sehr auf den Eindruk sanfter Empfindungen für die leidende Menschheit, auf den hohen Grad eigener Ueberzeugung für die gerechteste Sache Deutschlands, oder bey den vielen kontrastirenden Abwechselungen in der französischen Diplomatie auf ehedem aufgestellte Grundsätze und geschehene Aeusserung von Entsagung auf jede Eroberung vertrauen wollte: Deutsche und Undeutsche haben den von dem französischen Volksrepräsentanten Roberjot über seine Sendung in die von den Nord-Sambre- und Maas-Armeen eroberten Länder an den Nationalkonvent erstatteten Bericht gelesen. In diesem wird die grosse politische für Deutschlands Interesse, Würde, Integrität und Verfassung höchstwichtige Frage über die im künftigen Frieden zu ziehende **Grenze gegen Deutschland**, unter allen ihren Gesichtspunkten in Beziehung auf Frankreich untersucht, und das Resultat dieser Untersuchung vorgelegt, daß es weder **politisch** noch **gerecht** sey, in die alten französischen Gränzen zurükzutreten; daß unter **allen** Gesichtspunkten die von der Natur selbst vorgezeichnete Gränze, **der Lauf des Rheins zu Frankreichs Gränze angenommen werden müsse.** Die Opinion von Beybehaltung des linken Rheinufers erhielt mit jedem Tage mehrere und eifrigere Anhänger. Die Schriftsteller wurden durch ausgesezte Preise aufgemuntert, um zu beweisen, daß die fränkische Regierung im höchsten Grade unpolitisch und ungerecht handle, wenn sie von der Einverleibung aller auf dem linken Rhein-

ufer gelegenen Länder abstehe. Die unter dem besondern Einflusse des Regierungs-Ausschusses stehenden Journalisten, schrieben nach der ihnen gegebenen Stimmung: Nur der Rhein sey die unersteigbare Scheidewand, ohne welchen Frankreich keinen Frieden schliessen könne; und selbst der Wohlfahrts-Ausschuß machte aus seinem Vergrösserungsplane so wenig ein Geheimniß, daß derselbe im Monate September bey dem Konvente in eben dem Zeitraume, als das Reich zur Beförderung und Beschleunigung des Reichsfriedensgeschäftes mit den Berathschlagungen über das an Se. Kaiserl. Majestät zu erstattende lezte Gutachten beschäftiget war, mit offenbarer Geringschäzung der deutschen Nation auf die feyerliche Einverleibung des burgundischen Reichskreises, und eines ansehnlichen Theils des westphälischen Kreises, des Lütticher Landes, antrug. Der Redner, im Namen des Wohlfahrts Ausschusses, sah diese Vereinigung mit Frankreich als das sicherste Mittel an, mit Einem Male alle diplomatischen Unterhandlungen abzukürzen. Er erhob unter allen möglichen Wendungen diese Vereinigung als sehr gerecht und politisch, und schloß endlich damit: Die Gerechtigkeit, die Politik, und selbst die schleunige Herstellung des Friedens, besonders aber der Zustand der französischen Finanzen fordere dringend die ungesäumte Einverleibung mit Frankreich. Noch unverstellter drükte sich hierüber ein anderes Mitglied der Nationalversammlung aus: Daß es eine thörigte Politik einer Nation seyn würde, blos aus eingebildeter Seelengrösse auf die Früchte ihrer Siege und gerechte Eroberungen zu verzichten, und sich lediglich mit dem Ruhme ihrer glänzenden Thaten zu begnügen, und daß in dem ganzen Laufe der Geschichte weder eine so sonderbare Politik, noch eine Nation die solche befolgt hätte, je existirt habe; und so wur-

de endlich am 1. Oktober die projektirte Einverleibung, von dem Nationalkonvente nach dem Inhalt des vorgelegten Entwurfs feyerlich dekretirt, der bey einer nähern Untersuchung der Grundsäze, die dabey zur Basis dienen, eben so wenig als der Vortrag des Redners, und die Reden anderer Konventsglieder den Geist der Periode verläugnen kann, in welcher sich die französische Regierung die Authorität einer revolutionären Gewalt über alle Völker Europens anmaaßte. Weder suchte der Wohlfahrtsausschuß, übermüthig durch die Fortschritte der Waffen, bey Gelegenheit dieser Vereinigung seine grosse und weitere Absicht auf die Rheingränze zu verbergen, da dessen Sprecher ohne alle Zurükhaltung und Zweydeutigkeit erklärte, daß die Befestigung der Republik, wesentlich von der Ausdehnung der französischen Gränzen bis an den Rhein abhange; daß der Konvent diese grosse schon in Anregung gebrachte Wahrheit jederzeit mit dem lautesten Beyfall aufgenommen habe, und daß jezt die republikanischen Armeen nicht darum die lezten Feinde der fränkischen Freyheit mit so entschlossener Kühnheit und Tapferkeit auf dem rechten Rheinufer aufsuchten, und diese zu zernichten trachteten, um hernach wieder schändlicher Weise in die alten Gränzen zurückzutreten, sondern um sich durch Siege und Entkräftung des Feindes der fürchterlichen Barriere, des Rheins, für immer zu versichern. Der Uebergang der französischen Armeen über den Rhein, lag also in der politischen Zusammenkettung des feindlichen Vergrösserungsplanes, und erfolgte wirklich nach vorhergegangenen fürchterlichen Zurüstungen in der Nacht vom 5. auf den 6. September. Unabänderlich sollte Deutschlands Schicksal durch diesen Hauptschlag entschieden werden? Die Kaiserl. Truppen mußten zurückweichen, weil sie von einer feindlichen Division im Rücken bedroht wa-

ren. Der Rückzug geschah hinter die Lahn. Da auch diese Position durch den übermächtigen Feind in Gefahr kam: so mußte diese gleichfalls verlassen, und die Festung Ehrenbreitstein ihrer eigenen Vertheidigung überlassen werden. Die Aussichten wurden noch fürchterlicher, als die Stadt und Festung Mannheim mit einer seltenen Eilfertigkeit an den Feind übergeben, und dadurch demselben der Weg nach Heidelberg zu dem Hauptmagazine, nach Schwaben und den Artillerie-Vorräthen geöffnet wurde. Der en Chef kommandirende Kaiserl. Königl. und Kaiserl. Reichsgeneral sah sich dadurch genöthiget, jezt auch über den Mayn zurückzugehen; und nun war der Augenblick gekommen, daß auch die Festung Maynz auf der rechten Seite vom Feinde eingeschlossen; und von beyden Rheinufern mit der schreklichsten Belagerung bedrohet ward. Allein, kaum war durch den Sieg der Kaiserl. Königl. Truppen Heidelberg und die Konjunktion der zween Hauptarmeen gesichert, so wurde mit der zusammengezogenen Mannschaft wieder vorwärts geschritten, dem Feinde um jeden Preis ein entscheidendes Treffen zu liefern. Maynz auf der Kasseler-Seite und Ehrenbreitstein ward entsezt; der Feind durch die Gewalt der Kriegskunst bis an den Niederrhein zurückgedrückt; endlich aber den 29. Oktober auch auf der linken Seite des Rheinufers unter der Anführung des Feldmarschalls von den Kaiserl. Königl. Truppen, in Verbindung einiger durch gleichen Muth angefeuerten Reichstruppen, dem Feind zur gänzlichen Vollendung des Entsazes von Maynz, als dem Hauptziele der politischen und militärischen Eroberungs-Lust, eine Schlacht geliefert, welche für sich und ihrer Folgen wegen in der Kriegsgeschichte eine der merkwürdigsten und glänzendsten bleiben wird. So wird demnach fürwahr Deutschland unter dem Schuze des Allmächtigen durch die

standhafte Beharrlichkeit Sr. Kayserl. Majestät in Vertheidigung des teutschen Vaterlandes, durch die klugen Dispositionen des General-Commando zur Vollstreckung der ergangenen allerhöchsten Befehle: für Teutschlands Rettung alles zu wagen, durch die militärische Einsicht der Nachgeordneten und den unerschrokensten Muth der streitenden Mannschaft aus der gefahrvollsten Crisi gerettet. In eben jenem von Frankreich gegen das Reich angenommenen Vergrösserungs- und Eroberungssysteme glauben Se. Kaiserl. Majestät zugleich den Aufschlus zu der bisher erwarteten Antwort zu finden, welche Allerhöchstdenselben am 28. Oktober auf die von Ihnen in Folge des ratifizirten Reichsgutachtens vom 3. Julius, in Kaiserlichem und des Reichs Namen getroffene erste Friedens-Einleitung durch den Königlich Dänischen Hof zugekommen ist, und woraus erhellet, daß noch zur Zeit die Absenduug der Reichsdeputirten auf den Friedenskongres nicht statt haben könne, die jedoch nach nunmehr berichtigtem und ratifizirtem lezten Reichsgutachten über das zu behandelnde Friedensgeschäft bey einer geneigtern Erklärung zur wirklichen Eröfnung der Friedensunterhandlungen ohne Verzug hätte erfolgen können. Inzwischen gereicht es Sr. Kaiserl. Majestät zur besondern Beruhigung, Ihrer Seits dasjenige mit reichsväterlicher Sorgfalt erfüllet zu haben, was bey dem von Kurfürsten, Fürsten und Ständen auf Allerhöchst-Sie gesezten ehrerbietigsten Vertrauen zu dem so sehnlichst gewünschten Endzwecke führen konnte, wie die allgemeine Reichsversammlung aus den hier anliegenden Abschriften unter Ziffer 1. 2. 3. und 4. sich näher überzeugen wird.

Die decidirte Abneigung Frankreichs, dem teutschen Reiche zur Beendigung dieses abgenöthigten Reichskriegs mittelst eines annehmlichen Friedens die Hände zu bieten; und Frankreichs ernstlicher Wille mit dem unter seinem Ober-

haupte vereinigten Reiche, der disseits erklärten Bereitwilligkeit zur Eröfnung der Friedensunterhandlungen ungeachtet — nicht eher in unmittelbare Unterhandlungen zu treten, bis es sich im Stande hält, dem Reiche die Friedensgeseze gebietrisch blos zur Unterschrift zum ewigen Schimpfe des teutschen Nahmens vorzulegen, liegt demnach, zugleich aber der Beweis klar vor Augen, daß der von dem Reiche so sehnlich, gewislich auch von dessen Oberhaupte aufrichtigst gewünschte billige, gerechte und anständige Reichsfriede nur mit den Waffen in der Hand errungen und beschleuniget werden könne. Niemand wird im Ernste Deutschlands Streitkräfte für erschöpft halten; auch hat der Erfolg schon bestätiget, wie höchst bedenklich es sey, vorzüglich von der Großmuth, Menschen- und Gerechtigkeitsliebe der französischen Gewalthaber einen die deutsche Nation nicht entehrenden Frieden zu erwarten; *ja*, Deutschlands Verhängnis würde mit dem *Verluste* der reichsten, bevölkertsten und ansehnlichsten Provinzen entschieden gewesen seyn, wenn der von dem Feinde in besonderm Vertrauen auf seine Trennungs-Politick dem deutschen Reiche zubereitete lezte Hauptschlag gelungen wäre: Aber es bestätigen zugleich eben die herrlichen Siege, welche diesen tödtlichen Schlag abgewendet haben, daß die feindlichen auch an der Truppenzahl überlegenen, und durch die fürchterlichsten Feldverschanzungen geschüzten Heere, deutschem Muth und deutscher Kriegskunst nicht unbezwinglich seyen. Nur durch verbandsmäßige Anstrengungen der deutschen Gesammtkraft, durch erhöhetes Nationalgefühl, durch Einigkeit, deutschen Muth, Energie und Ausharren, ist der Feind zu einem billigen, und gerechten Frieden zu bewegen, der das deutsche Reich zerstückeln und dessen Verfassung zerrütten will. Der gesezliche Fall des ratifizirten und oben

angeführten Reichsgutachtens vom 22. Dezember des vorigen Jahrs — mit Anwendung ausgiebiger Maaßregeln alles dasjenige eifrigst zu leisten, was die schon bestehenden Reichsgeseße und die Gefahr des Vaterlandes erfordern, wenn gegen besseres Wünschen und Hoffen durch Frankreichs Weigerung oder Ueberspannung die noch fernere Fortsezung des Krieges unvermeidlich gemacht werde, — ist buchstäblich vorhanden; wo also das Reichsoberhaupt im Namen aller gekränkten und des Ihrigen entsezten Stände und übrigen Reichsmitglieder, und in Kraft der selbsteigenen feyerlichsten Zusicherungen, von sämmtlichen Kurfürsten, Fürsten und Ständen die nachdrüklichste ungetheilte Mitwirkung zur Vertheidigung der gerechtesten Angelegenheit dringendst zu verlangen, und in wahrem reichsväterlichem Zutrauen auf ihren teutschen Patriotismus, selbst zur Beschleunigung des von Sr. Kaiserl. Majestät und dem Reiche innigst gewünschten billigen, ehrbaren, annehmlichen, sichern, dauerhaften und allgemeinen Reichsfriedens zu erwarten vollkommen berechtiget ist, und wo nur zwischen Zerstückelung und Integrität des Reichs, zwischen Zerrüttung und Erhaltung, zwischen Auflösung und Befestigung der Verfassung — zwischen Schmach und Ehre zu wählen ist.

Anlage 1.

Note des Reichshofvizekanzlers an den in Wien akkreditirten Königl. Dänischen ausserordentlichen Herrn Gesandten und bevollmächtigten Minister. d. d. Wien den 15. Julius 1795.

Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs haben sich auf das an die allgemeine Reichsversammlung am 19.

May erlassene kaiserliche Hofdekret in ihrem unlängst an Se. Kaiserliche Majestät erstatteten allerunterthänigsten Gutachten, unter anderm dahin erklärt:

Daß der beharrliche Wunsch und Entschluß des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämmtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution, und durch denselben Wiederherstellung der Integrität seines Gebietes und Sicherheit seiner Verfassung je eher je besser auf eine dauerhafte Art zu erhalten:

Daß zu diesem Ende in der dermaligen Lage der Sachen die Geneigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zur Eröffnung der Friedensunterhandlungen zwischen beyderseitigen Bevollmächtigten an Frankreich zu erklären, und sich über die Zeit und den Ort der wechselseitigen Zusammenkunft vor allem zu vereinbaren seyn werde; und

Daß diese erste Einleitung lediglich Ihrer Röm. Kaiserl. Majestät auf eine Art, wie es Allerhöchst Ihrer Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheim zu lassen sey.

Anbey wurde von der allgemeinen Reichsversammlung die Reichsstadt Frankfurt zum Orte des künftigen Reichsfriedenskongresses in allerunterthänigsten Antrag gebracht, jedoch zugleich Sr. Kaiserlichen Majestät, wenn dabey ein besonderes Bedenken obwalte, überlassen, sonst eine andere gut gelegene Stadt in Vorschlag zu bringen. Frankfurt liegt in der Linie des dermaligen Kriegsschauplazes, wo also bey der Nähe der Armeen die Sicherheit des Kongresses leicht Gefahr laufen kann. Diese wichtige Betrachtung, welche jederzeit bey allen Zusammenkünften dieser Art in vorzügliche Erwägung kam, bewog Sr Kaiserl. Majestät statt Frankfurt eine andere, die ebenfalls sehr gut gelegene, und mit allen Bequemlichkeiten wohl versehene,

aber mehr von dem Kriegstheater entfernte Reichsstadt Augsburg zum Ort der Reichsfriedens-Unterhandlungen zu bestimmen.

Se. Kaiserliche Majestät sind bey dem von Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs auf Sie gesezten ehrerbietigsten Vertrauen aufrichtigst geneigt, durch Uebernahme der vorgedachten in Allerhöchst Ihrem und des Reichs Namen zu treffenden Friedenseinleitung diesem Zutrauen vollkommen zu entsprechen; in Ansehung der Art aber, wie die Absicht des Reichs am sichersten zu erreichen, halten es Se. Kaiserl. Majestät den dermaligen Verhältnissen am angemessesten, wenn die zu treffende Reichsfriedens-Einleitung durch einen neutralen Hof vollbracht wird, dessen Maximen zugleich den Ruf der Bescheidenheit, Klugheit und Redlichkeit für sich haben.

In dieser Ueberzeugung erhielt Unterzeichneter von Sr. Kaiserl. Majestät, in der Eigenschaft des Reichsoberhauptes, den Auftrag, durch den Königlich Dänischen hier akkreditirten ausserordentlichen Herrn Gesandten und bevollmächtigten Minister, das Kaiserliche Ersuchen an seinen Hof gelangen zu lassen, die vorgedachte erste Einleitung in Gemäsheit der angeführten Gesinnungen des unter seinem Reichsoberhaupte vereinigten Reichs, mit Rüksicht auf die Reichsstadt Augsburg, als den Ort des künftigen Reichsfriedenskongresses, gefälligst zu übernehmen, wodurch des Königes von Dänemark Majestät Sr. Kaiserlichen Majestät nicht nur eine besondere Freundschaft erweisen, sondern auch Ihre Verdienste um das Deutsche Reich sehr vermehren werden.

An-

Anlage. 2.

Note des Reichshofvizekanzlers an den in Wien akkreditirten Königl. Dänischen ausserordentlichen Herren Gesandten und bevollmächtigten Minister. d. d. Wien den 31. Jul. 1795.

Der Reichshofvizekanzler soll nicht unterlassen, dem Königlich = Dänischen hier akkreditirten ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Herrn Minister St. Saphorin ungesäumt eine Abschrift von dem Kaiserlichen Hofdekrete mitzutheilen, welches mit der gestrigen Post auf das in diesem Monate über die Einleitung zu einem annehmlichen Reichsfrieden erstattete allerunterthänigste Gutachten an die allgemeine Reichsversammlung abgegangen ist, worinnen unter andern auch die Allerhöchste Kaiserliche Entschliessung in Ansehung des vom Reiche in Anregung gebrachten Waffenstillstandes enthalten ist.

Wenn Se. Kaiserliche Majestät bey diesem, aber selbst von der allgemeinen Reichsversammlung Allerhöchst Ihrer eigenen nähern Prüfung und Beurtheilung anheimgestellten reichsgutachtlichen Ansinnen durch die wichtigsten Beweggründe geleitet wurden, in dasselbe noch zur Zeit nicht einzugehen, so bleibt es jedoch anderer Seits in jeder Rüksicht sehr wünschenswerth, wenn inzwischen die dermalen wieder zu gemässigtern Gesinnungen zurükgekehrten französischen Gewalthaber zu einer Mässigung oder zur einstweiligen gänzlichen Einstellung der feindlichen Requisitionen und Verheerungen zu bewegen seyn sollten. Se. Kaiserliche Majestät haben daher auch in dem vorgedachten allergnädigsten Hofdekrete der allgemeinen Reichsversammlung die tröstliche reichsväterliche Versicherung zugehen lassen, daß Allerhöchst Sie es diesfalls bey der zu treffen-

den Friedenseinleitung an zweckmässigen Anträgen nicht würden fehlen lassen.

Unterzeichneter Reichshofvizekanzler erhielt von Sr. Kaiserlichen Majestät den ausdrücklichen Befehl, dieses nachträglich zu der am 25. July der Königl. Dänischen Gesandschaft zugestellten Note zu bemerken, und in allerhöchstem Nahmen das freundschaftliche Ersuchen an des Königs von Dänemark Majestät damit zu verbinden, daß des Königs Majestät bey der in Allerhöchst Ihrem Kaiserlichen und des Reichs Nahmen zu vollbringenden Reichsfriedens-Einleitung zugleich hierauf anzutragen geruhen mögten.

Nach Erledigung dieses allerhöchsten Auftrages hat Unterzeichneter schließlich die Ehre, den Königlich Dänischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Herrn Minister von seiner vorzüglichen Hochachtung zu versichern.

Anlage 3.

Note des Königl. Dänischen Staatsministers Herrn Grafen von Bernstorf. d. d. Kopenhagen den 18. August 1795.

Le souhait de l'Empire de parvenir à une paix générale et constitutionelle avec la France est généralement connu, ainsi que les bases, sur lesquels il desire de la voir negociée. Il s'est addressé pour cet effet, et cela d'une voix unanime, à l'Empereur pour le prier de se charger de cette negociation. Sa Majesté Imperiale y à consenti avec empressement, et comme les interêts de l'Empire sont inséparables de ceux de son Chef, Elle envisage les siens comme également réunis avec ceux des Etats de l'Empire.

Pour s'entendre là dessus avec la France, Sa Majesté Imperiale a crû, que la voye la plus naturelle etoit celle d'une puissance neutre, connue pour ses sentimens pacifiques; et Elle a demandé au Roi de Danemarc de se charger de l'initiation, et de faire parvenir à la Convention nationale ses souhaits, qu'un Congrès pût avoir lieu, où les Ministres des deux parties en guerre pûssent s'assembler pour traiter et convenir de la paix, et sa Majesté Imperiale propose pour cet effet la ville d'Augsbourg (dont la sureté seroit parfaitement garantie) comme celle qui par sa position geographique Lui paroissoit la plus convenable. Elle y ajoute le souhait que la France veuille s'expliquer sur ce sujet aussi promptement que l'importance et les vues bienfaisantes de la proposition semblent l'exiger: et encore que les habitans des parties occupées ou disputées pussent se ressentir d'abord des bienfaits d'un premier rapprochement, pour être au moins pendant la durée des négociations à l'abri des requisitions militaires et des autres malheurs inseparables d'une guerre active.

Sa Majesté Danoise s'est prêtée avec plaisir à cette prière. Elle transmet cette proposition de Sa Majesté Imperiale, faite dans sa qualité de Chef de l'Empire avec confiance, et Elle l'accompagne de toutes les instances, que le desir le plus ardent de voir l'humanité consolée par le retour de la paix peut inspirer.

A Coppenhague ce 18. Aout 1795.

A. P. v. Bernstorff.

Anlage 4.

Antwort des Wohlfahrtsausschusses von Frankreich auf die Note unter Ziffer 3.

L'Empereur ayant prié le Roi de Danemarc, de faire parvenir au Gouvernement François son voeu relativement à une négociation, pour traiter au nom de l'Empire de la paix avec la République Françoise, S. M. Danoise à fait remettre par Mr. le Comte de Bernstorff au soussigné une Note ministerielle en date du 18. Aout (ancien style) qui contient les propositions de l'Empereur tendantes non seulement à la formation d'un congrès qui se tiendroit dans la ville d'Augsbourg, mais même à une suspension préalable d'hostilités, en faveur des pays de l'Empire occupés ou menacés par les Armées de la République.

Le Comité de Salut public de la Convention nationale, ayant la Direction des relations exterieures, en reponse à la note susdite, a ordonné au soussigné de faire connoître à Mr. le Comte de Bernstorff:

Que la République ne sauroit consentir à l'armistice proposé: de plus que le Gouvernement François ne prendra aucun arrangement pour établir un congrès, si ce n'est à l'epoque, ou l'oeuvre de la paix étant achevée, il ne s'agira plus que de regler et d'assurer tous ses avantages pour les puissances, qui ont pris part à cette cruelle guerre.

Le Comité de Salut public ne croit point qu'un congrès puisse avoir d'autre objet: c'est pour cela, qu'il restera invariable dans sa resolution, laquelle paroissant d'ailleurs la plus propre à faire cesser prompte-

ment les calamités de la guerre, ne peut être que conforme au voeu de l'Europe entière et particulièrement aux principes d'humanité, de justice et de paix, que professe le Gouvernement Danois.

A Coppenhague le 21. Vendemiaire l'an 4me de la République Françoise une et indivisible.

Ph. Grouvelle.

XI.

Kaiserliches Hofdekret, die getroffene Einleitung des allgemeinen Reichsfriedens betreffend. Wien den 18 Juny 1797.

Nach verschiedenen fruchtlosen Versuchen, und glücklich gehobenen mancherley Hindernissen seyen endlich die frohen Aussichten zur Herstellung eines allgemeinen Reichsfriedens ihrem von Sr. Kaiserl. Majestät und den Ständen schon lange sehnlichst gewünschtem Ziele näher gerückt.

Es ward nämlich in den am 18 April dieses Jahrs zwischen den Kaiserl. Königl. und dem Französischen Bevollmächtigten unterzeichneten, und nun wechselseitig ratifizirten Friedens Präliminarien zugleich auch von Sr. Kaiserl. Majestät, zufolge der auf Allerhöchst Sie durch das ratifizirte Reichsgutachten vom 3. Julius 1795 in ehrerbietigstem Vertrauen übertragenen ersten Friedens-Einleitung, auf die gedachte Einleitung des allgemeinen Reichsfriedens der Bedacht genommen, und darin zur Begründung eines sichern und billigen Friedens festgesezt, daß vom Tage der Unterzeichnung an alle Feindseligkeiten zwischen dem deutschen Reiche, und der Französischen Republik aufhören sollen; daß ein Kongreß von beyderseitigen Be-

vollmächtigen zu beschicken, und der Hauptfriede auf die Basis der Integrität des Reichs abzuschliessen sey.

Sa Majesté l'Empereur ayant à coeur que la paix se rétablisse entre l'Empire Germanique et la France, et le Directoire Executif de la République Française voulant également temoigner à Sa Majesté Imperiale son désir d'asseoir la dite paix sur des bases solides et équitables, conviennent d'une cessation d'hostilités entre l'Empire Germanique et la France à commencer d'aujourd'hui; il sera tenu un congrès formé des Plenipotentiaires respectifs pour y traiter et conclure la paix definitive entre les deux Puissances sur la base de l'intégrité de l'Empire Germanique,

Den Kongreßort betreffend, so dauern die Unterhandlungen über einen schiklichen Ort zu dem Reichsfriedens-Kongresse noch fort. Se. Kaiserl. Majestät behalten sich vor, und hoffen den Erfolg derselben an die allgemeine Reichsversammlung bald nachzutragen, auch dabey zugleich als Vollstrecker der Reichsschlüsse die Zeit zur wirklichen Absendung der reichsständischen Bevollmächtigten an den Ort des Kongresses bestimmen zu können; während dem in der Zwischenzeit die deputirten Reichsstände sich beeifern werden, alles Erforderliche zur Beschleunigung des Geschäfts ihrerseits beyzutragen und vorzukehren, um hernach, vereinigt unter ihrem Reichsoberhaupte, nach überlebten vielen Stürmen, im Geiste patriotischer Eintracht und Standhaftigkeit, das grosse Werk zu beginnen, auf der Basis der Integrität, Deutschlands Verfassung und Wohlfahrt, dem Sinne der Reichs-Instruction gemäß, mittels eines sichern und billigen Friedens zur bleibenden Wonne der friedliebenden Menschheit auf Jahrhunderte zu befestigen.

XII.

Reichsanzeige die getroffene Einleitung des allgemeinen Reichsfriedens betreffend. Regensburg den 11. August 1797.

Nachdem man in allen drey Reichskollegien das Kaiserl. allerhöchste Hofdekret vom 18. Juny d. J. in Vortrag und Berathschlagung gestellt; so ist dafür gehalten und beschlossen worden, daß

1.) Sr. Kaiserl. Majestät für die mit so grosser Weisheit und Reichsväterlicher Sorgfalt getroffene Einleitung zu dem allgemeinen Reichsfrieden, nochmal, und zugleich auch für die, zu Abstellung der Französischer Seits in den occupirten Reichslanden, ohngeachtet der in den Friedens-Präliminarien bedungenen Einstellung aller Feindseligkeiten, ausgeschriebenen Contributionen, Requisitionen und verfügten Demolitionen auf eine zuvorkommende Art erneuerte kräftigste Verwendung, allerunterthänigst zu danken;

2.) Der Wunsch, daß Allerhöchst Dieselben das glüklich angefangene Friedensgeschäft zu vollenden, und dazu die Reichsvollmacht, nach ähnlichen ältern Vergängen zu übernehmen, allergnädigst hätten geruhen mögen, aus unbegränztem Vertrauen auf die Reichsoberhauptliche, der Deutschen Wohlfahrt immer gewidmete Fürsorge, Sr Kaiserl. Majestät darzubringen; jedoch

3.) Bey der in erwähntem Kaiserl. Hofdekrete zu erkennen gegebenen allerhöchsten Entschliessung, die ernannte Reichsdeputation zu dem Friedensgeschäfte beyzuziehen, die genauste Vollziehung der dieserwegen vorliegenden Reichsschlüsse zuzusichern, und diesen gemäß nunmehr die zur Ausrückung der erwähnten Reichsdeputation erforderliche, be-

reits beschlossene, und eines neuen Zusatzes nicht bedürfende Reichsinstrukzion und Vollmacht auszufertigen, den deputirten Ständen das allgemeine Beste und die Beförderung des Friedensgeschäftes von Reichswegen wiederholt anzuempfehlen, und auf dieselben das vollkommenste Vertrauen zu setzen sey, daß Sie, sobald der Ort und die Zeit der Eröfnung des Kongresses zur Kenntnis des Reichs gelangen, Ihre Abgeordnete gehörig vorbereitet dahin unverweilt abschicken werden, um vereint mit dem allerhöchsten Reichsoberhaupte dem werthen Vaterlande den längst gewünschten, auf die Basis der Integrität des Reichs und seiner Verfassung zu gründenden, billigen und anständigen Frieden, zu verschaffen.

Welches alles Ihro Röm. Kaiserl. Majestät, (wie hiemit geschieht) allerunterthänigst zu hinterbringen, zugleich das gesammte Reich dem großmächtigsten Kaiserl. Schutz und der kräftigsten Unterstüzung bey dem so wichtigen Friedens-Werk, angelegenst zu empfehlen wäre.

XIII.

Traité de Paix définitif, conclu entre la République Françoise et l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohème. Le 17. d'Octobre 1797.

Sa Maj. l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohème, et la République Françoise, voulant consolider la Paix dont les bases ont été posées par les Préliminaires, signés au Chateau d'Eckenwald près de Leoben en Styrie le 18. Avril 1797. (29. Germinal l'an 5. de la République Françoise une et indivisible) ont nommé pour leurs Plénipotentiaires; sçavoir: S. M. l'Em-

pereur et Roi le Sr. D. Martius Mastrilly, Noble Patricien Napolitain, Marquis de Gallo, Chevalier de l'Ordre Royal de Saint Janvier, Gentilhomme de la Chambre de Sa Maj. le Roi des Deux-Siciles, et son Ambassadeur Extraordinaire à la Cour de Vienne; le Sr. Louis, Comte du Saint-Empire Romain, de Cobenzel, Grand-Croix de l'Ordre-Royal de Saint-Etienne, Chambellan, Conseiller d'Etat Intime actuel de Sa dite Maiesté Impériale et Royale-Apostolique, et son Ambassadeur-Extraordinaire près Sa Majesté Imperiale de Toutes les Russies; le Sr. Maximilien Comte de Meerveldt, Chevalier de l'Ordre Teutonique et de l'Ordre Militaire de Marie-Therese, Chambellan et Général-Major de Cavallerie dans les Armées de Sa dite Majesté l'Empereur et Roi; et le Sr. Jgnace Baron de Degelmann, Ministre Plénipotentiaire de sa dite Majeste près la République Helvetique: Et la République Françoise, Buonaparte, Général en Chef de l'Armée Françoise en Italie: Lesquels, après l'echange de leurs Pleins-pouvoirs respectifs, ont arrêté les Articles suivans.

Art: I. Il y aura, à l'avenir et pour toujours, une paix solide et inviolable entre S. M. l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohème, ses Heritiers et Successeurs, et la République Françoise. Les Parties contractantes apporteront la plus grande attention à maintenir entre elles et leurs états une parfaite intelligence, sans permettre doresnavant, que de part et d'autre on commette aucune sorte d'hostilités par terre ou par mer, pour quelque cause ou sous quelque prétexte que ce puisse être: et on évitera soigneusement tout ce qui pourra altérer à l'avenir l'union heureusement établie. Il ne sera donné aucun secours ou

protection, soit indirectement ou directement à ceux qui voudroient porter quelque préjudice à l'une ou à l'autre des Parties contractantes.

Art. II Aussitôt après l'échange des Ratifications du présent Traité, les Parties contractantes feront lever tous Sequestres, mis sur les Biens, Droits et Revenus des Particuliers, residans sur les Territoires respectifs et les Pays, qui y sont situés. Elles s'obligent à acquitter tout ce qu'elles peuvent devoir pour fonds, à elles prêtés par les dits Particuliers et Etablissemens publics, et à payer et rembourser toutes dettes constituées à leur profit sur chacune d'elles.

Le présent Article est déclaré commun à la République Cisalpine.

Art. III. Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême renonce, pour Elle et Ses Successeurs, en faveur de la République Françoise, à tous ses droits et titres sur les ci-devant Provinces Belgiques, connues sous le nom de Pays bas Autrichiens. La République Françoise possedera ces Pays à perpetuité, en toute Souverainété et propriété, et avec tous les Biens Territoriaux, qui en dépendent.

Art. IV. Toutes les Dettes, hypothéquées avant la guerre sur le sol des Pays, énoncés dans les Articles précédens, et dont les Contrats seront revêtus des formalités d'usage, seront à la charge de la République Françoise. Les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, en remettront l'état le plutôt possible au Plénipotentiaire de la République Françoise, et avant l'échange des Ratifications, afin que, lors de l'échange, les Plenipotentiaires des deux Puissances puissent convenir de tous les Ar-

ticles explicatifs ou additionnels au présent Article, et les signer.

Art. V, Sa Maj. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, consent à ce que la République Françoise posséde, en toute Souveraineté, les Isles ci-devant Vénitiennes du Levant; sçavoir: Corfou, Zante, Cephalonie, Sainte-Maure, Cérigo, et autres Isles en dependantes, ainsi que Butrinto, Larta, Vonizza, et en géneral tous les établissemens ci-devant Venitiens en Albanie, qu sont situés plus bas que le Golfe de Lodrino.

Art. VI. La République Françoise consent à ce que S. M. l'Empereur et Roi posséde, en toute Souveraineté et proprieté les pays ci-dessous désignés; sçavoir: l'Istrie, la Dalmatie, les Isles ci-devant Venitiennes de l'Adriatique, les Bouches du Cattaro, la Ville de Vénise, les Lagunes, et les pays compris entre les Etats Héréditaires de S.M. l'Empereur et Roi, la Mer Adriatique, et une ligne, qui partira du Tirol, suivra le Torrent en avant de Gardola, traversera le lac de Garda jusqu'à Lacise, de-là une ligne militaire jusqu'à San-Giacomo, offrant un avantage égal aux deux Parties, laquelle sera designée par des Officiers du Génie, nommés de part et d'autre, avant l'échange des Ratifications du présent Traité. La ligne des limites passera ensuite l'Adige à San-Giacomo, suivra la rive gauche de cette rivière jusqu'à l'embouchure du Canal Blanc, y compris la partie de Porto Legnago, qui se trouve sur la rive droite de l'Adige avec l'arrondissement d'un rayon de trois mille toises. La ligne se continuera par la rive gauche du Canal-Blanc, la rive gauche du Tartaro, la rive gauche du Canal dit

la Polisella, jusqu'à son embouchure dans le Po, et la rive gauche du Grand Po jusqu'à la Mer.

Art. VII. Sa Maj. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, renonce à perpetuité, pour Elle, Ses Successeurs et ayants cause, en faveur de la République Cisalpine, à tous les droits et titres, provenants de ces droits, que Sa dite Maj. pourroit prétendre sur les Pays, qu'Elle possédoit avant la guerre et qui font maintenant partie de la République Cisalpine, laquelle les possedera en toute Souveraineté et proprieté, avec tous les biens territoriaux, qui en dépendent.

Art. VIII. Sa. Maj. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème reconnoit la République Cisalpine comme puissance independante. Cette République comprend la ci-devant Lombardie Autrichienne, le Bergamasque, le Bressan, le Cremasque, la ville et forteresse de Mantoue, le Mantouan, Peschiera, la partie des Etats ci-devant Vénitiens à l'Ouest et au Sud de la ligne désignée dans l'Art. VI. pour la frontière des Etats de S. M. l'Empereur en Italie; le Modénois, la Principauté de Massa et de Carrara, et les trois Légations de Bologne, Ferrare et la Romagne.

Art. IX. Dans tous les Pays cedés, acquis, ou échangés par le present Traité, il sera accordé à tous les Habitans et Propriétaires quelconques main-levée du Séquestre mis sur les Biens, Effets ou Révenûs, à cause de la guerre, qui a eu lieu entre S. M. Imp. et Royale et la République Françoise, sans qu'à cet égard ils puissent être inquiétés dans leurs biens ou personnes. Ceux qui à l'avenir voudront cesser d'habiter les dits pays, seront tenus d'en faire la déclara-

tion, trois mois après la publication du Traité de Paix définitif. Ils auront le terme de trois ans pour vendre leurs biens, Meubles et Immeubles, ou en disposer à leur volonté.

Art. X. Les Pays cédés, acquis ou échangés par le présent Traité, porteront à ceux, auxquels ils demeureront, les dettes hypothéquées sur leur sol.

Art. XI. La Navigation de la partie des Rivières et Canaux, servant de limites entre les Possessions de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, et celles de la République Cisalpine sera libre, sans que ni l'une ni l'autre Puissance puisse y établir aucun Péage, ni y tenir aucun Batiment armé en guerre; ce qui n'exclut pas les precautions nécessaires à la sureté de la Forteresse de Porto Legnago.

Art. XII. Toutes ventes ou alienations faites, tous engagémens contractés, soit par les Villes, ou par le Gouvernement, ou Autorités civiles et administratives des Pays ci-devant Vénitiens, pour l'entretien des Armées Allemandes et Françoises, jusqu'à la date de signature du présent Traité, seront confirmés et regardés comme valides.

Art. XIII. Les Titres Domaniaux et Archives des differents Pays, cedés ou échangés par le présent Traité, seront remis dans l'espace de trois mois, à dater de l'échange des Ratifications, aux Puissances, qui en auront acquis la proprieté. Les Plans et Cartes des Forteresses, Villes et Pays, que les Puissances contractantes acquiérent par le présent Traité, leur seront fidelement remis.

Les Papiers militaires et Regîtres, pris dans la guerre actuelle aux Etats-Majors des Armées respectives, seront pareillement rendûs.

Art. XIV. Les deux Parties contractantes, également animées du desir d'écarter tout ce qui pourroit nuire à la bonne intelligence, heureusement établie entre elles, s'engagent, de la manière la plus solemnelle, à contribuer de tout leur pouvoir au maintien de la tranquillité intérieure de leurs Etats respectifs.

Art. XV. Il sera incessamment conclu un Traité de Commerce établi sur des bases équitables, et telles qu'elles assurent à S. M. l'Empereur Roi de *Hongrie* et de Bohème, et à la République Françoise des avantages égaux à ceux dont jouissent, dans les Etats respectifs, les Nations les plus favorisées. En attendant, toutes les communications et relations commerciales seront retablies dans l'état ou elles etoient avant la guerre.

Art. XVI. Aucun Habitant de tous les Pays, occupés par les Armées Autrichiennes et Françoises, ne pourra être poursuivi ni recherché, soit *dans* sa personne, soit dans ses propriétés, à raison de ses opinions politiques, ou actions civiles, militaires ou commerciales, pendant la guerre, qui a eu lieu entre les deux Puissances.

Art. XVII. Sa Maj. l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohème, ne pourra, conformément aux principes de Neutralité, recevoir dans chacun de ses Ports, pendant le cours de la prèsente guerre, plus de six batimens armés en guerre, appartenants à chacune des Puissances Belligérantes.

Art. XVIII. Sa Maj. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème s'oblige à ceder au Duc de Modéne en indemnité des Pays que ce Prince et ses Héritiers avoient en Italie, le Brisgau qu'il pos-

sédéra aux mêmes conditions que celles, en vertu desquelles il possédoit la Modénois.

Art. XIX. Les biens fonciers et personnels, non aliénés, de Leurs Altesses Royales l'Archiduc Charles et l'Archiduchesse Christine, qui sont situés dans les Pays cédés à la République Françoise, leur seront restitués à la charge dans l'espace de trois ans. Il en sera de même des biens fonciers et personnels de Son Altesse Royale l'Archiduc Ferdinand dans le territoire de la République Cisalpine.

Art. XX. Il sera tenu à Rastadt un Congrès, uniquement composé des Plénipotentiaires de l'Empire Germanique, et de la République Françoise, pour la Pacification entre ces deux Puissances. Ce Congrès sera ouvert un mois après la signature du present Traité, ou plutôt s'il est possible.

Art. XXI. Tous les prisonniers de guerre, faits de part et d'autre, et les otages enlevés ou donnés pendant la guerre, qui n'auroient pas encore été restitués, le seront dans quarante jours, à dater de celui de la signature du présent Traité.

Art. XXII. Les contributions, livraisons, fournitures et prestations quelconques de guerre, qui ont eu lieu dans les états respectifs des Puissances contractantes, cesseront à dater du jour de l'échange des Ratifications du présent Traité.

Art. XXIII Sa Maj. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème et la République Francoise conserveront entre elles le même Ceremonial, quant au rang et aux autres êtiquettes que celui qui a été constamment observé avant la guerre. Sa Maj. et la République Cisalpine auront entre elles le même Ce-

remonial d'etiquette, que celui qui étoit d'usage entre Sa dite Maj. et la République de Venise.

Art. XXIV. Le présent Traité de Paix est déclaré commun à la République Batave.

Art. XXV. Le présent Traité sera ratifié par S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème et la République Françoise, dans l'espace de trente jours à dater d'aujourd'hui, ou plutôt si faire se peut, et les Actes de Ratification en duë forme seront échangés à Rastadt.

Fait et signé à Campo-Formio, près d'Udine, le 17. Octobre 1797. (26 Vendémiaire an 6. de la République Françoise, une et indivisible).

Signé: Buonaparte. Le Marquis de Gallo. Louis Comte de Cobenzel. Comte de Meerveldt. Le Baron de Degelmann.

Le Directoire-Exécutif arrête et signe le présent Traité de Paix avec S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, negocié au nom de la République Françoise, par le Citoyen Buonaparte, Géneral en chef de l'Armée d'Italie, fondé des pouvoirs du Directoire Exécutif et chargé de ses instructions à cet effet.

Fait au Palais National du Directoire Executif, le 5. Brumaire an 6. de la République Françoise, une et indivisible.

XIV.

XIV.

Kaiserliches Hofdekret, die baldmöglichste Ausrückung der Reichsfriedensdeputation noch Rastadt und die Benennung der Kaiserl. Herrn Bevollmächtigten dazu, betreffend. Wien den 1 Nov. 1797.

Sr. Römisch Kaiserl. Majestät sey die reichstägliche Erklärung allerunterthänigst vorgelegt worden, welche die allgemeine Reichsversammlung nach gepflogener herkömmlicher Berathschlagung in den drey Reichskollegien über das am 18. Juny des laufenden Jahrs erlassene Allergnädigste Hofdekret beschlossen, und am 11. August an Se. Kaiserl. Majestät in gebührender Ehrfurcht gelangen ließ.

Die darin hervorleuchtenden patriotischen Gesinnungen und bezeigte Theilnahme an der Beförderung der Reichs-Friedens-Angelegenheit gereichten Sr. Majestät zur besondern Reichsoberhauptlichen Zufriedenheit. Zugleich geruheten Allerhöchstdieselbe zu genehmigen, daß nunmehr die zur Ausrückung der zum Friedensgeschäfte bestimmten Reichsdeputation erforderliche, bereits beschlossene und Allergnädigst ratifizirte Reichsinstruction sammt der Vollmacht, mit Beyrückung an gehörigen Orten der Kaiserl. Genehmhaltung, sodann erstere mit der bey der Re- und Korrelation von den Ständen beschlossenen Abänderung, letztere mit Einschaltung der unmittelbaren freyen Reichsritterschaft nach der in dem Kaiserl. Hof-Ratifikations-Dekrete vom 19. Nov. 1795 ausgedruckten allerhöchsten Intention auszufertigen sey.

Nebst dem hegen Se. Kais. Majestät zu den durch einen allgemeinen Reichsschluß eines ausgezeichneten Vertrauens gewürdigten deputirten Ständen die feste reichsväterliche Zuversicht, und fordern auch diese wiederholter Maassen im

Namen des werthen Vaterlandes, im Namen der Geseze, und Kraft Ihrer durch die Geseze bestehenden Kaiserl. Autorität dringendst dazu auf, daß sie in stets lebhafter Erinnerung der schweren Pflicht eines Reichs-Deputirten, dem grossen Erhaltungs-Geseze der Einheit und Gesammtheit des Deutschen Reichs in gesezlicher Verbindung mit dessen Oberhaupte unverrückt getreu, das gemeinsame Interesse und Wohl des deutschen Vaterlandes mit edlem Pflichtgefühle und deutscher Standhaftigkeit wirksamst unterstüzen, und also vereint mit ihrem Reichsoberhaupte den längst gewünschten, auf die Basis der Integrität des Reichs und seiner Verfassung zu gründenden billigen und anständigen Frieden bestens befördern und beschleunigen werden.

In eben dieser gerechtesten Zuversicht haben auch Se. Kaiserl. Majestät Allerhöchst Ihre Bemühungen für die baldige Eröfnung des Kongresses seit dem erlassenen Hofdekrete vom 18. Junius d. J. ununterbrochen fortgesezt; und es dient Allerhöchstdenselben zur grossen Beruhigung, endlich der allgemeinen Reichsversammlung den Erfolg hievon mittheilen zu können: Daß die in der Friedensgeschichte dieses Jahrhunderts schon berühmte Stadt Rastadt, zum Orte des künftigen Friedenskongresses ausersehen sey. Ihre friedliebende Wünsche und aufrichtige Bereitwilligkeit zur baldigsten Herstellung des allgemeinen gewünschten öffentlichen Ruhestandes, forthin durch die That selbsten vor dem gesammten Publikum zu bestätigen, verfügen demnach Allerhöchstdieselbe, vermöge der Ihnen zustehenden Vollziehungs-Gewalt der Reichsschlüsse, daß nunmehr sämmtliche deputirte Reichsstände binnen des möglichsten kürzesten Zeitraums ihre, in der gerechtesten Reichsoberhauptlichen Erwartung Sr. Kaiserl. Majestät durch konstitutionsmässige Gesinnungen, deutsche Redlichkeit und biedern Sinn achtungswürdige Abgeordnete an den gedachten

Versammlungs=Ort abschicken, damit so fort zur Beginnung des grossen Werkes unverweilt geschritten und der so sehnlich erwartete Reichsfriedenskongreß ohne den mindesten Verzug eröfnet werden könne, wozu Allerhöchst Sie in Ihrer Reichsoberhauptlichen Eigenschaft Ihren wirklichen Kaiserl. Geheimen Rath und Kämmerer, Ritter des Goldnen Vliesses und des St. Stephans Ordens Groskreuz, des Heil. Röm. Reichs Grafen von Metternich Winneburg und Beilstein als Ihren Kaiserl. Bevollmächtigten zu bestimmen, allergnädigst geruhet haben.

Schließlich geben Se. Kaiserl. Majestät dem gesammten Reiche nach so vielen bereits an Tag gelegten unleugbaren Proben Ihres wahren Reichsväterlichen Wohlwollens auf das geneigtwilligste die Zusicherung des nachdrücklichsten Kaiserl. Schuzes bey dem bevorstehenden höchstwichtigen Friedensgeschäfte, um welche die allgemeine Reichsversammlung Se. Kaiserl. Majestät am 11. August d. J. so angelegentlich gebeten hat.

Allerhöchstdieselben halten sich aber auch Ihrer Seits berechtiget und verpflichtet, das gesammte Reich zu dem gemeinsamen Beystande und der Unterstüzung aufzufordern, die das gemeinsame Reichsverband, die allgemein verbindliche Theilnahme an dem Schicksale des deutschen Vaterlandes, die Liebe und theuerste Pflicht zur Aufrechthaltung des deutschen Staatskörpers und dessen Verfassung Allen und jedem besonders auferlegen.

XV.

Reichsgutachten, die der Reichsfriedens-Deputation zu ertheilende illimitirte Reichs-General-Vollmacht betreffend, Regensburg den 8. Jan. 1798.

Von der ausserordentlichen Reichsfriedens-Deputation sey den 17. und 30. Dec. v. J. an die allgemeine Reichsversammlung umständlich berichtet worden, daß die zu dem Reichs-Friedensgeschäfte abgeordnete Französischen Gesandten, die für die Reichsdeputation beliebte, von Ihro Kaiserl. Majestät ratifizirte, unter dem 4. November vorigen Jahres ausgefertigte Reichsvollmacht nicht für suffizient achten, noch darauf in das Friedensgeschäft mit der Reichsdeputation sich einlassen wollten, sondern eine illimitirte Reichsvollmacht verlangten, und auf derselben Beybringung binnen einer sehr kurzen Frist, und mit der Erklärung, daß sie sonsten die Friedens-Traktaten für abgebrochen halten würden, gegen alle ihnen gemachte Vorstellungen fest bestünden; man habe daher diesen nach allen Betrachtungen äusserst wichtigen Punkt in allen drey Reichskollegien in reife Berathung gezogen, und darauf dafür gehalten und geschlossen, daß der ausserordentlichen Reichsdeputation eine illimitirte Reichsvollmacht nach dem vereinbarten Inhalte des beyliegenden Formulars zu ertheilen, und dieser Schlus in einem gehorsamsten Reichs-Gutachten an Ihro Kaiserliche Majestät, als das Reichs-Oberhaupt, zur allerhöchsten und wegen der dringenden Umstände allergnädigst zu beschleunigenden Genehmigung allerunterthänigst zu bringen sey. Dieses geschehe hierdurch ehrerbietigst und mit der wiederholten allerunterthänigsten Bitte, um den mächtigsten Schutz Ihrer Kaiserl. Majestät für das deutsche Reich bey diesem so wichtigen, desselben ganze Wohlfahrt entscheidenden Reichs-Friedensgeschäfte.

General Reichsvollmacht für die zu den Friedens-Handlungen ernannten Reichs-Deputirten.

Demnach des Heiligen Römischen Reichs Churfürsten Fürsten und Stände für rathsam befunden, aus Dero Mitte diejenigen zu erkiesen, welche den zwischen Kaiserlicher Majestät Unserm Allergnädigsten Herren und dem Deutschen Reiche eines, und der Republik Frankreich anderntheils, zur Wiederherstellung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichsfriedens veranlaßten gütlichen Tractaten von Reichs wegen beyzuwohnen, und dessen Interesse mit zu beobachten hätten, und hierzu aus dem Churf. Collegium, Chur-Mainz, und Chur-Sachsen, aus dem Fürstlichen aber, Katholischer Seits Oesterreich, Bayern, Würzburg; sodann Augsburgischer Konfessionsverwandter Seits Bremen, Hessen-Darmstadt und Baden; und aus dem Reichs-Städtischen, Katholischer Seits Augsburg, und Augsburgischer Konfessionsverwandter Seits, Frankfurt am Main, erwählt und benannt worden;

Als wird mit Ihrer Kaiserlicher Majestät, als des Reichs-Oberhauptes allerhöchster Genehmigung, denenselben von gesammten Reichs wegen zu dem Ende Kraft dieses vollkommene Gewalt ertheilt, auf daß sie die Ihrigen fördersamst an den bestimmten Ort des Friedens-Kongresses abordnen, um daselbst mit und neben dem Höchstansehnlichen Kaiserlichen Plenipotentiarius zu erscheinen, dasjenige zu berathschlagen, zu verhandeln und zu beschliessen, auch zu unterzeichnen, was zu Wiederherstellung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichs-Friedens dienen, und überhaupt zur gemeinen Wohlfahrt und Beruhigung des Vaterlandes gereichen mag.

Was nun durch Sie, Reichs-Deputirte, insgesammt oder, in eines oder des andern Abwesenheit, Krankheit oder Nichterscheinen, durch die übrigen, nebst Höchstgedachter Kaiserlicher Gesandschaft also gehandelt, beschlossen und unterzeichnet werden wird, solches soll von dem gesammten Reiche in der wechselseits zu bestimmenden zulänglichen Zeit ratifiziret, angenommen und unverbrüchlich gehalten, auch die deputirten Stände deswegen, wie es sich in dergleichen Fällen gebühret, jedesmal vertreten werden.

Signatum Regensburg den 11. im Jenner 1798.

(L. S.)

Churfürstlich-Mainzische Kanzley.

XVI.

Kaiserliches Commißions-Ratifikations Dekret, die der Reichsfriedensdeputation zu ertheilende illimitirte Reichs-General-Vollmacht betreffend. Regensb. den 11. Jan. 1798.

Ihre Römisch-Kaiserliche Majestät hätten aus den von der ausserordentlicher Reichs-Friedens-Deputation am 17. und 30. des verwichenen Monats und Jahres an die allgemeine Reichs-Versammlung erstatteten Berichten, und aus den darüber von Ihr abgehaltenen Berathschlagungen die Gründe ersehen, aus welchen erstere auf die Ausstellung einer uneingeschränkten Reichs-Vollmacht angetragen hat, und in deren Erwägung die Reichsversammlung selbige nach dem bezeigten Verlangen abzuändern, und mit der dem Kaiserlichen Herrn Plenipotentiarius bey dem Reichs-Friedens-Kongres ertheilten Gewalt in

vollkommener Uebereinstimmung zu bringen beschlossen habe.

Mit der gewohnten reichsväterlichen Geneigtheit, womit Ihro Kaiserl. Majestät allem, was den so sehr gewünschten Frieden beschleunigen und befördern kann, entgegen gegangen sind, verleyhen Allerhöchstdieselbe die Reichsoberhauptliche Allergnädigste Genehmigung, daß die durch das allerunterthänigste Reichsgutachten vom 8. dieses im Entwurf vorgelegte abgeänderte und illimittirte Reichsvollmacht ausgefertiget, und der ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation zugesendet werde.

Zweyter Abschnitt.

Aktenstücke, die Formalien des Kongresses betreffend.

XVII.

Original-Vollmacht der französischen Minister vom 27. Oktober 1797.

Extrait du Registre des Arretés du Directoire Executif du six Brumaire an six de la Republique Française, une et indivisible.

Le Directoire Exécutif arrète ce qui suit:

Le Citoyen Buonaparte, General en chef de l'Armée d'Italie, et les Citoyens Treilhard et Bonnier sont nommés Ministres plénipotentiaires de la République Française pour les négociations avec l'Empire Germanique convenues par l'Article 20. du Traité de paix conclu avec l'Empereur le 26. Vendemiaire dernier.

Le Géneral Buonaparte est nommé President de la Légation. Il sera remplacé dans son absence par le plus ancien d'âge.

Le Citoyen Rosenstiel est nommé Secretaire de la Legation.

Le Ministre des Relations exterieures est chargé de l'exécution du présent arreté, qui ne sera pas imprimé quant à présent.

Pour expedition conforme
Le President du Directoire Exécutif,
L. M. Reveillere Lépeaux.
Par le Directoire Exécutif.
Le Secretaire général,
Lagarde.

Pour Copie conforme:

Le Ministre des Relations Exterieures,
Ch. Man. Talleyrand.

(L. S.) Par le Ministre
Paganel, Secret. général.

Pour copie conforme à l'expedition qui est entre nos mains.

Les Ministres plénipotentiaires de la
Republique Française au Congrès de Rastadt
Treilhard, Bonnier.

(L. S.) Par les Ministres plénipotentiaires,
Le Secretaire de la Legation Française,
Rosenstiel.

X.

Note der Kaiserl. Plenipotenz an die bevollmächtigten französischen Minister über diese Vollmacht den 18. December 1797.

Perlustrato mandati, quod Plenipotentiarii Galliae Ministri infra scripto Sacrae Caesariae Majestatis Plenipotentiario decima tertia hujus mensis communicaverant, exemplari, plura in eo deficere deprehendit, quae et ex indole negotii, et ex recepto inter gentes usu supplenda forent; nam praeterquam quod contra hactenus inter sacram Caesaream Majestatem Imperium et Galliam ab immemorabili tempore usitatum, et in novissimis a Galliae Ministris Ratisbonae ad dietam Imperii praesentatis Credentialibus observatum stilum, latina traductio Plenipotentiarum

deficiat, ipsaque forma externa minime hactenus observatae consuetudini congruat,

1. Extractus Registri directorialis solam nominationem Plenipotentiariorum ad tractandum cum Imperio Germanico, non eandem facultatem ad tractandum, concludendum, et signandum continet, prout recepta inter omnes gentes consuetudo, ut characterem intrinsecum Plenipotentiae desiderat, ipsumque Galliae Directorium in propriis alia occasione publicatis Plenipotentiarum registris solenniter agnovit.

2. Non constat, an, si Plenipotentiariorum quis aut valetudine, aut alia quacunque causa impeditus fuerit, singuli agere, vel alter alterius vices gerere possit.

3. Denique solum Germanicum Imperium expressum est, quo vocabulo quidem in genere Imperator et Status continentur, verum, quum usus ferat, *Imperatorem*, ut Repraesentantem Imperii, semper in publicis actis Imperio praeponi, ille quoque hic loci primo loco cum Imperio exprimendus foret.

Haec omnia S. C. M. Plenipotentiario tanti momenti visa sunt, ut, ante eorum ulteriorem declarationem, vix se ad ipsam originalium commutationem progredi posse censeat; cum ab ipsa Plenipotentiarum Rectificatione, primum conventionis incipiendae dependeat fundamentum; minime intentus, ut pertractando negotio mora injiciatur, sed potius ad omnia amplectenda paratissimus, quae ad removenda quantocius haec obstacula, ad rectificanda caetera praeliminaria, atque ad ipsum pacis ingressum promovendum Plenipotentiariis Galliae Ministris pro sua humanitate

et candore necessum videbitur; caeterumque in omnibus ad summae venerationis testimonia paratissimus.

Sign. Metternich.

XIX.

Antwort der französischen bevollmächtigten Minister den 19. Decemb. 1797.

Les Ministres Plénipotentiaires de la Republique Française pour les negociations avec l'Empire Germanique, ont reçu hier la Note qui leur à été envoyée par Monsieur le Comte de Metternich, Ministre plenipotentiaire de S. M. l'Empereur et Roi, sur la forme et l'étendue de leurs pouvoirs.

Ils ne manqueront pas d'en faire passer une Copie à leur Gouvernement; mais croyent devoir observer à Monsieur le Comte de Metternich, que ces pouvoirs sont dans la forme adoptée par le Directoire executif; et si l'on n'a pas joint à la Copie communiquée une traduction latine, c'est par le même motif, qui a porté Monsieur le Comte de Metternich à s'abstenir, de joindre une traduction française à la Copie latine, qu'il remise de ses pouvoirs; rien ne paraissant plus inutile en effet, que de donner des traductions, lors que l'idiôme, dont on se sest, est également connu des deux parties.

L'arrêté du Directoire ne parait pas aussi laisser le moindre doute sur le pouvoir donné à deux des Ministres plenipotentiaires, de négocier en l'absence du troisième.

Enfin il ne peut s'élever de difficulté serieuse sur

le sens des expressions : Empire germanique; elles comprennent evidemment la tète et les membres, le Chef et les Etats ; elles ont été employées en ce sens dans l'article 20. du Traité de Campo Formio, qui porte qu'il sera tenu à Rastadt un Congrès uniquement composé des Plénipotentiaires de l'EMPIRE GERMANIQUE, et de ceux de la Républiquc Française.

C'est en exécution de cet article, que Monsieur le Comte de Metternich se trouve aujourd'hui au Congrès en qualité de Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur et Roi.

Au reste les Ministres plénipotentiaires de la Republique Française, reçoivent avec satisfaction l'assurance, que leur donne Monsieur le Comte de Metternich, que son intention n'est aucunement de retarder les discussions; ils le prient d'agréer l'assurance de leur haute consideration.

Signé: Treilhard, Bonnier.

XX.

Erlaß der Reichsfriedens-Deputation an die Kaiserliche Plenipotenz, die vorhabende feyerliche Eröfnung der Deputation betreffend. Den 13 Jan. 1798.

Man habe den Erlaß der Kais. Höchstans. Plenipotenz d. d. 5. Jan. lauf. Jahrs, worin das Vorhaben geäusert werde, diese R. F. Deputation circa materialia zu eröfnen, auch den damit verbundenen ältern Erlaß vom 13. Dec. v. J. soweit solcher bisher noch nicht beant-

wortet gewesen, in der jüngsten Deput. Versamlung in reife Berathung genommen.

So viel nun die Eröfnung der Deputation circa materialia betrift, habe man zwar keine Kenntniß von demjenigen, was sowohl die Allerhöchst Kais. Instruction für die Höchstansehnliche Kais. Plenipotenz, als die in dem Erlasse vom 13. Dec. angezogenen Rescripte vom Jahre 1682. an die damalige Plenipotenz über diesen Gegenstand enthalten dürften. Disseits sey er ab so viel bekannt, daß in dem gedachten Jahre 1682. die Deputation von der damaligen Kais. Plenipotenz nicht wirklich eröfnet worden, und daß solche überhaupt nicht in die Sitzungen der Deputirten gekommen sey. Die damalige Reichs-Instruction und das darüber unterm 18. August 1681. erstattete R. Gutachten, erwähnen auch nur eines Schematis Sessionis wie das gegenwärtig vorgeschriebene; zwar sey hierauf von Kais. Majestät, mittelst des erlassenen Ratifikations-Decrets vom 10. Sept. des näml. Jahres der Reichsversammlung ein weiteres Schema, wie die Sessiones eingerichtet werden könnten, wenn die Kais. Gesandtschaft mit der Reichs-Deputation particulariter zu conferiren hätte, mit dem allergnädigsten Gesinnen zugefertiget worden, daß solches von den gesammten R. Ständen also angenommen werden möge. Es sey aber hierüber von dem Reiche nicht weiter deliberiret worden, noch habe man sich dießfalls bey dem Fr. Kongresse selbst vereinigt. Im Jahre 1697. sey ebenfalls nur wieder ein Schema Deputatorum Imperii inter se vorgeschrieben worden. In der Instruction für die gegenwärtige R. F. Deputation hingegen, sey inter formalia in Art. 1. Litt. h. ganz ausdrüklich versehen: „Sobald die Legitimationen „vollbracht sind, werden von der Deputation theils „für sich selbst, theils auf Anhandgebung der Kais.

„Gesandschaft sogleich die Berathschlagungen über
„die zum Friedens-Geschäfte mit Frankreich gehö-
„rige Materien angefangen und von den Bevollmäch-
„tigten mit einander ununterbrochen fortgesetzt.

Litt. l. heisse es ferner „Die Sitzungen nimmt die De-
„putation nach Anleitung des hiebeygehenden Sche-
„matis „

Litt. m. heisse es endlich noch weiter „Alle Deput. Schlüs-
„se werden durch das Ch. Mainz. Directorium oder
„per subdeputationem an die Höchstansehnl. Kais. Ge-
„sandschaft gebracht, und so wird sich mit derselben
„einer einmüthigen Meynung verglichen „

Zu diesen bestimmten Vorschriften der vim legis novissimae habenden ratifizirten jüngsten R. Instruction komme der entscheidende, der Kais. Höchstansehnl. Plenipotenz bereits längst angezeigte Umstand, daß bey der beabsichteten Legitimation mit der Franz. Gesandschaft die Einwendungen der leztern gegen die Vollmachten dieser R. Deputationin solchen Anständen bestanden, welche auf die Integrität des Reichs, folglich auf die Friedens-Basin und daher auch auf das Materiale Pacis den direktesten Bezug hätten. Hiedurch sey unmöglich geworden, den Legitimations-Punct mit der Fr. Gesandschaft zu berichtigen, ohne auch zugleich die Haupt-Basin des künftigen Reichs-Friedens circa materiale in den diesfalls angestellten Deput. Deliberationen zu berühren.

Wenn sich nun auf solche Weise diese R. Deputation mit dem Materiali Pacis zwar nicht für sich selbst (wie ihr dieses die angezogene Reichs-Instruction erlaube) sondern nothgedrungen, bisher schon wirklich beschäftigt, darüber Berathschlagungen angestellt, Schlüsse gefaßt, auch dieserhalb in herkömmlicher Maasse das Erforderliche gegen die Höchstans. Kais. Gesandschaft beobachtet

habe, so dürfe man mit fester Zuversicht hoffen, eine Kais. Höchstans. Plenipotenz werde unter solchen Umständen, welche einer dermalen noch vorzunehmenden feyerlichen Eröfnung der Deputation circa materialia entgegenstehen, von selbst geneigt seyn diese Feyerlichkeit nunmehr auf sich beruhen zu lassen, wie man denn auch im vollständigsten Vertrauen auf die rühmlichst bekannten Gesinnungen der Kais. Höchstansehnl. Plenipotenz ausser Zweifel seze, daß es mit denen in dem Erlasse vom 13 Dec: verflossenen Jahres wegen gewisser Formalien befindlichen Aeusserungen, so wie mit einigen Ausdrücken, welche auch sonst bey verschiedenen an die Deput. gerichteten Ausfertigungen gebraucht worden sind, keinesweges die Meynung haben könne, die R. Deputation unter einem andern Verhältnisse zu betrachten als dasjenige sey, welches oft besagte R. Instruction bestimme, und besonders auch ausdrücklich dahin festseze, daß über die an die Kais. Gesandschaft gebrachten Deput. Schlüsse sich mit derselben einer einmüthigen Meynung zu vergleichen sey.

Womit rc. rc.

XXI.

Antwort der Kaiserlichen Plenipotenz vom 14. Jan. 1798.

Der Römisch K. Majestät Botschaft hat aus den Händen des Churmainz. Directoriums, die Anstände erhalten, welche die Mehrheit sämmtl. vortreflichen Herren R. F. Deputations-Subdelegirten in ihrem Gutachten vom 13. Januar d. J. der Ihnen vorgeschlagenen Anhörung der Kais. Proposition quoad Materialia entgegen zu setzen beliebt hat. Sie war befremdet, in einem Zeitpunkte, wo

die ganze ansehnliche Reichs-Versammlung durch ein feyerliches Gutachten (vom 25 Dec. vorigen J.) „in vollestem Vertrauen der tiefsten vereinigten Ehrfurcht um allergnädigste Fortsezung der Allerhöchsten Kais. Gnade und „huldreichsten Schuzes anhielt" derselben Ausschuß dem Repräsentanten ihres Oberhauptes, unter verschiedenen Voraussezungen, das Recht absprechen wollen, in Person den versammelten Reichs-Deputirten, dem Herkommen und der Observanz gemäß, die Allerhöchste Willensmeynung zu eröfnen. Der bevollmächtigten Kais. Botschaft ist es wohl bewußt, wenn sie auf geziemende Vorstellung geneigt seyn könne, eine Handlung auf sich beruhen zu lassen, die, nach den ihr vorgelegten Gründen, einiger Bedenklichkeit ausgesetzt seyn dürfte. Allein sie befindet sich nach ihrem bisherigen gesezlichen und observanzmässigen Betragen nicht in dem Falle, von dem Geschehenen etwas zurück zu nehmen. Sie kennt wohl die am 29. Nov. 1795. durch die Kais. Allerhöchste Ratifikation der Instruction vom 7. October des nämlichen Jahrs, bezeichneten Grenzen der Befugnisse einer vortresl. R. F. Deputation; sie ist aber auch wohl unterrichtet, was der allda befindliche Vorbehalt „der Kais. Majest. und den Kais. Plenipotenti„arien bey einem R. F. Kongresse nach den Gesezen, dem „Herkommen, der Analogie und dem Völkerrechte zuste„henden Prärogativen und Befugnissen „der Kais. ausserordentlichen Botschaft eingeräumt habe.

Die in der Wahlcapitulation vom Jahr 1741. wegen den vielfältigen Anständen bey den Friedenscongressen auf Verlangen der Altfürstl. Häuser und sämmtlicher Churfürsten Art. 4. §. 17. bestimmte gesezliche Richtschnur: „Daß „zwischen der Kais. Gesandschaft und den Reichsdeputirten „bey den Friedensunterhandlungen der auf Reichs- „und andern Deputations Tägen herkömmliche mo-

dus

„dus tractandi **beobachtet werden solle** „ sichert den Kais. Plenipotentiarien, oder, wie hier der Fall ist, dem Kais. Kommissarius alle bey Reichstägen und ordentlichen Deputationen gesezlich und herkömmlich zustehende Gerechtsame; darunter ist aber jederzeit das Kais. Recht: **Die erste Proposition der Versammlung der Deputirten** persönlich und feyerlich vorzutragen, und den Sitzungen der Deputationen, wenn er will, beyzuwohnen — ein vorzüglicher Bestandtheil des modi procedendi gewesen. — Die Reichsabschiede vom Jahre 1555. § 66. 1582. § 65. 1594. § 121. u. f. ferner, berechtigen den Kais. Kommissarius allen ordentlichen und ausserordentlichen Reichsdeputationen beyzuwohnen. Es hat dieses im Jahr 1681. der Chur- und Fürstenrath zu Regensburg bey Abfassung der Reichsinstruction ganz und gar nicht in Abrede gestellt; man hat allda ausdrücklich anerkannt, daß die Kais. Plenipotenz in allen Sitzungen der Deputation erscheinen könne, und der Kaiser hatte im Ratifications-Decret vom 10. Sept. 1681, wo er die Reichsinstruction so weit, als es nur ohne Abbruch und Schmälerung der Kais. Allerhöchsten Auctorität und Respect geschehen konnte, genehmigt hatte, ausdrücklich ein Schema Sessionis für die Kais. Plenipotenz beygelegt, wenn sie den Sitzungen der Deputation beywohnen wolle. Es hatte auch das Chur-Mainz. Direktorium im Jahr 1682. am 16. Febr. mit Gutheissung der Kais. Gesandschaft die Reichs Fr. Deputation, quoad formalia, eröfnet, als es aber, nach Berichtigung derselben, ad Materialia gekommen war, und Chur-Mainz desfalls die R. Deputirten am 16. März auf den Römer berief, hatten dieselben sich nicht befugt erachtet, in die Materialia einzugehen; es wurde ein Ausschuß aus Mainz, Bayern, Pfalz, Lautern und Sachsen Weimar ernannt. Leztere drey

kamen, laut Auszugs des anliegenden Kais. Gesandschafts-Protocolls vom 16. März 1682. zur Kais. Plenipotenz; meldeten, daß sie nothwendig erachtet hätten, ihr anzuzeigen, daß sie auf dem Römer gewesen, und nun in statu seyen ad materialia zu schreiten, dahero im Namen der Deputirten anfragen wollten, quis modus zu observiren und welche Materialia vorzunehmen seyen? — Es zeigt nicht minder obiges Protocoll, daß die Kaiserliche Gesandschaft sich indifferent gezeigt habe, ob man modo comitiali verfahren, oder lieber sehen wolle, daß sie juxta Schema ab Augustissimo eum in finem propositum der Sitzungen beywohnen sollte; — und daß die Deputation quoad materialia über ihr (im Monat Januar) bereits an die Deputation erlassenes Kommissions-Decret ein Gutachten erstatten solle; worauf erst nach den kundbaren, bey der Reichsdeput. abgelegten Geständnißen am 16. März 1682, die bereits vorhin am 16. Febr. vom Chur-Mainz. Directorio berufene Deputation feyerlich eröfnet, und, wie der Churfürstl. Mainz. Directorialbericht an das Ch. Mainz. Reichstags-Directorium vom 23. März 1682. sich ausdrückt, auch einer vortrefl. R. F. Deputation ohne Zweifel bekannt seyn wird, auf Kais. Gutbefinden eröfnet wurde. Es ist also die gesezmässige Vorschrift und das eigene Deputations-Anerkenntniß, folglich die Spezial-Observanz der R. Deputation zu Frankfurt vom Jahre 1682, welche in der neuesten Reichsinstruction zur Regel angenommen ist, vorhanden, daß der Kais. Plenipotenz das Recht der ersten Proposition quoad Materialia bey der R. F. Deputation gebühre.

Die Kais. ausserordentliche Bothschaft, hält es nach dieser unläugbaren Voraussezung ganz überflüssig, sich auf die Widerlegung aller jener im Gutachten liegen-

den Angaben einzulassen, und muß einer vortrefl R. Fr. Deputation nur dieses bemerken: Daß sie ausdrücklich auf Vollziehung dieses Rechts in ihrer Instruction beauftragt, und noch dazu durch einen nachkommenden Kais. allerhöchsten Befehl ausdrücklich angewiesen seye, die Eröfnung der Deputation quoad materialia durch ihre erste Proposition vorzunehmen; — daß sie sich dieses wesentlich in den Gesezen und dem Herkommen gegründete Recht, durch Vorwendung entbehrlicher Feyerlichkeiten, nicht könne noch wolle entziehen lassen, und es der Kais. Maj. und ihren Repräsentanten, als Führer und Organ der mit der auswärtigen Macht vorzunehmenden und mit der Deputation durch Gutachten und Genehmigungs Decrete nach dem Reichs-Style zu vergleichenden Friedensangelegenheiten, zustehe, in der Hauptsache das Materiale nach Umständen zur Berathschlagung vorzulegen.

Darüber ist die höchstans. Kais. Plenipotenz in der ersten Proposition das weitere zu erklären bereit; sie muß daher auf dem Innhalte der vorigen Bothschafts-Decrete bestehen, und behält sich vor, wegen den dabey eintretenden Feyerlichkeiten sich mündlich zu vereinigen, und bleibt übrigens rc. rc.

Sign. zu Rastadt den 14. Jan. 1798.

L. S.

F. G. C. Reichsgraf von Metternich, Winneburg, Beilstein.

XXII.

Feyerliche Proposition der Kaiserlichen Plenipotenz in der Deputation vom 19. Jan. 1798.

Jhro Kaiserl. Majest. unser allergnädigster Kaiser und Herr, haben mir huldreichst anbefohlen, Denenselben sammt und sonders bey meiner ersten feyerlichen Erscheinung in dieser ansehnlichen Versammlung Jhre Allerhöchste Kais. Gnade und alles Gutes zu vermelden; und Denenselben nicht zu verhalten. Es werde Jhnen wohl erinnerlich seyn, mit welch unermüdetem Eifer Allerhöchst Dieselbe, seit der Jhnen von gesammten Kurfürsten, Fürsten und Ständen, in ehrerbietigstem Vertrauen überlassenen ersten Friedens-Einleitung, bemühet gewesen seyen, mit aller Anstrengung Jhrer Hausmacht, einen allgemeinen auf die Grundsäze der Billigkeit und Gerechtigkeit gestüzten dauerhaften Reichsfrieden herbeyzubringen. Eben so wenig werde Jhnen entfallen seyn, wie sehr Allerhöchst Sie, Kraft dieses erhaltenen Auftrages, theils aus eigenem Antriebe des Kaiserl. Amtes, theils aus väterlicher Liebe und Sorgfalt sich bestrebt haben, in den im Schlosse Eggenwald bey Leoben am 18. April des verflossenen Jahrs unterzeichneten Friedens-Präliminarien, den, im gehorsamsten Reichsgutachten vom 7. October 1795. geäusserten Wünschen des Reichs, entgegenzugehen, und die Wiederherstellung eines billigen, annehmlichen, sichern und beständigen allgemeinen Reichs-Friedens zu befördern, der den Zustand des Deutschen Reichs, wie er vor dem Ausbruche der mit Frankreich entstandenen Mißhelligkeiten mit sorgfältiger Hinsicht auf die bestehenden Friedensschlüsse, beschaffen gewesen, wiederum herbeyführen sollte. Das am 18. Juny vorigen Jahres der

allgemeinen Reichsversammlung vorgelegte Allerhöchste Hofdekret, enthalte den buchstäblichen Innhalt Ihrer Bemühungen, und das feyerlichste Versprechen Frankreichs:

„Daß vom Tage der Unterzeichnung der Präliminarien, alle Feindseligkeiten gegen das Deutsche Reich „eingestellt, und, zur Unterhandlung und Schliessung „eines Hauptfriedens zwischen beyden Mächten nach „der Grundlage der Integrität des deutschen „Reichs, ein Kongreß veranstaltet werden sollte.„

Die französische Regierung habe auch zufolge dessen, unter den bekannten Bedingungen, für das deutsche Reich einen allgemeinen Waffenstillstand im May des Jahres 1797. zu Heidelberg eingegangen; es hätten die Bevollmächtigten Sr. Kaiserl. Majest. als König von Hungarn, mit den französischen Bevollmächtigten zu Udine die Hauptfriedens-Unterhandlungen eröfnet; Se. Kaiserl. Majest. hätten auch nach den am ... August des nämlichen Jahres wiederholten Wünschen des Reichs, nichts sehnlicher gewünscht und gehoft, als allda eine noch deutlichere Bestimmung der künftigen Integrität des deutschen Reichs und seiner Verfassung zu erwirken. Allein, da bey der damaligen Stimmung der französischen Bevollmächtigten, die geringste Anregung derselben Weitläuftigkeiten und Erklärungen würden veranlaßt haben, deren Erörterung Allerhöchst Ihnen zu bedenklich schien, um dieselbe, bey den ohnehin sehr schweren Kaiserl. Amtspflichten, allein, ohne Zuziehung sämmtlicher Reichsstände, auf sich zu nehmen; so sey nach dem Innhalt des zwischen Allerhöchst Ihnen, als König von Ungarn einer- und der französischen Republik anderer Seits, in Campo Formio geschlossenen Friedens, wegen der Angelegenheiten des deutschen Reichs und seiner Ansprüche an Frankreich Art. 20. nach den allda zum Grunde liegenden Leobener-Präliminarien beliebt worden:

„Daß zu Rastatt ein einzig und allein aus Bevoll-
„mächtigten des deutschen Reichs und der französischen
„Republik bestehender Congreß, zur Wiederherstellung
„des Friedens, zwischen beyden Mächten gehalten
„werden solle."

Dieses sey bekanntlich die Ursache gewesen, warum Se Kais. Majestät am 1sten November vorigen Jahres sämtliche vortrefliche Herren Reichsdeputirte berufen hätten, um in Gemäßheit der Ihnen ertheilten Reichs-Vollmacht durch die Ihrigen unverweilt zur Beginnung des grossen Werks dieses Friedens-Congresses zu schreiten, allda mit und neben dem höchstansehnlichen Kais. Plenipotentiarius zu erscheinen, und dasjenige berathschlagen und nach dem Reichsstyle verhandeln und verrichten zu lassen, was zur Wiederherstellung des allgemeinen Reichsfriedens gedeihen möge; und dieses sey der Beweggrund, warum Allerhöchstdieselbe mich zu Ihrem Bevollmächtigten Allerhöchst Ihro Kais. Repräsentanten bey dieser zum Reichsfriedens-Congresse ernannten Reichs-Deputation bestimmt, dem Herkommen gemäß mit eigenen, an die vortreflichen Herren Reichsfriedens-Deputations-Subdelegirten gerichteten Credenzialien und Vollmacht versehen, und mich beauftragt haben, in Kais. Allerhöchsten Namen die Friedensunterhandlung mit den französischen Bevollmächtigten unter verfassungsmässiger Zuziehung und Mitwirkung der vortreflichen Reichsfriedens-Deputation zu eröfnen, und alles dasjenige besten Fleisses vorzunehmen, zu berathschlagen, zu genehmigen, und somit in das Werk zu richten, was zur Beförderung und Schliessung des höchstwichtigen Friedensgeschäftes nöthig und erforderlich seyn könne und möge.

Ich schätze es mir demnach zur ganz besondern Ehre, in dieser ansehnlichen Versammlung vor Männern zu erscheinen, deren geprüfte Constitutionsmässige Gesinnungen, teutsche Redlichkeit, achtungswerther Biedersinn, vereint mit den ausgezeichnetesten Kenntnissen und Klugheit, sie zu diesem erhabenen Zwecke der Erhaltung der deutschen Reichsverfassung als Bevollmächtigte des ganzen Reichs berufen hat. Ich halte es mir zur Pflicht, Dieselben sämmtlich meiner vorzüglichen Achtung, und meines aufrichtigsten Wunsches zu versichern, daß, da wir nun durch die Stimme des Kaisers und Reichs zu einem gemeinschaftlichen, erhabenen Ziele berufen sind, wir auch hier, nach der gesetzlichen Verbindung der Glieder mit dem Oberhaupte, mit Entfernung aller Nebenabsichten, diesen grossen Zweck stets vereint im Geiste der Gesetze erziehlen möchten; wobey Se. Kaiserl. Majestät mir den wiederholten Allergnädigsten Auftrag ertheilten, Dieselben sammt und sonders nochmal in diesem großen Werke, Ihres nachdrücklichsten Kaiserl. Schutzes zu versichern.

Da nun aber, seit dem am 13. December vorigen Jahrs bey der vortreflichen Reichsdeputation gemachten Antrag, zu meiner Legitimation in der Deputationsversammlung zu schreiten, solche besondere, dringende Verhältnisse eingetreten sind, welche die Vornahme dieser Legitimation bis jezt verschoben haben, und verschiedene Geschäftsverhandlungen nach der Lage der Dinge eintreten mußten, gleichwohl in dieser Zwischenzeit mehrere Beschlüsse unter dem erfolgten Beytritte der Kaiserl. Höchstansehnlichen Plenipotenz, zur wirklichen gesetzlichen Richtschnur angenommen worden sind, so wird diesen, durch den Drang der Umstände veranlaßten Vorgängen unnachtheilig, das Kais. Allerhöchste Creditiv und Voll-

macht hiemit dermal überreicht und nachgetragen; und muß nur noch dieses bemerken, daß ich mich bereits am 3. December des vorigen Jahrs, durch Vorzeigung und Abschrift meiner an die französischen Minister gerichteten Vollmacht, als Kaiserl. Bothschafter und Plenipotentiarius bey dem Reichsfriedenskongresse legitimirt, und in dieser Eigenschaft die Legitimation des vortreflichen Kurmainz. Deputations-Directoriums angenommen habe, damit dieses sämmtliche vortrefliche Herren Subdelegirte zur gleichen Legitimation mit Credenzialien und Vollmacht aufrufen könne; daß ich aber nach dieser vollbrachten Handlung zugleich dem Kurmainzischen Directorio meine auf die Reichsdeputation gerichteten Credenzialien und Vollmacht vorgezeiget, und denselben erklärt habe, daß ich diese bey der ersten Erscheinung in der Reichsfriedensdeputation, dem alten und bey der lezten Reichsfriedensdeputation ausdrücklich reklamirten Herkommen gemäß, in Urschrift vorzulegen bereit sey.

Da nun dieses hiemit erfüllet wird, und nach der vom vortreflichen Kurmainzischen Directorio gemachten Anzeige sämmtliche Herren Subdelegirte, sich gehörig mit Vollmachten legitimirt haben; ich aber mir die Beybringung der noch ermangelnden Credenzialien feyerlich vorbehalten mußte, so zweifle ich keinesweges, es werden nunmehro sämmtliche Herren Reichsfriedens-Deputations-Subdelegirte bereit seyn, dem in der Wahlkapitulation Art. 4. § 11. vorgeschriebenen gesezlichen Gang der Reichsfriedensdeputation, der besondern von Kaiserl. Majestät ratifizirten Reichs-Instruction und dem Herkommen gemäß, mit mir, als Kaiserl. Allerhöchsten Repräsentanten, über meinen dermaligen in das Materiale pacis einschlagenden Vortrag fortzuschreiten, auch sich aus getreuer Liebe zum allgemeinen teutschen Vaterlande, und tragender schuldi-

ger Zuneigung und Devotion gegen Se. Kaiserl. Majestät und das Heilige Römische Reich, mit der That also erweisen, wie sich dessen das gesammte Reich zu Ihren reichsständigen ruhmwürdigen Gesinnungen und Pflichten, mittels des Ihnen beygelegten Rechtes und Gewalt, und des in Sie gesezten Vertrauens billig versehen kann.

Die Herbeybringung eines anehmlichen Reichsfriedens ist demnach diesem Congresse vorbehalten, und der eigentliche Gegenstand dieser ansehnlichen Versammlung. Die Grundlage der Unterhandlung ist die in den Leobener-Präliminarien französischer Seits versprochene, und von Sr. Kaiserl. Majestät und dem Reiche angenommene Zusage der Reichs-Integrität. Dieses durch eine so feyerliche Handlung gegebene, und durch die Ratifications-Instrumente bestätigte Wort, ist durch den 20. Artikel des zu Campo Formido am 17. October 1797. geschlossenen Friedens nicht aufgehoben, sondern es sind vielmehr, im Eingange desselben, die Präliminarien selbst zum Grunde gelegt, und in deren Gemäsheit die weiteren Unterhandlungen mit dem teutschen Reiche zu Rastatt fortzusezen beschlossen werden. Nach den Regeln des Völkerrechts ist demnach nicht in Abrede zu stellen, daß, nach der eigenen französischen Zusage die Reichs-Integrität selbst, die rechtliche Basis der künftigen Unterhandlungen mit Frankreich geblieben seye. — Die entferntere allgemeine Grundlage liegt im Geiste der schon früher entworfenen, von Sr. Kaiserl. Majestät aber am 19. November 1795. allergnädigst ratificirten Reichs-Instruction, und im Besizstande des Reichs vor Ausbruch der Mishelligkeiten mit Frankreich, sowohl als in den vorher, seit dem Westphälischen Frieden mit ihm geschlossenen Verträgen.

Nun hat zwar die bisherige Erfahrung einer vortreflichen Reichsfriedensdeputation leider bestätigt, mit wel-

chem Feinde man zu schaffen habe. — Wie sehr er, stolz auf seine durch die bisherige Unbehülflichkeit der teutschen Reichs-Kriegsverfassung und durch andere bekannte Umstände herbeygeführte Uebermacht der Waffen, sein gegebenes Wort nach eigener Convenienz auszulegen pflege. — Wie wenig eingedenk er der Völkertreue, mitten im Waffenstillstande und während der Unterhandlungen, die ihm im teutschen Reiche vorgezeichneten Linien feindlich überschritten, das dasige wehrlose Land mit Contributionen und Requisitionen erschöpft, das wichtige Vorbedingnis der Reichs-Integrität für unzulässig erklärt, und, durch angedroheten Bruch der Unterhandlungen, die Beybringung einer uneingeschränkten Reichsvollmacht erzwungen habe.

In Erwägung aller dieser Umstände läßt es sich daher nicht verhehlen, daß diese Unterhandlung unter höchst ungünstigen Vorbedeutungen beginne; wie denn wirklich die französischen Bevollmächtigten, in einer zwischen mir und ihnen am 17. Januar d. J. gepflogene Besprechung, unter vielfältig angerühmter Gerechtigkeit und Mässigung der französischen Republik, mir erklärten, daß sie als Hauptgrundlage des zu schliessenden Reichsfriedens den Lauf des Rheins zur Grenze forderten.

So bedenklich dieser allgemeine Stand der Sache sich anläßt, so verlangt dennoch die Pflicht sämmtlicher vortreflichen Herren Deputirten, das auf sie gesetzte Vertrauen des Reichs, die Erhaltung der Würde, des Ansehens und des Ruhms der teutschen Nation, so wie die Verantwortung bey der Nachwelt, daß sie in diesem äusserst kritischen Zeitpunkte, die, unter so vielfältigen Anfechtungen, gegen alle Stürme, und den Neid seiner Feinde, aufrecht erhaltene Freyheit der Mitstände, und die Grenzen sammt der Verfassung des Reichs, nicht so

platthin dem allgemeinen Reichsfeinde Preis geben. Nicht die vom französischen Directorio, und dem Nazional-Convent dekretirte Vereinigung deutscher Reichslande mit dem französischen Gebiete, nicht ihr mit der Macht der Waffen behaupteter Besitz, und nicht ihre ausgeschrieene Uebermacht, sichert Frankreich im rechtlichen Besitze seiner Eroberung! Nur allein die wechselseitige friedfertige Uebereinkunft der Staaten — nur allein die feyerliche Abtretung der Lande — und nur der freye in den Friedensschlüssen erklärte Wille derselben, gründen, unterstützen und bestätigen das darauf habende Recht der Nationen!

Niemand wird dem teutschen Reiche die Gerechtigkeit der gegen Frankreich ergriffenen Waffen absprechen, da lezteres im Jahre 1789, mitten im Frieden, mit Hintansezung aller friedensschlußmässigen, dem teutschen Reiche, dessen Ständen und Gliedern, die unmittelbare Reichsritterschaft mit einbegriffen, im Elsasse, Lothringen, Burgund und sonsten gebührenden Souverainitäts-Hoheits- Lehns- und Eigenthums-Gerechtsamen, gegen alle bisherige Gewohnheit und Grundsätze des Völkerrechts, in allen seinen Theilen, angegriffen, alles entzogen, alle dahin einschlagende Friedensschlüsse für ungültig erkläret, dann unversehens das teutsche Reich mit Truppen feindlich überzogen, und vorzüglich auch durch die zerstöhrenden Entwürfe, einer vom Nationalconvente über mehrere Theile Deutschlands und andere von ihm abhangende Staaten sich angemaaßten ganz beyspiellosen Revolutionsgewalt, dem äusserst beleidigten teutschen Reiche, den Entschluß gleichsam abgezwungen hat, zur Erhaltung seiner Verfassung, Unabhängigkeit, und der Grenzen seines Gebiets, den Reichskrieg gegen Frankreich zu erklären.

Alle Grundsätze des Völkerrechts, die Politik, und selbst das Beyspiel der Voreltern, rufen dahero sämmtliche vortrefliche Herren Reichsfriedens-Deputations-Subdelegirte auf, die Gerechtsame des Reichs gegen Frankreich zu reklamiren und zu verwahren, und den wider alle Gerechtigkeit und Billigkeit äusserst gedruckten Ständen, diese tröstliche Beruhigung nicht zu versagen.

Sollte nun auch die nähere Entwickelung der Umstände, Kaiser und Reich in die Nothwendigkeit setzen, von ihrem einmal gefaßten Entschlusse abzugehen, so wird dennoch dadurch dem beschwerten Stande und Reichs-Angehörigen die Entschädigung offen gehalten, und den vortreflichen Herren Subdelegirten bey der Nachwelt das Zeugniß der getreuen Erfüllung ihrer Pflicht vollkommen aufbewahrt bleiben.

In dieser Absicht haben Se. Kaiserl. Majestät mir dahero gnädigst anbefohlen, mit der Proposition gegen Frankreich fortzugehen, und deshalb eine vortrefliche Reichsfriedensdeputation in Allerhöchst Ihrem Namen, gnädigst und väterlich zu ersuchen:

I. Sie wolle, mit Hintansezung aller Privatabsichten, vertraulich berathschlagen, und anstatt Sr. Kaiserl. Majestät mir Dero Gutachten eröfnen, wie zur Wiederherstellung des bisher so sehnlichst gewünschten, billigen, annehmlichen und dauerhaften Reichsfriedens, mit Rückblick auf obige Umstände, der erste Friedensantrag Kaisers und Reichs an die französischen Bevollmächtigten zu machen?

II. Was auf die französischer Seits gemachten Präliminar-Aeusserungen zu antworten? und ob nicht

III. Bey dieser Veranlassung auf den gänzlichen Zurückzug der französischen Truppen vom ganzen rechten Rheinufer, und die Abstellung aller während des Waffenstill-

standes und der angefangenen Friedensunterhandlungen auf dem linken Rheinufer unternommenen Neuerungen und Bedrückungen, bis zum Austrage der Sache, nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts anzutragen sey? —

Es würde hierbey überflüssig seyn, einer vortreflichen Reichsfriedensdeputation in Erinnerung zu bringen, was die ratificirten Reichsgutachten vom 1. September 1792. und der Schluß vom 30. April 1793. die Reichs-Instruction vom 7. October 1795. und die Kaiserl. Ratificationen vom 19. November 1795. und 1. November 1797, in Rücksicht dieses Gegenstandes festgesezt, was Frankreich in den Leobener-Präliminarien wegen der Integrität des Reichs versprochen, und was das ratificirte Gutachten vom 6. August, 1791. wegen des Separat-Friedens und einseitigen Unterwerfungs-Verträgen einzelner Reichsstände, ohne beytretende Kaiserl. und Reichs-Genehmigung, für Grundsätze aufgestellt habe? — Ich begnüge mich blos, Ihre Aufmerksamkeit auf das verschiedene Verhältniß zu heften, in welchem die von Frankreich zu reklamirenden Provinzen und Ansprüche des teutschen Reichs im Allgemeinen sowohl, als insbesondere vor dem Ausbruche der Mishelligkeiten im Jahre 1789. gegen Frankreich gestanden sind, welche nun das Schicksal haben, auf eine und die nemliche Art behandelt zu werden, und dennoch, ihrer Zurückstellung und Entschädigung nach, eine ganz besondere Rücksicht verdienen.

Es würde den Einsichten Derselben vorgegriffen seyn, wenn man in Ansehung des Verhältnisses mit Frankreich, Lothringen und Burgund weitläufig berühren wollte, daß der Ryswicker-Frieden einige ganz liquide und klare Versprechungen in Ansehung der im und am Elsasse und Burgund gelegenen Reichsbesitzungen enthalte, manche

aber unter der allgemeinen Restitution begriffen seyn; und Frankreich erstere dem Reich auch wieder zurückgestellt, jedoch nachhero abermals usurpiret; dahero der Kaiserl. ausserordentliche Gesandte, Graf von Sinzendorf im Jahre 1698. ausdrücklich am Pariser-Hofe ihre Restitution reklamirt, der Badner-Friede ihre Zurückstellung zugesagt, und die Kaiserl. Gesandten, Graf von Königsegg und Freyherr von Pettenrieder in Paris, so wie das Kaiserl. Ministerium in Wien bey den französischen Gesandten Grafen de Luc und dem Marschall de Richelien, bis zum Wiener-Frieden beständig dessen Erfüllung reklamirt haben, und nur zu Wien im Jahre 1734. erst die Gränzberichtigung im Elsaß nach Maßgabe der vorhergegangenen Verträge versprochen, und die Rechte des Reichs stets salvirt worden seyen. — Nach allem diesem wird allhier hauptsächlich Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen:

Was I. wegen der auf dem linken Rheinufer und der Maas gelegenen Reichslande vorzutragen seye, welche im Jahre 1789. vor dem Ausbruche der Mißhelligkeiten, sowohl ausserhalb als innerhalb der Grenzen Frankreichs, die volle Reichs-Unmittelbarkeit genossen haben.

II. Was in Ansehung jener Lande und Gerechtsame zu beobachten seye, welche Kraft der Friedensschlüsse, besonders des Ryswicker-Friedens, dem deutschen Reiche im Elsaß, Lothringen, Burgund und sonst wo zugesprochen und zurückgestellt, hernach aber wieder durch übermächtigen Druck und Annahme der Lettres patentes, ohne Einwilligung des Kaisers und Reichs, unter die französische Souverainität gebracht worden waren, jedoch ihre teutsche Verfassung beybehalten hatten? —

III. Was wegen jener an Frankreich abgetretenen Lande zu sagen seye, welche dennoch sowohl ihrer Verfassung nach, als auch in Ansehung der Rechte einzelner Reichsstände, unter der deutschen Reichs-Garantie geblieben wären? und

IV. Was endlich wegen den vielen vom Kaiser und Reich in Italien zu Lehen rührenden Herzogthümern Savoyen, Mayland, Mantua, Modena, den Fürstenthümern Massa, Carrara, Reggio, den Grafschaften Tenda, Nizza und andern Herrschaften zu bemerken seye, welche im Frieden zu Campo Formio von Seiten Frankreichs der neuen Cisalpinischen Republik zugewiesen worden sind?

In Betrachtung der Wichtigkeit dieses Gegenstandes hegen daher Se. Kaiserl. Majestät zu dieser ansehnlichen, den Kaiser und Reich repräsentirenden Versammlung Ihr besonderes Vertrauen: Sie werde hiebey vorzüglich auf Ihro Kais. Majestät als des einzigen Reichsoberhauptes, und des Heil. Römischen Reichs Würde, Ehre und Nutzen ihr Augenmerk richten, und nicht gemeynt seyn, durch einige Rücksichten, heimliche oder öffentliche Versuchungen der Feinde, oder Privat-Vortheile, sich im geringsten dazu verleiten zu lassen, daß ohne die äusserste Noth einiger Bruch in die von unfürdenklichen Zeiten wohlhergebrachte Reichsverfassung gemacht, noch weniger durch äusserliche Freunde dessen Gränzen so sehr eingeschränkt, oder durch feindliche Einmischung die Verfassung des deutschen Vaterlandes beeinträchtiget werde.

Ich meinerseits werde nicht unterlassen, das mir ausnehmend schäzbare Zutrauen, mittelst eines wechselseitigen aufrichtigen Einverständnisses mit den vortreflichen Herren Reichsdeputations-Subdelegirten bestens zu un-

terhalten, und ihnen allen und jeden, Beweise meiner persönlichen Ergebenheit darzulegen.

Dieses wird Sr. Kaiserl. Majestät zum allergnädigsten Wohlgefallen gereichen, und Allerhöchst Dieselbe werden es um sämmtliche vortrefliche Herren Subdelegirte mit Kaiserl. Huld, Gnaden und allem Guten zu erkennen, unvergessen seyn.

Signatum Rastatt den 19. Jänner 1798.

F. G. C. Reichsgraf von Metternich, Winneburg, Beilstein.

Inscriptio.

Des Heil. Römischen Reichs, zu dieser ausserordentlichen Reichsfriedens-Deputation bevollmächtigten Deputirten, verordneten vortreflichen Herren Subdelegirten.

XXIII.

Additional-Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an das Churmainzische Directorium. dd. Rastadt den 21. Januar 1798.

In der Kaiserlichen Proposition am 19. Jänner dieses Jahrs, ist aus Versehen anstatt die gründliche Anregung derselben (nämlich der Reichs-Integrität) die geringste Anregung derselben, gesetzt worden, wodurch der Zweifel entstand, ob wohl die K. K. Bevollmächtigten zu Udine sich in eine nähere Erörterung der Reichs-Integrität eingelassen hätten? Um diesen zu heben, so ersucht Unterzeichneter ein vortrefliches Churmainzisches Deputations-Directorium, diesen Umstand zur Verbesserung des wahren Sinnes der

Pro-

Proposition durch die Diktatur bekannt zu machen, und zugleich nach den, Unterzeichnetem nun zugekommenen, nähern Nachrichten die Bemerkung beyzufügen: „Daß „die K. K. Bevollmächtigte allerdings zu Udine eine An„regung der Reichs-Integrität gemacht, und die wirk„liche Einrückung des Leobener-Artikels wegen dersel„ben verlangt hätten; allein da sich die französischen Be„vollmächtigten, in einer ganz gegentheiligen Stimmung „befanden, Sie nach wiederholten fruchtlosen Versuchen, „ohne in die gründliche Erörterung der Reichs„Integrität hineinzugehen, nach Voraussetzung der „allgemeinen Grundlage der Leobener-Präliminarien, „den 20ten Artikel des Friedens eingeschaltet haben, „nämlich daß die Reichs-Angelegenheiten auf einem „besondern Congresse entschieden werden sollten", welches zur Berichtigung obigen Anstandes hinlänglich seyn wird.

XXIV.

Kaiserliche Vollmacht für den Herrn Plenipotentiarium vom 13. November 1797.

Franz der zweyte von Gottes Gnaden, erwählter Römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, König in Germanien, zu Ungarn und Böhmen, Erz-Herzog zu Oesterreich, Herzog zu Burgund und zu Lothringen, Großherzog zu Toscana rc.

Ehrsame Hoch- und Wohlgebohrne, auch Wohlgebohrne, Edle, gelehrte, liebe Andächtige und Getreue! Euch ist vorhin bekannt, daß wir schon lange nichts sehnlicher gewünscht haben, als den leidigen Krieg, in welchem das teutsche Reich sich mit Frankreich verwickelt befin-

det, durch gütliche Unterhandlungen beendiget, und durch einen billigen, anständigen und dauerhaften Frieden, den öffentlichen Ruhestand wiederhergestellt zu sehen.

Da nun, in Folge der Uns von dem Reiche in ehrerbietigstem Vertrauen übertragenen ersten Friedens-Einleitung, durch Unsere unausgesezte Bemühungen, es endlich dahin gediehen ist, daß die Friedens-Unterhandlungen zu Rastadt, zwischen Uns und dem Reiche einer, und der französischen Regierung anderer Seits, eröfnet werden können, und dann Wir den Hoch- und Wohlgebohrnen Unsern wirklichen Kayserl. Geheimen-Rath, Kämmerer, Ritter des goldenen Vliesses, des St. Stephans-Ordens Groß-Creuz, und des Reichs lieben Getreuen, Franz, Georg, Joseph, des Heiligen Römischen Reichs Grafen von Metternich zu Winneburg und Beilstein, aus besonderem gnädigsten Vertrauen auf dessen in Reichs und Staats-Sachen erprobte Klugheit, Erfahrung und Geschiklichkeit, auch bekannte teutsche patriotische Gesinnungen, und treue Anhänglichkeit an die Verfassung, zu Unserem Bevollmächtigten und Kayserl. Commissarius ausersehen haben, um, unter verfassungsmässiger Zuziehung und Mitwirkung der ernannten Reichs-Deputation, alles dasjenige zu handeln und zu schliessen, was zur Beförderung und Genehmigung des erwähnten höchstwichtigen Friedens-Geschäftes nöthig und erforderlich ist; so gesinnen und begehren Wir an euch hiermit gnädigst, ihr wollet besagtem Unserm Kayserl. Bevollmächtigten und Commissarius, in seinem Vor- und Anbringen, nicht weniger als Uns selbsten, vollkommenen Glauben beymessen, auch euch gegen denselben dergestalt benehmen, wie es Unsere und des Reichs Hoheit, auch des gemeinen Wesens Nothdurft und Beßtes erfordert, und Unser gnädigstes Zu-

trauen deshalber zu euch insgesammt und einem jeden insbesondere gestellet ist. Wir verbleiben euch übrigens sammt und sonders mit Kayserl. Gnaden wohl und gewogen.

Gegeben zu Wien, den 13. November im Jahre 1797. Unsers Reichs, des Römischen, wie auch des Hungarischen und Böhmischen im 6.

Franz.

Ut. Fürst zu Kolloredo Mansfeldt.

Ad Mandatum S. C. M. proprium.

Peter Anton Frank. m. p.

XXV.

Antwort des Directorialis auf die Proposition der Plenipotenz, den 19. Jänner 1798.

Hochgebohrner Reichs-Graf.

Sr. Römisch-Kayserlichen Majestät

Höchstansehnlicher Kayserl. Plenipotentiarius.

Die hier versammelte Reichs-Deputation ist sehr erfreut, Ew. Excellenz heute in ihrer Mitte zu verehren; sie vernimmt von Hochdenselben, zu ihrem innigsten Troste, daß Kayserl. Majestät das gegenwärtig so sehr bedrängte teutsche Vaterland noch ferner Ihres mächtigsten Schuzes allerhuldreichst versichern, und alles anzuwenden entschlossen sind, um dem teutschen Reiche einen so lange sehnlichst gewünschten, billigen, ehrbaren und dauerhaften Frieden zu versichern.

Die Reichs-Deputation ist für diese beruhigende allergnädigste Gesinnungen, von den dankbarsten Gefühlen

durchdrungen; sie ersucht Ew. Excellenz dringendst, mittels allerunterthänigsten Berichts, diese ihre allerdevoteste Dankerstattung, vor dem Throne des allerhöchsten Reichs-Oberhauptes niederzulegen, und damit zugleich diese Reichs-Deputation, zu ferneren Kayserl. Hulden und Gnaden, angelegentlichst zu empfehlen.

Ew. Excellenz Hochselbst, als wirklicher Stellvertreter Sr. Kayserl. Majestät bey diesem wichtigen Friedens-Geschäfte, haben sich durch alle Ihre grosse Eigenschaften, schon von dem ersten Augenblicke Ihrer hiesigen Erscheinung, die allgemeine Liebe, Verehrung, und das vollkommenste Vertrauen dieser Reichs-Deputation erworben, und das glückliche Einverständnis, welches bishero schon die Erledigung mancher schweren Gegenstände zwischen Ew. Excellenz und der Reichs-Deputation bestanden hat, ist lezterer der sicherste Bürge, daß Hochdieselbe sich auch noch fernerhin mit ihr allenthalben gerne vereinigen werden, um gemeinsam den grossen Zweck zu erreichen, wovon die künftige Ruhe und Sicherheit des leider nur schon zu lange hart gedrückten teutschen Staatskörpers wesentlich abhängt.

Die Reichs-Deputation wird, ihres Orts, stets eingedenk ihrer theuren vaterländischen Pflichten, mit redlichem Gemeingeist, sorgfältigst bedacht seyn, so viel sie nur immer vermag, der allgemeinen Erwartung zu entsprechen, und dadurch die allerhöchste und höchste Zufriedenheit Sr. Kayserl. Majestät und des gesammten teutschen Reichs möglichst zu verdienen. Bey diesem ihrem eifrigsten Vorsaze, muß nun nothwendig die vernommene Friedens-Basis, welche von Seiten der französischen Gesandschaft dermalen in Vortrag gekommen ist, für sie ein Gegenstand des tiefsten Nachdenkens und reiflichster Ueberlegung seyn; sie wird solchen unaufhält-

lich in herkömmliche Betrachtung nehmen, und ihren dießfalsigen Beschluß baldmöglichst einer höchstansehnlichen Kayserl. Plenipotenz mittheilen, und Hochdieselbe ergebenst ersuchen, sich dießfalls mit ihr zu vereinigen, damit hiernächst das erforderliche unverzüglich an die gedachte französische Gesandschaft erwiedert werden möge. Daß endlich Se. Kayserl. Majestät Ew. Excellenz auch noch allergnädigst aufgegeben haben (obgleich vorhin schon, zwischen Hochdenselben und dem Deputations-Directorio, die Legitimation herkömmlicher Massen vollbracht worden), gleichwohl noch eigene von Sr. Kayserl. Majest. an diese Reichs-Deputation erlassene allerhöchste Credentialen, welche die weitere Bestätigung der reichsväterlichen gnadenvollsten Intention enthalten, persönlich nachzutragen; auch dieses erkennt diese Reichs-Deputation um so mehr mit dem allerehrerbietigsten Danke, indem sie sich allerdevotest überzeugt hält, daß diese Reichs-Deputation unter keinem andern Verhältnisse betrachtet werden wolle, als welches die ratificirte Reichs-Instruction bestimmt, und das Kayserl. allergnädigste Hofdecret vom 1. Nov. v. J. dem gesammten Reiche eröfnet hat. Womit dann der Höchstansehnl. Kayserl. Gesandschaft, die zur gegenwärtigen Reichsfriedens-Deputation, von Churfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen.

Dritter Abschnitt.

Die Besiznehmung der Festung Mainz, und andere kriegerische Unfälle, mitten im Waffenstillstand mit Frankreich betreffend.

XXVI.

Pro Memoria des österreichischen bevollmächtigten Ministers an ein fürtrefliches Churmainzisches Reichs-Directorium, den 7. Decemb. 1797.

Von des zu Auswechselung der Friedens-Ratificationen ausserordentlich Bevollmächtigten Sr. K. K. A. Majest. Herrn Grafen von Cobenzel Excellenz, ist Endesunterzeichnetem Erzherzogl. Oesterreichischen zur Friedens-Deputation bevollmächtigten Minister und Gesandten, die Eröfnung geschehen, daß der am 17. Oct. a. c. zu Campo Formio zwischen Kayserl. Magist. als König von Ungarn und Böhmen, und der französischen Republik geschlossene und nun ausgewechselte Definitivfriedens-Tractat, Allerhöchstdieselbe in die Nothwendigkeit setze, Ihre Truppen von den bisherigen Kriegsschauplätzen in Ihre Erblande zurückzuziehen, und der Zeitpunct wirklich bevorstehe, wo diese Vorkehrung ihren Vollzug erhalten sollte; wobey jedoch Se. K. K. A. Majest., um die feyerliche Verpflichtung in der Eigenschaft eines Reichsmitstandes in Erfüllung zu bringen, sich vorbehalten hätten, das allerhöchst Ihro betreffende Reichs-Contingent, wenn es die Umstände, und die unausweichliche Nothwendigkeit erheischen würde, bis zu dem erwünschlichen Zeitpunkt in das Feld zu stellen, wo ebenfalls der Friede zwischen dem Heil. Röm. Reich, und der französischen Republik zu Stande gebracht worden sey.

Da Unterzeichneter diese Eröfnung einem vortreflichen Churmainzischen Reichs-Directorio, mit dem Ersuchen bekannt zu machen die Ehre hat, um solche zur Wissenschaft einer gesammten hochlöblichen Reichsfriedens-Deputation gefällig zu bringen, so verspricht er sich, daß man darinn noch zugleich die Ueberzeugung finden werde, wie eines Theils der Allerhöchste Hof, den dringenden, wiederholt, und von allen Seiten selbst hier geäusserten Wünschen, welche man wegen Zurückziehung dieser Truppen zur Erleichterung der Kriegslasten, mit äusserster Sehnsucht zu erkennen gegeben hat, das Genügen leistet; andern Theils aber, wie Allerhöchstderselbe, obwohl er dadurch ausser Stand gesezt wird, ferner, (wie bisher von demselben mit äusserster Anstrengung aller seiner Staatskräfte, und beyspiellosestem strengen Ausharren binnen 6. Jahren geschehen ist) seine ganze Hausmacht zum Schutz des Reichs zu gebrauchen, jedoch unausgesezt fortfährt, (wenn es das Reich nöthig und angemessen erachten sollte), die Obliegenheiten als Reichsmitstand mittels Stellung des Kontingents, vorbehältlich seiner Hausprivilegien zu befolgen.

Rastadt, den 7. Dezember 1797.

Gr. v. und zu Lehrbach.

XXVII.

Schreiben des Churfürstlich-Mainzischen Staatsministers und Directorial-Gesandten Freyherren von Albini, an das Reichsarmee-General-Interims-Commando. Rastadt, den 8. Dec. 1797.

Des Herren Grafen von Lehrbach Excellenz, als Erzherzoglich-Oesterreichischer Minister bey dem Friedens-

Congreß, haben mir, als Directorialen, die offizielle schriftliche Anzeige gemacht, daß die Kayserl. Königl. Armee zurückmarschieren werde. Ich sehe mich daher genöthiget, mir von Ew. rc. die gefällige Nachricht auszubitten.

1.) Wie es mit den Reichstruppen und der Reichsarmee werde gehalten; auch

2.) Ob Euer rc. das General-Commando darüber fortführen werden.

3) Ob und in wie fern der Waffenstillstand mit den Franzosen fortwähre.

4.) Ob die, auf dem rechten Rheinufer sowohl als auf dem linken, zwischen beyderseitigen Armeen bisher bestandene und bezogene Linien beybehalten, auch von welchen Truppen solche werden bezogen werden.

5.) Mit welchen Truppen die Gränzfestungen, sodann die Sr. Churfürstl. Gnaden meinem gnädigsten Herrn zugehörige Hauptfestung Mainz, besezt werden sollen.

6.) Ob der bisherige Gouverneur von Mainz, Freyherr von Neu, ebenfalls abgehe, und sich mit Sr. Churfürstl. Gnaden wegen eines andern Gouverneurs benommen, oder dieses Höchstdenselben lediglich überlassen worden seye.

7.) Wie es mit dem Artillerie-Geschütz in der Festung Mainz werde gehalten werden, und ob so viel, als zur Vertheidigung nöthig seye, zurückbleibe. Endlich

8.) Was wegen der aus der Reichs-Operations-Casse angeschafften Approviantirung und Munition verfügt werde.

Da ich sowohl in meiner Eigenschaft als Churmainzischer Minister, so wie auch als Directorial-Gesandter der Reichsfriedens-Deputation, alles dieses zu wissen nö-

thig habe, um hierüber der leztern beruhigende Aufschlüsse geben zu können, so muß ich Euer ꝛc. ergebenst bitten, mich hievon, so schleunig als möglich ist, zu unterrichten.

Rastadt, den 8. December 1797.

Freyherr von Albini.

XXVIII.

Antwort des Freyherrn von Staader an den Freyherrn von Albini. Datirt Hauptquartier Mannheim, den 9. Christmonat 1797.

Die geehrteste Note Ew. Excellenz vom 8. dieses laufenden Monats, ist mir eben mittelst Stafete zugekommen, und verweile nicht Hochdenselben die in Betref der erwähnten Punkte begehrte Auskunft zu ertheilen.

1.) Die Reichsarmee, mit Inbegriff jener Truppen, welche Se. Kaiserl. Majestät als Mitstand reichsschlußmäßig zu stellen haben, bleibt in ihrer dermaligen Stärke und übrigen bisherigen Verhältnissen.

2.) Das Interims-Commando über die Reichsarmee ist mir von Sr. Königl. Hoheit dem commandirenden Reichs-Feldmarschall übertragen worden, und werde dieses so lange fortführen, bis ich hierüber eine anderweitige Bestimmung erhalten werde.

3.) Zwischen den gegenseitigen Armee-Commandanten ist ein Waffenstillstand auf eine vorhergehende funfzehn-

tägige Aufkündigung abgeschlossen worden. Diese Ueber-einkunft dient mir zum Maasstabe.

4.) Was die Linien zwischen den gegenseitigen Armeen betrift, so werde ich, wenn die Kaiserl. Truppen abmarschieren, die Dispositionen mit den unter meinen Befehlen stehenden treffen.

5.) Auch werde ich, wenn erstere sich aus den Gränzfestungen zurückziehen, deren Abgang mit lezteren ersetzen.

6.) Wenn der dermalige Gouverneur der Festung Mainz, der Kaiserl. Königl. Feldmarschall-Lieutenant, Freyherr von Neu, von dem Kaiserl. Königl. Armee-Commando abgerufen werden sollte, so wird der am Rang älteste General die Obliegenheiten dieses Postens übernehmen.

7.) Alles dem Reich und den Reichsständen zugehörige Geschüz und Artillerie-Gut wird, wie bisher, in der Festung Mainz verbleiben

8.) Gleiche Bewandnis hat es mit dem aus der Reichsoperations-Casse angeschafften Approvisionnement und Munition.

In Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit des commandirenden Reichs-Feldmarschalls;
Staader, Feldmarschall-Lieutenant.

XXIX.

Erlaß der Reichsfriedens-Deputation an die Kaiserliche Plenipotenz. Dat. Rastadt den 11. December 1797.

Der R. K. Majest. unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichsfriedens-Congres verordneten Höchstansehnlichen Gesandschaft, bleibt hiemit von Seiten der am 9ten dieses Monats eröfneten ausserordentlichen Reichsdeputation gebührend unverhalten: Man habe in Betref des Rückmarsches der K. K. Truppen beschlossen, den unter Ziffer 1. sammt Anlagen A—C. anliegenden Bericht an die allgemeine Reichsversammlung zu erlassen.

Ungeachtet der in dem gedachten Subjuncto Buchstaben C. von dem Interims-General-Commando der Reichs-Armee dem Churmainzischen Directorialen gemachten, noch einigermaaßen tröstlichen Zusicherungen, habe gedachter Directorialis dennoch gestern Abends und heute früh die beunruhigendsten Nachrichten, und sonderlich darüber verläßige Berichte erhalten, daß wirklich schon die französischen Armeen auf der linken Rheinseite über die Waffenstillstands-Linien in die von den K. K. Truppen in der Nacht vom 9ten auf den 10ten verlassenen linken Rheinlande vorzurücken, und sich der Festung Mainz zu nähern im Begriffe stünden, aus welcher leztern alles K. K. Geschüz eiligst abgeführt würde, so wie sich dann auch nicht nur schon beynahe alle K. K. Truppen aus dieser Festung gezogen haben, sondern auch mehrere Reichs-Contingents-Truppen von da nach Ingolstadt, Wirzburg und andere Orte abzumarschieren beordert seyen.

Diese Nachrichten seyen nun zwar allerdings von der Art, daß dieselben die allergrößten Besorgnisse sowohl für die von Truppen und Artillerie plözlich entblößte deutsche Gränzfestung Mainz, als auch für die übrigen vorliegende zum Theil offene Reichslande nur zu sehr begründeten.

Man seye jedoch von Kaiserl. Majest. Allerhöchst, welcher die Leitung des Reichs-Wehrstandes und des ganzen Krieges vertrauensvoll vom gesammten Reich überlassen worden seye, stets gewohnt gewesen, Ihre Reichsoberhauptliche Vorsorge in allen Gelegenheiten devotest zu verehren. Man dürfe daher nicht zweifeln, Kaiserl. Majest. werden auch für die gegenwärtige höchstbedrängte Lage des Reichs dem Reichs-Armee-Commando, wegen Vertheydigung der Festungen und der bedrohten Gegenden die erforderlichen eventuellen Befehle bereits ertheilt haben, und noch ferneres zu ertheilen, allergnädigst geruhen.

Von der Höchstans. K. Gesandschaft müsse sich aber die Reichsdeputation die tröstliche Versicherung dieser getroffenen allerhöchsten Verfügungen zu ihrer und des durch das Vordringen der französischen Armeen so äusserst bedrängten Vaterlands Beruhigung geziemend andurch erbitten, auch ferner dahin dringendst antragen, daß diese Höchstansehnliche Kaiserl. Plenipotenz allerhöchstens nicht nur, sondern auch in besonderer Rücksicht der so nahe drohenden Gefahr, durch allenfalsige unmittelbare Communication mit dem Interims-Commando der Reichsarmee, sich für die Sicherheit des Reichs um so kräftiger verwenden möge, als die genaueste Beobachtung des Waffenstillstandes ein unumgängliches Erforderniß zu dem auf die Basis der Integrität abzuschliessenden Reichs-Frieden seye.

Womit ꝛc.

XXX.

Auszug aus dem Erlaß der Kaiserl. Plenipotenz an die Reichsdeputation. Rastadt den 13. December 1797.

Der Römisch Kaiserl. Majest. Franz des Zweyten u. s. w. zu diesem Friedens-Congres bevollmächtigte Höchstansehnliche Kaiserl. Bothschaft, hat aus dem unter 11ten dieses von einer vortreflichen Rs. Fried. Deput. erstatteten gehorsamsten Gutachten, samt Anlagen A—C. des mehreren ersehen, was Dieselbe in Betref des Rückzugs der Kaiserl. Königl. Truppen und des Nachrückens der Französischen in die verlassene Gegenden, dann wegen Vertheidigung der Reichs-Festungen, wegen der Dauer des Waffenstillstandes, und wegen dem über den bisherigen Geschäftsgang an die allgemeine Reichsversammlung zu erstattenden Bericht beschlossen hat.

Es gereicht Derselben diese Vorlegung der eingezogenen Nachrichten, und der dadurch bey dieser ersten Communicationspflege geäusserte Entschluß sämmtlicher vortreflichen Herrrn Subdelegirten, in ungeweilter Vereinigung mit der Kaiserl. Höchstansehnlichen Bothschaft zu dem erhabenen Zweck ihrer Bestimmung mitzuwirken, zu einem hohen Grade der Beruhigung; und es wird Dieselbe dieses in sie gesezte schuldige Vertrauen gewiß bey jeder Gelegenheit zu erwiedern beflissen seyn.

Was dahero

Erstens die Besorgnisse über den Rückzug der Kaiserl. Königl. Truppen in die Oesterreichischen Erblande, und das Nachrücken der Französischen betrift, so wünschte sie sehr, darüber eine vollkommene Beruhigung geben zu

können; allein da dieses ausser der Sphäre ihres Amtskreises lieget, so kann dieselbe nur soviel versichern, daß nach eingezogenen glaubwürdigen Nachrichten, nach dem Inhalt des vortreflichen Oesterreichischen Pro Memoria, und nach dem selbsteigenen Antwortschreiben des Kaiserl. Reichs-General-Feldmarschall-Lieutenants, Freyherrn von Staader, dieser Rückzug einzig allein auf die Kaiserl. Königl. Haustruppen sich beziehe, welche ihre Rückkehr nach den Erblanden zu nehmen beordert sind, das Osterreichische Contingent aber, gleich jenen der übrigen Reichsstände, zurückbleibe, um, wenn es die Umstände, und die unausbleibliche Nothwendigkeit erheischen würden, bis zum erwünschten Zeitpunkt des Friedens im Felde gebraucht zu werden. Ob aber

Zweytens, unter den rückziehenden Truppen auch reichsständische Contingente begriffen seyen, darüber findet sie sich ausser Stande, etwas sachdienliches mitzutheilen; sie glaubt dieses, so wie mehrere andere Nachrichten, zu jenen Uebereilungen zählen zu müssen, wovon leider die tägliche Erfahrung so viel redende Beyspiele an Handen giebt, und zweifelt auch nicht, daß das Kaiserl. Reichs-General-Commando nach seinen obhabenden Pflichten, desfalls eine den Umständen angemessene, vollkommen beruhigende Einrichtung treffen werde.

Drittens: Eben so ist aus der vom Reichs-General-Feldmarschall-Lieutenant von Staader an das Churmainzische hochlöbliche Directorium erlassenen Antwort ersichtlich, daß der mit den Franz. Truppen eingegangene Waffenstillstand noch wirklich bestehe, bey demselben eine fünfzehntägige Aufkündigung ausbedungen, und dem Reichs-General-Commando von einer solchen Aufkündigung nichts bewußt sey; mithin scheint auch die desfallsige Beunruhigung nicht so sehr dringend zu seyn. Um aber

dennoch eine vortrefliche Rs. Deputat. zu überzeugen, wie sehr man sich angelegen seyn lasse, alles zu beseitigen, was hier Zweifel und Besorgnisse erregen könnte, so theilt dieselbe in der Anlage mit, was sie desfalls unter dem Heutigen durch eine Estafette an den Kaiserl. Reichs-General-Lieutenant zu erlassen für nothwendig erachtet hat, und hoft auch in Kurzem den Erfolg darüber mittheilen zu können, u. s. w.

Franz Georg Carl Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

XXXI.

Anlage zu dem Erlaß der Kaiserl. Plenipotenz. Dat. Rastadt den 13. Dec. 1797.

Schreiben des Hrn. Grafen von Metternich Exc. an den Kaiserl. und Reichsfeldmarschall Lieutenant, Freyherrn von Staader.

Die auf dem Reichs-Fried. Congres dahier versammelte Reichsdeputaion hat, unter Mittheilung der zwischen dem Churmainzischen Directorial-Gesandten, Freyherrn von Albini, und Euer rc. am 8ten und 9ten dieses Monats gewechselten Schreiben, mir angezeigt: Unerachtet der von Euer rc. in eben erwähnter Antwort dem Hrn. Directorial-Gesandten gemachten Zusicherung, habe Derselbe doch noch am 10ten Abends und am 11ten in der Früh die beunruhigendsten Nachrichten und besonders darüber verläßige Berichte erhalten, daß die französische Armeen schon wirklich auf der linken Seite des Rheins, über die für die Dauer des Waffenstillstands gezogene

Linie, in die von den Kaiserl. Königl. Truppen in der Nacht vom 9ten auf den 10ten verlaßnen Lande vorzurücken, und sich der Festung Mainz zu nähern im Begriffe stünden; daß aus gedachter Festung alles Kaiserl. Königl. Geschüz eiligst abgeführt würde; daß nicht nur beynahe alle Kaiserl. Königl. Truppen von dort abgezogen seyen, sondern auch mehrere Reichs-Contingents-Mannschaft nur gedachter Festung nach Ingolstadt, Wirzburg und andern Orten abzuziehen, den Befehl erhalten hätten. Diese Nachrichten seyen nun zwar allerdings von der Art, daß sie die allergrößten Besorgnisse, sowohl für die von Truppen und Geschüz beynahe ganz und plözlich entblößte deutsche Gränzfestung Mainz, als auch für die übrige vorliegende zum Theil offene Reichslande nur zu sehr begründeten. Dessen jedoch unerachtet dürfte man nicht zweifeln, Kaiserl. Majestät werden, nach allerhöchst Ihrer bisher bethätigten reichsoberhauptlichen Vorsorge, auch für die gegenwärtige höchstbedrängte Lage des Reichs, dem Reichs-Armee-Commando, wegen Vertheidigung der Reichs-Festungen und der bedroheten Gegenden, die erforderlichen eventuellen Befehle bereits ertheilt haben, und noch ferner zu ertheilen allergnädigst geruhen. Von mir aber, als dem zu gegenwärtigem Rs. Fried. Congres bevollmächtigten Bothschafter, müsse sie, die Rs. Fried. Deputat., zu ihrer und des bedrängten Vaterlandes gemeinsamer Beruhigung die tröstliche Versicherung dieser getroffenen allerhöchsten Verfügungen sich geziemend andurch erbitten, auch ferner dahin dringendst antragen, daß ich nicht nur allerhöchsten Orts, sondern auch in besonderer Ansicht der so nahe drohenden Gefahr, durch unmittelbare Communication mit dem Interims-Commando der Kaiserl. und Reichs-Armee, mich für die Sicherheit des Reichs um so kräftiger verwenden

möchte,

möchte, als die genaueste Beobachtung des Waffenstill-standes ein unumgängliches Erforderniß zu dem auf die Grundlage der Integrität abzuschliessenden Reichsfrieden seye.

Nun werden Eure ꝛc. zwar selbst vollkommen einsehen, was Denenselben nach der dem Kaiserl. Reichs-Feldmarschall-Amte von der Behörde mitgegebenen Instruction, auch nach der Kaiserl. Majest. und dem Reich abgelegten Pflicht, in gegenwärtiger Lage der Sachen, zu thun obliegt; ich erlaube mir daher auch nicht im mindesten zu zweifeln, daß jede Dero Verfügungen jezt und künftig hiernach bestens abgemessen seyn werden. Damit ich unterdessen sobald möglich in den Stand komme, die durch die Rs. Fried. Deput. hierüber von mir so dringend erbetene Beruhigung derselben zu ertheilen, und hierinn einen wesentlichen Theil meiner Amtseigenschaft gegen dieselbe zu erfüllen, so habe ich die Ehre, Euer ꝛc. um die gefällige und unverweilte Mittheilung alles dessen zu ersuchen, was in den Beweggründen und dem Zwek obigen Anbringens enthalten ist; besonders aber mich dessen gefällig zu verständigen, welche Beschaffenheit es mit der angegebenen Vorrückung der französischen Truppen über die auf dem linken Rheinufer gezogene Gränzlinie, auch welche Bewandniß es mit dem Waffenstillstand eigentlich habe, von dessen Dauer oder Unterbrechung der ruhige Gang der hier eröfneten Reichs-Friedens-Unterhandlung so wesentlich abhängt. Euer ꝛc. werden mich durch eine gütige Mittheilung der darüber getroffenen Abrede sehr verbinden.

Ich verharre, ꝛc.

XXXI.

Schreiben des Churfürstl. Mainzischen Staatsministers und Directorial-Gesandten, Freyherrn von Albini, an die bevollmächtigten französischen Minister. Den 14. December 1797.

Citoyens Ministres !

Tandis que des ordres suprêmes de Sa Majesté l'Empereur m'appellent à une Députation de l'Empire qui doit traiter avec Vous de la paix, et que je me trouve effectivement ici pour cet objet, depuis le 17. Nov. les rapports les plus allarmans me parviennent de toutes parts depuis plusieurs jours, et m'annoncent que les troupes Impériales, et même les contingens de Sa Majesté, avec toute leur artillerie, évacuent à la hate lés forteresses frontières de l'Empire pour se retirer derrière le Lech; et que par contre, les troupes Françaises, en franchissant tout-à-coup la ligne fixée par l'armistice arrêté formellement pour 15. jours entre nos Généraux et ceux de la République Française, se sont non seulement déja emparées de tout le pays de la rive gauche du Rhin occupé jusqu'ici par les troupes Allemandes, mais qu'aussi les troupes Impériales ont fait subitement place aux troupes Françaises dans les villages qui entourent la ville de Mayence sur la rive droite du Rhin, et que même plusieurs contingens d'autres Etats de l'Empire ont du quitter la ville et forteresse de Mayence; de sorte qu'elle se trouve cernée de deux cotés et dénuée de troupes et d'artillerie.

Je sais aujourd'hui assez positivement, que tout ceci a été arrangé finalement ici le 1. de ce mois (le 11. Frimaire) sans que j'en fusse averti en aucune manière. Jugez, Citoyens Ministres, de l'étonnement que j'ai du éprouver, en voyant, pendant mon absence de Mayence et dans un moment ou je me trouve ici avec la Députation de l'Empire dans l'intention de conclure une paix avec la République Française sur la base de l'intégrité de l'Empire, qui nous a été annoncée par le Chef suprême de cet Empire même, en voyant, dis-je, occuper le pays de Worms et de Mayence, et cerner cette derniere place.

Je suis dans une ignorance absolue de ce qui s'est passé à Udine; mais je suis stupéfait de tout ce qui se passe sous mes yeux. Jamais, non, jamais le Chef suprême de l'Empire n'a voulu ou n'a pu prévoir même, qu'en retirant ses troupes on n'accorderait pas aux nôtres la continuation de l'armistice dont elles et nos pays ont joui jusqu'ici. Je ne puis non plus me persuader qu'une nation grande et puissante pourrait vouloir nous surprendre et profiter du moment, où la retraite subite des troupes Imperiales avec toute leur artillerie, nous met hors de mesures de defense. Je ne saurais croire que le gouvernement Français, qui ne veut être que loyal, juste et généreux, surtout envers des états plus faibles, puisse trouver glorieux de s'emparer de cette manière du seul boulevard de l'Empire, d'une forteresse qui a su resister pendant quatre ans de suite à tous les efforts de ses troupes. Je ne peux donc m'imaginer qu'il puisse être question dans ce moment d'hostilités contre la ville et forteresse de Mayence.

En tout cas, Citoyens Ministres, je trahirois mon

devoir le plus sacré, si j'omettois de réclamer auprés de Vous le maintien de l'armistice, qui ne peut pas nous être réfusé. Je Vous supplie, Citoyens Ministres, de porter ma présente réclamation au Directoire, qui certainement rémédiera aux griefs dont mes obligations m'ont prescrit de faire l'exposé. Je Vous prie en même tems, d'en donner connoissance à Vos Généraux Commandans, pour qu'ils arrêtent en attendant toute hostilité.

Rastadt le 14. Decembre 1797.

L. B. d'Albini, Ministre de Son Altesse Electorale de Mayence.

XXXII.

Schreiben des französischen Generals Hatry an den Churmainzischen General-Lieutenant Freyherrn von Rüdt. Wisbaden, den 17. Dec. 1797.

Monsieur le Commandant!

Je suis chargé de Vous prévenir, que l'intention de la République Française étant de faire occuper la ville de Mayence par les troupes que je commande, il ne pourra point être accordé une prolongation de l'armistice à S. A. l'Electeur de Mayence jusqu'à la fin du Congrès de Rastadt, à moins que S. A. ne donne sur le champ les ordres aux Magistrats de Mayence, de recevoir dans cette place les troupes de la République Française.

Dans le cas où S. A. S. n'aurait point donné cet ordre avant le 30. Frimaire (20. Decembre), Elle

sera traitée comme ennemie, et l'Electorat envahi. Je Vous prie de vouloir bien la prévenir de ces dispositions, et croire à la parfaite consideration, avec laquelle j'ai l'honneur d'être,

Monsieur le Commandant

Votre très-humble Serviteur
Hatry.

XXXIII.

Weiteres Schreiben des französischen Generals Hatry an den Churmainzischen General-Lieutenant, Freyherrn von Rüdt. Wisbaden, den 20. December 1797.

Monsieur le Géneral!

J'ai eu l'honneur de Vous prévenir par une lettre du 27. Frimaire (17. Dec. courant): „Que l'intention de la République Française étant de faire occuper la ville de Mayence par les troupes que je commande, il ne pouvait être accordé une prolongation d'armistice à S. A. l'Electeur de Mayence jusqu'à la fin du Congrès de Rastadt, à moins que S. Altesse ne donnât sur le champ aux Magistrats les ordres, de recevoir les troupes de la République dans la ville."

Par la même lettre je Vous ai prié, Monsieur le Général, de vouloir bien me faire connaître, avant le 30. Frimaire (20. Decembre) la reponse de S. A. Electorale. Cette journée est expirée, et la decision de S. A. ne m'est point connue. Veuillez bien,

Monsieur le Général, me la transmettre par l'officier que j'ai l'honneur de vous dépêcher.

Recevez, Monsieur le Général, les assurances de l'entière consideration avec laquelle je suis &c.

Hatry.

XXXIV.

Antwort des Churmainzischen General-Lieutenants, Freyherrn von Rüdt, an den Fr. General Hatry. Mainz, den 20. December 1797.

Citoyen Général!

J'ai eu l'honneur de Vous observer avant hier de bouche, que j'avais transmis par Courier le contenu de la lettre qu'il Vous a plu de m'envoyer le 17. du courant à S. A. l'Electeur mon Maitre, au Général en chef de l'armée d'Empire le Baron de Staader, et même au Ministre de S. A. au Congrès à Rastadt. N'ayant dans ce moment nulle decision encore ni de l'une ni de l'autre part, vous sentirez bien, Citoyen Général, l'impossibilite dans laquelle je me trouve, de satisfaire à la demande que Vous me faites l'honneur de m'addresser aujourd'hui. Or, il ne peut Vous être inconnu, que c'est le Général de Sa Maj. l'Empereur, Mr. le Baron de Neu, qui se trouve et qui commande encore en qualité de Gouverneur actuel dans cette ville et que c'est uniquement de ses ordres que je depends. Ce sont les motifs, Citoyen Général, qui me mettent absolument hors d'état de faire aucune démarche ulterieure dans la chose en question. Pourtant je ne manquerai pas de Vous faire part de la

decision le moment même qu'elle me parviendra. Agréez Mr. le Général les sentimens de la parfaite consideration avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Citoyen Général

Vôtre

très humble et très obeissant

Serviteur

Ruedt.

XXXV.

Schreiben des französischen General Hatry an Se. Churfürstl. Gnaden zu Mainz. Wisbaden, den 21. December 1797.

S. A. Electorale a duë être prévenue par la lettre, que j'eus l'honneur d'adresser le 27. Frimaire (17. Dec.) à Mr. le Général Ruedt, Commandant de Ses troupes à Mayence, des ordres, que m'avoit transmis le gouvernement Français, pour l'occupation de cette place par les troupes, que je commande. N'ayant point reçu de réponse à ma demande, je dois prèvenir S. A. S. que tout armistice entre Elle et la Republique Française cessera, et que les hostilités recommenceront, si sous 24. heures Elle ne me fait parvenir par l'Adjutant-général Mortier, (que je Lui envoye à cet effet), l'ordre aux Magistrats de Mayence, et aux troupes qui s'y trouvent, de laisser prendre possession de la place aux troupes de la République Française; ainsi-qu'une lettre au Commandant Autrichien, renfermant

l'autorisation de me la remettre au moment, où il doit l'évacuer.

S. A. S. me forcerait dans le cas contraire à déployer les forces, qui me sont confiées, pour me rendre maitre d'une ville, dont les malheureux habitans auraient tout à souffrir des horreurs d'un bombardement, et à porter au coeur de Son Electorat le théâtre de la guerre.

L'adjutant-général Mortiér a l'ordre de rester 24. heures près de S. A. S. ou de celui, qui La représente; pour attendre Sa réponse.

Je prie S. A. S. de croire à ma consideration distinguée pour Sa personne.

Hatry.

XXXVI.

Antwortschreiben Sr. Churfürstlichen Gnaden zu Mainz, an den französischen General Hatry. Aschaffenburg, den 23. December 1797.

Mr. le Général!

Je n'ignore pas, que Vous avez adressé une lettre à mon Général Ruedt; je n'ignore pas non plus, que dans la discussion, que Vous aviez à Mayence avec le Général Autrichien B. de Neu sur l'objet de la reddition de cette ville, on Vous a marqué l'étonnement de l'anticipation du terme de la denonciation de l'armistice, qui a été fixé à 15. jours; et sur l'occupation de quelques places, sur la rive gauche du Mein, situées hors de la ligne de la demarcation.

On m'a rendu compte en même tems, que Vous aviez assuré le Général Autrichien B. de Neu, que les rapprochemens des troupes Françaises près de Mayence, pour cerner cette ville, etaient une méprise, et que Vous y remedierez. Rassuré par ces assurances de Votre part, et me reposant sur la loyauté Française, qui ne voudrait pas rompre, contre le droit des gens, un armistice avant le terme stipulé, Vous sentez Vous-même, Mr. le Général, que je ne devais pas m'attendre à une sommation sous le terme de 24. heures. Vous êtes informé qu'on va negocier la paix d'Empire avec la République Française à Rastadt; je devais donc être extraordinairement frappé du contraste des mesures pacifiques de l'Empire et de la demande de la reddition eventuelle d'une place, dont je ne puis disposer aussi long tems, que le Général Autrichien, Gouverneur de Mayence, n'a pas évacué cette ville et forteresse, et transmis le commandement de mes troupes au Général Ruedt. Il me semble, que Vous doutez Vous-même, que le B. de Neu voudra se charger, même avec mon autorisation, de Vous remettre cette place. Je ne suis pas en guerre à mon particulier avec la République Française, et j'étais bien loin de croire, que je puisse être ménacé par des hostilités. On dit, qu'on est convenu, que les troupes Françaises occuperont Mayence. J'aurais fort désiré, d'être informé du contenu de cette convention, pour pouvoir me regler en conséquence, d'autant plus, que mes troupes sont et resteront, après l'évacuation de Mayence, de la part des Autrichiens, sous les ordres du Général B. de Staader, Commandant de l'armée d'Empire. Vous devez être persuadé, Mr. le Général, de ces raisons majeures, qui me lient les

mains pour le moment. Quand je serais libre d'agir, je ne serais pas éloigné de satisfaire à Vos désirs, sous la condition expresse d'une capitulation juste et équitable, qui, entre autres articles à stipuler, maintiendra la proprieté des habitans de Mayence de toutes les classes, et laisse l'administration du gouvernement civil, tel, qu'il est à présent, intacte, jusqu'à la conclusion de la paix à Rastadt. La Nation Française, qui ne veut être que loyale, n'exigera pas de moi, de rendre une ville à discretion et sans capitulation préalable.

Au reste je donnerai incessamment les ordres les plus précis à Mayence, de se preparer sans délai à la dite capitulation, qui, j'espère, applanira toutes les difficultés.

Je veux me flatter, que, tandis que je m'explique ici très franchement, Vous serez bien éloigné, de vouloir agir avec précipitation sur cet objet, qui pourra s'arranger fort amicalement.

XXXVII.

Erlaß von der Reichs-Deputation an die Kaiserl. Plenipotenz. Rastadt, den 21. December 1797.

Der Römisch Kaiserl. Majest. unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichsfriedens-Congreß verordneten Höchstansehnl. Kaiserl. Gesandschaft, bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Man habe bereits unterm 11. laufenden Monats einer Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz die damaligen beunruhigenden Nachrichten der von Seiten der franzö-

sischen Truppen unternommenen Ueberschreitung der feyerlich und bündig verabredeten Waffenstillstands-Linien mitgetheilt; und diese ausserordentliche Reichs-Deputation habe aus der Resolution der Kaiserl. Höchstansehnl. Plenipotenz, d. d. 13. et pr. 14. laufenden Monats, deren vollständigen Innhalt, sonderlich quoad formale Deputationis, zu beantworten, man sich annoch vorbehalte, mit Vergnügen bemerkt, daß diese misliche Lage derselben gleiche patriotische Besorgnisse einflösse, wie man dann die auf den diesseitigen Antrag sogleich eingeleitete unmittelbare Communication mit dem Armee-Interims-General-Commando aus der Anlage dieser Resoluzion mit geziemendem Danke ersehen; auch mit gleichem Danke den weitern Erlas der Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz, dat. Heilbronn den 15. December 1797, dann die Anlagen dieses Schreibens Litt. B — T. mitgetheilt worden. Tröstlich sey allerdings der Deputation die Bemerkung der Kaiserl. Gesandschaft und des Armee-Commandos, daß die von den französischen Truppen unternommene Schritte nicht anders als Waffenstillstands- und Völkerrechtswidrig angesehen werden könnten, und daß eben deswegen von der Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz und des Armee-Kommandos, alle thunliche abhelfliche Einschreitungen dagegen zugesichert werden. Man dürfe sich hievon um so mehr den beßten Erfolg versprechen, als man durch die unterm 16. laufenden Monats bekannt gemachte Verwendung der Kaiserl. Höchstansehnl. Plenipotenz danknehmigst vernommen habe, daß durch solche bereits die Okkupirung der Festung Ehrenbreitstein wieder zurückgestellet sey.

Indessen könne man gleichwohl nicht umhin, einer Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz zu eröfnen, daß alles dasjenige, was man mittlerweile von den französischen

Gesinnungen und von deren weiterm Vordringen, insbesondere aber von dem Zustand der Festung Mainz erfahren habe, gar nicht mit demjenigen vereinbarlich sey, was man nach der oben angeführten Antwort des Reichs-Armee-General-Interims-Commandanten hätte erwarten sollen.

Denn nicht nur sey Hochgedachter Plenipotenz die bestimmte und wiederholte Aeusserung der französ. Hrn. Gesandten an das Churmainzische Direct. Deputationis: Que la base de l'intégrité de l'Empire etait inadmissible: „Daß die Vollmachten des Reichs, weil sie sich „auf diese Basis bezögen, nicht angenommen werden „könnten; daß die französ. Armeen Mainz besetzen, und „eher keine Winterquartiere beziehen würden", bereits bekannt und angezeigt worden, sondern eine Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz werde noch ferner aus der abschriftlichen Anlage entnehmen, daß nach Anzeige des Reichsgräflich-Wetterauischen Herrn Partikular-Abgeordneten, Grafen von Solms-Laubach, die französ. Armeen auch auf dem rechten Rheinufer die Waffenstillstands-Linien nicht mehr achten, und die Nidda überschreiten. Mit dieser Anzeige in Verbindung stehe die ferner dem Direct. Deputat. zugekommene verläßige Nachricht, daß die französ. Armeen am 16. laufenden Monats Nachmittags den Mayn passiret haben. Und obgleich das Reichsarmee-Commando in seiner Antwort versichert, es habe aus der Gränzfestung Mainz von den in derselben schon befindlich gewesenen Contingents-Truppen nicht allein keine herausgezogen, sondern dieselben vielmehr in beträchtlicher Anzahl vermehret, so sey doch dagegen in facto richtig und unwidersprechlich, daß folgende Reichs-Contingente aus Mainz wirklich ausmarschiret seyn, nämlich:

a) Das Oberrheinische Kreis-Regiment Solms-Braunfels.

b) Die Truppen des fränkischen Kreises mit ihrem commandirenden General, dem Feldmarschall-Lieutenant Herrn Grafen von Salm.

c) Das Stadt-Köllnische Contingent.

Einmarschiret seyen zwar 3. Bataillons Hessendarmstädtische Truppen; diese seyen jedoch nicht als Reichs-Contingente, sondern als im Kaiserl. Solde stehende Truppen von den Franzosen eingelassen worden, und sie würden auch schon wieder längstens den 26ten, noch vor ihnen aber die Churcöllnische, und den 29. die Kaiserl. Königl. Truppen mit dem bisherigen Festungs-Gouverneur aus der Stadt und Festung Mainz marschiren.

Der General-Lieutenant von Staader selbst aber habe sich mit den ihm untergegebenen Truppen bereits den 11. dieses in Rückmarsch gesezt, habe den 12. sein Hauptquartier in Sinzheim, den 13. in Fürfeld, wo den 14. Rasttag gewesen, und den 16. schon in Cannstadt gehabt.

Auch sey nicht einmal aus der Antwort dieses Generals an eine Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz zu ersehen, ob er dem ersten Vordringen der Franzosen über die Neutralitäts- und Waffenstillstands-Linien, welches noch zur Zeit seiner Anwesenheit in Mannheim geschehen sey, unter Bezug auf den bevorstehenden Waffenstillstand und die desfals abgeschlossenen verbindlichen Conventionen, widersprochen habe.

Bey dieser von allen Seiten so sehr mißlichen Lage müsse man demnach die Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz nochmalen angelegenst ersuchen, daß Hochdieselbe ihre versprochene Verwendung gegen das erwähnte Vordringen der französ. Truppen nicht nur nachdrucksamst fort-

setzen, sondern auch, da man französischer Seits von der zu Leoben für das Reich beschlossenen und demselben von Sr. Kaiserl. Majestät (Allerhöchst Welchen diese erste Friedenseinleitung allerunterthänigst überlassen worden) bekannt gemachten Friedens-Basis und Waffenstillstand nichts wissen wolle, mithin alles auf den zu Campo Formio hienächst concludirten Definitiv-Frieden lediglich ankomme, diejenige Artikel und Verabredungen dieses Definitiv-Friedens, welche einen unmittelbaren wesentlichen Bezug auf das teutsche Reich haben, dieser ausserordentlichen Reichs-Deputation mittheilen möge.

Womit 2c.

XXXVIII.

Schreiben der Reichs-Versammlung zu Regensburg, an die Reichsfriedens-Deputation zu Rastadt, den 15. December 1797.

Der allgemeinen Reichs-Versammlung sind die am 11. dieses von der Reichs-Deputation erstatteten, den 15. hier angelangten Berichte, mit ihren Anlagen A. B. C. und D, vorgelegt worden.

Alle drey Reichs-Collegien haben die von der Reichs-Deputation getroffenen, den jezigen Umständen, und der so sehr bedenklichen Lage ganz angemessenen Vorkehrungen einmüthig genehmiget; bevor sie aber zu weitern bestimmten Maasregeln sich entschliessen können, so hätte die Reichs-Deputation

1) Von dem Reichs-General-Interims-Commando, als dessen Antwort vom 8. dieses man nicht durchaus für befriedigend gefunden hat, baldmöglichst

a) Einen detaillirten Etat der respectiven dienstthuenden Reichs-Truppen, inclusive der Erzherzoglich-Oesterreichischen Contingente mit ihrer jezigen Standliste;

b) Den Defensionsstand der Reichsfestungen, mit genauer Angebung der Artillerie, Munition, Approvisionirung und Bedürfnisse, sowohl an Vertheidigungsmannschaft, als sonsten;

c) eine bestimmte Nachricht, was für Positionen, und welche Linien von beyden Armeen zur Zeit des beschlossenen Waffenstillstandes angenommen worden; ob sie noch die nehmlichen, auch von wem, und wie stark sie besezt seyen;

d) Ob und in wie weit die Gefahr des feindlichen Vorrückens seit dem lezten Berichte zugenommen, oder sich vermindert habe, und, wie weit jene dermalen zu befürchten sey?

e) Was den Rückzug der Reichstruppen so entfernt vom Rheine gegen den Main und die Donau, und zu welchem Zweck veranlaßt habe?

zu verlangen, und solche an die Reichsversammlung einzuschicken; dabey habe auch die Reichsdeputation

2) ihre künftigen Berichte, worauf von dem Reiche eine Verfügung und Instruction nöthig ist, mit ihrem Gutachten zu begleiten; und da

3) Die Reichsversammlung in einer an Ihro Kaiserl. Majestät zu erlassenden allerunterthänigsten Vorstellung derjenigen, welche von der Reichsdeputation der Kaiserl. Plenipotenz ist übergeben worden, zu adhäriren beschlossen, und solches bereits der Höchstansehnl. Kaiserl. Commission geziemend angezeigt hat, so wird die bald thunlichste Einschickung der von der gedachten Plenipotenz ertheilten Resolution, bis zu deren Anlangung ein-

weil die Expedition der Vorstellnng des Reichs noch ausgesezt ist, erwartet.

Regensburg, den 15. December 1797.

Andreas, Freyherr von Steigentesch.

XXXIX.

Erlaß von der Reichs-Friedens-Deputation an die Kaiserl. Plenipotenz. Den 23. Dec. 1797.

Dem Ch. Fürstl. Mainzischen Direct. Gesandten sey den 20ten Abends durch einen Kourier die Nachricht zugekommen, daß der Franz. General Hatry mittelst der Anlage Zif. 1. die Festung Mainz am 17ten dieses zur Uebergabe aufgefordet habe; diese Aufforderung sey an den ältesten Ch. Fürstl. Mainzischen Gen. Lieut. gerichtet gewesen; der bisherige Gouv. in Mainz, der Kaiserl. Königl. Gen. Lieut. Freyh. von Neu, habe sich über diesen Antrag eben so sehr als der Churfürstl. Gen. verwundert; der Kaiserl. Gen. habe übernommen dem Franz. Gen. Hatry begreiflich zu machen, daß, so lange des Kaiserl. Gouvernement mit den Kais. Truppen noch in Mainz sey, welches auf den 19ten dieses währe, an den Ch. F. Mainzischen Gen. Lieut. Freyherrn von Ruedt der Festung wegen nichts gesonnen werden möge; lezterer habe beschlossen dem gedachten Gen. Hatry zu erwiedern, daß noch zur Zeit die Reihe an ihm nicht sey eine Antwort zu geben, sondern er sich diese Antwort bis zum Abzug der Kais. vorbehalten müsse; der hierauf mit dieser Nachricht von dem Gen. Freyherrn von Ruedt an den Interim Commandierenden der R. Armee Fr. von Staader abgeschickte Kourier habe lezteren zu Kanstadt ange-

angetroffen, und von demselben eine Ordre an den Ch. F. General von Ruidt zurück erhalten; in dieser Ordre sehe der Gen. von Staader diese Aufforderung nach dem Präliminär Frieden und dem bestehenden Waffenstillstande als völkerrechtswidrig an, glaube hiernach, daß bis zum Reichs-Definitiv-Frieden alles in statu quo bleiben müsse, und könne am allerwenigsten begreifen wie der französische General Seine Ch. F. Gnaden zu Mainz, und Ihre Lande mit Feindseligkeiten bedrohen könne, wenn der von ihm, Interims-Armee-Commandanten bestellte Fest. Commandant seine Schuldigkeit thue.

Uebrigens habe sich der Gen. von Staader in dieser Ordre auf diejenige weitläuftige Instruction bezogen, welche er dem Gen von Ruidt bereits Tags vorher in Betref der Festung Mainz ertheilt habe; eine den nämlichen 20ten Dec. annoch angekommene spätere Estafette habe dem erwähnten Directorialen die weitere Nachricht gebracht, daß Gen. Hatry den andern Tag am 18ten sich bey den ihm von dem Kais. Gouverneur und dem Gen. von Ruidt gemachten einstweiligen Erklärungen noch zur Zeit zu beruhigen geschienen habe; gleichwohl sey Directorial. durch einen zweyten Kourier die weitere Nachricht zugekommen, daß Gen. Hatry schon am 20ten dieses mittelst beykommenden abermaligen Schreibens Zif. 2. seiner vorigen Aufforderung insistirt habe, daß aber demselben hierauf die Antwort Zif. 3. ertheilt worden sey.

Alle diese Vorgänge habe Directorial. der dahiesigen Reichsdeputation vorgetragen, welche diese Aufforderung ebenmäßig als eine Waffenstillstands und Vertrags widrige Handlung ansehen müsse; denn Sr. Kais. Majest. (als Allerhöchstwelche, dem Antrage des Reichs gemäß, die erste Fried. Einleitung übernommen) hätten dem Reiche

in dem allergnädigsten Hofdecret vom 18. Jun. d. J. wörtlich bekannt gemacht.

„Daß am 18ten April d. J. Fried. Präliminarien,
„ welche nunmehr wechselseitig ratificirt worden, zu
„ Stande gekommen seyn, und daß hiebey von Kais.
„ Majest. zu Folge der auf Allerhöchstsie im ehrer=
„ bietigsten Vertrauen übertragenen ersten Fried.
„ Einleitung, und einen sichern und billigen Frieden
„ zu befördern, confirmirt worden, daß am Tage
„ der Unterzeichnung alle Feindseligkeiten
„ zwischen dem D. Reiche, und der Franz.
„ Republik aufhören, ein Congreß von beyder=
„ seitigen Bevollmächtigten beschickt, und der Haupt=
„ friede auf die Basis der Integrität des D. Reichs
„ abzuschliessen sey."

Wobey noch vorzüglich die französischen dem Reiche mitgetheilten Worte der Franz. Präliminarien selbst merkwürdig seyn:

„Conviennent d'une cessation d'hostilités entre
„ l'Empire Germanique et la France, à commen-
„ cer d'aujourd'hui; il sera tenu un Congrès pour
„ y traiter et conclure la paix definitive entre
„ les deux puissances sur la base de l'integrité
„ de l'Empire germanique."

Ehe noch die Ratification dieser Präliminarien vom 18ten von Kais. Majest. dem Reiche bekannt gemacht worden, seye einstweilen im Monath May eine militärische Convention zwischen den beyderseitigen Generalen geschlossen worden, worinn es heisse:

„Dans les cas ou les negociations seroient rom-
„ pues et les armées forcées de recommencer les
„ hostilités, les generaux se préviendront quinze

„ jours d'avance." Siehe Proposition faite par le Général Regnier au Général Bellegarde, in dem Erlaß der Kaiserl. Höchstansehnl. Plenipotenz, vom 17. Dec. d. J. Litt. C.

Ganz nach dem Sinne der Fr. Präliminarien hätten die Generale den Wiederanfang der Feindseligkeiten bloß auf den Fall gesezt, wenn die Negociationen sollten abgebrochen werden, und zu ihrer militärischen Maaßnahme alsdann eine weitere Zeit von 15. Tagen sich stipulirt.

Diese Fr. Präliminarien zwischen Deutschland und Frankreich fänden sich in dem Fr. Tractat von Campo Formio gleich Eingangs mit den Worten:

„ Dessen Grund durch die Präliminarien gelegt wor„den," u. s. w. bestätiget. Diesen leztern Definitiv-Fried. Tractat hätten zwar Seine Kaiserl. Majest. als souveraine Macht abgeschlossen; Sie hätten aber auch als R. Oberhaupt, Kraft der Ihnen übertragenen Fr. Einleitung dabey concurrirt, und hätten namentlich unter dieser Eigenschaft den Artikel 20 dieses Tractats tractiret.

Von allen Seiten sey also Grund genug vorhanden, die zu Leoben bedungene Einstellung der Feindseligkeiten unter die Reihe der verbindlichsten Verträge zu stellen. Es stehe nach Grundsätzen des Völkerrechts nicht in der Macht Frankreichs, von diesem Vertrage abzugehen, so lange der andere Paciscent seine übernommene Verbindlichkeit erfüllt habe. Daß das leztere genauest geschehen, sey unläugbar; die R. Deputirten seyen in der bestimmten Zeit zu Rastadt gegenwärtig gewesen, in der sie haben erscheinen sollen. Ihnen liege keine Verzögerung zur Last; sie versuchten alles, um die französischen Fried. Propositionen zu erhalten; sie seyen nach den Worten der Fried. Präliminarien bereit:

A traiter et conclure la paix definitive entre les deux puissances sur la base de l'integrité de l'Empire germanique.

Wenn also kein Grund vorliege, welcher die Franz. Staatsgewalt selbst berechtige, die bis zum Bruche der Negociationen eingestellten Feindseligkeiten wieder anzufangen, und von den bedungenen Artikeln wieder abzuweichen, so könne offenbar nach weit weniger ein Franz. General unternehmen, gegen die Verträge von Leoben und Campo Formio, gegen die Militair-Conventionen und gegen die bedungene Aufkündigungsfrist des Waffenstillstandes, durch Aufforderung der Festung Mainz, dieser Brustwehre Deutschlands, eine Feindseligkeit zu beginnen, die zu den größten zu zählen sey, welche gegen Deutschland begangen werde könnte.

Noch weniger aber könne der zufällige Umstand, daß gerade der älteste in Mainz anwesende General ein Ch. F. Mainzischer ist, dem Franz. General zu einem Vorwande dienen, auf den Fall einer abschläglichen Antwort die ganzen Ch. Lande feindselig zu überziehen, da Sr. Ch. Gnaden nicht einmal diejenige Instruction bekannt sey, welche der Reichs-Armee-Commandant dem Gen. von Ruidt obenangeregter Massen ertheilt habe.

Die R. Deputation habe daher beschlossen, alle diese Vorgänge und diejenigen Gründe, aus welchen ihr die Fr. Aufforderung von Mainz Vertrags- und Vollmachtswidrig scheine, einer Höchstansehnl. Kaiserl. Plenipotenz mit der geziemenden und angelegentlichen Bitte vorzulegen, unter bestimmtem Bezug auf die angeführten Betrachtungen, sich bey der Fr. Gesandschaft dahin zu verwenden, daß diese für ganz Deutschland so besorglichen Schritte aufs baldigste möchten zurückgenommen werden.

XL.

Original-Note des Kaiserl. Bothschafters, Herrn Grafen von Metternich, an die französischen Bevollmächtigten. Rastadt den 24ten Dec. 1797.

Durch die am 18ten April im Schlosse Eckenwald bey Leoben zwischen den Kaiserl. Königl. und französischen Bevollmächtigten gezeichneten und beyderseits ratificirten Präliminarien, ist unter andern bedungen, daß von diesem Tage an die Feindseligkeiten zwischen dem deutschen Reich und Frankreich aufhören, und in einem des Endes zu haltenden Congres der Friede zwischen beyden hergestellt werden solle.

Diese nach dem Wunsche des Reichs von Sr. K. Majest. getroffene Uebereinkunft empfingen die Stände mit einmüthigem Beytritt, und beschlossen, daß dieses unter der allerhöchsten Einleitung begonnene Werk mit gemeinschaftlichem Rath vollbracht werde.

Als hierauf die beyderseitigen Ratificationen ausgewechselt waren, wurden die Gränzen mittelst gegenseitiger Uebereinkunft bestimmt, binnen welcher, während der Friedensunterhandlungen die Armeen sich halten, und über welche sie nie anders als nach vorgängiger 15. tägiger Auffkündigung schreiten sollten.

Da endlich der wirkliche Abschluß des Friedens zwischen Sr. Kaiserl. Königl. Apostolischen Majestät, als Könige von Hungarn und Böhmen, und Frankreich, in Campo Formio erfolgte, wurde dann festgesezt, daß zur Erzielung des Reichs-Friedens die Bevollmächtigten Sr. Majest. des Kaisers und des Reichs mit jenen von Frankreich in Rastadt zusammentreten sollten.

Während dem man nun zu diesem Zweck hier versammelt ist, und noch im ersten Eingang des Geschäfts steht, vor aller Kenntniß also jener Punkte, in welchen man sich vereinigen, oder an welchen die Unterhandlung scheitern könnte, worüber sich die französischen Minister noch nicht im geringsten erklärt haben, läuft von allen Seiten die Nachricht ein, daß die französischen Truppen, unangegriffen, ungereizt, die feyerlich bezeichnete Waffenstillstands-Linien allenthalben überschritten; daß sie die Festung Ehrenbreitstein aufgefordert haben; daß sie über die Nidda, und bey Oppenheim über den Rhein gegangen seyen; daß sie Mainz von allen Seiten einschliessen; daß sogar die franz. bevollmächtigten Minister, in deren Billigkeit und Friedliebe gegenwärtige Vorstellung die Abhülfe dieser Beschwerde sucht, keinen Anstand genommen haben, dem churmainzischen Gesandten zu erklären, die französischen Truppen würden die Winterquartiere eher nicht beziehen, bis sie Mainz in ihrer Gewalt hätten. Und daß zur Vollstreckung dessen auch die Befehle ertheilt seyen, hat sich durch die eingelaufene Nachricht bestätigt; der General Hatry habe nicht allein bereits die Festung Mainz förmlich aufgefordert, sondern auch gedrohet, die churmainzische Lande feindlich zu behandeln, wenn ihm die Stadt nicht übergeben werde.

Zu allen diesen Beschwerden kommen nun noch die willkührlichen durch die Waffen unterstüzten Veränderungen der bestehenden Verfassungen in den besezten Ländern, die selbst mit dem so vielfach angegebenen Geist der französischen Constitution unvereinbarlich, im äussersten Falle, und nach der unter den Völkern bisher geachteten Gewohnheit, nur Resultate einer durch Friedensschlüsse wirklich erworbenen Oberherrschaft seyn könnten, keinesweges aber während eines noch bestehenden und von Sei-

ten des Reichs mit der unverbrüchlichsten Treue beobachteten Waffenstillstands, Plaz greifen sollten, vielweniger dazu geschickt sind, einer geziemenden Unterhandlung über Herstellung der Freundschaft und des Friedens zur Einleitung zu dienen.

Man kann ferner hier die unzählbaren Lieferungen, Requisitionen und jede Gattung undenkbarer Bedrückung nicht übergehen, welche die französischen Truppen nicht allein in jenen Gegenden des Reichs mit Strenge einfordern, die sie den Verabredungen des Waffenstillstands gemäß besezt halten, sondern auch in allen andern, wohin sie sich durch Ueberschreitung der bedungenen Gränzen verbreitet haben, ungeachtet beydes nach den unter policirten Nationen bis jezt beobachteten Grundsätzen des anerkannten allgemeinen Völkerrechts, und insbesondere nach dem Sinne des obengezogenen Artikels, der alle Feindseligkeiten ausschließt, unterbleiben sollte.

Der Bothschafter Se. Kaiserl. Majestät, als Reichs-Oberhaupt, indem er den französischen Bevollmächtigten aufrichtig und in Kürze dasjenige darlegt, was die Ruhe, die Hofnungen und die Erwartung der zur Unterhandlung des Friedens Bevollmächtigten des Reichs stöhrt, ersucht dieselben bey der öffentlichen Treue, sämmtliche diese gerechte Beschwerden so zu heben, wie ihr Verlangen, den Frieden wieder herzustellen, und ihr Wunsch der öffentlichen Hofnung zu entsprechen, es ihnen selbst eingeben wird. Unterzeichneter hat anbey die Ehre, mit der vollkommensten Hochachtung zu seyn.

XLI.

Schreiben des Churfürstlich Mainzischen General-Commandanten an den General Hatry, vom 22ten Dec. 1797.

Citoyen Général!

Dans ma lettre du 20. du courant, j'ai eu l'honneur de Vous remarquer, que j'avois transmis le contenu de Vôtre lettre du 17. de ce mois à S. A. S. l'Electeur, mon maitre, au Commandant en chef de l'armée de l'Empire, et au Ministre de S. A. S. au Congrès à Rastadt &c. et que je ne manquerois pas de Vous faire part de la décision de l'une et de l'autre part, au moment même qu'elle me parviendroit. Je viens de recevoir le courier porteur des ordres du Commandant en chef de l'armée de l'Empire, le Lieutenant-Géneral, Baron de Staader, relatifs à Vôtre dépèche anterieure. Il me charge, Citoyen-Général, de Vous rappeller, que dans les articles du 18. April 1797. faits à Léoben, signés et ratifiés par les Ministres plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et de la République Française, on est convenu, que les hostilités cesseroient du jour même de la signature de ces articles; il y est dit: „Sa Majesté l'Empereur ayant à coeur que la paix se rétablisse entre l'Empire Germanique et la France, et le Directoire éxecutif de la République Française voulant également témoigner à S. M. I. son desir d'asseoir la dite paix sur des bases solides et équitables, conviennent d'une cessation d'hostilités entre l'Empire Germanique et la France à commencer d'au-

jourd'hui. Il sera tenu un Congrès formé des Plénipotentiaires respectifs, pour y traiter et conclure la paix definitive entre les deux puissances sur la base de l'intégrité de l'Empire germanique."

Il me charge de rappeller à Vôtre mèmoire, Citoyen-Général, la convention militaire, dont les Généraux commandans les deux armées respectives sont convenus dans le courant du mois de Mai 1797. qui réitère et fixe le même sujet de la manière la plus solide et valable. Il me charge de Vous representer, Citoyen-Général, que les demarches dont vous menacez la Ville et l'Electorat de Mayence, durant l'armistice même, et dans l'epoque où les Ministres respectifs de l'Empire Germanique et de la République Française sont assemblés pour conclure la paix entre les deux nations, sont non seulement directement contraires aux conventions alléguées et à la base stipulée de l'integrité de l'Empire, mais qu'elles contrastent en outre étrangement avec la manière de traiter, dont la nature même demande et exige une tranquillité assurée non-interrompue et même inviolable, que jusqu'ici tous les peuples ont respectée comme sacrée et indispensablement nécessaire à la conclusion d'une paix. Il observe finalement, qu'il est hors des rappports de S. A. l'Électeur, mon maitre, plus encore hors des miens, de décider sur le sort de Mayence, puisqu'il ne s'agissoit ici de la dite ville, comme d'une propriètè exclusivement appartenante à S. A. mais du boulevard et de la première forteresse de tout l'Empire germanique.

Voici Citoyen-Général, ce dont je suis chargé de Vous prevenir, et je m'acquitte de l'ordre exprès

que j'ai de Vous communiquer et de Vous representer ces considerations avec precision et dans toute leur force.

J'ai l'honneur d'être etc.

XLII.

Schreiben des General Hatry an Se. Churfürstl. Gnaden zu Mainz. Wisbaden den 23. December 1797.

Votre Altesse!

L'Adjudant-Général Mortier, que j'adresse à Vôtre A. S. vient de me remettre Sa réponse; mais elle ne satisfait point à la demande que j'ai eu l'honneur de Lui faire. Cet Adjudant-Général etoit chargé de me rapporter Son ordre aux Magistrats de Mayence et aux troupes qui s'y trouvent, de m'en laisser prendre possession au nom de la République Française, ainsi que la lettre pour Mr. le Commandant Autrichien, qui l'autorisât à me remettre la place au moment où il l'évacueroit.

Je renvoie donc cet officier à Vôtre Altesse, pour Lui representer qu'il est indispensable, qu'Elle me remette cette autorisation, pour le Commandant Autrichien, avec l'ordre ci-dessous cité aux Magistrats et aux troupes.

Quant à ce qui concerne la Capitulation de la place, S. A. S. doit être assurée, que le Gouvernement François, invariable dans ses principes, fera toujours respecter les personnes et les propriétés. Ainsi les

habitans de Mayence doivent s'en rapporter á la loyauté Française.

Je dois reiterer à V. A. que dans le cas où mon Adjudant-Général ne me rapporteroit pas une réponse conforme à ma demande, je ne puis plus differer à obéir aux ordres que je tiens de mon gouvernement. L'armistice, relatif à Son Electorat, cessera donc de ce moment, et le 5. Nivose repondant au 25. Decembre, j'entrerai dans les etats de S. A. non encore occupés par les troupes Françaises; toutes mes dispositions sont prises, et je n'attends pour agir que le retour de mon Adjudant-Général, si S. A. ne me donne pas les assurances que je Lui demande.

Je prie S. A. S. de croire à ma haute consideration et mon estime particulièr pour Sa personne.

Hatry.

XLIII.

Festgesezte Artikel zwischen dem Bürger Hatry, General en Chef der Mainzer Armee und dem Herren Baron von Breitbach und Jster, als Bevollmächtigten des Hrn. Barons von Rüdt, General-Lieutenanten und Commandants der Churfürstlich Manzischen Truppen, bey der Besitznehmung der Stadt und Festung Mainz und des Forts Cassel von den Truppen der französischen Republik.

Proposition de Mr. le Baron de Rudt.

Art. I. Les troupes de Mayence, ainsi que celles au service de l'Empire, quitteront la ville dans le temps convenable aux mesures à prendre pour une pareille évacuation. Elles défileront, en traversant le pont du Rhin, par le fort du Cassel, porte de Francfort, avec tous les honneurs de la guerre, avec leur artillerie de campagne, leurs armes et bagages, leurs caissons, chevaux et voitures, sans qu'aucun obstacle, quel qu'il soit, puisse avoir lieu.

Réponse du Cit. Hatry, Général en chef.

Les troupes de S. A. l'Electeur de Mayence et celles de l'Empire en garnison en cette place, sortiront de Mayence et du fort de Cassel le dix Nivose (trente Decembre mil sept-cent quatre-vingt dix-sept) avec les honneurs de la guerre, armes et bagages, leurs pièces de bataillon et caissons. Elles passeront par la porte du Rhin, traversant la porte de Cassel, et se

rendront sur la rive gauche du Mein par le pont de Costheim. On donnera pour l'evacuation des femmes et des enfans, et des bagages, toutes les facilités et délais nécessaires.

Les troupes de l'Empire remettront aux troupes Françaises, aussi-tôt après la sortie de la garnison Autrichienne, la porte de Wisbaden, à Cassel, et à Mayence la porte du Gâuthor.

Art. II. Les casernes et les hopitaux actuellement occupés par les troupes de Mayence, avec tout ce qui appartient à ces derniers en armes et bagages, en chevaux, voitures et charriages, en articles d'équipement et d'approvisionnement, en artillerie, munitions et attirail de toutes espéces, y compris tous les magasins du ressort de l'Empire, les fonds affectés à l'entretien des veuves et orphelins, l'artillerie de la place, l'arsenal, les dépôts du corps du génie, les batimens militaires, resteront à leur usage particulier et à l' entière disposition des autorités militaires, qui y sont préposées. Leurs propriétés mobiliaires qu'ils pourront laisser dans les casernes et les hopitaux ou autres demeures, seront gardées à leur disposition, pour les faire transporter plus tard, ou pour en faire tel autre usage qu'ils jugeront à propos.

Réponse. Tous les arsenaux, magasins de vivres et munitions, les casernes et autres batimens militaires, et tous les effets qui en dépendent, les dépots des plans, cartes et memoires militaires, seront remis à l'armée Française après un inventaire préalablement fait par les officiers de l'état-major, officiers d'artillerie et du genie, et commissaires des guerres nommés à cet effet de part et d'autre.

On distinguera dans ces inventaires les effets qui appartiennent à S. A. Electorale, de ceux qui appartiennent à l'Empire.

A l'égard des fonds dont il est parlé dans cet article, affectés aux veuves et orphelins, il en sera référé au gouvernement Français.

Art. III. Les malades qui pourront rester dans les hopitaux de la garnison, aussi longtems que leur état l'exige, continueront d'être traités es soignés par les medecins et chirurgiens Mayençois attachés au service, et à leur entière reconvalescence ils suivront librement la troupe à laquelle ils appartiennent.

Réponse. Accordé.

Art. IV. Cette liberté s'entend d'ailleurs de tous les individus qui appartiennent au militaire de Mayence ou de l'Empire, et qui, pour raison de santé ou d'affaires, seront restés en arrière, ce qui ne pourra leur être réfusé; et si le cas exigeoit que des individus appartenants au dit militaire revinssent après leur sortie pour le soin de leurs propriétés, soit mobiliaires, soit immobiliaires, on leur accordera tout le temps et toutes les facilités convenables à la circonstance.

Réponse. Accordé, en se conformant aux réglemens militaires.

Art. V. La marche des troupes de Mayence se dirigera d'abord sur Cassel et Aschaffenbourg ou aux environs, pour où on leur fera expédier des passeports avec l'indication de la route precise qu'elles auront à prendre. On en usera de même avec les autres troupes de l'Empire qui auront la permission de se retirer chez eux dans les pays situés à la rive

droite du Rhin ou de se reunir sans obstacle aux troupes d'Empire sous les ordres de leur Général en chef, le Baron de Staader.

Réponse. Accordé.

Art. VI. On fournira aux troupes de Mayence et de l'Empire les chevaux et les voitures, dont elles auront besoin à leur départ, ainsi que les réquisitions necessaires, pour obtenir les mêmes secours sur la route; elles prendront de leurs magasins le pain et les fourages indispensables pour plusieurs jours, attendu l'épuisement probable des cantons où ils auront à passer.

Réponse. Accordé par le premier article.

Fait en double au Quartier-Général à Wisbaden, le huitième Nivose, l'an sixième de la République Française (vingt-huitième Décembre mil sept-cent quatre-vingt dix-sept.)

Hatry, Général en chef de l'armée de Mayence.

XLIV.

Convention welche dem Bürger Hatry, General en Chef, Commandanten der französischen Truppen vor Mainz, von den Deputirten der bürgerlichen Regierung von Mainz vorgeschlagen ist.

Art. I. Du moment où les troupes Autrichiennes auront évacué la ville et forteresse de Mayence, et le fort de Cassel, le gouvernement Mayençois, conformément aux intentions manifestées par S. A. E. sera

prêt à y recevoir provisoirement et sauf les dispositions futures de la paix d'Empire, les troupes de la République, sous la reserve expresse, que celles de Mayence ou de l'Empire, composant la garnison actuelle, feront conjointement avec les troupes Françaises le service de la place, tant pour la garde des portes, que pour l'intérieur de la ville et de tous les ouvrages qui en dépendent.

Réponse. L'article premier arrêté avec M. le Baron de Ruedt, Général-Commandant des troupes de S. A. E. à l'occasion de l'entrée des troupes Françaises dans la place de Mayence et le fort de Cassel, repond à cet article.

Art. II. Aussitot après la signature du present arrangement, il sera pris des mesures convenables pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité publique lors de l'entrée des troupes républicaines. On nommera pour cet effet deux officiers de l'état-major des troupes respectives, chargés de concerter les mesures sous l'approbation de leurs chefs, et d'en remettre le double au gouvernement civil de Mayence, qui fera publier et porter les dispositions convenues à la connoissance de tous les habitans. Des-lors les deux portes principales de la ville du coté de la rive gauche du Rhin, pourront etre remises aux troupes Françaises, les autres restant fermées et gardées par celles de Mayence jusqu'au moment où leurs postes auront été relevés. Les logemens de la nouvelle garnison, dont le nombre ne devra gueres surpasser celui des troupes de Mayence, seront réglés de concert avec les députés du magistrat de la ville, et fixés de façon qu'il ne sera exigé des habitans que le service accou-

accoutumé en pareil cas, c'est à dire le bois, la chandelle, la paille et le sel.

Réponse. Les habitans de la ville de Mayence peuvent compter, qu'il sera donné les ordres les plus séveres pour le maintien de la tranquillité publique; quant aux dispositions pour l'entrée des troupes de la République dans la place, elles sont reglées par l'article I. convenu avec le Général-Commandant les troupes Mayençoises. Jusqu'à l'époque où les batiments militaires seront en état de recevoir la garnison, elle sera logée chez l'habitant.

Art. III. Quant au gouvernement politique, civil et ecclésiastique établis dans la ville de Mayence, toutes autorités constituées, les dicastères civils, ecclesiastiques, les corps de magistrature, les fonctionnaires et les agens qui s'y trouvent subordonnés tant dans les villes, que dans les campagnes sur l'une et l'autre rive du Rhin, y compris ceux attachés à l'administrations des finances, resteront sous l'autorité de l'Electeur et seront conservés, durant l'époque provisoire indiquée à l'article 1. dans leur état actuel et dans une activité non interrompue de leurs fonctions, ainsi que dans la jouissance de leurs salaires et de leurs émolumens, en observant qu'il ne pourra être question de leur part d'aucune prestation de sermens contraires à l'ordre des choses existant.

Rép. Référé au Gouvernement Français.

Art. IV. Tous les habitans de la ville et du territoire de Mayence, tant ecclesiastiques, que séculiers, tant absens, que présens, sous quelque dénomination que ce puisse être, y compris ceux attachés au service de l'Electeur ou de l'Electorat, y compris aussi les corporations et leurs membres, leurs subal-

ternes et leurs serviteurs, seront protégés et maintenus, de la façon la plus efficace, dans la possession et jouissanee de leurs libertés, leurs propriétés et leurs droits en dépendans.

Rép. Le respect des personnes et des propriétés sera assuré. Il en sera référé au Gouvernement pour le surplus.

Art. V. Chacun d'eux qui veut quitter la ville ou le territoire de Mayence situé sur la rive gauche du Rhin, pour s'établir sur l'autre rive, n'aura pas seulement cette faculté dans un délai à lui suffisant pour delibérer murement sur ce qui convient à cet égard à son bien-être particulier, mais aussi il lui sera encore libre et loisible de vendre dans un temps également à lui convenable, les propriétés tant foncières que mobiliaires, soit en masse, soit en détail, soit payables à la fois, soit en plusieurs termes plus ou moins prolongés, de dénoncer et de réaliser de même ses prétentions actives et hypothécaires ou autrement exigibles, de presser sous l'assistance des officiers de justice et par les voies les plus expéditives, le payement d'icelles, et d'en emporter avec soi, ou de se faire transmettre par des mandataires à ce commis, le prix ou le montant des objets vendus et des effets réalisés, le tout sans aucune retenue (droit d'Abzug) ou autre redevance quelconque et sans que dans aucun cas on puisse obliger les dits habitans à recevoir ou à convertir l'argent, qui leur est du (en tout ou en partie) en papier monnoie ou autre effet de cette nature.

On leur accordera en pareil cas les passeports nécessaires pour l'exportation, et on ne permet-

tra aucune gêne, qui pourroit leur être suscitée à cet egard.

Rép. Référé au Gouvernement.

Art. VI. On laissera de même l'exercice de la religion catholique, soit dans les paroisses, soit dans les églises collégiales et les monastères, dans son état présent, dans lequel les autres établissemens et instituts pieux seront également conservés.

Rép. Le libre exercice des cultes sera maintenu, sauf les réglemens de police.

Art. VII. Les propriétés mobiliaires et immobiliaires de l'Electeur et de son Electorat, celles des corporations laïques ou ecclesiastiques, instituts, mont de pieté et autres établissemens, les archives et les dépots d'actes publics, qu'elle que fut leur nature, seront laissés sans atteinte entre les mains des personnes auxquels leur garde est confiée; et au cas qu'on trouve nécessaire de les deplacer, ou de les transferer ailleurs, on ne pourra y porter aucun obstacle ni retard.

Rép. Il ne sera rien changé à l'Administration civile et judiciaire, jusqu'à ce qu'il en ait été autrement statué par le Gouvernement.

Art. VIII. A l'entrée des troupes Françaises, personne ne sera responsable à l'égard de toute opinion ou sentimens politiques, que chacun pourra avoir professés par le passé. On ne recherchera ni ne déplacera personne pour des faits qui y sont relatifs. On réprimera sévèrement les rixes particulières, les voies de fait et jusqu'aux reproches odieux qui peuvent y avoir quelque rapport.

Rép. Nul ne sera recherché ni inquiété pour les opinions qu'il a pû manifester.

Art. IX. On n'engagera personne, si ce n'est de gré à gré, au service militaire. On ne déportera, ni forcera aucun de ses habitans à quitter la ville, si ce n'est pour des raisons criminelles et reconnues suffisantes par l'autorité civile, ou autrement compétente. On ne demandera aux habitans, tant séculiers qu'ecclesiastiques, y compris les corporations, aucune contribution, réquisition, ou autre imposition. On laissera tous et chacun (sous la protection et loyauté de la nation Française) dans la jouissance paisible de ses libertès et de ses privilèges, tant à l'égard des personnes, qu'à l'égard des propriétés. On ne prendra ni emmenera dans aucun cas des otages.

Rép. La réponse à l'art. IV. doit tranquilliser les habitans. Référé au Gouvernement pour le reste.

Art. X. Personne ne sera contraint pendant l'époque provisoire ci-dessus, de recevoir en payement d'autres espèces que celles qui ont cours dans le pays, aucun papier monnoie, aucun billet de crédit ne pourra avoir cours forcé pendant la même époque.

Rép. Il n'existe pas dans la République de papiers ayant cours forcé de monnoie.

Art. XI. Vû que les troupes de la République Française se trouveront par la possession provisoire de la forteresse de Mayence en pleine sûreté du côté d'outre Rhin, on doit s'attendre avec confiance, qu'elles ne tarderont pas d'évacuer entièrement tout le territoire de Mayence situé sur la rive droite du Rhin, et d'accorder non seulement aux habitans de cette rive, mais aussi à ceux de la rive gauche, les mêmes ménagemens relativement aux contributions, requisitions et autres exactions, qu'on vient de stipuler par l'article IX. ponr ceux de la ville de Mayence.

Rép. Le territoire de Mayence sur les deux rives du Rhin sera ménagé autant que les circonstances pourront le permettre.

Art. XII. Enfin on ose réclamer en faveur de tout l'Empire encore souffrant sous le fléau de la guerre, les avantages de l'armistice et de la cessation entière de toute operation hostile stipulée très expressément par les préliminaires de Léoben.

On réclamera surtout en faveur de S. A. E. de Mayence l'assurance formelle, qu'après la preuve de déférence la plus prononcée que ce prince puisse donner à la République et à la Nation Française, il doit regarder dès ce moment la sureté de sa personne et de son Electorat comme parfaitement consolidée jusqu'a ce qu'une heureuse paix définitive avec l'Empire et avec tous ses membres, la rende permanente et inalterable.

Rép. La conduite de Son Altesse Electorale en cette circonstance, doit lui donner la certitude que le Gouvernement prendra cette demande en très-grande consideration.

Art. XIII. Les stipulations de la présente convention seront mises en exécution avec autant de ponctualité que de bonne foi; et à cette occasion la ville de Mayence ne peut manquer de témoigner sa confiance, que le Gouvernement Français trouvera conforme à sa justice et à la génerosité de la nation Française, d'ordonner l'exécution des engagemens subsistans, relativement au payement des sommes déjà liquidées pour le montant de la monnoie de siège de l'année 1793. ainsi que des bons délivrés pour les fournitures faites au militaire Français pendant le dit siège.

Rép. Le Général en chef tiendra la main à l'exécu-

tion entière des articles accordés. Référé au Gouvernement pour le surplus.

Au Quartier-Général à Wisbaden, le 9. Nivôse 6. Année Républicaine (le 29. Decembre 1797.)

Le Général en Chef de l'Armée de Mayence.

Signé: Hatry.

Le Baron de Déel.

Le Baron de Bibra.

XLV.

Schreiben des General-Lieutenants von Staader, an den General Hatry. Augsburg, den 28. December 1797.

Citoyen Général!

Des rapports certains m'ont appris depuis environ quinze jours, que les troupes Françoises avoient abandonné leurs positions précedentes, et outrepassé sur tous les points les lignes fixées par les conventions les plus solemnelles, et que, dans les lieux où elles ont penetré, elles imposent des contributions en argent et des requisitions de tout genre, en vivres et habillements, et que même des bâteaux chargés de marchandises ont été arrêtés sur le Rhin.

A la première nouvelle de ces demarches j'avois sur le champ envoyé l'ordre au Commandant du Fort d'Ehrenbreitstein, le Colonel de Faber, au Commandant de la ville de Manheim et particulièrement au Lieutenant Gl Baron de Rüdt, l'ordre de Vous faire des representations pressantes à ce sujet; mais les nouveaux avis, que je reçois, m'imposent le devoir de

m'adresser directement à Vous Cit. Général, pour Vous faire observer, combien ces procédés sont incompatibles avec l'exacte observation de la suspension d'armes, stipulée pour l'Empire Germanique, formant une partie essentielle et principale du traité de Leoben, ratifié par les gouvernemens respectifs, et depuis confirmé par le traité definitif de Campo Formio; qu'ils sont destructifs de la convention militaire de Heidelberg inhérente et supplementaire au traité de Leoben, et determinant la position reciproque des avant-postes des deux armées. C'est, pénêtré de la force de ces considerations et de confiance dans Vôtre équité, Cit. Général, que j'ai lieu de demander, et d'esperer, que Vous aurez de justes égards pour des observations consacrées par les principes du droit des gens, fondées sur la nature des choses, et la lettre des traités existans.

Recevez, Cit. Général, l'assurance de la parfaite consideration, avec laquelle je suis.

Au quartier général d'Augsbourg,
le 27. Decembre 1797.

Staader.

XLVI.

Schreiben des General-Lieutenants Freyherrn von Staader, an den General en Chef Hatry. Friedberg, den 5. Jan. 1798.

Je suis instruit, que les troupes sous les ordres du Général de brigade Hardy, ont arrèté au village de Rotenhahn près d'Ehrenbreitstein, un transport de 1608. paires de bas, ainsi qu'un chariot de la caisse

militaire, destinés pour cette forteresse, et que les reclamations reiterées du Commandant de la place, le Colonel de Faber, auprès du Général Hardy, à ce sujet, sont restés jusqu'a present sans effet. J'ai l'honneur de Vous prevenir, Général! que non seulement l'officier, chargé de l'escorte de ce convoi, est muni de passeports en règle du Général Français, Goullus, relatifs à cette destination, mais encore qu'en vertu d'une convention en forme du 10. Juin 1797, entre le précedent Commandant de la place Colonel de Sechtern, et le dit Général Goullus, la libre importation et exportation de tous les objets, à l'exception de ceux servant aux attirails et constructions militaires, tels que plomb, poudre, fer, bois, et autres munitions de guerre, a été expressement stipulée. Je ne doute pas, Général, que la connoissance de ces details, et les égards, dus à des arrangemens reciproques, ne Vous fassent envisager ces reclamations comme justes; et dans l'espoir, que Vous voudrez bien envoyer au Général Hardy l'ordre de permettre la main levée et la libre entrée dans Ehrenbreitstein, des objets ci-dessus mentionnés, je suis &c.

XLVII.

Schreiben des General-Lieutenants Freyherrn von Staader, an den Oberbefehlshaber der französischen Truppen vor Mannheim. Friedberg, den 12. Jan. 1798.

Citoyen Général!

J'ai appris par les rapports du Colonel et Commandant de la ville de Mannheim, Baron de Bartels, que

les troupes sous Vos ordres ont abandonné leurs positions précédentes, et outrepassé les lignes fixées pour les avantpostes respectifs des deux armées, en conformité de l'armistice stipulé pour l'Empire à Leoben, et de la convention militaire de Heidelberg. Ce Colonel m'ayant fait en même tems connoître, que les representations réiterées, qu'il a déjà fait à ce sujet aux Commandant des avant-postes, ont été jusqu'à présent infructueuses, je me vois obligé, en ma qualité de Commandant de l'armée de l'Empire, de m'adresser directement à Vous, Citoyen-Général, pour Vous faire observer, combien ces empiètemens arbitraires sur des limites adoptées par les deux parties, sont évidemment contraires à l'exacte observation des traités cités; et je ne doute pas, que cette seule reflexion, et le désir de Vous conformer à la lettre des traités existans, ne Vous engagent, à faire reprendre à Vos troupes les positions prescrites par eux, &c.

XLVIII.

Aufforderung der Rheinschanze vor Mannheim. Den 25. Jan. 1798.

Armée *de Mayence*,
prés Mannheim, le 25. Janv. 1798.
à 10. heures du matin.

Ambert Général de Divisions, Commandant des Division du centre de l'Armée.

A Monsieur le Gouverneur de Mannheim.

Je Vous fais la demande formelle d'évacuer dans le delai de deux heures la tête du Pont du Rhin de

Mannheim, et tous les ouvrages occupés par les troupes d'Empire sur la rive gauche de ce fleuve dans cette partie. Je dois Vous prevenir, que si Vous ne satisfaites pas à ma demande, l'armistice, qui existe entre les troupes de la République Française et celles de Son Altesse l'Electeur Palatin sera rompu, ainsi qu'entre toutes les troupes d'Empire, qui voudroient s'opposer à l'occupation de ces ouvrages par celles de la République.

Je desire, Monsieur, et tel est le voeu de mon Général en Chef, qu'un objet d'une aussi foible importance pour Son Altesse, n'apporte aucun obstacle au bonheur, et à la tranquilité, que la paix promet aux peuples, et dont ils sont a la veille de jouir.

Recevez, Monsieur, l'assurance de mon estime, et de ma consideration.

Ambert.

Pour la Copie conforme
Huber Auditeur.

XLIX.

Antwort des Obristen Bartels, Commandanten zu Mannheim, den 25. Jan. 1798.

Sur la sommation, que Vous venez de faire, Citoyen Général, des rétranchements et de la tète de pont du Rhin, j'ai l'honneur de Vous rappeller les Articles préliminaires du 18. Avril 1797. faits à Leoben et ratifiés de part et d'autre, par lesquels on est convenu principalement d'une cessation d'hostilités entre l'Empire Germanique et la France, puis la Convention dans le courant du mois du Mai 1797. à Heidelberg,

qui consolidoit les Preliminaires du 18. Avril, desquels traités il resulte à l'évidence, qu'avant de denoncer l'armistice, aucune hostilité ne pourra être reprise, d'autant moins que les negociations à Rastadt continuent encore.

Vous sentirez dans Vous même, Citoyen-Général, vû l'exposé ci-dessus et n'etant pas muni de Pleins-Pouvoirs suffisans à cet effet, qu'il ne me reste, que d'en instruire par des couriers S. A. Electorale mon maitre, le Géneral en Chef de l'Armée de l'Empire à Friedberg, et les Ministres Plenipotentiaires à Rastadt. En attendant la decision et le retour des couriers, dont je Vous ferai avertir d'abord, j'en appelle à l'armistice, qui doit être denoncé 15. jours avant que de commencer des hostilités, à Vôtre equité même, Citoyen-Général, qui Vous dictera de puissans motifs de Vous convaincre da ma juste demande d'un delai, jusqu'à ce que les reponses me seront parvenues.

Je certifie d'avoir reçu Vôtre lettre d'aujourd'hui à dix heures du matin pour decharge de Vôtre officier.

Je vous prie, Citoyen-Général, de croire aux sentiments de mon estime et de ma consideration.

Bartels.

L.

Schreiben des General-Lieutenants Freyhrn. von Staader, an den General Hatry. Friedberg, den 28. Jan. 1798.

J'ai eu l'honneur sous la date du 27. du mois dernier, de Vous faire des répresentations, fondées sur les principes les plus simples du droit des gens et de la

guerre, relativement aux empiétements arbitraires, que les troupes Françoises se sont permis, sur les lignes determinées pour les deux armées, par les conventions les plus connues; au lieu des résultats, qu'elles sembloient me promettre, et des justes égards dus à des traités existans encore dans toute leur force, j'apprends, qu'ils deviennent de jour en jour l'objet d'une infraction nouvelle, au point que le Général de division Ambert vient d'exiger du Colonel de Bartels, Commandant de la ville de Mannheim, l'évacuation de la tète de pont du Rhin et de tous les ouvrages situés sur la rive gauche, qui en dependent. Je ne puis me persuader, Général, qu'une demande de cette nature ait Vôtre aveu; elle m'impose l'obligation de m'addresser une seconde fois immediatement à Vous, et de Vous inviter à prendre en considerations le jugement, que va porter le public impartial sur cette violation manifeste du traité de Leoben, et de la convention conclue à Heydelberg entre les chargés des pouvoirs de S. A. Royale, Monseigneur l'Archiduc Charles d'une part, et des Généraux Moreau et Hoche de l'autre. Dans la supposition, que ce dernier acte pourroit encore Vous ëtre inconnu, j'en joins ici une copie. Ayés la bonté, Citoyen Général, d'en prendre connoissance, de lui vouer quelque attention, de remarquer les limites, que les armées se sont formellement préscrites, et de comparer avec leurs obligations respectives la demande du Général Ambert pour l'evacuation des ouvrages devant le pont de Mannheim, qui ne forment d'ailleurs, qu'un même système de fortifications avec ceux de la place. Des titres aussi incontestables et des òbservations aussi justes sur une tentative, qui ne Vous offre aucun

but important, et qui desavoueroit hautement la parole donnée par le gouvernement François dans des traités, jouissants la plus grande publicité, ne me permettent pas de douter, que Vous ne Vous determiniés à désaprouver la conduite du Général Ambert, et à faire cesser toute demarche ultérieure, tendant à anticiper sur des arrangemens politiques, qui vont faire l'unique objet des negociations de Rastadt.

Staader.

LI.

Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten französischen Minister. Rastadt, den 1. Febr. 1798.

Es war bisher ein, unter den Völkern Europens zu Beförderung des Zutrauens und des Friedens unter ihnen, aus wechselseitiger Ueberzeugung seiner Nothwendigkeit angenommener und beobachteter Grundsaz, daß ein zum Versuch gütlicher Uebereinkunft eingegangener Waffenstillstand, dem Zweke seiner Errichtung gemäß, so lange bey Kraft bleibe, und eine vollkommene gegenseitige Sicherheit gegen jeden feindlichen Angrif, gegen jede Handlung der Gewalt erzeugen müsse, bis die Unterhandlung zur Erzielung des unter ihnen herzustellenden Friedens von dem einen oder dem andern Theile für fruchtlos erklärt, und die Entscheidung ihres Zwistes abermal dem Ausschlage der Waffen überlassen worden seyn würde. Und selbst in diesem unglüklichen Falle glaubten die Völker durch Edelmuth und durch die Achtung für die Ehre ihres eigenen feyerlich gegebenen Worts, eben so sehr als durch die Erwartung der dauerhaften Vortheile, welche den wohlgegründeten Ruf guter Treue

begleiten, sich allerseits verbunden, mit Wiedereröfnung der Feindseligkeiten, der Frist nicht vorzueilen, welche sie auf diesen Fall ausdrüklich bedungen haben mochten.

Da es unmöglich ist, diese Grundsäze anzutasten, ohne zugleich das ganze Völkerrechts-System von Europa zu erschüttern, und da selbst ein endlicher Friedens-Vertrag keine Grundveste mehr hat, wenn man die Treue derjenigen Vorbereitungs-Verträge hinwegnimmt, welche dem Frieden den Weg bahnen, so hoffen Se. Majestät und das Reich mit grosser Zuversicht von der Ehre des Ranges, welchen die französ. Republik unter den europäischen Völkern behauptet, sie werde mit lauter Misbilligung die Unternehmung vernommen haben, durch welche der Divisions-General Ambert, am 25. v. M. sich in den Besiz der Rheinschanze von Mannheim gesezt hat. Auf die von demselben an den Commandanten von Mannheim, den Obersten, Freyh. von Bartels, an diesem Tage ergangene Aufforderung Nro. 1. ertheilte dieser die Antwort Nro. 2. ganz, so wie sie von einem Officiere von Ehre und Pflicht erwartet werden konnte. Diese Antwort wurde durch angelegten Sturm erwiedert; die Stadt Mannheim selbst durch Haubizen geängstiget, und dem Kriege wurden noch manche eben so unschuldige als fruchtlose Opfer in demselben Augenblike gebracht, wo alles sich dahier vereinigt, seinen Verwüstungen ein unverrükbares Ziel zu setzen.

Nun hat zwar der Inter. General-Commandant der Kaiserl. und Reichsarmee, Freyh. von Staader, sobald er von der ergangenen Aufforderung der Rheinschanze gehört, an den Befehlshaber General Hatry das Schreiben Nro. 3. erlassen; allein bey aller Stärke der darin angezogenen Gründe ist kaum zu hoffen, daß dieser einen so gewaltigen Schritt widerrufen werde, der nicht

anders als nach seinen eigenen Befehlen unternommen und vollzogen worden seyn kann. Und hieraus tritt die Nothwendigkeit hervor, diesen Hergang an die hier anwesenden bevollmächtigten Minister der französischen Republik zu bringen.

Von ihrer ungezweifelten Anerkenntnis der oben angeführten Grundsäze und von dem hohen Berufe, welcher sie hierher gebracht hat, die Hersteller der Freundschaft und des Zutrauens zwischen dem teutschen Reiche und der fränkischen Republik zu werden, darf man es sich versprechen, daß sie, durch ihre dringende Vorstellungen bey der Behörde, die Räumung der Rheinschanze, die Freygebung der gefangenen Officiere und Gemeinen, die Wiedergabe ihres Gepäckes sowohl als des Geschüzes, und die Loslassung der hinweggeführten Geisseln, dem Verlangen des Völkerrechts gemäß, erwirken werden.

Rastadt, den 1. Hornung 1798.

Graf von Metternich.

LII.

Schreiben des General Hatry, an den Obristen von Bartels Commandanten von Mannheim. Den 4. Febr. 1798.

Liberté *Egalité.*

République Française.

Armée de Mayence. Au Quartier-Géneral à Mayence, le 16. Pluviose an 6. de la Rép. Franç.

Le Citoyen Hatry Général en Chef à Mr. Bartels Commandant de la Place de Mannheim.

Le Directoire executif m'ordonne de declarer à l'Electeur Palatin et à Vous Monsieur, qui commandés

les troupes dans Mannheim, qu'il demande *la plus prompte* satisfaction, tant de la resistance faite à l'occupation de la tête de pont de Mannheim, et de toutes les postes sur la rive gauche du Rhin, que des suites qu'a eu cette resistance.

Qu'il exige une indemnité pour les defenseurs Français, qui ont été blessés, et pour les parens des defenseurs tués.

Le Directoire exécutif, dans la ferme persuasion, que la satisfaction ne tardera pas à être donnée, suspend toute hostilité; mais faute par l'Electeur Palatin, de s'expliquer le plus promptement sur cet objet, d'une manière qui puisse contenter la République Française, je serais forcé de les continuer.

Hatry.

LIII.

Schreiben des Generals Goullus, an den Obristen von Faber, Commandanten von Ehrenbreitstein, den 12. März 1798.

Armée de Mayence,
3. Division No. 940.

Au Quartier-Général de Vallendar, le 22. Ventôse 6. Année Républ.

Monsieur!

Quiconque examinerait Vos plaintes, les trouverait justes; il ferait sans contredit au premier aspect pencher la balance sur leur légitimité; mais quand il aurait pris connoissance des moyens, que je vais alleguer dans ma réponse, l'illusion disparaitrait, le charme cesserait, et la verité sortirait lumineuse au milieu des nuages qui l'enveloppaient.

Je

Je ne m'attacherai point, Monsieur, à nier l'existence d'une convention provisoire, conclue avec Monsieur le Baron de Sechter, Vôtre prédecesseur. Ce fait est constant; tous les articles cités, hors le ravitaillement du Thal, y sont stipulés. L'acte étoit conditionnel, il fut conclu avec le Commandant des troupes de S. M. le Roi de Bohême et de Hongrie, qui a detaché sa cause de celle de l'Empire. Vous voyez d'abord, que les motifs, qui l'ont fait nâitre, n'existent plus, et qu'à supposer qu'on vaudrait maintenir son exécution, il serait impossible, que le ravitaillement des troupes, calqué sur une force plus considerable, que celle que Vous avez aujourd'hui, pût avoir son effet.

En lisant attentivement l'accord, sur lequel Vous fondés Vos pretentions, Vous y verrez, que par une clause expresse il ne peut se maintenir, qu'avec l'assentiment de nos Généraux en Chef, qui avaient alors la direction des Armées Autrichiennes et Républicaines.

Aujourd'hui le Général Werneck est dans le territoire de son legitime Souverain; le Général Hoche n'est plus. Cette observation est assez péremtoire, a assez d'evidence, pour rendre nulles toutes les conventions particulières, que le moment commandait. Le Gouvernement n'a pû les revêtir de sa sanction, puisqu'il n'en a jamais eu une connoissance directe. Dans la supposition, où il eut été instruit, il ne pourrait qu' y faire les changemens necessités, par la nature même des circonstances. Cet exposé est concis, il sert de réponse à vôtre lettre d'hier; si le resultat n'est pas satisfaisant, il Vous fera au moins connoître les raisons sur lesquelles je m'etaye, pour arrèter ou

suspendre l'acte, qui avait provisoirement ouvert la liberté du passage d'une rive à l'autre.

J'ai donc l'honneur, de Vous prevenir, Monsieur, que toute communication extérieure est interdite, soit aux habitans du Thal, ſoit à la Garnison sous Vos ordres.

L'entrée de tous comestibles sera également prohibée. Cette mesure est de rigueur, jusqu'à ce que le Général en Chef de l'Armée de l'Empire ait pris des nouveaux arrangemens avec le Général en Chef Hatry. Aussitôt qu'ils me seront connus, je m'enpresserai de les mettre à exécution.

J'ai l'honneur d'ètre avec la consideration la plus distinguée

Goullus.

LIV.

Schreiben des Obristen von Faber, Commandanten der Festung Ehrenbreitstein, an den Herrn Domdechant zu Trier, Grafen von Kesselstadt, dd. Ehrenbreitstein, den 13. März 1798.

Auf mein Schreiben an den franzöſ. General Goullus, vom 11. dieſes, welches ich mir die Freyheit nahm, Ew. ꝛc. geſtern durch einen beſondern Weg zur hohen Einſicht gehorſamſt einzuſenden, habe ich heute die hier abermals gehorſamſt angeſchloſſene Antwort, zu meiner nicht geringen Verwunderung erhalten, weil ich bald zu zweifeln anfieng, daß man ſich franzöſiſcher Seits in eine Discußion einzulaſſen geſonnen ſey.

So viel den Inhalt dieſer Antwort angeht, ſo iſt ſie ganz in dem Tone abgefaßt, welchen ſich die franzöſi-

schen Generäle bey den verschiedenen jüngern Conventions- und Waffenstillstands-Brüchen bedienten, um Handlungen zu bemänteln, die sonst eben der Heiligkeit geschlossener Verträge nicht sehr gemäß befunden werden würden.

Indessen ist der Gegenstand wichtig; und ob ich gleich überzeugt bin, daß eine Rechtfertigung meiner Beschwerden, und eine Widerlegung der Scheingründe des Generals Goullus, wenn sie auch noch so erschöpfend ausfiele, nicht leicht eine Abänderung in der Verfahrungsart desselben erzeugen werde; so werde ich mich jedoch bemühen, ihm in einer weitern Note alles dasjenige zu sagen, was die Natur der Sache und die in Händen habende, freylich nicht sehr concludente Materialien mir erlauben werden.

Einsweilen habe ich mir, unter Vorbehalt einer weitern Antwort, bey dem General Goullus die Vergünstigung ausgebeten, dem Reichsarmee-Commando meine Meldung erstatten zu dürfen; und mit dieser Gelegenheit habe ich daher die Gnade, von diesem Vorgang die pflichtschuldigste Anzeige zu machen.

Das Beßte ist, daß der Feind noch zur Zeit in dieser Gegend zu wenig Truppen hat, um die Absicht einer unerwartet nahen Feindseligkeit vermuthen zu können; und bis dahin, daß er sich verstärkt, und seine Demonstrationen bedeutend werden können, werde ich suchen, seine Grundsäze, die er über die Dauer des Waffenstillstandes und die Verbindlichkeit der Voraufkündigung hat, zu sondiren, und allenfalls selbst mit ihm besondere Engagemens einzugehen, wobey ich es dem Reichsarmee-Commando überlasse, sich über die übrigen Communications-Verhältnisse mit dem General en Chef Harry selbst zu benehmen.

Ausser einer totalen Sperrung ist sonst hier alles ruhig.

Ich habe die Ehre ꝛc.

von Faber. Oberster.

P. S. Da mir die Absendung meines gehorsamsten Berichtes vom französischen General Goullus nicht gestattet worden, so schicke ich denselben durch einen besondern Boten nach Rastädten, und überlasse es Dero hoher Einsicht, mir die fernern Befehle zuzumitteln.

LV.

Note der Kaiserl. Plenipotenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastadt, den 15. März 1798.

Der Commandant von Ehrenbreitstein sieht seit einiger Zeit sich und die ihm anvertraute Festung einem Verfahren ausgesezt, als wenn weder ein Waffenstillstand überhaupt, noch insonderheit die ausdrücklichen Conventionen vom 24. April, und 10. Jun. v. J. vorhanden wären. Unterzeichneter kann hierüber den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik keinen vollständigern Beweis vorlegen, als die hier beygefügten vier Schreiben, welche zwischen dem General, Freyhrn. v. Staader, dem Commandanten der Festung, Obersten v. Faber, und dem General en Chef Hatry, am 5. und 13. Jan. 24. und 28. Febr. gewechselt worden sind. In dem lezten dieses Schreiben geht der General Hatry so weit, einen Befehl anzuziehen, welcher es ihm zur Nothwendigkeit mache, durch die genaueste Einschliessung der Festung ihr alle Zufuhr abzuschneiden; er sinnet sogar

an den Commandanten die Räumung dieses Plazes. Die Einschliessung ist auch wirklich erfolgt; und, welches den angeführten Conventionen eben so ungemäß ist, die fliegende Brücke, welche vermöge derselben zur Unterhaltung des Verkehrs zwischen dem Thale Ehrenbreitstein und Coblenz bis nun bestanden hatte, wurde von da nach Neuwied abgeführt.

Bey diesen Umständen, welche nicht aus einer etwa vorübergehenden militärischen Willkühr, sondern aus den mit Bestimmtheit angegebenen Verfügungen der Regierung selbst herrühren, kann Unterzeichneter nicht länger anstehen, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik um eine solche Einleitung aller dieser gerechten Beschwerden angelegentlich zu ersuchen, welche dem Reiche die Ueberzeugung gewähren möge, daß noch irgend ein fester Ruhepunkt des Zutrauens und der bestehenden Verträge vorhanden sey, und daß der Stand der Sachen während einer durch die äusserste Nachgiebigkeit bezeichneten Unterhandlung nicht mit jedem Tage verwickelt und verschlimmert werden solle.

Den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik bestätigt der Unterzeichnete abermahl die Gesinnungen seiner vollkommensten Hochachtung.

Graf von Metternich.

Vierter Abschnitt.

Aktenstücke, betreffend die in den Ländern auf der rechten Seite des Rheins angestifteten unruhigen Bewegungen.

LVI.

Note des Herrn Grafen von Metternich, an die bevollmächtigten Minister der französ. Republik. Rastadt, den 24. Jan. 1798.

Unterzeichneter kann die bevollmächtigten Minister der französischen Republik von der Besorgnis nicht ununterrichtet lassen, welche verschiedene aus der Ortenau, aus der Herrschaft Löhr, aus der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, aus dem Breisgau, und aus der Ober-Grafschaft Baden zu gleicher Zeit dahier eingelaufene Nachrichten bey der Reichsfriedens-Deputation erregt haben. Menschen, die an der öffentlichen Ruhe und Ordnung ein Misfallen haben, streueten jüngst an allen diesen Orten die Funken der Empörung aus, indem sie unter die Bewohner jener Gegenden Blätter des Aufruhrs verbreiteten, welche nichts geringeres bezielen, als die Unterthanen zum unmittelbaren Aufstand gegen ihre Landesherren anzureizen, und jeden Theil der öffentlichen Verwaltung zu zerreissen. Man entdeckte Correspondenzen, die, auf den nämlichen Zweck gerichtet, alle Grundzüge eines von weitem her dazu geordneten Plans enthielten. Einige Theilhaber und Verbreiter dieser Entwürfe wurden gerichtlich angehalten, befragt, mit ihren auf sich habenden Papieren verglichen, und sie bezeichneten in ihren Antworten eine fremde Hand, unter deren Antrieb und

Leitung dieses ruhestörerische Vorhaben zum Ausbruche befördert werden sollte. Zu allem diesen wird der französische Name gemisbraucht. Dieses ist die Ursache, warum der Unterzeichnete sich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik wendet. Er, und die Reichsfriedens-Deputation, sind gleich weit entfernt, der Angabe ruchloser Menschen den mindesten Glauben beyzumessen, die, um ihren verwegenen Anschlägen Zutrauen und Anhang zu verschaffen, sich erdreisten, die Quelle ihrer eigenen Schuld auf fremden Boden überzutragen. Da aber nichts destoweniger der Eindruck durch seine Wirkungen täglich kenntbarer wird, welchen ihre Aeusserungen auf das leicht zu bethörende Landvolk gemacht haben und noch machen; da die Vorspiegelung fremder Theilnahme und Unterstüzung, mit welcher die Aufwiegler seine Leichtgläubigkeit täuschen, ihm gefährlicher werden kann, als jeder andere Trug; da der französischen Republik nichts unangenehmer seyn kann, als zu Stöhrung des innern Friedens des Reichs ihren Nahmen verunglimpft zu sehen, in dem Augenblick, wo dasselbe die Herstellung des äussern Friedens mit unterhandelt; da endlich die Gesinnungen, die öffentlichen Versicherungen und der persönliche Character der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, über den Grund der Sache selbst die vollkommenste Beruhigung geben, so beschränkt sich der Zweck, warum Unterzeichneter diesen Gegenstand zu ihrer Kenntnis bringt, einzig darauf, sie um eine Aeusserung oder um die gefällige Veranlassung irgend einer so deutlich sprechenden Maaßregel zu ersuchen, woraus jedermann erkennen möge, mit welchem Unwillen die französ. Republik es fühle, daß in einem, der unmittelbaren Wiederkehr der Eintracht und der Freundschaft geweiheten Zeitpunkte, un-

ter den Augen des zu diesem Ende hier versammelten Congresses, selbst der Nahme ihrer öffentlichen Beamten zur Verleitung und Bestärkung solcher Unternehmungen gemisbraucht werde. Indem nun Unterzeichneter der Antwort der bevollmächtigten Minister der französischen Republik mit allem Vertrauen entgegensieht, hat er die Ehre Denenselben die Gesinnungen seiner ausgezeichnetsten Hochachtung andurch zu erneuern 2c.

Graf von Metternich.

LVII.

Antwort der französischen bevollmächtigten Minister, den 25. Jan. 1798.

Les Soussignés avoient deja connoissance, lorsque la note de M. le C. de Metternich M. Plenipotentiaire de Sa Maj. l'Empereur, leur est parvénue, de quelques écrits séditieux repandus par des malveillans.

Personne n'ignore *qu'une faction étrangère a depuis longtems medité et préparé la desorganisation, par l'abus des principes même de sagesse et de liberté, qui fondèrent la Republ. Franç.* Le Gouvernement a su par une heureuse combinaison de prudence et de fermeté, dejouer ces projets sinistres.

L'Europe en est temoin, et les principes du Directoire exécutif sont tellement connus, que les M. de la Republ. ne croiront jamais, qu'on ait pu sérieusement leur demander une declaration à ce sujet.

C'est au moment où la paix se prépare, que cette faction desorganatrice s'agite avec le plus de violence; à ce trait on ne peut méconnoître ni la main, qui

la

la dirige, ni les instrumens, qu'elle emploie; les M. de la Republ. Franç. n'ont cessé d'en demander l'eloignement.

Il leur reste encore un autre voeu à former; c'est que des personnes revêtues d'un caractère respectable soyent assez maitresses de leurs expressions, dans toutes les circonstances, pour que tout ressentiment puisse demeurer assoupi, et qu'on n'accrédite aucune calomnie.

Les M. P. de la Republ. Franç. transmettront à leur Gouvernement la note de Mr. le Cte. de Metternich, et ils ont l'honeur de lui renouveller l'assurance de leur consideration la plus distinguée.

Rastadt le 6. Pluviose
l'an 6. de la Republ. Franç.

Treilhard. Bonnier.

LVIII.

Fernere Note an die bevollm. Minister der Franz. Republik, von der Kaiserl. Plenipotenz. d. d. Rastadt den 1. Hornung 1798.

Unterz. hatte die Ehre die Note zu empfangen, welche die bevollm. Minister der franz. Republik am 25ten Januar in Rückantwort auf die diesseitige vom 24ten des näml. Monaths, wegen einiger auf dem rechten Rheinufer in den Gegenden der Ortenau, der Herrschaft Löhr, der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, dem Breisgau und der Obermarggrafschaft Baden geschehene Volksaufwiegelungen, zu übersenden beliebt haben. Derselben Innhalt bestätigt die ihm schon vorhergegangene Ueberzeugung,

daß die franz. Regierung eben so wenig, als die persönlichen Gesinnungen der bevollmächtigten Minister, Versuche zu billigen, noch weniger zu unterstüzen geneigt seyn, welche die Losreissung der Unterthanen gegen ihre rechtmäßige Landesherrschaft nur in der Absicht bezielen können, Ruhe und Ordnung zu zerstören, und die Bande der Gesellschaft aufzulösen.

Ohne also von den Folgen dergleichen strafbarer Bemühungen etwas weiteres zu erwähnen, beschränkt Unterz. sich hierauf, den bevollmächtigten Ministern der franz. Republik folgende bey der Untersuchung aufgeklärte und erwiesene Thatsachen, in demjenigen vollen Zutrauen hier mitzutheilen, welches eines Theils die wechselseitige Achtung der Völker gebietet, anderntheils aber die hierüber von den bevollmächtigten Ministern abgegebene vorläufige Aeusserung einflößt.

Es hat sich nämlich bestätigt, daß zwischen dem 15–24 Jenner d. J. zwölf Straßburger-Bürger, mit einem in Straßburg gedruckten Volksaufruf zum allgemeinen Aufstand der deutschen Unterthanen und mit einer Menge weis, roth und grüner Cocarden in die Gegenden des rechten Rheinufers und besonders in das Würtembergische ausgezogen seyn; — daß darunter der ehemals in Willstadt jezt aber in Straßburg wohnende Bürger und Doctor Medicine Schwan, der als Jurae bey dem Tribunal Criminel angestellt seyn soll, eine Hauptrolle spiele; daß er einen gewissen Obsthändler Stampf, der in Straßburg in der Garten-Gasse N°. 12 als Bürger wohnt, einen gewissen Stamm den ehemaligen Vertrauten des Gen. Custine in Mainz — den Professor Hirt, den Apotheker List welcher sich eines vertrauten Zutritts bey dem Gener. Augereau rühmt, den Obstkrämer Roll, die Bürger und Glashändler Schwarz, alle aus Straß-

burg, und einen sichern Schumacher, der bey 17. Jahren bey dem Kaufmann Rübsamen in Straßburg gedient hatte, zu Gehülfen habe; daß besonders obiger Doctor Schwan dem bereits seit zwey Monathen in Altenheim bey Löhr anwesenden Schumacher mehrere Exemplare seiner am 10. Nivose des v. J. zu Straßburg im Münster gehaltenen Jacobinischen Freyheits-Rede überschickt, und dieser sie allda verbreitet habe; daß Schwan, durch das Bothentragen des Obsthändlers Stampf, unter dem scheinbaren Vorwand eines Güter-Verkaufs im Elsaß, deren Verwalter er war, mit dem Schumacher einen auf die Aufwiegelung bezughabenden Briefwechsel unterhalten habe; daß Schwan am 16. dem mit einem solchen Brief vorausgeschickten Boten Stampf, mit einem andern Straßburger-Bürger Karl nachgefolget, und daß er nebst zwey anderen Emissarien im Wirthshause zum Hirschen in Altenheim am 18 Jenner anfänglich mit dem Schumacher und den dazu berufenen Bauren, über den Gutsverkauf sich unterredet, darauf aber die Volksfreyheit geprediget, die franz. Verfassung angerühmt, und die Bauren zur Aufrichtung eines Freyheits-Baums nicht allein aufgemuntert, sondern sogar sich erkundiget habe, ob dort herum nicht ein dazu dienlicher Baum vorhanden sey? — und daß, da die dortige Orts-Obrigkeit endlich hierüber aufmerksam geworden war, derselbe sich nebst seinen beyden Emissarien nach Ichenheim in das Badensche geflüchtet, allda mit ihnen am 19. in dem Wirthshaus zum Hechte die französische Verfassung abermals angerühmt, gegen den Congreß in Rastadt und gegen die dort vorgehende Verhandlung der Länder und Menschen grosse Schmähreden ausgestossen, und, da sie auch hier dem Vater des Hechtwirths nicht getrauet hätten, mit Hinterlassung einer von J. G.

Schwan den 10. Nivos (den 30ten Dec. v. J.) in dem Münster zu Straßburg gehaltenen Freyheitsrede nach Emmendingen sich gewendet haben; daß eben dieser Schwan, selbst in Willstadt dem dasigen Orts-Schultheissen Wetzel gedruckte Aufruhrszettel gegeben und gesagt habe, es stünde etwas grosses bevor, und er seye in geheimen Aufträgen vom General Augereau in das Land geschickt worden; — endlich, daß, kurz nach dem Altenheimer-Auftritt, die dasigen Bauern den Vertrauten des Schwan, den Obsthändler Stampf, bis nach Dunzenheim verfolgt, ihn allda gefänglich eingezogen, dieser aber ein an den Schwan gerichtetes Schreiben, der Wirthin zur grossen Linde zum Verbrennen gegeben habe, weil er, wie er zum Protocoll gestand, in demselben etwas von Freyheit und Volksaufstand gelesen habe, und dieses ihm das Leben würde gekostet haben; daß auch die meisten dieser Thatsachen von den gefänglich eingezogenen Schumacher und Stampf eingestanden worden, und während dieses in Altenheim geschehen ist, von obigem Professor Hirt in Auenheim mehrmals die Freyheit geprediget, von einem sichern Schwarz, Glashändler in Straßburg, die gedruckten Aufruhrzettel in Neumühl, Willstadt in der Ortenau, und in Löhr ausgestreuet, und von einem zu Richern sizenden Volksverführer, durch ähnliche Austheilung der Aufruhrszettel, und durch Vorlegung anderer gefährlichen Fragstücke, die Volksstimmung zu gewinnen beabsichtet worden sey.

Aus diesem Hergange der Sache ist nnn erwiesen, daß die Nachricht über die in oberwähnten Landesbezirken versuchte Aufwiegelungen wirklich gegründet gewesen, und daß mehrere Urheber derselben durch vorgegangene rechtliche Untersuchung entdeckt und überführt worden

seyen. — Unterz. hat daher die Ehre, die bevollm. Minister der franz. Republik zu ersuchen, diese öffentlich Denenselben nunmehr namentlich bekannt gemachten Ruhestörer, welche in einem jeden wohlgeordneten Staate gefährliche Leute sind, zur Verantwortung und Genugthuung zu ziehen; wie denn auch zuversichtlich von den betreffenden Landesherrschaften unter dem Schuze der bestehenden Reichs-Polizey-Geseze solche zweckmäßige Vorkehrungen eintreten werden, welche einem so äusserst bedenklichen und zudringlichen Unfug unrücksichtlich alles Faktionsgeistes, von welcher Gattung er immer sey, zu steuern im Stande sind; wobey man sogleich der erleuchteten Prüfung der bevollm. Minister überläßt, unter welche Classe sie die hier in Frage gekommene Volksbewegung zu sezen belieben wollen? — Unterz. hat die Ehre, die Gesinnungen der ausgezeichnetsten Hochachtung hiermit zu erneuern ꝛc.

Graf von Metternich.

LIX.

Note der französischen bevollmächtigten Minister an die Kaiserliche Plenipotenz, den 2. Febr. 1798.

Au moment où les Ministres Plenipotentiaires de la République Française, répondant à une Note du Ministre Plénipotentiaire de S.M. l'Empereur, temoignaient toute l'improbation du Gouvernement François contre les mouvemens, qu'on assurait avoir lieu sur la rive droite du Rhin. le Directoire éxecutif prenoit de fortes mesures pour connoitre et faire punir les auteurs et complices de ces mouvemens.

Il a chargé expressement par un arrèté du 8. Pluv. ses Commissaires prés les administrations centrales et les tribunaux criminels, de dénoncer les prévénus aux accusateurs publics, pour ètre poursuivis et punis conformément aux loix. Il a aussi chargé expressément les Ministres de la Republique Française au Congrés, de prendre des renseignemens sur les individûs, qui ont pris part à ces coupables tentatives, et s'il se trouvoit parmi eux des Français, d'en requerir l'arrestation et l'extradition.

En instruisant le Ministre Plenipotentiaire de S. M. l'Empereur de ces mesures également sages et vigoureuses du Directoire, les Ministres Plénipotentiaires de la Republique Française observent, qu'ils avoient designé dans leur Note du 6. Pluviose les instigateurs et les instrumens de ces troubles; le Gouvernement Français en a porté le mème jugement, et les éclaircissemens parvénus depuis l'ont confirmé. Des gravures et d'autres pièçes repandues et distribuées au peuple dans le Comté de Hanau, et sur la rive droite du Rhin, en sont une preuve; les mêmes colporteurs etoient chargés de prétendus traités de paix imaginés en Angleterre, pour sémer partout l'inquiétude et l'agitation; et d'une gravure, représentant un oiseau, couronné avec une croix sur le coté et une queue parsemée de tètes de mort; l'explication se trouve ensuite; la couronne et la croix annonçent, dit on, le retablissement en France du trône et d'une religion dominante, et les six pieds et les tètes de mort signifient, que ce nouvel ordre sera solide, et qu'il sera cimenté par une grande effusion de sang.

L'on ne peut méconnoitre les auteurs de ces infames extravagances. Les principaux agens se trou-

vent dans cette classe, ennemie irreconciliable du Gouvernement Français, qui se porte avec tant d'obstination sur ces bords depuis l'ouverture du Congrés, qui change tous les jours de noms et de formes, pour s'y maintenir, ou pour y rentrer après en avoir été chassé, et qui cependant trouvent encore le moyen de se faire accueillir par quelques personnes, se disant révêtues d'un caractere respectable.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française présentent au Ministre Plenipotentiaire de S. M. l'Empereur l'assurance de leur parfaite consideration.

Rastadt le 13. Pluviose
an. 6. de la République.

Signé. Treilhard. Bonnier.

LX.

Antwort der französischen bevollmächtigten Minister auf die Note vom 1. Febr. Den 2. Febr. 1798.

Les Ministres de la Republ. Franç. ont reçu la note de Mr. le Cte. de Metternich, M. P. de Sa Maj. l'Empereur datée du 13. Pluviose présent mois; ils l'ont lue avec toute l'attention, que mérite l'importance de son objet. Les faits, dont elle fait mention, ne sont pas tous à beaucoup près de la même gravité; il en est même, que les M. P. de la Republ. Franç. ne pourront jamais considerer comme un delit, comme par exemple l'éloge de la Constitution Françaife.

Les deux individus arrêtés sont, est il dit dans la note, convenus d'une partie des faits; mais s'ils n'avoient avoué que ceux, qui ne sont pas criminels, on ne pourroit tirer contre eux aucune induction de leur aveu.

Les M. P. de la Republ. Franç. attendent les renseignemens ulterieurs, que voudra bien leur donner le M. P. de Sa Maj. l'Empereur; ils s'empresseront de remplir les intentions de leur Gouvernement, consignées dans la note du 13. de ce mois, à laquelle ils se refèrent. Ils n'ont jamais douté, que les provocateurs de desorganisations pussent trouver des instrumens parmi des Français indignes de ce nom; ils savent aussi, qu'ils ont fait souvent entrer dans leur plan de compromettre des noms respectables.

Les soussignés persistent à croire, qu'ils ne se sont pas mépris sur les véritables auteurs de ces coupables mouvemens; ils prient le M. P. de Sa Maj. l'Empereur d'agréer l'assurance de leur haute consideration.

Rastadt le 14. Pluv.
an. 6. (2. Febr. 1798.)

Treilhard. Bonnier.

N a c h t r a g

zu den vier ersten Abschnitten

der

Aktenstüke und Urkunden.

P

Nachtrag zu dem ersten Abschnitt.

IV. b.

Fernere Convention über die Neutralitäts-Demarcations-Linien, für das nördliche Deutschland, zwischen Preussen und Frankreich geschlossen zu Berlin, den 5. Aug. 1796.

S. M. le Roi de Prusse et la République Françoise, ayant jugé convenable de modifier, d'une maniére conforme aux circonstances actuelles, les stipulations concernant la neutralité du Nord de l'Allemagne convenue par le traité de Bâle du 5. Avril 1795. et par la convention du 17. Mai *ejusdem*, Elles ont nommé pour se concerter à ce sujet, savoir:

S. M. Prussienne le Sieur *Chretien Henri Comte de Haugwitz*, son ministre d'Etat, de guerre et de cabinet, et

La *République Françoise*, le Citoyen *Antoine Bernard Caillard*, son Ministre plénipotentiaire *à Berlin*.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. 1. La République Françoise s'abstiendra de pousser les opérations de la guerre ou de faire entrer ses troupes, soit par terre, soit par mer, dans les pays et Etats compris dans la ligne de démarcation suivante.

Cette ligne commencera depuis la partie du Duché de *Holstein*, située sur la mer du Nord, s'étendant le long des bords de cette mer du côté de l'Allemagne et comprenant l'embouchure de *l'Elbe*,

du *Weser*, et de *l'Ems*, ainsi que les isles situées dans ces passages jusqu'à *Borkum.* De-là elle suivra les frontières de la *Hollande*, jusqu'à *Anholt* passant *Heerenberg*, et en comprenant les possessions *Prussiennes*, près de *Sevenaer* jusqu'à *Boork* sur *l'Yssel;* elle ira ensuite le long de cette riviére jusqu'à son confluent avec le *Rhin*; delà elle remontera ce dernier fleuve jusqu'à *Wesel*, et plus loin, jusqu'à l'endroit où la *Roer* s'y jette; elle longera ensuite la rive gauche de la *Roer* jusqu'à sa source; delà, laissant la ville de *Medenbach* à sa gauche, elle prendra sa direction avec la *Fulde* et remontera enfin cette riviére jusqu'à sa source.

Art. 2. La République Françoise regardera comme pays et États neutres, tous ceux qui sont situés derriére cette ligne, à condition qu'ils observent, de leur côté, une étroite neutralité, dont le premier point sera de ne plus fournir pour la continuation de la guerre aucunes contributions pécuniaires quelle qu'en soit la dénomination; de rappeller réellement, s'ils ne l'ont déjà fait, leur contingent, et cela dans le délai de trois mois, à compter de la signature du présent traité, et de ne contracter aucun nouvel engagement qui puisse autoriser à fournir des troupes aux puissances en guerre avec la France. Ceux qui ne rempliront pas ces conditions, seront exclus du bénéfice de la neutralité.

Art. 3. Quant à la partie du Comté *de la Mark*, qui se trouve sur la rive gauche de la *Roer*, et qui n'est pas comprise dans cette ligne, elle n'en jouira pas moins d'une entiére neutralité; mais S. M. Prussienne consent à ce que les troupes des puissances belligérantes puissent la traverser, bien entendu qu'elles ne

pourront y établir le théâtre de la guerre, ni y prendre des positions retranchées.

Art. 4. S. M. Prussienne nommera des commissaires qui, dans le cas de passage effectif des troupes Françoises par la dite partie du Comté de la Mark, veilleront au maintien du bon ordre, et auxquels les généraux et agens François s'adresseront.

La République Françoise promet et s'engage de faire payer au plus tard dans 3. mois, en espéces sonnantes, tout ce qui y sera fourni et consommé pour le compte de l'armée Françoise, de procurer tous les dédommagemens justes et raisonnables et de faire observer une discipline sévére.

Art. 5. Les principautés de S. M. Prussienne en Franconie ainsi que le Comté de *Sayn-Altenkirchen* sur le *Westerwald*, y compris le petit district de *Bendorf* au dessous de *Coblence*, étant dans la possession de S. M. le Roi de Prusse, ils sont censés compris dans les stipulations exprimées ci-dessus en faveur du Comté de la *Mark* situé sur la rive gauche de la *Roer*.

Art. 6. S. M. le Roi de Prusse se charge de la garantie, qu'aucunes troupes des Etats compris dans la neutralité du Nord de l'Allemagne, ne sortent de la ligne indiquée à l'article I. pour combattre les armées Françoises ni pour exercer aucunes hostilités contre les Provinces Unies; pour cet effet, elle rassemblera un corps d'observation suffisant, et se concertera à cet égard avec les Princes et chefs dont le pays sont renfermés dans la ligne de demarcation, afin qu'ils se joignent à elle pour concourir à ce but. L'unique destination de ce rassemblement est, de garantir le Nord de l'Allemagne contre tout ce qui portera atteinte à sa sûrété.

Art. 7. La présente convention sera ratifiée par les parties contractantes, et les ratifications en seront échangées dans le terme d'un mois au plutard, à compter de la signature, en foi de quoi, la dite convention a été signée et scellée par les Plénipotentiaires susmentionnés.

Fait à Berlin le 5. Aout 1796, vieux style; et le 18. Thermidor, l'an IV. de la République Françoise.

XIII. b.

Geheime Artikel des Friedens zu Campo Formio vom 17. October 1797.

Art. 1. S M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, consent que les limites de la République Françoise s'etendent jusqu'à a ligne ci-dessous désignée, et s'engage à employer ses bons offices, lors de la paix avec l'Empire Germanique, pour que la République Françoise obtienne cette même ligne, savoir: la rive gauche du Rhin depuis la frontiére de la Suisse au dessous de Basle jusqu'au confluent de la Nette au-dessus d'Andernach, y compris la tête-de-pont de Mannheim sur la rive gauche du Rhin, et la ville et forteresse de Mayence, l'une et l'autre rive de la Nette depuis son embouchure jusqu'à sa source près de Bruch; de-là une ligne passant par Marmagen, Call, Gemünd, y compris les deux rives de la Roër, en y comprenant Heimbach, Nidegen, Duren et Juliers, avec leurs arrondissemens jusqu'à Lunnich; de-là une ligne passant à Hoffern

et Kalensdalem, Papelwac, Lutelforst, Badenberg, Haversloo, (s'il se trouve dans la direction de la ligne) Auderschied, Kaldekirchen, Hinsbeck, Heringen et Grasbarg, avec la ville de Venlo et son arrondissement; et si malgré les bons offices de Sa Majesté l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohême, l'Empire Germanique ne consentoit pas à l'acquisition pour la République Françoise de la ligne de limites ci-dessus designée, S. M. l'Empereur et Roi s'engage formellement à ne fournir à l'armée de l'Empire que son contingent, qui ne pourra être employé dans les forteresses, sans que par-là-il soit porté aucune atteinte à la paix et à l'amitie qui viennent d'être établies entre Sa dite Majesté et la République Françoîse.

Art. 2. S. M. l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohême employera également ses bons offices lors de la pacification avec l'Empire Germanique.

Art. 1°. Pour que la navigation du Rhin soit libre pour la République Française et les Etats de l'Empire situés sur la rive droite de ce fleuve, depuis Huningue jusqu'à son entrée dans le territoire de la République Batave.

Art. 2°. Pour que les possesseurs de la partie allemande opposée à l'embouchure de la Moselle ne puissent jamais, ni sous quelque prétexte que ce soit, s'opposer à la libre navigation et sortie des bateaux, barques ou autres bâtimens hors de l'embouchure de cette riviére.

Art. 3°. Pour que la République Franç. ait la libre navigation de la Meuse, et que les péages et autres droits, qui pourroient se trouver établis depuis Venloo jusqu'à son entrée dans le territoire Batave, soient supprimés.

Art. 3. S. M. J. et R. renonce pour Elle et ses successeurs à la souveraineté et propriété du Comté de Falkenstein et de ses dépendances.

Art. 4. Les pays que S. M. le Roi de Hongrie et de Bohème doit posséder en vertu de l'art. 6. du traité patent définitif signé aujourd'hui, serviront de compensation pour les pays auxquels Elle a renoncé par les art. 1. et 7. patents du traité, et par l'article précédent. Cette renonciation n'a de valeur qu'autant que les troupes de S M. J. et R. occuperont les pays qu'elle acquiert par l'article susdit.

Art. 5. La République Françoise employera ses bons offices pour que S. M. l'Empereur acquiére en Allemagne l'Archevèché de Salzbourg, la partie du Cercle de Bavière située entre l'Archevèché de Salzbourg, la rivière de l'Inn, avec l'arrondissement de rayon de trois mille troises.

Art. 6. S. M. J. et R. cédera, à la paix de l'Empire, à la République Françoise la souveraineté et propriété du Frickthal et de tout ce qui appartient à la maison d'Autriche à la rive gauche du Rhin entre Zurzach et Basle, moyennant qu'à la paix susdite S. M. obtienne une compensation proportionnée en Allemagne, qui soit à sa convenance. La République Françoise réunira les dits pays à la Republique Helvétique, moyennant les arrangemens qu'elles pourroient prendre entre elles, sans porter préjudice à S. M. l'Empereur et Roi, ni à l'Empire.

Art. 7. Il est convenu entre les deux puissances contractantes, que si, lors de la pacification prochaine de l'Empire Germanique, la République Françoise fait une acquisition en Allemagne, S. M. l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohème doit également y ob-

tenir un équivalent ; et réciproquement, si S. M. J. et R. fait une acquisition de cette espéce, la République Françoise en obtiendra une pareille équivalente.

Art. 8. Il sera donné une indemnité territoriale au Prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stathouder de Hollande. Cette indemnité territoriale ne pourra être prise dans le voisinage des possessions autrichiennes, ni dans celui de la République Batave.

Art. 9. La République Françoise n'a point de difficulté à restituer au Roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin ; en conséquence il ne sera question d'aucune acquisition nouvelle pour le Roi de Prusse ; c'est ce que les deux puissances contractantes se garantissent mutuellement.

Art. 10. Si le Roi de Prusse consent à céder à la République Françoise et à la République Batave des petites portions de son territoire, qui se trouve sur la rive gauche de la Meuse, ainsi que l'enclave de Sevenum et autres possessions vers Kessel, S. M. l'Empereur et Roi de Hongrie et de Bohême employera ses bons offices pour rendre praticables les dites cessions et les faire adopter par l'Empire Germanique. L'inexécution du présent article ne pourra pas détruire l'effet de l'article précédent.

Art. 11. S. M. l'Empereur ne s'oppose pas à l'usage que la République Françoise a fait des fiefs Imperiaux en faveur de la République ligurienne. S. M. l'Empereur réunira ses bons offices à ceux de la République Françoise pour que l'Empire Germanique renonce aux droits de souveraineté qu'il pourroit avoir en Italie et spécialement sur les pays qui font partie des Républiques cisalpine et ligurienne, ainsi

que sur les fiefs Impériaux, tels que la Lunigiana et T...., situés entre la Toscane et les Etats de Parme, la République ligurienne, la République Lucquoise, et le ci-devant Modenois; lesquels fiefs feront partie de la République Cisalpine.

Art. 12. S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, et la République françoise, réuniront leurs bons offices, lors de la pacification de l'Empire Germanique, pour que les différens princes et Etats de l'Empire qui se trouveront éprouver quelque perte de territoire et des droirs en conséquence des stipulations du présent traité de paix, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire Germanique, et particulierement les Electeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, l'Electeur palatin de Baviere, le Duc de Wirtemberg et Teck, le Margrave de Baden, le Duc des Deux-Ponts, les Landgraves de Hesse-Cassel et Darmstadt, les Princes de Nassau-Saarbruck et Salm-Kyrbourg, Loevenstein-Werthheim et Wied-Runckel, et le Comte de la Leyen, obtiennent en Allemagne des indemnités convenables, qui seront reglées de commun accord avec la République Françoise.

Art. 13. Les troupes de S. M. l'Empereur évacueront vingt jours après l'échéance de la ratification du présent traité, les villes et forteresses de Mayence, Ehrenbreitstein, Philipsbourg, Mannheim, Kœnigstein, Ulm, Ingolstadt, ainsi que tous les territoires appartenans à l'Empire Germanique jusqu'à ses états héréditaires.

Art. 14. Les présens articles secrets auront la même force, que s'ils étoient insérés mot pour mot dans le traité de paix patent signé aujourd'hui; ils seront ratifiés à la même époque par les deux parties

contractantes et les actes de ratification en due forme seront échangés à Rastatt.

Fait et Signé à Campo-Formio le 17. Oct. 1797. (26. Vendemiaire) an VI. de la République Françoise une et indivisible. Signé *Bonaparté.* — Le Marquis *de Gallo*, *Louis* Comte *de Cobentzel*, le comte *de Meerfeld*, Général-major, le Baron *de Degelmann.*

XIII. c.

Geheime Convention zwischen Frankreich und Oesterreich. Rastadt, den 1. December 1797.

En exécution du traité de Campo-Formido, et de la convention additionnelle, les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohême, et les Plénipotentiaires de la République françoise, s'étant réunis avec les généraux respectifs chargés d'ordonner les mouvemens d'évacuation, sont convenus des articles suivans, et se les sont mutuellement garantis.

Art. 1. Les troupes de S. M. l'Empereur Roi de Hongrie et de Bohéme et celles de l'Empire qui sont à sa solde, évacueront le territoire de l'Empire de manière que le 25. Décembre (5. Nivôse) elles soient dans les Etats-Héréditaires de S. M. et au-delà de la rivière de l'Inn.

Art. 2. Le contingent de S. M. l'Empereur repassera le Lech et ne pourra être employé dans les forteresses de l'Empire.

Art. 3. Les troupes autrichiennes de la garnison de Mayence ne pourront, au 25. Décembre, excéder 15,000. hommes.

Art. 4. Le même jour l'armée Françoise évacuera les pays Vénitiens que doit occuper S. M. l'Empereur.

Art. 5. Il restera 15,000. hommes de troupes Françoises dans les susdits pays Venitiens, tant pour former les garnisons de différentes places fortes, que pour maintenir l'ordre.

Art. 6. Le 20. Décembre, les troupes de S. M. l'Empereur auront évacué les places de Mannheim, Philipsbourg, Ehrenbreitstein, Ulm, Ingolſtadt et Würzbourg, et elles les remettront à qui il appartient : l'artillerie et l'approvisionnement de guerre et de bouche existant actuellement dans ces places, et appartenant à S. M. l'Empereur, devront être évacués à cette époque.

Art. 7. Les troupes de S. M. l'Empereur, l'artillerie ainsi que les approvisionnemens de guerre et de bouche appartenant à S. M. sortiront de la ville de Mayence, de manière à ce que le 30. Décembre (10. Nivose) cette opération soit entièrement achevée.

Art. 8.) Le 10. Décembre (20. Frimaire) les troupes François investiront la ville de Mayence, en laissant les communications ouvertes aux troupes autrichiennes.

Art. 9. Avant le 8. Décembre (18. Frimaire), les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur déclareront à l'Empire que l'intention de leur souverain est d'évacuer le territoire et les forteresses de l'Empire.

Art. 10. Les plénipotentiaires de S. M. l'Empereur s'employeront pour procurer aux troupes Françoises de la part de l'Electeur de Mayence ou de celle de

l'Empire, l'occupation de la ville de Mayence pendant le cours des négociations, de manière que les troupes Françoises puissent y être le 30. Décembre (10. Nivose); et si l'Electeur de Mayence ou l'Empire ne vouloit pas y consentir, la République Franç. pourra les obliger par la force.

Art. 11. Les Généraux françois commandant les troupes qui se trouvent autour de la forteresse d'Ehrenbreitstein, donneront aux troupes autrichiennes, qui évacueront cette place, toutes les facilités nécessaires pour leur passage, Ils procureront en même tems aux Généraux autrichiens les chevaux, bateaux, et autres moyens nécessaires au transport de l'artillerie et des munitions de guerre et de bouche.

Art. 12. Les troupes françoises et cisalpines évacueront le 30. Déc. (10. Nivose) les places de Palmanuova, Osoppo, Porto Legnago, Verone et les deux châteaux, Venise et le territoire vénitien, jusqu'à la ligne de demarcation.

Art. 13. Le général commandant les troupes de S. M. l'Empereur en Italie, et le Général commandant les troupes françoises, prendront toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de l'article 6. du traité de Campo-Formio: ces deux Généraux se concerteront également pour lever tous les obstacles qui pourroient s'opposer à l'occupation pour le 30. Dec. (10. Nivôse) par les troupes impériales des pays et des forteresses qu'elles doivent occuper en conséquence du susdit article et de l'article 5. de la convention additionnelle et secrete.

Art. 14. S'il restoit encore de l'artillerie et des magasins de guerre et de bouche appartenant à la Répub. Franç. dans les pays ou forteresses que son

armée évacuera en Italie, lorsque ces pays ou forteresses seront occupés par les troupes de S. M. l'Empereur, il sera accordé toute facilitè et protection nécessaire pour l'évacuation des dits magasins.

Fait et signé à Rastatt, le 1. Dec. 1797. (11. Frim. an VI. de la Repub. Franç.)

Signé à l'original:

Bonaparte.— Louis de Cobenzel.
Le Comte de Baillet de la Tour.
Le Comte de Merveldt.

Nachtrag zu dem zweiten Abschnitt.

XVII. b.

Nachtrag zu der Vollmacht der französischen Minister, vom 24. Jan. 1798.

Extrait des registres des déliberations du Directoire exécutif, Paris le 5. Pluviose, l'an VI. de la République Françoise une et indivisible.

Le Directoire exécutif, intreprétant en tant que besoin, son arreté du 6. Brumaire dernier, déclare que les Ministres plénipotentiaires y designés pour la négociation avec l'Empire Germanique, convenue par l'article 20. du traité de Campo-Formio du 26. Vendemiaire précédent, sont revetus de tous les pouvoirs nécessaires pour conclure et signer tous traités et conventions auxquels donnera lieu la négociation présentement ouverte à Rastatt.

Le présent arreté ne sera pas imprimé; le Ministre des rélations exterieures est chargé de son exécution.

Pour expédition conforme,
le President du Directoire exécutif,
(L. S.) signé Barras.
par le Directoire exécutif,
le Sécrétaire général,
signé Lagarde.

pour Copie conforme
les Ministres plénipotentiaires de la République Françoise au Congrès de Rastatt.
(L. S.) Bonnier. Jean de Bry.
par les Ministres plénipotentiaires
le Sécrétaire de la Légation Françoise
Rosenstiel.

Nachtrag zu dem dritten Abschnitt.

XXV. b.

Decret des französischen Directoriums wegen der ersten Einrichtungen in den eroberten Landen zwischen der Maas und dem Rhein, und dem Rhein und der Mosel, vom 4. Nov. 1797. (14. Brum. an VI.)

Le Directoire exécutif, voulant déterminer les bases d'après lesquelles se conduira le citoyen Rudler, Commissaire du gouvernement dans les pays conquis, tant entre Meuse et Rhin, qu'entre Rhin et Moselle, arrête:

Art. 1. Le Citoyen Rudler est chargé de distribuer provisoirement les pays entre Meuse et Rhin, et entre Rhin et Moselle, en Départemens, en arrondissemens de tribunaux correctionnels et en Cantons, en donnant à chacune de ces divisions la plus grande latitude possible.

Art. 2. Il y établira des administrations départementales et municipales, des tribunaux civils, criminels, correctionnels et de paix, des administrations pour les forêts, mines, salines, forges et autres usines, et il nommera provisoirement les membres qui devront composer chacune de ces autorités.

Art. 3. Il y établira les impositions fonciére et personnelle, les droits d'enregistrement, de timbre et de passe, sur les mêmes bases et d'après les mêmes principes qu'ils sont établis dans le territoire de la République Françoise. Il nommera provisoirement, à cet effet, tous receveurs et percepteurs nécessaires.

Art. 4. Les droits d'enregistrement et de timbre y seront perçus du jour que les bureaux nécessaires à cet effet seront mis en activité.

Art. 5. Les impositions fonciére et personnelle y seront perçues à compter du premier Vendémiaire dernier; au moyen de quoi le Commissaire du gouvernement annoncera, que les droits de dîme, les droits féodaux, casuels, et les anciennes impositions analogues à celles ci-dessus mentionnées, seront supprimés à compter du même jour.

Art. 6. Pour mettre l'imposition fonciére en activité, le Commissaire du gouvernement chargera les administrations départementales et municipales, de se faire délivrer par chaque possesseur de biens fonds, une déclaration de la quantité, qualité et valeur en capital des dits biens.

Art.

Art. 7. Tout bien-fonds, que le possesseur n'aura pas déclaré dans le délai qui sera prescrit, ou dont il auroit, dans sa déclaration, affoibli la quantité, ou valeur jusqu'à concurrence d'un quart, sera séquestré au profit de la République, jusqu'à ce qu'il en ait été autrement ordonné.

Art. 8. Le commissaire du gouvernement pourra fixer la contribution fonciére à un demi pour cent de la valeur des biens-fonds.

Art. 9. Le commissaire du gouvernement chargera les administrations départementales de dresser, dans le plus bref délai possible, des tableaux de la population de leurs arrondissemens respectifs, et de les transmettre au ministre après désigné.

Art. 10. Il établira des bureaux de loterie dans tous les lieux où il le jugera convenable, et il les mettra en correspondance avec l'administration de la loterie séante à Paris.

Art. 11. Il extraira des loix publiées jusqu'à ce jour dans la ci-devant Belgique, toutes les dispositions qu'il jugera propres à être dès-à présent mises en activité dans les pays entre Meuse et Rhin, et entre Rhin et Moselle, et il les y féra publier et exécuter de suite comme réglemens.

Art. 12. Le commissaire du gouvernement ne correspondra qu'avec le ministre de la justice, lequel est chargé de lui donner, sur toutes les parties de ses opérations, les instructions nécessaires.

Art. 13. Le présent arrêté ne sera pas imprimé.

Signé : M. Revelliére - Lépeaux,
Président.

Lagarde, Sécretaire-Général.

Ω

XLIV. b.

Verfügung des Commissair Rudler, wegen der Veränderungen im Mainzischen. Mainz, den 14. Jan. 1798.

Art. 1. Le Magistrat et toutes autres autorités municipales, la régence et toutes autres autorités judiciaires existantes dans cette commune sont supprimées; les membres composans ces diverses autorités cesseront aussitôt leur fonctions.

Art. 2. Il sera établi en cette commune une administration municipale composée de sept membres y compris le président; ces membres sont les citoyens Umpfenbach, président, Cronauer, Euler, Lindt, Hefner, Staudenheimer et Zentner.

Art. 3, Le citoyen Macké remplira les fonctions de commissaire du pouvoir exécutif près l'administration municipale.

Art. 4. L'administration municipale, établie par le présent arrêté, remplira provisoirement toutes les fonctions administratives dont étoient chargés le magistrat et autres autorités municipales qu'elle remplace.

Art. 5. Quant aux fonctions qui appartiennent à l'administration générale et qui étoient exercées par les agens supérieurs du ci-devant gouvernement, elles sont provisoirement, et jusqu'à l'établissement de l'administration départementale, attribuées à la régence de Kreutznach.

Art. 6. La Commune de Mayence est divisée en trois arrondissemens, dont chacun comprendra deux des sections existantes dans ladite commune; il sera établi pour chaque arrondissement un juge de paix qui s'adjoindra deux assesseurs et nommera un gref-

fier: les juges de paix sont les citoyens Schmitt, Dick et Schlemmer.

Art. 7. Les juges de paix dénommés en l'article 6. rempliront provisoirement toutes les fonctions judiciaires attribuées précédemment soit au magistrat soit aux tribunaux de premiére instance qui existoient dans cette commune.

Art. 8. Le citoyen Petersen, membre de la régence de Kreutznach, est chargé de l'installation de l'administration municipale et des juges de paix, laquelle aura lieu le 26. courant; il dressera procés verbal de l'installation, et en transmettra une expédition au commissaire du gouvernement. — Fait à *Mayence*, le 25. Nivôse (14. Janvier) an 6. de la République Françoise.

LII. b.

Convention wegen Uebergabe der Rheinschanze von Mannheim, vom 26. Jan. 1798.

M. le Chevalier de Traiteur, Lieutenant-Colonel du Corps de génie de S. M. l'Empereur et d'Empire, est chargé de faire les propositions suivantes à M. le Général chargé du commandement des troupes Françoises devant Mannheim.

Art. 1. En conséquence du traité de Campo-Formido et de l'armistice, il demande que les troupes Françoises sur la rive droite du Rhin soient retirées sur la rive gauche. *Réponse.* Il sera laissé à l'extrèmité du pont sur la rive droite, jusqu'à une décision du Général en chef, un poste de cent hommes.

Art. 2. Ces troupes seront tenues de ne pas entrer dans les ouvrages extérieurs de la place, encore moins dans la place. *Réponse.* Accordée.

Art. 3. Cette position et le nombre d'hommes seront religieusement gardés jusqu'a ce qu'on ait réçu de part et d'autre des Généraux en chef les ordres ultérieurs sur les prétentions qui pourront être faites dans cet intervalle. *Réponse.* Accordé.

Art. 4. Comme il est probable que les troupes françoises, après les premiers coups de feu, n'ont pas entendu les tambours et trompettes qu'ont fait entendre les troupes d'Empire pour capituler, on demande que les prisonniers et tout ce qui à été pris par les François, soient rendus. *Réponse.* Renvoyé au Général de division Ambert.

Art. 5. Par la position actuelle qu'occupent les François sur la rive gauche du Rhin, la ville de Mannheim se trouvant menacée, demande qu'il ne soit commis aucune hostilité d'une rive à l'autre, que préalablement on ne se soit prévenu 14. jours d'avance. *Réponse.* Il ne sera fait aucune hostilité de part et d'autre, avant de s'être prévenu huit jours d'avance.

Art. 6. M. le Général françois voudra bien laisser tous les ouvrages de la rive gauche dans le *statu quo*, jusqu'à ce que de part et d'autre on ait reçu des ordres ultérieurs des Généraux en chef. *Réponse.* Les ouvrages seront démolis de suite, de quelle manière les Généraux le trouveront convenable.

Art. 7. Pour éviter tout accident de désordre, M. le Général françois qui commande les troupes devant Mannheim, s'engage de refuser protection à des gens perturbateurs de la tranquillité publique; et jusqu'à une nouvelle convention, toutes les communi-

cations avec la place seront interceptées. *Réponse.* Le militaire françois ne se mêle d'aucune affaire civile. Accordé, pour la suite de l'article, jusqu'à nouvelle convention. — Fait double à Oggersheim le 26. Janv. 1798. (7. Pluviôse an 6. de la République françoise). Signé, le Général de Brigade, Lecourbe. — Au nom du Gouvernement de Mannheim. Signé, de Traiteur, Lieutenant-Colonel.

LII. c.

Capitulation der Stadt Mannheim v. 2. März 1799.

Reddition de la place de *Mannheim*, faite sur la sommation du Général de Brigade *Ney*, par M. le Gouverneur Lieutenant-Colonel *de Mann*, le 12. Ventôse an 7. à cinq heures du matin, correspondant au 2. Mars 1799. stipulée d'après les articles.

Art. 1. Les portes du Rhin, du Necker, et d'Heidelberg, seront mises à la disposition des troupes de la République françoise, à neuf heures précises du matin. — *Réponse du Commandant de Mannheim.* Accordé.

Art. 2. La Garnison déposera ses armes sur la place en présence d'un détachement de huit dragons à l'heure indiquée à l'article précédent pour l'occupation des portes. — *Réponse.* Les troupes de la Garnison déposeront leurs armes dans une chambre des casernes, et la clef séra remise à la garde des troupes françoises.

Art. 3. Les hommes qui composent la Garnison, étant en partie invalides et recrues, resteront à Mann-

heim jusqu'à ce que le Général Bernadotte en dispose autrement. *Rép* Convenu.

Art. 4. Les officiers, sous-officiers, soldats, se retireront dans tous les cas où ils le jugeront à propos; les officiers avec leurs armes et bagages et les subalternes avec leurs effets d'habillement. — *Rép.* On espére que le Général en Chef, dans le cas où les troupes palatines se trouveront obligées de sortir de Mannheim, pour se rendre ailleurs, permettra qu'elles sortent avec armes et bagages.

Art. 5. Les chevaux de la cavalerie resteront réunis dans une seule écurie, soignés par les cavaliers palatins, et sous la surveillance d'un détachement du 8. Régiment de Dragons. Le Général en Chef donnera à cet effet une décision définitive. — *Rép.* La réponse de l'article IV. est attribuable à celui-ci.

Art. 6. M. le Gouverneur ordonnera à l'Officier commandant en Chef le génie, de faire remettre entre les mains du Cit. *André*, Capitaine du génie au service de la République françoise, les plans, cartes, mémoires et autres piéces relatives à la place. *Rép.* Il n'en existe point.

Art. 7. Il sera remis également par le Gouverneur au Cit. *André*, un état détaillé des munitions existantes, tant de bouche que de guerre et armes quelconques, qui pourroient se trouver dans l'arsenal. — *Rép.* Il n'en existe plus.

La présente faite double, au jour et an que dessus. Signé, le Général de Brigade *Ney.* — *Mann.*

LII. d.

Befehl des General Bernadotte, v. 3. März 1799.
(13. Ventose.)

Armée d'observation. Au Quartier-Général de Mannheim, le 13. Ventôse an 7. de la République Françoise.

Le Général en Chef ordonne.

Art. 1. Le Magistrat de Mannheim, et toutes les autorités judiciaires continueront provisoirement d'exercer leurs fonctions comme par le passé.

Art. 2. Toutes les sectes exerceront leur culte sans aucun empêchement. Le commandant de la place protégera cet exercice toutes les fois qu'il sera nécessaire.

Art. 3. Toutes les personnes, de quelque qualité, âge et condition qu'elles soient, sont sous la sauve-garde de la République et sous la protection de l'armée.

Art. 4. Il est défendu d'insulter qui que ce soit. Les amis de la République et de son gouvernement sont invités d'oublier les mortifications qu'ils auroient pu recevoir avant l'entrée des troupes françoises, en raison de leurs principes et de leurs opinions républicaines.

Art. 5. En accordant sûreté et protection à toutes les personnes sujettes de l'Electeur Palatin, le Général ordonne au Commandant de la place de traduire au Conseil de guerre, pour faire punir de mort, tout émissaire ou partisan de la maison d'Autriche qui chercheroit par ses propos et ses actions à diviser les habitans entr'eux, ou à diminuer la bonne harmonie

qui existe entre le soldat de la République et la classe pure et intéressante du Peuple Palatin. Le Commandant de la place étant responsable de la tranquillité de la ville sous les ordres immédiats du Général Bastoul, toutes les branches de commerce continueront avec sécurité leur activité.

Signé, Bernadotte.

LV. b.

Kaiserliches Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation vom 17. October 1798. wegen der immer engern Einschliessung von Ehrenbreitstein.

Der Römisch-Kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission genehmiget das zur Beantwortung der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3. October (12. Vendemiaire) von der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation am 15. d. M. erstattete Gutachten, aus welchem Sie unter andern mit wahrem Vergnügen einen wiederholten Antrag über die conventionsmäßig herzustellende Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein wahrgenommen hat, und erläßt, in Gleichförmigkeit mit demselben, unterm Heutigen die abschriftlich hier beygefügte Gegennote an erwähnte bevollmächtigte Minister.

Sie macht zugleich der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation einige die Lage der Festung Ehrenbreitstein so wesentlich treffende Eröfnungen, daß sie nicht ohne unmittelbare Einwirkung auf die nunmehr erforderliche

Erweiterung des erwähnten Gutachtens in diesem Punkte bleiben können.

Befremdet über das beharrliche Stillschweigen, welches die bevollmächtigten Minister der französischen Republik den wiederholten Anträgen auf die Herstellung des conventionsmäßigen Zustandes der Festung Ehrenbreitstein in ihren beyden jüngsten Noten entgegengesezt hatten, und überzeugt von der Nothwendigkeit, die Ursachen dieses in einer offenen Unterhandlung ungebräuchlichen Nichtantwortens endlich an das Licht zu ziehen, erachtete es die Kaiserl. höchstansehnliche Commission ihres Amtes, mit ihnen hierüber am 14. dieses zur Unterredung, und, wo möglich, zur vollständigen Aufklärung zu kommen.

Damit einerseits die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation eine äusserst genaue Kenntnis des Vortrages erlangen möge, welcher zu diesem Zwecke den erwähnten bevollmächtigten Ministern gemacht worden ist; damit zugleich anderer Seits die Bestimmtheit desselben gegen jeden Zufall einer möglichen Mißdeutung bewahret würde; und damit endlich auch die hierauf erwartete Antwort der französischen Bevollmächtigten nicht weniger bestimmt erfolgen mögte — fand man für gut, erwähnten Vortrag in die Form der hier abschriftlich beyliegenden mündlichen Note zu bringen, und diese der gepflogenen Unterredung zum Grunde zu legen.

Den Hergang dieser Unterredung zeigt der ebenfalls in Abschrift beygefügte Précis.

Aus diesem wird die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation sich überzeugen, welchen Abstand die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zwischen dieser Handlung der Kaiserl. höchstansehnlichen Commission eines, und dem Sinne des bisherigen Benehmens

der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation andern Theiles wahrnehmen wollten. Dieses kann nur daher rühren, weil sie in der gedachten Note solche unausweichliche Gründe und einen Drang auf positive Erklärung fanden, welche sie in den bis nun an sie ergangenen Noten noch nicht entdeckt zu haben glauben mochten. Allein die gegenwärtige Lage des Gegenstandes selbst sowohl, als der Unterhandlung überhaupt, hat endlich beyde hervorgerufen.

Je mehr die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation die Sache in ihrem Zusammenhange erwägen wird, desto mehr wird sie die Nothwendigkeit fühlen, Einwendungen und Zweifeln zu begegnen, die weder in ihren Grundsätzen, noch in der Beschaffenheit ihrer eigenen Beschlüsse liegen können, und die eben deswegen nie hätten erregt werden sollen. Und da es von nun an lediglich von ihr abhängt, darzuthun, wie viel dem Reiche und ihr selbst daran liege, daß, während man unterhandelt, der Besitzstand in einem höchst wesentlichen Punkte durch Fortsetzung vertragwidriger Handlungen, zum augenfälligen Nachtheile des Reiches, nicht umgekehrt werde; so will die höchstansehnliche Kaiserl. Commission diesen wichtigen Gegenstand der angelegentlichen Berathung und Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation andurch besonders übergeben.

Womit die Kaiserl. höchstansehnliche Commission sämtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastadt, den 17. October 1798.

(L. S.)

Franz Georg Carl,

Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Note Verbale de S. E. M. le Comte de Metternich, aux Ministres Plénipotentiaires de la République française.

Les Négociations de paix entre l'Empire et la France sont si avancées, ses bases sont si bien convenues, le desir de terminer du côté de l'Empire est si complètement démontré par les sacrifices inappréciables qu'il a faits; que les difficultés qui restent encore à applanir, ne peuvent être attribuées ni à ses dispositions, ni à sa conduite.

Dans cet état des choses on a dû être surpris de voir le Général Commandant des troupes françaises sur le Rhin, resserrer le blocus de la forterésse d'Ehrenbreitstein, et les Ministres Plénipotentiaires de la République ne répondre à aucunes des instances réiterées qui lui ont été faites, à l'effet de suspendre des mesures, qui non seulement sont contraires à l'armistice et aux Conventions qui l'ont suivies, mais qui de plus se trouvent absolument inutiles et sans objet, à moins, ce qu'on ne saurait supposer, que le Gouvernement français n'ait résolu d'intervertir l'état de possession au milieu des négociations, et après avoir reçu de l'Empire toutes les preuves imaginables de la bonne foi, avec laquelle il les dirige invariablement vers leur conclusion.

Si la Rèpublique réfuse d'évacuer la rive droite du Rhin par le principe de la conservation de ses avantages jusqu'à la signature de la paix; si même, après avoir consenti à leur céssion, elle continue de garder les forts de Kehl et de Cassel — ce principe doit jusqu'à la même épôque conserver à l'Empire la forteresse d'Ehrenbreitstein, et lui garantir l'exécution des Con-

ventions, faites uniquement pour lui en conserver la possession sans trouble, pendant tout le cours des Négociations.

Le Ministre Plénipotentiaire de S. M. l.Empereur aime à se persuader que toute autre maniére d'agir ne saurait entrer dans les vues du Gouvernement français, et qu'elle répugnerait également au caractère des Ministres chargés de donner dans chaque occasion des assurances si souvent réitérées de sa loyauté et de sa droiture; en effet, rien ne tendrait plus directement à détruire cette confiance sans laquelle les Négociations ne peuvent atteindre leur but; la paix ne pourrait se conclure, ou elle ne saurait durer si on parvenait à la faire.

Il requiert en conséquence les Ministres Plénipotentiaires de la République française, de vouloir bien s'expliquer sur ce point, de manière à répondre aux preuves aussi multipliées qu'évidentes, que l'Empire n'a pas discontinué de donner de sa franchise et de son desir incontestable d'affermir la confiance, et d'amener la paix même au prix des plus grands saerifices.

Rastadt le 14. Octobre 1798.

Précis d'un Entretien qui a eû lieu entre le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur, et ceux de la République française, sur l'objet de la Note verbale, le 14. Oct. 1798.

Après avoir exposé de vive voix aux Ministres Plénipotentiaires de la République française, les points renfermés dans la Note verbale, dont le Comte de Metternich leur a même donné lecture, le Ministre Bonnier prit la parole, et observa qu'eux, Ministres

Plénipotentiaires de la République, attendraient avant tout la réponse officielle de la Députation, et suivant la marche usitée. Le Comte de Metternich s'apperçut sans peine, que le Ministre Bonnier voulait éviter par ce moyen une discussion détaillée sur l'objet principal de l'Entretien; on a pensé au surplus que cette réponse du Ministre Bonnier tendait à blesser le principe qui donne au Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur la faculté, de donner suite aux Négociations sur des objets dont les bases ont été posées par la Députation, et sanctionnées par lui. Il importait de constater par le fait même ce droit incontestable qui compète au Ministre Plénipotentiaire, et de ne point laisser supposer au Ministre de la République, que cette démarche pourrait être dictée par des vues sécondaires. Le Comte de Metternich observa donc au Ministre Bonnier, que tout ce qu'il avait l'honneur de leur exposer à ce sujet, était une suite des principes et des bases adoptés, quoi qu'ils ne fussent pas aussi détaillés dans les Notes précédentes; qu'ainsi le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur ne s'écartait pas de la véritable marche des affaires, et que de même il ne manquerait pas d'informer la Députation du résultat de l'Entretien; se réservant de faire parvenir aux Ministres Plénipotentiaires de la République française, une Note officielle encore dans le courant de la semaine. Le Ministre Bonnier reprit la parole, en observant que la demande du Comte de Metternich ne pourrait être qu'une conséquence; que la Députation n'avait qu'à accélérer la conclusion de la paix, et qu'alors l'objet qui concerne Ehrenbreitstein serait rempli. Le Comte de Metternich répondit que cette conséquence était sans replique, mais qu'il s'agissait

pour le moment de fixer le principe qui veut que l'on n'intervertisse point le status quo et la possession actuelle; que la France avait soigneusement stipulé la possession des forts de Kehl et de Cassel, jusqu'à la conclusion de la paix, et qu'ainsi l'Empire Germanique ne pouvait point renoncer à celle de la forterésse d'Ehrenbreitstein, comme forterésse, par suite d'une parfaite réciprocité; que d'ailleurs il ne s'agissait pas içi de nouvelles stipulations, mais seulement de donner pleine exécution à la Convention conclue et signée lors de l'armistice entre les Généraux respectifs, et que c'est en conséquence de cette Convention, que le ravitaillement d'Ehrenbreitstein n'aurait jamais dû rencontrer la moindre difficulté: que le Gouvernement français agirait bien plus contrairement aux principes de justice et d'équité, s'il s'opposait au ravitaillement de la place au moment d'un rapprochement très-prononcè, et lorsque les négociations semblent toucher à leur terme. Le Ministre Bonnier repliqua, que l'état des choses était tel que le Comte de Metternich l'avait demandé, puisque la République était en possession des forts de Kehl et de Cassel, et l'Allemagne en possession d'Ehrenbreitstein, et qu'ainsi on était en règle: on lui repliqua sur cette observation si étrange, qu'effectivement l'état des choses était tel pour le moment, mais qu'on pouvait bien se persuader qu'une place, après s'être soutenue vigoureusement depuis le commencement de la guerre, tomberait nécéssairement à la fin, dès qu'on lui coupait tous les moyens de se ravitailler: que la proposition que l'on faisait ne pouvait s'appliquer au moment présent, mais qu'elle portait sur l'avenir, et qu'il importait de se prêter à l'exécution d'une principe dont la justice, l'équité et la

plus parfaite réciprocité étaient démontrées jusqu'à l'évidence. Le Cit. Bonnier revenant aux conséquences, ajouta : que l'Empire fasse sa paix, et alors les bases convenues seront pleinement exécutées : que la République française venait de fournir la preuve de ses bonnes intentions, et de la loyauté de sa conduite, les ordres étant donnés pour la marche rétrograde des troupes françaises sur la rive droite du Rhin, à l'effet de soulager le pays, de manière que tout dépendait de l'entière conclusion de la paix. Il termina par dire, que la République avait fait de grands sacrifices pour atteindre ce but, mais qu'elle avait besoin de maintenir sa dignité et sa considération politique, principe dont on ne s'écarterait jamais Le Comte de Metternich reprit en disant, que ce même principe était commun à tous les Gouvernemens, et qu'on ne pouvait s'empècher de faire franchement l'observation, que c'était particulièrement de la foi des traités et Conventions que dépendàit la considération publique d'un Gouvernement, et que c'était à ce titre qu'il réclamait le ravitaillement d'Ehrenbreitstein. Le Ministre Bonnier insista alors avec force sur tout ce qu'il avait dit, en donnant des assurances réitérées des intentions pacifiques du Gouvernement français, et formant des vœux pour que la prémière réponse de la Députation soit de nature à pouvoir se rapprocher définitivement sans ètre dans la nécéssité d'entrer dans de trop grandes discussions, le Gouvernement français en étant fatigué, et ne pouvant plus se porter à de nouvelles concéssions. Il assura d'ailleurs, que l'on s'expliquerait au moment que la réponse serait parvenue. Les Citoyens Jean Debry et Roberjot, ont pris de tems à autre part à cet entretien, mais ce fut pour appuyer

les dires et réponses de leur Collègue Bonnier. Le Comte de Metternich mit un terme à l'entretien, en disant qu'il se flattait de pouvoir sous peu de jours leur transmettre le résultat des dernières délibérations de la Députation de l'Empire, dans lesquelles l'objet qui concerne Ehrenbreitstein serait sans doute plus détaillé.

Rastatt, le 14. Octobre 1798.

LV. c.

Mündliche Beredung zwischen General Dallemagne und Obrist Faber, wegen Räumung von Ehrenbreitstein, vom 23. Januar. 1799.

Art. 1. La garnison évacuera entiérement la forteresse le 27. Janvier à 9. heures du matin. Elle se divisera en deux colonnes, dont la premiere passera la nuit à Montabauer, et la seconde à Valendar et les environs: et delà elles continueront le 28. leur route.

Art. 2. La garnison sortira tambour battant, mèche allumée, drapeaux déployées, et avec armes et bagages.

Art. 3. Elle emmenera deux pièces de campagne et deux chariots de munitions, pour chaque bataillon, savoir: le 1. et le 2. bataillon Trevirois, quatre canons de six livres; le bataillon combiné 2. canons de 4. livres, et le bataillon de troupes Colonoises 3. piéces dont deux de six et une de quatre, en tout: six piéces de 6, et trois de 4. livres.

4. Les bataillons emporteront leurs tentes et attirails de campagne, et ils auront pour ce transport un nombre déterminé de chariots et de chevaux: ils em-

por-

porteront aussi leurs chancelleries, caisses, archives et tout ce qui n'appartient pas à la forteresse.

Art. 5. Comme la garnison n'a qu'un très petit nombre de chevaux pour le transport de son artillerie, de ses effets militaires et bagages, il sera pris des mesures pour lui procurer les chevaux et chariots nécessaires, jusqu'à la ligne de neutralité (la Nidda).

Art. 6. Elle se dirigera par Montabauer, Limbourg, Camberg, sur Francfort, où elle arrivera le 2. Février; on lui procurera toutes les facilités possibles dans sa marche; la première colonne fera séjour à Limbourg sur la Lahn et la seconde à Montabauer.

Art. 7. On lui fournira jusqu'à la ligne de neutralité, le pain, la viande et le fourage dont elle aura bésoin.

Art. 8. Les Officiers et Soldats qui ne pourront emporter avec eux leurs bagages, seront les maitres de les laisser au Thal ou dans tout autre endroit; ils pourront disposer librement de ces effets, qui resteront en parfaite sureté. Il en sera de même pour les archives de la chancellerie des différens corps, qui par leur volume ne pourront être transportées dans le moment.

Art. 9. Les invalides, tant Officiers que Soldats, les Officiers du bataillon d'infanterie légère trèvirois qui a éte dissous, les individus de la garde de S. A. S. l'Electeur de Tréves, qui sont regardés comme non-combattans, de même que les artistes, artisans et autres employés qui tiennent à la forteresse, pourront rester au Thal, et s'ils le demandent, il leur sera accordé des passeports pour se rendre avec leurs effets où ils le jugeront à propos.

Art. 10. Les malades qui ne pourront point être transportès, resteront dans la forteresse; ils seront

soignés aux frais de leur souverain par les chirurgiens préposés à cet effet, lesquels resteront avec un officier et un détachement de 10. hommes. Après leur rétablissement, ces malades suivront la garnison aux mêmes conditions qui ont été arrêtées pour celle-ci.

Art. 11. Les femmes d'officiers, et autres femmes et enfans du militaire, qui ne sortiront point avec la garnison, jouiront d'une sureté absolue pour leurs personnes et leurs effets: elles resteront au Thal, ou se rendront où elles le jugeront à propos.

Art. 12. La garnison emportera, outre les armes que chaque Soldat porte, celles qui appartiennent à leurs compagnies respectives.

LV. d.

Kaiserliches Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation, wegen der Besitznehmung von Ehrenbreitstein durch die Franzosen. Rastadt, den 11. März 1799.

Der Römisch-Kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission würde jezt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation die frühe Verlezung des Waffenstillstandes, welche das Reich, beynahe im Eintritte der hiesigen Friedens-Unterhandlungen, auf die unrechtfertigbarste Weise erfuhr, nicht abermal in Erinnerung bringen, wenn dieselbe nicht endlich den Fall der Festung Ehrenbreitstein nach sich gezogen hätte. Den wegen dieser Festung so oft wiederholten dringendesten Vorstellungen begegneten die französische Regierung und ihre Bevollmächtigte da-

hier lange Zeit mit einem beyspiellosen Stillschweigen, welches eben so sehr von dem gänzlichen Unvermögen, irgend einen das Licht ertragenden Grund ihres Verfahrens anzugeben, als von ihrem festen Vorsatze zeugte, das begonnene Unrecht ohne alle Rücksicht zu vollenden. Als die bevollmächtigten Minister der französischen Republik dieses Stillschweigen endlich, mittels der in ihrer zweiten Note vom 11. December (22. Frimaire) enthaltenen Zusicherung, auf einen Augenblick unterbrachen, gab dagegen die Regierung dieser Zusicherung nicht die geringste Folge, und die allgemeine Erwartung sahe sich abermals getäuschet. An die Stelle der Erfüllung der erweckten Hoffnungen trat im Gegentheil eine plötzliche Verstärkung aller jener vertragwidrigen Maaßregeln, welche den Mangel der ersten Lebensbedürfnisse erzeugen — und den Fall dieses jedem offenen Angriffe überlegenen Platzes durch Hunger beschleunigen mußten.

Der Commandant von Ehrenbreitstein, nachdem auch er gegen die französischen Befehlshaber die Ehre und Treue der bestehenden Verträge — und die durch gemeinschaftliche Gewährschaft aller Nationen besiegelten Grundsätze des Völkerrechts vielfältig angerufen hatte — nachdem auch ihm, eine einzige Scheinantwort abgerechnet, ein eben so unzurechtfertigendes Stillschweigen hierüber widerfahren wär, wurde durch jene vertragwidrige Sperre aller Zufuhre nun dahin gebracht, auf den Abzug mit der ihm untergebenen Besatzung zu denken. Er schlug, wie sein Schreiben vom 14. Jänner, lit. A, zeigt, dem die Einschliessung des Platzes kommandirenden Generale vor, noch ehe er die Stelle verlasse, die Werke durch die Besatzung selbst zu schleifen; aber dieser verwarf den Antrag in der Antwort vom 15. Jänner (26. Nivose) lit. B. Sein weiterer Vorschlag vom

18. Jänner, lit. C., mit allem Geschütze, Rüstung und Zugehöre am 30. Jänner abzuziehen (falls bis zu diesem Tage keine höhere Bestimmung über die Festung eintrete) und nur eine Compagnie, als Schutzwache bis zum endlichen Austrage der Friedens-Unterhandlungen in der Festung zurückzulassen, wurde am 19. Jänner (30. Nivose), lit. D., eben so ungenüglich beantwortet; denn die bedungene Schutzwache wurde schriftlich mit Stillschweigen übergangen, mündlich aber so entscheidend abgeschlagen, daß, da der Mangel jezt auf das höchste gestiegen war, ihm nichts anders übrig blieb, als dem Geseze der allenthalben eindringenden Noth zu weichen.

Daher ließ er am 22. Jänner die in dem Schreiben, lit. E., aufgezeichnete feyerliche Protestation vorausgehen, und schloß keine eigentliche Kapitulation, (welche ihm durch das verlezte Völkerrecht sowohl, als durch höhere Befehle untersagt war), sondern die zur Bestimmung seines Abzuges unvermeidliche Uebereinkunft.

Zur Vollendung dieses Hergangs gehört noch, daß der französische Befehlshaber, General Dallemagne, den zur Unterredung aus der Festung an ihn abgeschickten Offizieren auf die übergebene Protestation erklären mußte: „Er könne sich in die Gründe der Sache nicht „einlassen; dieses sey das Geschäft der Regierung: Er „wolle den Commandanten zum Abzuge aus „der Festung gar nicht zwingen, zu welchem „denselben lediglich das eigene Gefühl seiner La„ge bestimmen werde; aber er habe ein- für allemal „Befehl, nach erfolgtem Abzuge den Plaz zu besezen“. Wie denn dieses auch unverzüglich erfolgte.

Die Kaiserl. höchstansehnliche Commission giebt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation hievon zu dem Ende Kenntnis, damit Sie in ernstlichste Ueberlegung

nehme, was nunmehr zu thun räthlich und nothwendig seye, um von der französischen Regierung die Abstellung dieser Waffenstillstandes-Verletzung zu erlangen.

Womit die Kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan verbleibt.

Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Lit. A.

Ehrenbreitstein ce 14. Janvier 1799.

Le Commandant de la forteresse d'Ehrenbreitstein au Citoyen Dallemagne, Général de Division et Commandant le Blocus de la dite forteresse.

Citoyen Général!

Le Général en Chef, Jourdan, ayant déclaré ne pouvoir en aucune manière consentir à la demande que j'ai eu l'honneur de vous faire par ma lettre du 4. de ce mois, je crois de mon devoir de vous faire une autre proposition, qui seule parait capable de faire cesser les inconvéniens, qui, par rapport à la place confiée à mon commandement, ont subsisté jusqu'à ce moment, au grand préjudice de nos troupes respectives et des malheureux habitans du Thal, en réunissant les intérêts connûs de la République avec la sureté et convénance de l'Empire.

Autant que je suis informé des négociations antérieures de Rastatt, la République française n'a de-

mandé en date du 14. Floréal an 6., que la démolition de la forteresse d'Ehrenbreitstein, dont l'existence lui a parû en quelque manière incompatible avec celle de Coblence, et on y a persisté comme sur un point invariable, malgré les protestations de la Députation de l'Empire.

Dépuis cette époque, toute communication officielle m'a manquée, et il n'y a que la continuation des mesures du corps formant le Blocus de cette place, qui m'a fait tirer la conséquence vraisemblablement juste, que la Députation de l'Empire a cedé à la demande de la démolition de cette forteresse, en différant cependant l'éxécution jusqu'à l'épôque de la paix définitive, espérée de jour en jour, et qu'en attendant elle a tacitement consenti à la continuation du Blocus comme une mesure d'assurance pour la République.

Cependant mes troupes souffrent par un service multiplié, et par la rigueur de la saison elles sentent la privation de différents objets nécessaires; les habitans du Thal gémissent de misère et d'une stagnation absolue de commerce, et tous les avantages qui dévraient être les suites bienfaisantes d'un armistice et d'un rapprochement de deux puissances vers une réconciliation amicale — sont perdus pour nous.

Pour terminer ces malheurs je me suis décidé à aller au devant de la demande susmentionnée de la République, en démolissant la forteresse d'Ehrenbreitstein moi-même.

Pour la mettre à exécution, je viens de faire quelques dispositions préalables; et c'est en remplissant ainsi le vœu de la République, que je ne doute

nullement, que vous ne pretiés pas, Citoyen Général, à y coopérer de la manière suivante:

I. En levant le Blocus, qui en ce cas ne servirait plus de rien, ainsi que toute autre prohibition de communication.

II. En rétablissant le libre cours des Postes.

III. En laissant entrer les denrées nécessaires à la consommation journalière, pour la forteresse aussi bien que pour le Thal, comme vivres, bois etc., jusqu'au moment que la démolition entière sera achevée, et que j'aurai réçû l'ordre de quitter la place.

IV. En me fournissant en cas d'évacuation les chevaux de selle et d'attelage nécessaires, pour transporter toute l'artillerie, munitions et autres attirails de guerre, soit jusqu'au delà de la ligne occupée par vos troupes, soit à l'endroit que mes supérieurs trouveront bon de me désigner.

Etant prêt à conclure avec vous, Citoyen Général, une convention solemnelle a cet égard, et à vous donner en tous cas pour la prompte exécution toute la surêté que vous pourriés me demander, j'ai tout lieu de croire, que vous ne ferés pas la moindre difficulté, à m'en faire parvenir incessamment votre résolution décisive.

Les deux Officiers, que j'ai l'honneur de vous envoyer, sont chargés de la recevoir, de concerter avec vous sur le tems et le lieu de la conclusion de cette convention, et de vous assurer de ma haute estime, et de la considération la plus distinguée avec laquelle j'ai l'honneur d'être,

Citoyen Général!

Votre etc. etc.

Lit. B.

Liberté. *Egalité.*

Armée de Mayence.

Au Quartier-Général de Coblence le 26. Nivôse an 7. de la République Française.

Le Général de Division *Dallemagne* à Monsieur le Colonel de Faber, Commandant la forteresse d'Ehrenbreitstein.

Monsieur!

Je conviens avec vous, que si à l'époque du 14. Floréal an 6. que vous me rappellés par votre lettre, la Députation d'Empire eut consenti sans restriction à la démolition d'Ehrenbreitstein, et que les autres difficultés existantes entre les puissances en négociation eussent été de suite applanies et la paix définitive assurée par un traité, je n'aurais rien alors à opposer à votre demande sur la démolition de la forteresse, si ce n'est que nos troupes y auraient travaillé de concert avec votre garnison.

Mais, Monsieur, aucun des objets, alors en litige n'est encore réglé definitivement; le Congrès de Rastatt existe toujours; il reste encore plusieurs objets importans à traiter, dont la discussion prendra peut-être encore beaucoup de tems; vous devés donc convenir, que dans un tel état des choses, il m'est absolument impossible de consentir à la démolition d'Ehrenbreitstein, qui ne peut avoir lieu qu'après la signature definitive du traité de paix.

Les 3. articles suivans de votre lettre, n'étant qu'une conséquence de l'admission du prémier, ne sont point sujets à discussion.

Quant au 4e. article, lorsque vous jugerés convénable de me faire des propositions raisonnables et acceptables, je vous donnerai tant pour vous que pour vôtre garnison la facilité et les commodités qui sont dües à des gens d'honneur, et qui ont rempli les dévoirs qu'il leur impose, aussi scrupuleusement que vous l'avés fait.

Recevés, Monsieur, l'assurance de ma sincère estime et de ma haute considération.

Dallemagne.

Lit. C.

Ehrenbreitstein, ce 18. Janvier 1799.

Le Commandant de la forteresse d'Ehrenbreitstein, au Citoyen Dallemagne, Général de Division, commandant le Blocus de la dite forteresse.

Citoyen Général!

Ayant trouvé bon de décliner dans la réponse dont vous m'avés honoré, Citoyen Général, en date du 26. Nivôse, les propositions que j'avais l'honneur de vous y faire, je vais vous en faire quelques autres, que j'espère vous trouverés aussi raisonnables, qu'acceptables, vû les dispositions de l'armistice, qui d'un côté doivent me garantir des dures conditions du vaincu, et qui de l'autre vous défendent d'employer les droits du conquérant.

Le défaut des vivres ne me permet pas de rester plus long-tems dans la place confiée à mon commandement; j'ai donc resolu de commencer à l'évacuer

le 30. du courant, en cas que jusqu'à cette épôque il ne survienne quelque changement politique.

J'emmenerai avec moi toute l'artillerie, tant de campagne que de siège, toutes les munitions de guerre et de bouche, en un mot, tout l'attirail et les effets militaires, qui se trouvent dans la forteresse.

La garnison marchera avec armes et bagage, en autant des colonnes que le transport de tous ces articles exigera, et prendra sa route par Montabaur, Limbourg, Camberg, Wirges et Königstein à Francfort.

Les malades qui ne sont pas en état d'être transportés, resteront ici sur la surveillance d'un officier et d'un détachement proportionné; ils seront soignés par un officier de santé de nos troupes, et aussitôt qu'ils seront rétablis, ils suivront la garnison sur la même route qui sera préscrite pour la dernière, et toutes les facilités et commodités accordées à celle-ci, leurs seront données également.

Comme l'exécution de ce que je viens de proposer demande du tems, je vous prie de vouloir bien permettre:

Imo. Que dépuis le 20. courant jusqu'au moment que le dernier transport sortira de la forteresse, les vivres nécessaires pour le rétablissement de la garnison epuisée de fatigues et de privations puissent venir au marché du Thal et que toute communication soit rétablie.

IIdo. Que je puisse envoyer chercher du dehors les sommes nécessaires pour le payement des troupes en marche.

IIItio. De vouloir bien me faire fournir les chevaux de selle et d'attelage nécessaires tant pour la

marche des troupes, que pour le dit transport d'aprés la désignation que j'aurai l'honneur de vous en faire présenter, ainsi que

IVto. Le pain et les fourages réquis pour la subsistance de la troupe et les chevaux appartenants aux officiers de la garnison en marche, d'après les arrangemens que nous pourrions concerter à cet égard;

Vto. De vouloir bien faire régler la dislocation des troupes de la garnison sur la route susmentionnée.

Ne pouvant trouver aucun titre légitime, qui puisse vous autoriser à mettre une garnison dans Ehrenbreitstein, ni dans le Thal, même dans le cas d'une évacuation totale, je crois de mon devoir, de vous faire une proposition, qui parait s'accorder parfaitement avec nos intérêts respectifs.

C'est celle, de laisser une Compagnie de mes troupes comme sauve-garde dans la place et au Thal, jusqu'à ce que le sort en soit definitivement decidé par la voie de négociation à Rastatt.

Comme par ce moyen la place en question cesse d'être en état de défense, et acquiert le droit de neutralité, j'ose esperer que vous ne vous refuserés pas à la traiter comme telle en rétablissant toute communication, et en fournissant tant aux habitans du Thal qu'à la dite sauvegarde les moyens de subsister.

La réponse que vous voudrés bien, Citoyen Général, me faire parvenir, par les deux officiers qui auront l'honneur de vous présenter ces propositions, décidera des mesures, qui me resteront à

prendre pour parvenir à un arrangement définitif avec vous.

En attendant je vous prie de récevoir les assurances de ma plus haute estime &c. &c.

Citoyen Général &c. &c.

De Faber,
Colonel et Commandant.

Lit. D.

Republique Française.

Liberté. *Egalité.*

Au Quartier - Général de Coblence le 30. Nivôse an 7. de la République Française.

Le Général de Division Dallemagne à Monsieur de Faber, Commandant la forteresse d'Ehrenbreitstein.

Monsieur le Colonel!

Lorsque vous vous trouverés obligé, ou que vous trouverés convenable d'évacuer la forteresse, je vous donnerai avec empressement toute la facilité nécessaire pour votre sortie et celle de votre garnison; elle partira avec l'honneur militaire, armes et bagage, et ses pièces de campagne; je donnerai les ordres nécessaires pour la nourriture et le transport de ses équipages jusqu'à la ligne de neutralité.

J'accederai à votre proposition rélativement aux malades; si le désir de soulager les malheureux habitans du Thal, et de terminer les privations de votre

garnison, vous determine, Monsieur, à adopter les arrangemens, faites-moi le savoir sur le champ, et indiqués moi d'avance le jour où vous voudrés évacuer, afin que j'aie le tems de donner des ordres, et faire les préparatifs nécessaires.

Quant à tout ce qui tient à la place, artillerie; munitions, l'on en dressera un inventaire de concert avec vous, et tout restera entre nos mains, jusqu'à ce que le sort de la forteresse ait été décidé au Congrès de Rastatt.

Récevès, Monsieur, l'assurance de ma sincère estime et de ma hâute considération.

Dallemagne.

Lit. E.

Ehrenbreitstein, le 22. Janvier 1799.

Le Commandant de la forteresse d'Ehrenbreitstein au Citoyen Dallemagne, Général de Division, commandant le Blocus de la dite forteresse.

Citoyen Général!

Quelque réconnaissant que je sois des offres que vous avés eu la bonté de me faire, Citoyen Général, dans votre dernière du 30. Nivôse, rélativement aux facilités et commodités poûr moi et ma garnison en cas d'évacuation, aussi inattendu était-il pour moi de voir passer sous silence ma proposition de vouloir laisser à la forteresse une compagnie de ma garnison, comme sauvegarde; de voir décliner celle d'emmener avec moi toute l'artillerie de siège, les munitions, attirails et effets militaires; de voir enfin dévoiler le

dessein décidé d'occuper la forteresse après mon départ, et votre résolution de vous emparer de toute l'artillerie, munitions et autres effets de la place par le moyen des inventaires à dresser.

Il est donc enfin mis au jour le but de ces infractions, que, depuis 14 mois contre tous les principes du droit des gens, contre l'esprit et la lettre d'un traité préliminaire, contre les idées d'un armistice, contre les articles des conventions spéciales, les troupes de la République ont exercées envers la place que je commande, le but de s'en emparer.

Je n'ai rien négligé pour déterminer les différens Commandans des troupes de la République, formant le Blocus d'Ehrenbreitstein, à rendre justice à mes instantes réclamations pour l'ouverture de la communication, pour le ravitaillement régulier durant l'armistice, et pour le rétablissement de toutes les rélations que les conventions les plus sacrées devaient m'assurer.

Cependant toutes mes réclamations ayant été infructueuses, la rigueur des mesures contre la forteresse s'étant accrue de jour en jour, et la continuation de ces procédés, durant un aussi long espace de tems, m'ayant enfin forcé de faire l'aveu de l'impossibilité physique de pouvoir tenir plus longtems dans la forteresse, vous conviendrés avec moi que la juste indignation qu'un abandon forcé de cette place, et la manière dont il a été operé, doit produire en Allemagne, et dans l'Europe entière — la sensation que doit exciter le refus de toutes mes propositions les plus raisonnables, et enfin la mauvaise impression que le dessein d'une prise de possession aussi illégitime doit faire naître dans la marche des

négociations, ne peuvent que retomber sur ceux, qui, par une suite d'actes injustes m'ont réduit à cette triste nécéssité.

Il m'était toujous impossible de trouver une raison au moins apparente pour justifier le procédé que les commandans des troupes du Blocus employèrent envers la forteresse; et actuellement je ne suis pas moins capable à trouver un titre pour justifier la prétention que vous me faites, Citoyen Général, sur l'occupation de la place, et sur toute l'artillerie et effets de guerre qui en dépendent.

Les traités les plus solemnels qui doivent avoir la même obligation pour l'Empire Germanique et pour la République, nommément celui de Leoben, la convention militaire de Heydelberg, et spécialement les conventions rélatives à la forteresse, s'opposent à de pareilles prétentions, et la simple idée d'un armistice est en contradiction avec elles.

Ce sont donc toujours les mêmes principes qui ont dirigé mes actions jusqu'à ce moment, et pendant ce Blocus illégitime, et qui m'animeront jusqu'à la fin de sa durée; en conséquence desquels je vous déclare de la manière la plus forte et la plus solemnelle, que je ne consentirai jamais à l'occupation de la forteresse par vos troupes, et dans la reddition de son artillerie, munitions &c. sous quelque titre que ce puisse être.

Je vous déclare que je regarderai toute occupation de cette nature comme une continuation des injustices multipliées que vous vous êtes permises envers la forteresse.

Je vous déclare que toute condition à laquelle la loi inexorable de la nécessité pourrait me contraindre

(n'étant qu'une suite des infractions aux traités les plus sacrés) ne peut produire une rélation pernicieuse aux droits de mon Souverain et de ma patrie, et je crois de mon devoir de protester d'avance et de la manière la plus formelle, contre toute occupation de la forteresse après l'évacuation que je me vois forcé de faire, et de sauver par ce moyen les droits de mon Souverain, et ceux de ma patrie contre une violation si ouverte des principes les plus simples, de foi publique et de loyauté, que toutes les nations policées ont à jamais reconnus comme sacrés et inviolables.

C'est avec ces principes que je suis résolu de quitter Ehrenbreitstein ; ce n'est que j'ôse traiter avec vous par rapport à mon départ, et c'est enfin d'après eux que les propositions sont conçues que les deux officiers M. M. les Barons de Spiegel et de Trautenberg auront l'honneur de vous présenter en mon nom.

Vous êtes trop animé de sentimens de justice, Citoyen Général, pour que vous puissiés vouloir extorquer d'un homme d'honneur des conditions qui pourraient le compromettre avec son devoir, et le mettre dans la nécéssité d'augmenter la masse des malheurs, que la manière sans éxemple de procéder contre la place que je commande a déjà produit.

M. M. les officiers susmentionnés sont autorisés de traiter avec vous sur les arrangemens nécéssaires pour mon départ et celui de ma garnison.

Je suis &c.

Signé : de Faber.

LV.

LV. e.

Aufforderung der Festung Philippsburg, vom 2. März 1799.

Au Quartier-Général de ....., le 12. Ventôse an 7. de la République Françoise. *Bernadotte*, Général en Chef de l'armée d'observation, à M. le Général, commandant la forteresse de Philipsbourg.

Le Gouvernement autrichien vient, M. le Général, au mépris du traité de Campo-Formido, de faire occuper la forteresse d'Ulm; cet attentat me porte à mettre garnison dans la forteresse que vous commandez. Vainement, M. le Général, tenteriez-vous de vous y opposer: vous ne le pourriez point par aucunes raisons; d'abord votre garnison n'est pas assez forte pour soutenir une escalade; et la paix entre la République et l'Empire Germanique, qui est sur le point d'étre signée, vous prescrit d'éviter que le sang coule, en me remettant un dépôt, que vous ne pourriez pas préserver des tentatives de l'armée autrichienne. Je ne pense pas, M. le Général, que vous desiriez la remettre par préférence à cette armée. Si cela étoit, je puis vous assurer qu'elle est assez éloignée pour vous porter de long-tems les plus légers secours. L'armée commandée par le Général Jourdan traverse en ce moment les montagnes noires, et va la chercher dans l'intérieur de la Bavière. Je dois plus vous dire, M. le Général, je sais que votre garnison est mécontente; que les officiers sont trop sages et trop éclairés pour répandre leur sang au gré du caprice et des fantaisies de quelques hommes ex-

travagans, et que les Soldats n'attendent que le signal de l'attaque pour déclarer leur volonté. Les habitans prêts à voir leurs maisons dévorées par les flammes prendront aussi leur parti. L'artillerie de Landau, qui s'avance pour embraser leur ville, leur fournira le prétexte qu'ils attendent depuis long-tems pour forcer le Commandant à en remettre les clefs. L'exemple terrible que le Général Mack a donné à tous les hommes qui, comme lui, conduisent les soldats au combat malgré eux, doit, M. le Général, vous fournir matière à de terribles réflexions. Sans avoir besoin de tous ces avantages, l'armée que je commande, en a d'assez suffisans pour vous réduire; je desire que votre obstination ne m'oblige pas à verser le sang humain, ni à porter la désolation parmi les innocentes victimes qui se trouvent habiter à Philipsbourg. Je ne saurois trop vous le répéter, M. le Gènéral : ce n'est pas comme ennemi que je veux mettre garnison dans votre place; bien loin de-là, j'ai la ferme intention de la conserver à l'Empire Germanique, et je prends la résolution, à la face de l'univers, de la lui remettre sitôt que le Gouvernement françois pourra avoir acquis la certitude que l'Empire peut la défendre contre l'ambition de la maison d'Autriche. Vous tenez, M. le Général, à vous seul la vie de beaucoup d'hommes et l'existence des habitans de Philipsbourg. Vous en devez compte non-seulement à vos contemporains, mais encore à la postérité qui vous jugera. Pour moi, si vous me forcez à escalader vos remparts, j'y parviendrai sans doute, parce que les hommes que je guide, et les moyens que je réunis, me l'assurent; mais le châtiment sur celui qui en aura été l'objet, sera épou-

vantable, par ce qu'il aura voulu se constituer en guerre avec la République françoise. Je n'arréterai point non plus la fureur des Soldats, elle se dirigera toute entiére contre lui. J'ai l'honneur de vous saluer.

Signé, Bernadotte.

LV. f.

Antwort des Commandanten, vom 2. Merz 1799.

Auttenheim près Philipsbourg le 2. Mars 1799.

Monsieur le Général!

La lettre en date du 12. Ventôse que l'Adjudant Général Goudin vient de me rendre de votre part, est d'un contenu auquel je n'aurois pas dû m'attendre dans ce moment où la paix entre l'Empire Germanique et la République Françoise paroit sur le point d'être signée. Vous sentez bien vous-même, Monsieur le Géneral, que je serois très coupable, si je voulois condescendre à vous remettre cette forteresse de l'Empire, dont le commandement m'a été confié par le Général en Chef de l'armée de l'Empire. Son séjour n'est pas trop loin d'ici, et celui des députés de l'Empire assemblés pour le Congrés de la paix l'est encore moins Les ordres et instructions que je demanderai sans délai de ces deux côtés, et qui m'en parviendront au plutôt, regleront la conduite que j'aurai à tenir. En attendant ceux-ci, dont je ne tarderai pas de vous faire part incessamment, je ne puis faire que ce que tout homme d'honneur feroit à ma place. L'état dans lequel se trouve

la forteresse que je commande n'est pas tel que vous paroissez le croire ; je ne connois pas non plus le mécontentement parmi la garnison qui est sous mes ordres. Je dois donc vous déclarer que je ne pourrois nullement recevoir garnison françoise dans la forteresse de Philipsbourg ; et que loin d'entreprendre les hostilités, je n'en saurois pas moins d'y résister. C'est l'aggresseur, qui devra compte à ses contemporains et à la postérité de tous les maux qui pourront résulter de ses démarches. Je suis avec une très parfaite considération, Monsieur le Général, votre très-humble et très-obeissant serviteur. *Rhingrave Comte de Salm*, Lieutenant-Général.

Verzeichnis

der

Aktenstüke und Urkunden

in dem

Nachtrag zu den vier ersten Abschnitten.

Nachtrag zu dem ersten Abschnitt.

Nachtrag zu dem zweiten Abschnitt.

Nachtrag zu dem dritten Abschnitt.

Seite.













